

AUFTRAG



HEFT 262 – JUNI 2006

46. JAHRGANG



- Ringen um den richtigen Weg zum Frieden
- Soziallehre der Kirche
- Widerstandsethik und Gewissenskonflikt
- Ehe kein Auslaufmodell

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

INHALT

editorial 3

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Neuorientierungen deutscher Sicherheitspolitik
von Frank Geldmache/Andreas M. Rauch 4
- GKS-Flyer: Soldaten – Diener des Friedens! 6
- Friedensethisches Seminar von Justitia et Pax, pax christi und GKS: Frieden braucht Fachleute
von Klaus Liebetanz 8
- Krisenregion Naher und Mittlerer Osten: Drei Jahre nach dem Irak-Krieg von Volker W. Böhler 18

BILD DES SOLDATEN

- Wehrbeauftragtenbericht 2005: „Permanente Unterfinanzierung der Bundeswehr“ 25
- GKS-Politikergespräch mit dem Wehrbeauftragten: Sittlich-ethische Bindung zwingend erforderlich
von Winfried Heinemann 26
- Neuer Sprecher der „aktion kaserne“ beim Wehrbeauftragten (ak) 27
- „Rührt Euch! Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr“ (bt) 27

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- Soziallehre der Kirche zusammengefasst (bt) 30
- II. Internationaler Kongress Kirche in Not/Ost-priesterhilfe: „Steht auf – habt keine Angst“
von Heinrich Dorndorf 36
- Ökumene: Zwischen Enttäuschung und Hoffnung (KNA) 37
- Ökumenischer Kirchentag 2010: „Christsein in der Gesellschaft – Christsein für die Gesellschaft“ (ZdK) 38
- Frankreich: Kirchen unter dem Gallischen Hahn (KNA) 39
- Blick über den Tellerrand! Ostern auf dem Balkan!
von Stefan Nüßle 40
- Athos – Mönchsrepublik und Heiliger Berg der Orthodoxie von Stefan Nüßle 42

CHRISTLICHES ZEUGNIS

- Widerstandsethik und Gewissenskonflikt mit einem Lebensbild des Priester-Märtyrers DDr. Heinrich Maier von Michael Schnarrer 44
- Forscher: Katholiken verhielten sich in NS-Zeit und DDR ähnlich (KNA) 49
- Martyrium und Wahrheit von Andreas M. Rauch 50

Zum Titelbild: Stand der GKS auf der „Kirchenmeile“ in der Saarbrücker Innenstadt;
v.l.: Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut, stellv. Bundesvorsitzender Hptm Hans-Georg Pauthner, GKS-Bundesvorsitzender OTL Paul Brochhagen und der Geistliche Beirat der GKS Militärdekan Johann Meyer.

MANN IN KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- Haupttagung der katholischen Männerarbeit
von Heinrich Dorndorf 52
- Männerarbeit auf dem 96. Katholikentag 2006 in Saarbrücken (ArbStelle Männerseelsorge) 53
- Mann und Spiritualität: Wie Männer heute glauben können (ArbStelle Männerseelsorge) 53

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Über das Vatersein: „Es ist wichtig, dass das Kind die Liebe des Vaters erfährt“ von Klaus Küng 54
- Bericht einer Tochter von Ingrid Hölzmüller 57
- Glaubensweitergabe: Viele Katholiken sehen Defizite (KNA) 58
- Anschnallen und Abheben! Ehe – ein Zukunftsmodell von Vera Wassermann 59
- ZENIT-Interview: Ratschläge für eine glückliche Ehe 61
- Polen und Deutschland: Zwei Nachbarn, die einander zu wenig kennen von Christof Dahm ... 63
- Frauen in Polens Armee von Joachim G. Görlich 64
- Katyn – weiterhin ungesühnter Völkermord
von Joachim G. Görlich 64
- Russland: Das Ringen um eine nationale Idee
von Paul Roth 65
- Ökumene der dritten Art: Die Kirchen und die so genannten neuen Heiden von Barbara Just 68
- UN-Menschenrechtsrat (ZENIT/KNA) 69

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- 50 Jahre Bundeswehr: Der vierte Bundespräsident und die Bundeswehr von Dieter Kilian 70

KIRCHE UNTER SOLDATEN

- Katholische Soldaten beim 96. Deutschen Katholikentag: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“
von Winfried Heinemann und KMBA 76
- Aus dem Leben der GKS von Klaus Achmann 78
- Einladung zur Mitgliederversammlung des FGKS e.V. 79
- GKS Köln-Wahn 80, 81
- GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler: 82
- GKS Lager Hammelburg: 82
- Standort Veitshöchheim: 83
- GKS-Kreis München: 84
- Neuer BAS-Vorsitzender: Staatssekretär a.D. Klaus-Günther Biederbick (KAS) 84

KURZ BERICHTET: 29, 38, 75

PERSONALIA: 64, 84

BUCHBESPRECHUNGEN 27, 30, 50, 53, 85, 87

TERMINE 86

AUTOREN UND FOTONACHWEIS 87

editorial

Liebe Leserschaft, nachdem der Deutsche Bundestag am 1. Juni der Entsendung von 780 Soldaten in den Kongo mit großer Mehrheit zugestimmt hat, dieser Einsatz aber gerade von Soldaten auch sehr kritisch gesehen wird, soll an dieser Stelle, statt der üblichen Einführung in das vorliegende Heft, die engagierte Meinung eines heute in der humanitären Auslandshilfe tätigen, ehemaligen Soldaten vorgestellt werden:

Zehn gute Gründe für den Bundeswehreinsatz im Kongo

1. Viele Menschen in Deutschland haben sich mit Recht über das Versagen der Weltgemeinschaft anlässlich des Völkermords in Ruanda entrüstet. Den Vereinten Nationen jetzt im Fall des Kongos die Unterstützung zu versagen, käme einer moralischen Bankrotterklärung gleich.
2. Der „afrikanische Weltkrieg“ mit Beteiligung von mindestens acht Ländern hat in den letzten fünf Jahren mehr als 3,8 Millionen Menschen das Leben gekostet. Noch heute sterben täglich 1.200 Menschen an den Folgen. Dieser Zustand muss beendet werden.
3. Die Stabilisierung des Kongo ist von zentraler strategischer Bedeutung, weil sie auf alle Staaten südlich der Sahara ausstrahlt. Die Demokratische Republik Kongo darf nicht in den Zustand eines „failing state“ (zerfallender, unregierbarer Staat) zurückfallen. Erfolgreiche Wahlen sind ein weiterer Schritt zur Stabilisierung des Landes.
4. Die Stabilisierung des Kongos und seiner Anrainerstaaten ist auch von großem Interesse für Europa, weil so der Migrationsdruck auf Europa gemindert werden kann.
5. Der Kongo ist ungewöhnlich reich an Bodenschätze, wie Wolfram, Mangan, Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Beryllium, Industriediamanten. Er verfügt über 30% der Weltkupfer- sowie 80% der Weltcoltanvorkommen, ohne das kein Mobiltelefon funktioniert. Dieser Reichtum muss auch der Bevölkerung zu Gute kommen, wie darüber hinaus der Zugang zu sauberem Trinkwasser, ausreichende Gesundheitsfürsorge und Bildung. Es ist nicht einzusehen, warum der Reichtum des Landes nur den Betreibern einer Gewaltökonomie (organisierte Kriminalität und mit dieser kooperierende westliche Firmen) überlassen sein sollte, die für die Bevölkerung nur Totschlag und Zwangsprostitution übrig hat. Der Abbau der Bodenschätze muss demokratisch kontrolliert werden.
6. Es wäre auch unredlich die Stabilisierung des überwiegend christlichen Kongos ausschließlich moslemischen und nichtchristlichen Soldaten zu überlassen. An der bisherigen VN-Operation MONUC hat sich kein europäischer Staat mit Soldaten beteiligt. Man zählt dort nur:
7. Die Begrenzung des Einsatzes von „EUFOR RD Congo“ auf den Raum von Kinshasa ist folgerichtig. Wer auch immer das Wahlergebnis in Frage stellen will, kann dies nur in Kinshasa tun. Die europäischen Soldaten haben einen hohen Abschreckungswert, weil die derzeitigen Machthaber im Kongo genau wissen, dass jederzeit europäische Verstärkung aus Gabun und vor allem aus Europa kommen kann, gegen die sie keine Chance haben.
8. Von den ca. 25.000 Kindersoldaten im Kongo sind bereits 18.000 auch mit Unterstützung der Bundesrepublik demobilisiert worden. Die verbleibenden 7.000 Kindersoldaten halten sich überwiegend im Ostkongo auf, so dass deutsche Soldaten im Raum Kinshasa kaum auf Kindersoldaten treffen werden.
9. Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung war durch sein behutsames Vorgehen – was die Opposition als „Eiertanz“ bezeichnete – im Vorfeld des Einsatzbeschlusses für deutsche Soldaten im Kongo gut beraten, weil er schließlich Folgendes für EUFOR erreicht hat:
 - Die Billigung des Einsatzes durch den derzeitigen Präsidenten und seine vier Stellvertreter.
 - Ein klares Mandat des VN-Sicherheitsrates.
 - Die Beteiligung neben Deutschland und Frankreich von weiteren 16 europäischen Staaten.
 - Eine klare Zuordnung von Raum und Zeit des Einsatzes.

Die Auffassung, man solle den Kongoeinsatz den ehemaligen Kolonialherren, wie Belgien und Frankreich überlassen, ist wenig hilfreich. Man würde den Bock zum Gärtner machen. Auch wäre es inkonsequent, weil die europäischen Staaten in Evian beschlossen haben, gemeinsam mehr Verantwortung für Afrika zu übernehmen.
10. Für mich als Fachberater für Katastrophenmanagement ist es nicht nachvollziehbar, warum ich 2005 im Auftrag des Auswärtigen Amtes unbewaffnet und ohne Schutzweste (wie im übrigen alle zivilen Helfer) im gesamten Ostkongo Ergebnisprüfungen für Projekte der deutschen humanitären Hilfe durchführen konnte, während deutsche gepanzerte Soldaten mit integrierten Nachtsichtgerät und modernsten Schnellfeuergewehren nicht in der Lage sein sollten, ihrem Auftrag in Kinshasa nachzukommen.

Abschließend noch ein dickes Aber:

Wenn aber der militärische Einsatz im Kongo nicht durch massive und nachhaltige Entwicklungshilfe und eine effektive Ausbildung der kongolesischen Polizei unterstützt wird, gerät die militärische Mission zu einem bloßen Aktivismus oder zum „reinen Showbusiness“ (Oberst B. Gerz, DBwV – vgl. auch meinen Beitrag: „Die Schieflage der Friedenskonsolidierung in Afghanistan“ im AUFTRAG 261 S. 61 ff.).

Hier sind die große Koalition und der Deutsche Bundestag gefordert.

(Klaus Liebetanz)

Neuorientierungen deutscher Sicherheitspolitik

VON FRANK GELDMACHER / ANDREAS M. RAUCH

„Die sicherheitspolitische Diskussion darf nicht länger nur im internen kleinen Kreis der Experten stattfinden. Die Parteien und alle gesellschaftlichen Gruppen sind vielmehr aufgefordert, sich in die Diskussion einzuschalten.“ Mit diesem Eingangsstatement eröffnete die SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrike Mertens, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, am 11. März 2006 die „2. PETERSBERGER GESPRÄCHE ZUR SICHERHEIT“. Auf Einladung der Abgeordneten kamen dieses Jahr etwa 250 Teilnehmer aus Bundeswehr, Politik, Gesellschaft und Medien im ehemaligen Gästehaus der Bundesregierung auf dem Petersberg in Königswinter zusammen, um über die Perspektiven der Bundeswehr und die Sicherheitspolitik in Deutschland zu diskutieren.

Die von der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung und Ulrike Merten ausgerichtete Veranstaltung stand im Zeichen der beiden großen Themen: „Ziele, Leitlinien und Handlungsbedarf der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Großen Koalition“ und dem heutigen Stand des Transformationsprozesses der Bundeswehr.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und ehemalige Verteidigungsminister Dr. Peter Struck sagte in seiner Rede: „Ziele, Leitlinien und Handlungsbedarf der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Großen Koalition“, dass die Transformation der Bundeswehr nach seinem Eindruck „auf einem guten Weg“ ist, aber es ist „zweifellos ein langer und schwieriger Weg“.

Struck erwähnte ebenfalls, dass er seinem Nachfolger im Amt des Verteidigungsministers, Franz Josef Jung, dazu geraten habe, „die Grundentscheidungen zur Transformation der Bundeswehr nicht in Frage zu stellen“. „Es gibt keinen Kurswechsel. Die bewährte Politik wird fortgesetzt.“ Die Große Koalition fühlt sich also dem alten Weg des umfassenden Sicherheitsbegriffes verpflichtet. Ihr

Ziel ist es, ihren Beitrag zur internationalen Konfliktlösung, für Frieden und Stabilität zu leisten und den Prozess der Globalisierung so mitzugestalten, dass seine positiven Effekte vielen Menschen zu Gute kommen.

Die Beachtung des Völkerrechts, die Einhaltung der Menschenrechte und die enge Einbindung in die Vereinten Nationen, die EU und die NATO gehören für die Große Koalition genauso wie für die Vorgängerregierungen zu unverrückbaren Prinzipien der Außen- und Sicherheitspolitik. Folglich um dieses durchzusetzen, bleibt für Struck „das Einsatzgebiet der Bundeswehr auch künftig die ganze Welt“. Wobei solche Einsätze selbstverständlich niemals im Alleingang erfolgen werden, sondern immer im Rahmen mit den Vereinten Nationen und in Kooperation mit unseren Partnern in der EU und in der NATO.

Mit großer Sorge beurteilte Struck die gegenwärtigen Herausforderungen. „In kann mich nicht erinnern, dass wir in den vergangenen fünfzehn Jahren jemals in so geballter Form mit so unterschiedlichen neuen Bedrohungen konfrontiert waren, wie in diesen Tagen.“

Peter Struck meinte damit die kritische Lage auf dem Balkan, die internationale Bedrohung durch den Terrorismus, den schwierigen Konflikt um das iranische Atomprogramm und die Situation in gleich mehreren afrikanischen Staaten, wobei er besonders den Kongo und den Sudan nannte, „deren Schicksal auf der Kippe steht und um deren innere Festigung gerungen wird“. Nach Struck „spielen in allen diesen aktuellen Konflikten Deutschland und Europa eine entscheidende Rolle und jeder einzelne Konflikt fordert andere Antworten. Das ganze Spektrum unserer außenpolitischen Instrumente ist gefordert.“

Deutliche Skepsis war im Gesicht des ehemaligen Verteidigungsministers zu lesen, als er über einen möglichen Kongo-Einsatz sprach. „Beim Kongo sage ich: Vorsicht! Vorsicht!“ Er könne nicht den Rat ge-

ben, mit einer größeren Zahl von Kräften über Kinshasa hinaus zu agieren. Struck wiederholte die Voraussetzungen, die auch schon Bundeskanzlerin Angela Merkel genannt hatte: ein zeitlich und räumlich beschränktes Mandat, eine klare völkerrechtliche Legitimation durch einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates, eine faire Verteilung der Lasten auf mehreren europäischen Schultern und letztlich noch eine Einladung der kongolesischen Regierung, die einen Einsatz ausdrücklich unterstützt und befürwortet.

Im Atomkonflikt mit dem Iran gibt es für den SPD-Fraktionsvorsitzenden „keine ernsthafte Alternative zur Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen“. Auch die Befassung des Weltsicherheitsrates ist für Struck „nicht das Ende der Diplomatie, sondern nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer diplomatischen Lösung“. Die diplomatischen Karten sind für ihn noch lange nicht ausgereizt, „wenn es gelingt den Iran international weiterhin zu isolieren“, werden nach Struck die gemeinsamen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft auch erfolgreich sein. Weiter Struck, „wer in dieser Situation leichtfertig mit militärischen Optionen spielt, handelt verantwortungslos und gefährdet die diplomatischen Bemühungen“.

In der Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Innern in Bezug auf die Fußball-Weltmeisterschaft weiß Struck sich mit dem Bundeswehrverband und der Gewerkschaft der Polizei einig. „Was soll besser werden, wenn die Bundeswehr die Fußball-Weltmeisterschaft schützt?“ Soldaten agierten auf einer ganz anderen Rechtsgrundlage. „Die dürfen noch nicht einmal Taschen durchsuchen, weil ihnen dort kein unmittelbarer Zwang erlaubt ist.“

Struck kam auch auf den Bundeswehreininsatz im Innern in Bezug auf die Luftsicherheit zu sprechen und ließ keinen Zweifel daran, dass das jüngste Urteil aus Karlsruhe zur Luftsicherheit eine gute Seite hat, da es Rechtssicherheit schafft, „Klar

ist jetzt, kein Pilot darf ein Flugzeug abschießen, in dem auch nur ein Unschuldiger sitzen könnte“, jedoch meinte er auch, dass es die Aufgabe der Politik, die Bürger vor Terrorangriffen zu schützen, nicht gerade erleichtern würde.

Zum Stand der Transformation in der Bundeswehr

Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan hielt einen Vortrag über *„Die Bundeswehr im Transformationsprozess – eine Zwischenbilanz“*. Wobei er direkt einräumte, dass eine Zwischenbilanz eigentlich ein verkehrter Ausdruck wäre, da es sich bei der Transformation um einen dynamischen Prozess handle, dessen beständige Antriebskräfte der unablässige technische Fortschritt einerseits und die sich stetig weiterentwickelnden sicherheits-politischen Rahmenbedingungen andererseits sind. Demnach gibt es also keinen zu erreichenden Endzustand der Transformation, sondern nur nach Schneiderhan eine „Standortbestimmung“.

Schneiderhan erklärte ausdrücklich, dass es sich bei der Transformation nicht nur um eine Verringerung der Streitkräftezahl handelt, auch nicht um eine Verringerung der Bundeswehrstützpunkte, sondern es geht um Antworten auf die neuen geopolitischen Herausforderungen. So ist die Bundeswehr seit dem Zusammenbruch der bipolaren Weltstruktur im Jahre 1989 nicht mehr vorrangig eine Verteidigungsarmee, sondern vor allem eine Armee im Einsatz. Die erfolgreiche Sicherheitsarchitektur des „Kalten Krieges“, die vier Jahrzehnte lang den Frieden in Mitteleuropa erhalten hat, entspricht nicht länger mehr den gegenwärtigen Bedrohungen. Im 21. Jh. werden wir mit asymmetrischen Herausforderungen konfrontiert, deren Ursachen und Auftreten zudem in der Regel multikausal sind, also mehr als militärische Antworten verlangen. Asymmetrisch ist die neue Bedrohung unter anderem, da dem Staat eine mehr oder weniger straffe private Organisation gegenübersteht und der religiös motivierte Terrorist zunehmend keine Rücksicht mehr auf das eigene Überleben nimmt. Nach Schneiderhan *„entzieht sich der Terrorist damit jeder logischen Berechenbarkeit und seine Bekämpfung*

stellt eine immense, auch ethisch-moralische Herausforderung an unseren Kulturkreis dar“. Somit *„haben wir zwar einen Namen für die neue Bedrohung, uns fehlt aber anders als im ‘Kalten Krieg’ eine klassische Adresse“*. Sicherheitspolitisches Handeln wird deutlich erschwert, da man mit einem solchen Gegner auch *„nicht mehr politisch kommunizieren – Stichwort rotes Telefon – und auch auf dem Gefechtsfeld nicht mehr mit ihm zu Vereinbarungen gelangen kann“*.

Die Antwort auf diese Risiken verlangt nun ein gewandeltes Verständnis von Sicherheit in der Politik, den Streitkräften, aber auch in der Gesellschaft. Das Ziel einer zeitgemäßen Sicherheitspolitik muss daher sein, den Gefährdungen der Sicherheit bereits am Entstehungsort zu begegnen. Nach dem Generalinspekteur sollen *„Bedrohungen mit zivilen und militärischen Mitteln bereits auf Distanz bewältigt werden, bevor sie uns in Deutschland ereilen“*. Daher *„muss die Bundeswehr heute die Fähigkeit zum schnellen Eingreifen, insbesondere auch für langfristige Einsätze zur Stabilisierung in weit entfernten Einsatzgebieten, besitzen und ebenfalls über die dazu notwendigen Strukturen, eine moderne Ausrüstung und die zielgerichtete, umfassende Ausbildung verfügen.“*

Wolfgang Schneiderhan ging in seiner Rede auf die Befürchtung ein, die Bundeswehr würde durch ihre Auslandseinsätze im Katastrophenfall nicht mehr im ausreichenden Umfang im Inland zur Verfügung stehen. *„Wer rasch auf eine Krise in einer abgelegenen Weltregion zu reagieren vermag, kann dieses in einem noch höheren Maße auch im eigenen Land“*.

Die Transformation ist abschließend für Schneiderhan *„anders als frühere Reformen ein offener Prozess, der dem hochdynamischen und anhaltenden Wandel im Anforderungsprofil der Streitkräfte entspricht“*. *„Verständnis und Unterstützung dafür kann nur durch eine zielgerichtete Kommunikation nach außen und innen erfolgen und wird maßgeblich den Erfolg und die Akzeptanz des eingeschlagenen Weges bestimmen.“* Entscheidend dabei ist für Schneiderhan jedoch, dass wir die Transformation der Bundeswehr mit ihren Konsequenzen *„nicht als notwendiges Übel durchleiden, sondern sie als Chance begreifen und aktiv begleiten“*.

Ulrike Merten zeigte sich abschließend mit den „2. PETERSBERGER GESPRÄCHEN ZUR SICHERHEIT“ zufrieden und kündigte eine Fortsetzung dieser Gespräche im kommenden Jahr an. □

Nach diesem Beitrag über die „Neuorientierungen deutscher Sicherheitspolitik“ folgt auf den Seiten 6-7 eine Publikation der GKS, die von den Sachausschüssen „Sicherheit und Frieden“ sowie „Innere Führung“ als Nachtrag zur GKS-Erklärung „50 JAHRE MILITÄRSEELSORGE. DIE GKS IM SPANNUNGSFELD GEWANDELTEN AUFTRÄGE DER BUNDESWEHR“ vom 28.01.2006 erstellt wurde. Dieser Text „SOLDATEN – DIENER DES FRIEDENS“ formuliert in knapper Form die Auffassung der GKS vom zeitgemäßen Selbstverständnis christlich geprägter Soldaten und verdeutlicht zu dem die wichtigsten Grundpositionen des Verbandes. Er soll als Faltblatt eine Verbreitung innerhalb und außerhalb von Bundeswehr und katholischer Kirche erfahren.

Dass die Position der GKS nicht graue Theorie bleibt, davon zeugen weitere Beiträge in der Rubrik „Sicherheit und Friedensethik“ (Bericht über ein Friedensethisches Seminar von Klaus Liebetanz – S. 8 ff., Beitrag von Volker Böhler über die Krisenregion Naher Osten – S. 18 ff.) und in der Rubrik „Bild des Soldaten“ (s.S. 25 bis 35, insbesondere Bericht von Winfried Heinemann über ein GKS-Politikergespräch mit dem Wehrbeauftragten – S. 26).

GKS-FLYER FÜR EIN ZEITGMÄSSES SELBSTVERSTÄNDNIS CHRISTLICHER SOLDATEN:

Soldaten – Diener des Friedens!

Ein neues Selbstverständnis

Viele Menschen denken auch heute noch, wenn sie das Wort Soldat hören, an Krieg und Zerstörung. Über viele Jahrhunderte mag das zutreffend gewesen sein und viele Staaten verharren auch heute noch in dieser Sichtweise. Die Bundesrepublik hat jedoch Lehren aus der Vergangenheit, vor allem der nationalsozialistischen Perversion, gezogen und sich auf die christlich-abendländischen Werte zurückbesonnen. Mit dem Grundgesetz, dessen Präambel mit ihrem Gottesbezug dazu verpflichtet, „dem Frieden in der Welt zu dienen“ und dem Eintreten in die Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien hat sich Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts neu aufgestellt.

Die Soldaten der Bundeswehr leisten seit einem halben Jahrhundert ihrem Selbstverständnis entsprechend Friedensdienst. Katholische Soldaten können in der Bundeswehr den Forderungen ihrer Kirche folgen. Sie nehmen die Forderung des II. Vatikanischen Konzils (GS 79, 1962-1965) als Maßstab und Auftrag ernst und betrachten sich heute „als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker“. Indem sie nämlich diese Aufgabe recht erfüllen, tragen sie „wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ Die päpstliche Enzyklika „Pacem in Terris“ (1963), die Hirtenworte „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (1983) und „Gerechter Friede“ (2000) sowie die jüngste Erklärung „Soldaten als Diener des Friedens“ (2005) geben ihnen Orientierung.

Christ und Soldat ...

Seit Gründung der Bundeswehr haben katholische Soldaten – zunächst im „Königsteiner Offizierkreis“ (KOK 1961) – Gleichgesinnte gesucht und sich später in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS 1970) zusammengeschlossen. Dieser berufsständische Verband bietet Soldaten, die gemeinsam ihren Glauben leben und füreinander eintreten, eine geistige und geistliche Heimat.

Die GKS ist ein freier Zusammenschluss von Gläubigen zu einem Verband von Katholiken in der Bundeswehr und von Soldaten in der katholischen Kirche. Als Laienorganisation in der Katholischen Militärseelsorge gründet sie auf dem Glauben der katholischen Kirche und orientiert sich an der Katholischen Soziallehre, insbesondere an deren friedensethischen Aspekten.

Katholische Soldaten beachten die ethischen Normen ihrer Kirche und engagieren sich für ihren Staat und ihre Mitbürger. Sie stellen sich den Herausforderungen, welche sich aus ihrer weltlichen Verpflichtung einerseits und den christlichen Imperativen andererseits ergeben. Ausgehend vom Menschenbild des Grundgesetzes formulieren sie ihr berufliches Selbstverständnis. Sie waren und sind von der Notwendigkeit überzeugt, dass katholische Christen aus ihrem Glaubens- und Politikverständnis heraus in den deutschen Streitkräften dienen sollen. Die GKS bringt ihre Anliegen, die sich aus den Besonderheiten des Militärdienstes ergeben, in den Prozess der Meinungsbildung von Kirche und Staat, von Ethik und Politik ein und leistet einen Beitrag zur Verwirklichung des christlichen Zeugnisses in den Streitkräften.

... zwischen Ethik und Politik

Christliche Soldaten bewähren sich im Spannungsfeld zwischen Ethik und Politik, zwischen Kirche und Staat, dort, wo sich (weltliche) Sicherheitspolitik mit (kirchlicher) Friedensethik kreuzt. Katholische Soldaten übernehmen gewissenhaft Verantwortung: im täglichen Dienst in der Kaserne, in der Ausbildung und im Einsatz, wenn sie als Vorgesetzte Befehle geben oder wenn sie selbst Befehle ausführen.

Gerade in Extremsituationen fällt es schwer, den Überblick zu behalten und unter Stress das Richtige zu tun. Die GKS setzt sich dafür ein, dass Soldaten auf schwierige Lagen vorbereitet werden. Sie ist dankbar für den Dienst der Militärseelsorge, die im Lebenskundlichen Unterricht einen konstruktiven Dreiklang vermittelt: Wertebindung, Gewissensbildung, Lebensführung.

Katholische Soziallehre als Entscheidungshilfe

Die GKS sieht sich auf der Basis der katholischen Soziallehre und der kirchlichen Friedensethik besonders der Sicherung und Förderung des Friedens verpflichtet. Sie bezieht immer wieder in öffentlichen Erklärungen Stellung zu Fragen der *Sicherheitspolitik und Friedensethik*. Wiederholt hat sie die *ethischen Kriterien* für den Einsatz militärischer Gewalt herausgestellt:

Militärische Gewalt darf nur eingesetzt werden (*ius ad bellum*), wenn

- andere Möglichkeiten erschöpft sind oder aussichtslos erscheinen und wenn sie als äußerstes Mittel geeignet erscheint, den Frieden zu erzwingen;
- ein gerechter Grund vorliegt, wenn also der Weltfrieden gestört, die Sicherheit der Völker oder Menschenrechte flagrant verletzt werden;
- eine legitime Macht (derzeit nur die Vereinten Nationen) einen entsprechenden Kampfeinsatz anordnet.

Militärische Gewalt darf nur in der Absicht und mit dem Ziel eingesetzt werden (*intentio recta*), Unrecht (schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht) zu beenden oder zu vermeiden, um eine friedliche Entwicklung abzusichern. Nach menschlichem Ermessen muss Aussicht auf Erfolg des Einsatzes bestehen. Wer militärische Gewalt anwendet, muss nach den Regeln des Humanitären Völkerrechts die Grundsätze der *Verhältnismäßigkeit der Mittel und Methoden* (Proportionalität) sowie des *Schutzes von Nicht-Kombattanten* (Diskrimination) zwingend beachten (*ius in bello*).

Übermäßige Rüstung bindet Ressourcen, hält die Entwicklung der Völker auf und fördert die Gefahr der Ausbreitung von Kriegen. Deshalb ist es ethisch geboten, nur hinlänglich zu rüsten, also nur so viel Militär zu unterhalten, wie zu einer sittlich erlaubten Verteidigung (Notwehr) oder für Kampfeinsätze im Rahmen von Friedensmissionen notwendig sind. (Suffizienz-Prinzip)

Verantwortung des Staates

Die GKS erwartet von Bundesregierung und Parlament überzeugende Antworten auf die Fragen, ob ein (Kampf-)Einsatz *politisch notwendig, ethisch gerechtfertigt und militärisch sinnvoll* ist. Denn Bundeswehrsoldaten dürfen nur auf der Grundlage des *Völkerrechts* und gemäß der deutschen *Wehrverfassung* eingesetzt werden. So hat die GKS wegen fehlenden Mandats der Vereinten Nationen den Krieg im Irak verurteilt.

Die politische Leitung der Bundeswehr hat über die militärische Führung dafür zu sorgen, dass die geistigen und sittlichen Grundlagen des Wehrdienstes

vermittelt und die Soldaten entsprechend motiviert werden. Gerade sie, denen auch gefährliche Einsätze zugemutet werden, brauchen die Gewissheit, dass nicht nur das Parlament, sondern auch die Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihnen steht.

Die politisch Verantwortlichen stehen in der Pflicht, dauerhafte Lösungen in den Einsatzländern zu finden; sonst werden Soldaten zu Lückenbüßern für verschleppte politische Entscheidungen. Streitkräfte können Frieden erzwingen und Sicherheit stabilisieren. Manchmal ist es notwendig, in Krisenregionen durch zeitlich begrenzten Einsatz militärischer Gewalt Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wieder „Staat gemacht“ werden kann (nation building). In konzertierter Aktion muss militärische Stabilisierung in zivile Konfliktbearbeitung übergeleitet werden. Dabei ist die Mitwirkung der Zivilgesellschaft vor Ort am Aufbau und an der Konsolidierung der Inneren Ordnung (Demokratie und Rechtsstaatlichkeit) sowie des wirtschaftlichen Lebens unabdingbar.

Die GKS fordert von der deutschen Regierung, von NATO und EU-Staaten, dass sie sich für eine Reform der Vereinten Nationen im Allgemeinen und des Sicherheitsrates im Besonderen einsetzen. Die Glaubwürdigkeit dieser Welt-Friedens-Organisation steht auf dem Spiel, wenn andere als das Völkerrecht und die Menschenwürde fördernde Interessen die Entscheidungen des Auftraggebers für Friedensmissionen bestimmen.

Verantwortung des Soldaten

Die Ethik des Völkerrechts und die Werte und Normen des Grundgesetzes dienen dem Soldaten als moralische Orientierung, so dass er seiner Mit-Verantwortung, die ihm niemand abnehmen kann, gewissenhaft gerecht werden kann. Soldaten sind dann motiviert, wenn sie wissen, wofür sie sich engagieren. Ihr Einsatz zielt auf einen „gerechten Frieden“. Konkret helfen sie, das Völkerrecht durchzusetzen, die Menschenwürde zu schützen, stabile Verhältnisse herzustellen und die demokratische Entwicklung abzusichern.

Um aber eigenständig urteilen zu können, muss der Soldat umfassend informiert sein und die politische und militärische Entscheidungsfindung nachvollziehen können. Nur wenn ihm die für einen Einsatz geltenden Regeln (rules of engagement) einsichtig sind, wird er seinen Auftrag gewissenhaft und nach besten Kräften ausführen können.

Innere Führung als Ethik für die Bundeswehr

Die GKS sieht in der Inneren Führung eine soldatische Ethik für die Bundeswehr, die ihr bereits in der Phase der Gründung vorgegeben wurde und die sie verinnerlicht und weiterentwickelt hat. Als dynamisch konzipierte Führungsphilosophie prägt sie, ausgehend vom Menschenbild des Grundgesetzes, die Unternehmenskultur der Bundeswehr, indem sie das Miteinander der Soldaten konstruktiv regelt und zum gewissenhaften Dienen motiviert.

Streitkräfte in der Demokratie und für die Demokratie beziehen ihr *Rollenverständnis* aus der Wechselbeziehung zwischen Armee und Staat. Aus dem Verhältnis Gesellschaft und Soldat heraus entwickelt sich das *Selbstverständnis* vom Staatsbürger in Uniform.

Die Prinzipien der Inneren Führung bewirken – richtig verstanden und umgesetzt – auf vielfältige Weise die Integration der Armee in den Staat, konkret: des Bürgers in die Bundeswehr und des Soldaten in die Gesellschaft.

Soldatisches Selbstbewußtsein

Die veränderte globale Sicherheitslage führt zu einer *Neuausrichtung* der Bundeswehr auf ihre erweiterten Aufgaben hin. Mit den sicherheitspolitischen sind immer auch friedens- und berufsethische Fragen zu erörtern. In diesem Zusammenhang wünscht die GKS eine lebhaftige Diskussion unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit. Die Frage der Reichweite der Grundpflicht des Soldaten, insbesondere von Eid und Gelöbnis, darf in diesem Zusammenhang nicht zu kurz kommen.

Die Stärke der Inneren Führung zeigt sich in der hohen Qualität der Menschenführung, vor allem im kooperativen Führungsstil, wie er durch die Freiheit im Handeln (Auftragstaktik) praktiziert und weiterentwickelt wird. Vorgesetzte wissen um ihre Verantwortung und achten die Würde jedes Menschen. Sie kommunizieren und kooperieren mit ihren Soldaten auf Augenhöhe. Auf diese Weise bilden sie gegenseitiges Vertrauen und fördern so die für den soldatischen Dienst unverzichtbare Kameradschaft. Die GKS setzt sich dafür ein, dass Soldaten in der Vorbereitung von Entscheidungen auch abweichende Positionen vertreten können, ohne Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Zivilcourage schließt „Militär“-courage mit ein.

Vertrauen beruht auf Gegenseitigkeit

Das Treueverhältnis zwischen Dienstherr und Soldat beruht auf gegenseitigem Vertrauen. Die Bundeswehr folgt dem Primat der Politik und ist deren verlässliches Instrument. Sowohl der „politische Auftraggeber“ als auch der „militärische Auftragnehmer“ sollten jederzeit nach besten Kräften ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Soldaten haben ein Recht auf solide Ausbildung ebenso wie auf eine optimale Ausrüstung.

Bei der *Transformation* der Bundeswehr (Anpassen ihrer Einsatzfähigkeit an künftige Aufgaben) muss jeder einzelne Soldat mitgenommen und dabei sein soziales Beziehungsgeflecht mit bedacht werden.

Der Dienstherr weiß, dass der erweiterte Auftrag zu größeren Belastungen nicht nur für den Soldaten, sondern auch für seine Angehörigen führt, die durch eine bessere Vor-, Für- und Nachsorge sozial abgefedert werden müssen. Dazu gehört die Familien- bzw. Angehörigenbetreuung ebenso wie eine angemessene Versorgung. In diesem Zusammenhang leistet die Militärseelsorge unverzichtbare Dienste.

Leitsätze als kategorischer Imperativ

Grundlage der Arbeit der GKS sind ihre im christlichen Menschenbild verankerten Leitsätze, die den Wandel im Selbstverständnis vom überkommenen „Soldaten für den Krieg“ zum heutigen „Soldaten für den Frieden“ dokumentieren:

- im Glauben verwurzelt
- für Recht und Freiheit
- sittlich gebunden
- politisch gebildet
- fachlich kompetent
- gewissenhaft im Gehorsam
- dem Frieden verpflichtet
- offen für Gleichgesinnte
- um Zusammenarbeit bemüht
- ökumenisch aufgeschlossen

Die GKS orientiert sich an diesen Leitsätzen und setzt sie nach Kräften um. Was der Einzelne aus eigener Kraft nicht verwirklichen kann, vermag die „Solidar“-Gemeinschaft Katholischer Soldaten als größeres Ganzes zu ergänzen. Diesem moralischen Anspruch kann nur gerecht werden, wer sich bemüht, die hinter diesen Leitsätzen stehenden Werte zu kultivieren.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten gibt ihm dazu, eingebettet in den großen Zusammenhang der Kirche als Gemeinschaft der Glaubenden, den erforderlichen Rückhalt. □

Frieden braucht Fachleute

Zur Frage der Qualifizierung von Fachkräften im Auslandseinsatz

VON KLAUS LIEBETANZ

Zu diesem Thema fand im April 2006 das zweite gemeinsame Seminar von Pax Christi (deutsche Sektion) und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kommission Justitia et Pax im Kardinal-Schulte-Haus in Bensberg statt. Als Referenten waren Vertreter der folgenden Friedensakteure im Ausland eingeladen: Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD), Pax Christi, Katholischer Entwicklungsdienst (AGEH), Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei in NRW und Bundeswehr.

1. Gemeinsames Seminar – keine Selbstverständlichkeit

Zunächst muss betont werden, dass ein gemeinsames Seminar mit diesen beiden sehr unterschiedlichen Organisationen, wie die pazifistische Friedens- und Versöhnungsbewegung pax christi und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten keine Selbstverständlichkeit darstellte. Die Moderation wurde redlich aufgeteilt zwischen Justitia et Pax (Prof. Dr. Thomas Hoppe und Dr. Jörg Lier), pax christi (Dr. Reinhard J. Voß) und GKS (Oberst i.G. Reinhard Kloss). Die Veranstaltung fand in einer sachlichen, konstruktiven und freundschaftlichen Atmosphäre statt. Man kannte sich bereits vom ersten gemeinsamen Seminar. Kontroverse und ideologisch entgegen gesetzte Positionen spielten eine untergeordnete Bedeutung. Dazu trug auch bei, dass es nicht um Grundsatzfragen ging, sondern um Sachthemen, nämlich die Qualifizierung von Auslandspersonal.

1.1 Zweck und Ziel des Seminars

Diese Veranstaltung diente dazu, das gegenseitige Verständnis zu erhöhen und von einander zu lernen, so wie es im Bischofswort „Gerechter Friede“ zum Ausdruck kommt:

„Die genannten Dienste (AGEH, pax christi und Schalom-Diakonat Anm. d. V.) sind wie die Streitkräfte und der Dienst der Soldaten in unterschiedlicher Weise auf die Sicherung und Förderung des Friedens hingeeordnet und ergänzen sich gegenseitig. Die Vernetzung der Friedensprobleme erfordert das Zusammenwirken der unterschiedlichen Berufenen und Berufe.“ (GF Nr. 181)

Die GKS hatte zu dem im November 2004 in ihrer Erklärung zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte „Der Friede ist möglich!“ deutlich gemacht, dass in der Nachkriegsphase der Friedenskonsolidierung ein dauerhafter und nachhaltiger Friede möglich sei. Dies setze allerdings voraus, dass die zivilen Friedensakteure und die militärischen Sicherungskräfte mit VN-Mandat in angemessener Weise aufgestellt seien und entsprechend ihrer jeweiligen Aufgabe zusammenwirkten. Unter Nr. 6 g dieser Erklärung stellte die GKS einen erheblichen Mangel an gegenseitigem Verständnis der verschiedenen Teilnehmer an der Friedenskonsolidierung fest:

„Die Ausbildung aller an einem Friedensprozess beteiligten Kräfte muss den jeweils besonderen Anforderungen gerecht werden. Wichtig sind Kenntnisse über die anderen am Friedensprozess beteiligten Akteure, um die Kräfte auf das Erreichen des gemeinsamen Zieles hin bündeln zu können. Hier besteht noch ein erheblicher Nachholbedarf.“

Es gäbe leider auf allen Seiten – einschließlich des Militärs – noch zu viele Friedensstreiter, die von der Ausschließlichkeit der eigenen Sache überzeugt seien und daher erhebliche Vorbehalte gegenüber den anderen am Friedensprozess Beteiligten hätten. So sollte das Seminar zur besseren Kenntnis über die Fähigkeiten und Möglichkeiten der je anderen Organisationen, zur Identifizierung von Stärken und Mängeln der unterschiedlichen Ausbildungskonzepte sowie zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen pax christi und der GKS als katholischen Verbänden beitragen.

1.2 Verpflichtung zum Gemeinwohl

In seinem einführenden Referat behandelte Prof. Thomas Hoppe eine Reihe von friedensethischen Grundfragen, u.a. die Verpflichtung zum Gemeinwohl, Gewaltprävention und die Grenzen militärischer Handlungen. Friedensethische Fragen spielten während der gesamten Tagung in Diskussionen und Beiträgen immer wieder eine Rolle. Hoppe forderte die Teilnehmer auf, mit der spannungsreichen Friedensproblematik konstruktiv umzugehen und das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

1.3 Vorbereitung und Begleitung von Fachkräften im Auslandseinsatz

Aus allen nachfolgenden Beiträgen der unterschiedlichen Friedensakteure ging hervor, dass man durch die ständige Überarbeitung und Verbesserung der Ausbildungskonzepte von einer permanenten Professionalisierung durch Qualifizierung der Ausbildung bzw. Vorbereitung für die Auslandseinsätze sprechen kann. In allen Konzepten waren Module für interkulturelle Kommunikation, Stressbewältigung, Medizinische Gesundheitsvorsorge, Sicherheitstraining, Internationale Zusammenarbeit, Medienkompetenz, Friedens- und Konfliktarbeit und Sprachfähigkeiten vorgesehen.

2. Ausbildung von Soldaten für Friedenseinsätze

Oberstleutnant i.G. Thomas Kautz, z.z. Auswärtigen Amt - Referat „Krisenprävention/Friedenserhaltende Maßnahmen“, präsentierte die Bundeswehrausbildung wie folgt:

2.1 Grund- und Vollausbildung aller Soldaten

Diese Ausbildung umfasst 1.101 Ausbildungsstunden. 21% davon bezieht sich auf die „Einsatzvorbereitende Ausbildung Konfliktverhütung und Krisenbewältigung (EAKK).“

– Praktische Ausbildung: Sicherung, Patrouillen, Betreiben und Beziehen von Checkpoints,

Schutz, Bau und Betrieb von Feldlagern und Kampfmittelerkundung.

- Theoretische Ausbildung: Humanitäres Völkerrecht, Nationales Recht, Verhalten bei Geiselhäft, Verwundung und Tod, erste Anteile interkulturelle Kompetenz.

2.2 Allgemeine Offiziersausbildung

Oberstleutnant i.G. Kautz erläuterte anschließend den Ablauf der Offiziersausbildung, weil diese die längste und facettenreichste Ausbildung in der Bundeswehr darstellt. In diesem Zusammenhang wies er auf das lebenslange Lernen der Offiziere hin. Die Unteroffiziersausbildung ist nach dem gleichen Prinzip aufgebaut. Die Offizierslehrgänge I und II umfassen insgesamt 984 Ausbildungsstunden. Zwischen diesen Lehrgängen liegt das obligatorische Studium an den Bundeswehruniversitäten (Betriebswirtschaft, Pädagogik, Maschinenbau, Informatik u.a.) 41% der Ausbildungsstunden sind für die Taktikausbildung vorgesehen. Von den 201 Stunden für die taktische Grundlagenausbildung sind 21 Stunden für Peace Support Operations (friedensunterstützende Operationen) vorgesehen. Hintergrund für diese Ausbildung ist das komplexe Gefechtsfeld.

Die Offizierslehrgänge finden an der Heeresoffiziersschule in Dresden statt. Die praktische Geländeausbildung findet im Norden von Dresden statt, wo die verschiedenen Elemente des soldatischen und militärischen Handwerks gelehrt werden. Ergänzt wird diese Ausbildung durch computergestützte Übungen (SIRA). Die Teilnehmer erarbeiten Lösungsmöglichkeiten auf gestellte Lagen und geben diese in den Computer ein. Dieser signalisiert ihnen, ob sie erfolgreich waren und das gesteckte Ziel erreichten, ob nachgesteuert werden oder ein völlig neuer Lösungsansatz gesucht werden muss.

2.3 Generalstabsausbildung

Die Generalstabsausbildung an der Führungsakademie in Hamburg dauert zwei Jahre. Hier wird u.a. das Zusammenspiel von Politik und Militär ausgebildet. In einem Joint Exercise Block werden computerunterstützt folgende Themen bearbeitet: Konfliktanalyse, Friedenskonsolidie-

rung in der Konfliktfolgezeit, „Nationbuilding“ und die Zusammenarbeit von NATO und EU.

In einem anderen großen Ausbildungsblock wird ein Führungskräfte-tetraining durchgeführt, in dem Führung unter Belastung geübt wird. Dabei wird gelehrt welche Arbeitsmethoden und Entspannungstechniken hilfreich sein können. In einem weiteren 5-tägigen Ausbildungsseminar wird die Erlangung von interkultureller Kompetenz angestrebt. In einem „Krisennachsorgeseminar“ lernt der angehende Generalstabsoffizier, wie humanitäre Hilfe funktioniert, was Zivil-Militärische-Zusammenarbeit beinhaltet und wie der Wiederaufbau von Gesellschafts- und Staatsstrukturen unterstützt werden kann. An dieser Ausbildung nehmen auch Vertreter der Zivilgesellschaft teil.

Der Schwerpunkt der Generalstabsausbildung liegt jedoch weiterhin auf der Erlangung von militärischen Führungsfähigkeiten, also auf dem militärischen Kerngeschäft, da die Bundeswehr keine „bewaffnete Hilfs- und Entwicklungsorganisation“ ist.

2.4 Speziallehrgänge

Am VN-Ausbildungszentrum in Hammelburg werden zahlreiche Speziallehrgänge durchgeführt, u.a. der dreiwöchige Militärbeobachterlehrgang (UNMOG). An der Akademie



Vertreter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) verfolgen die Ausführungen zu den Qualifizierungsmaßnahmen der zivilen Friedensakteure; v.l.: OTL Gerhard Stolz, Leiter des Sachausschusses Innere Führung, Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, Ehrenbundesvorsitzender, Oberst Richard Schmitt, Vorsitzender ZV, BrigGen a.D. Friedhelm Koch und OTL Paul Brochhagen, GKS-Bundesvorsitzender. (Foto: K. Liebetanz)

für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ, BMI) in Ahrweiler findet der einwöchige Lehrgang für zivil militärische Zusammenarbeit im Ausland statt. Auf diesem Lehrgang erhalten die CIMIC-Offiziere der Bundeswehr ihre Grundausbildung. An diesem Lehrgang nehmen auch Polizisten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen teil.

2.5 Kontingentausbildung

Alle zu einem Einsatzkontingent gehörenden Soldaten (z.B. ISAF-Kontingent 10) erhalten vier Monate vor ihrer Entsendung eine einsatzvorbereitende Ausbildung. So lernen sie sich vor dem Einsatz kennen und wer-



Soldaten der Bundeswehr üben die Abwehr einer gewalttätigen Menschenmenge an einem Checkpoint auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne; durch Einsatz von Reizstoffen ohne den Einsatz von Schusswaffen wird die Verhältnismäßigkeit der Mittel demonstriert. (Foto: K. Liebetanz)



Vertreter der Zivilgesellschaft hören zu, wie die Soldaten der Bundeswehr für ihren Friedensauftrag ausgebildet werden; v.l. Heinz Wagner, Geschäftsführer Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD), Bettina Renner, Personalreferentin Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Johannes Schnettler, Vizepräsident der Dt. Sektion von pax christi und Dr. Reinhard J. Voss, Generalsekretär pax christi. (Foto: Klaus Liebetanz)

den miteinander vertraut. Die militärischen Führer erhalten dabei eine Einweisung vor Ort im Einsatzgebiet. Spezialisten werden auf ihre Aufgabe falls noch erforderlich durch Speziallehrgänge vorbereitet. Ferner ist für alle Soldaten eine auffrischende Ausbildung „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung (EAKK, s.o.)“ vorgesehen. Danach erfolgt eine 3-wöchige Ausbildung in Hammelburg mit scharfem Schuss und Modulen wie Verhalten bei Geiselnahme. Das Ganze wird mit einer Großverbandsübung (Brigade) im Gefechtsübungszentrum (Kollwitz-Letzlinger Heide) abgeschlossen.

2.6 Erfahrungsberichte, Auswerteseminare

Die verschiedenen Abteilungen der Einsatzkontingente schreiben detaillierte Berichte über ihre Einsatzerfahrungen. Diese Einsatzerfahrungen werden in das Info-System Einsatzerfahrung-Bw eingestellt und können von den folgenden Kontingenten abgerufen werden. Ferner erfolgt eine Einsatznachbereitung mit allen Offizieren und Unteroffizieren des jeweiligen Kontingent für drei Tage in einem nichtmilitärischen Tagungshaus. Ein Beraterteam der Schule für Innere Führung unterstützt diese Veranstaltungen. Sie dienen vorrangig der psychologischen Nachbereitung des Einsatzes.

3. Vorbereitung und Begleitung von Fachkräften des zivilen Friedensdienstes

Diese Präsentation wurde vom Leiter der Abteilung Personal und Entwicklung der „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung“ e.V. (AGEH), Hans Nirschl, und der Geschäftsführerin der Deutschen

durch zusätzliche Informationen des Mitbegründers des Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD), Heinz Wagner.

Die „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ (AGEH) ist der Fachdienst der deutschen Katholiken für internationale Zusammenarbeit. Als staatlich anerkannter Personaldienst vermittelt die AGEH in Zusammenarbeit mit ihren Partnerorganisationen in aller Welt qualifizierte und aufgeschlossenen Frauen und Männer als Fachkräfte in Projekte der Entwicklungs- und Friedenszusammenarbeit kirchlicher Organisationen in Afrika, Asien, Lateinamerika und in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Die Deutsche Sektion von pax christi ist Teil der internationalen katholischen Friedensbewegung. Sie benennt Missstände und bezieht klare Position, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden. Als christlich motivierte und politisch engagierte Bewegung bemüht sich pax christi um gerechte Strukturen des Zusammenlebens und zivile Wege der Konfliktbearbeitung. pax christi ist keine klassische Entsendeorganisation von Friedensfachkräften. Einzelne entsandte Friedensfachkräfte sollen exemplarisch Zeugnis für die zivile Konfliktbearbeitung geben.

Das Forum Ziviler Friedensdienst (Forum ZFD) ist als Nicht-Regierungsorganisation ein Zusammenschluss von rund 40 Organisationen und 280 Einzelpersonen. Das Forum ZFD ist zudem Träger von eigenen ZFD-Projekten und hat eine eigene Vorbereitungs-Akademie.

Die Präsentation von Hans Nirschl und Christamaria Weber hatte folgenden Inhalt:

Sektion von pax christi, Christamaria Weber, vorgestellt. Ergänzt wurden ihre Ausführungen

3.1 Einführung in die Prinzipien des zivilen Friedensdienstes

Frieden braucht Fachleute – insbesondere lokale Fachleute. Die wichtigsten Akteure im Friedensprozess sind die Menschen vor Ort. Externe Fachkräfte unterstützen subsidiär lokale Initiativen und Akteure. Die Qualifikation von externen Fachkräften hat den Programmerfolg vor Ort zum Ziel. Dabei geht es im Wesentlichen um die nachhaltige Stärkung lokaler Akteure.

3.2 Projektentwicklung mit lokalen Partnern

Projekte entstehen im Dialog mit lokalen Partnern. Sie knüpfen meist an bestehende Aktivitäten und Ideen der Partner an. Die „Ownership“ liegt bei der lokalen Organisation. Lokales Personal spielt eine wichtige Rolle. Je nach Konfliktkonstellation kann es sinnvoll sein, ein Friedensprojekt in einem Partner-Netzwerk anzusiedeln. Die ausländische Fachkraft bringt einen „Mehrwert“ durch „Querdenken“ und „positiv-provokative“ Intervention.

3.3 Projektkriterien

Friedensdienst beinhaltet Arbeit am Konflikt

- mit friedensförderlichen und friedenswilligen Kräften in der Zivilgesellschaft
- mit Opfern von Krieg und Gewalt (Traumaarbeit, Unterstützung von Flüchtlingen und Menschenrechtsarbeit)
- jedoch auch mit gewaltbereiten und gewalttätigen Gruppen.

3.4 Personalauswahl und Qualifizierung

Angehende Friedensfachkräfte müssen mindestens 28 Jahre alt sein, Berufserfahrung haben und über Fachqualifikationen verfügen. Oft ist vorhergehende Auslandserfahrung Bedingung. Zu Beginn der Qualifizierungsphase stellen sich in intensiven Personalentwicklungsgesprächen folgende Fragen:

- Was bringt die Person mit?
- Welche Aufgaben muss sie vor Ort erledigen?
- Welches Umfeld hat sie vor Ort, in dem sie lebt?

Daraus ergibt sich, wie die verschiedenen Maßnahmen der Qualifizierung aussehen. Bei der AGEH steht die individuelle Personalentwicklung und Ausbildung der angehenden Friedensfachkraft im Vordergrund. Ziel ist die Verwirklichung einer optimalen Mitarbeit im Projekt. Ein großer Teil der Qualifizierungsmaßnahmen wird bei internationalen Anbietern von Trainings- und Bildungsmaßnahmen „eingekauft“. So z.B. erhält eine Person, die als Friedensfachkraft in Nigeria vorgesehen ist, u.a. eine auffrischende englische Sprachausbildung, dazu eine Ausbildung in der jeweiligen Regionalsprache durch eine Honorarkraft und ein Auslandspraktikum beim „Network for Peacebuilding“ in Ghana. Dazu kommen andere Ausbildungsmodule, wie Konfliktanalyse, Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung, Projektplanung und Projekt-Cycle-Management, Finanzverwaltung Networking und Lobbyarbeit.

3.5 Bedeutung der interkulturellen Kommunikation

Dabei wird von der angehenden Friedensfachkraft erwartet, dass sie eine klare Haltung zum eigenen kulturellen Hintergrund hat. Wichtig sind dabei folgende Fragen:

- Mit welcher Haltung gehe ich in das Projekt hinein?
- Wie definiere ich meine Rolle?
- Welche Beratungskompetenz habe ich?

Auch dem Christlichen Menschenbild und sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit Menschen aus anderen Kulturen wird Bedeutung beigemessen. Weitere Themen sind z.B. Arbeit in belastenden Situationen, Umgang mit Stress, Umgang mit Gewalt und Vermeidung von Burn outs.

3.6 Qualifizierung durch das Forum Ziviler Friedensdienst

Im Gegensatz zur AGEH führt das Forum ZFD die Qualifizierung angehender Friedensfachkräfte in Seminarform durch. Zweimal im Jahr wird ein viermonatiges Seminar

OTL i.G. Thomas Kautz
(l.), AA-Referat
„Krisenprävention“,
und Dr. Jörg Lürer,
Deutsche Kommission
Justitia et Pax
(Foto: K. Liebetanz)

mit einem ausgefeilten Curriculum durchgeführt. Davon wird ein Kurs in englischer Sprache mit internationalen Teilnehmern abgehalten. Die verschiedenen Methoden der Friedensarbeit wird sowohl theoretisch wie auch praktisch in der Krisenregion gelehrt. Lokale Mitarbeiter unterstützen die Ausbildung vor Ort. Teilen der Ausbildung, wie z.B. das Modul Mediation, können auch von externen Teilnehmern besucht werden. Das Forum Ziviler Friedensdienst bildet jährlich ca. 50 Friedensfachkräfte aus. Die AGEH bereitet Pro Jahr ca. 70 Personen auf internationale Zusammenarbeit vor. Der Anteil an ZFD Fachkräften variiert je nach „Auftragslage“.

3.7 Begleitung der Friedensfachkraft während des Projekts

Eine ständige, sehr enge Kommunikation (Telefon, eMails) von der Zentrale in Europa zur Friedensfachkraft in der Krisenregion ist unerlässlich. Mindestens einmal im Jahr erfolgt ein Projektbesuch durch die Verantwortlichen in der Zentrale. Bei stärkeren Spannungen erhöht sich die Zahl der jährlichen Besuche. Christamaria Weber (pax christi) schilderte während der gemeinsamen Präsentation die Arbeit einer Friedensfachkraft in Banja Luka, die in Zusammenarbeit mit dem UNHCR sehr erfolgreich an der Integration von Minderheiten beteiligt war. Wesentlich schwieriger gestaltet sich die Arbeit der zivilen Friedensfachkraft in Jaffna (Sri Lanka). Die Erwartungen an das Waffenstillstandsabkommen von 2003 zwischen der tamilischen LTTE und der singhalesischen Regierung wurden enttäuscht. Seit Ende 2005 nehmen die Spannungen



zwischen den verfeindeten Volksgruppen wieder zu. Das pax-christi-Projekt hat als Versöhnungsprojekt begonnen – inzwischen liegt der Schwerpunkt auf der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen. Sollte der Bürgerkrieg wieder aufflammen, muss das Projekt abgebrochen werden.

3.8 Reintegration von Friedensfachkräften

Mit der rückkehrenden Friedensfachkraft werden ausführliche Gespräche geführt und wo notwendig eine Karriereplanung besprochen. Im einwöchigen Rückkehrerseminar werden die Erfahrungen von mehreren Friedensfachkräften ausgewertet. Diese nutzen sowohl der entsendenden Organisation wie auch dem Personalgesteller für zukünftige Projekte. In der Regel werden Rückkehrer auch bei der Qualifizierung von angehenden Friedensfachkräften eingesetzt. Ferner sind Rückkehrer auch authentische Eine-Welt-Lobbyisten. Sie werden in der Bildungsarbeit von Schulen oder bei der Fastenaktion von Misereor eingesetzt. Fachkräfte, die in besonders belastenden Situationen gearbeitet haben, wird Supervision und Coaching ermöglicht. Weitere Infos zur AGEH unter: www.ageh.de

4. Qualifizierung Humanitärer Helferinnen und Helfer

Die Präsentation erfolgte durch den Stellvertretenden Leiter von Malteser International, Köln, Sid Johann Peruvemba:

4.1 Aufgaben und Ziele von Malteser International

Malteser International mit Sitz in Köln ist als katholisches Hilfswerk Teil des souveränen Malteserorden mit Sitz in Rom, der diplomatische Beziehungen zu 93 Staaten unterhält und humanitäre Hilfe in mehr als 100 Ländern durchführt. Aufgaben und Ziele von Malteser International sind:

- Weltweite Nothilfe im Katastrophenfall
- Wiederaufbaumaßnahmen
- Aufbau von Basisgesundheitsdiensten
- Verringerung von Verwundbarkeit, Armut und Anfälligkeit für Krisen und Katastrophen
- Programme für Flüchtlinge und Rückkehrer
- Zusammenarbeit mit lokalen Partnern.

4.2 Zahlen und Fakten von Malteser International

Die Kölner Zentrale beschäftigt etwa 40 Mitarbeiter und entsendet jährlich ca. 80 Mitarbeiter (Expatriots). Bei den ca. 80 Projekten und Programmen weltweit werden ca. 800 lokale Mitarbeiter (Locals) in 35 Standorten beschäftigt. Das jährliche Projektvolumen beträgt Zwischen 20 und 25 Mio. Euro. Der Anteil an privaten Spenden am Gesamtbudget beträgt je nach Spendenaufkommen 20-50%. Der Beitrag durch Öffentliche Mittel kommt z.B. von der Europäischen Union, KfW, Auswärtiges Amt, BMZ und UN.

4.3 Definition von humanitärer Hilfe

Ziel der humanitären Hilfe ist es, Leben zu retten und Leid zu mindern. Sie ist an Opfern von Konflikten, Naturkatastrophen und Gewalt gerichtet und wird ohne Diskriminierung und unter Beachtung der Menschenwürde der Opfer geleistet.

Sie arbeitet ausschließlich mit friedlichen Mitteln und versucht, die Menschen wieder in die Lage zu versetzen, selbständig Entscheidungen zu treffen. Lediglich die Interessen und das Wohlergehen der Opfer bestimmen die Motive humanitären Handelns.

4.4 Herausforderungen durch veränderte Rahmenbedingungen

- Asymmetrische Konflikte: Unterscheidung zwischen Kom-

battanten und Nichtkombattanten hebt sich auf

- Zunahme des militärischen Engagements in der humanitären Hilfe
- Humanitäre Hilfe wird zum Ersatz für fehlendes politisches Handeln (Sudan, Afghanistan, Ruanda) und zum außenpolitischen Instrument („The rich get diplomats, the poor get aid workers.“)
- In Deutschland: Ausdehnung des Mandates der Bundeswehr (Krisenbewältigung statt Landesverteidigung“, CIMIC/ ZMZ-Konzept)
- Neue Bedrohungen durch Terrorismus, 9/11-Syndrom“
- Immer undifferenzierter werdende Verwendung des Begriffs „Humanitär“
- Unzulässige Vermischung von militärischen Zielsetzungen und humanitärer Hilfe

4.5 Tätigkeitsfelder für Mitarbeit bei Malteser International

- Administrative Tätigkeiten (Finanzen)
- Logistik (Hilfsgütertransport)
- Beschaffung und Qualifizierung von lokalem Personal
- Fachtätigkeiten (z.B. Medizin)
- Koordinierende und leitende Tätigkeiten

4.6 Bewerberauswahl

Harte Kriterien: Fachliche Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Auslandserfahrung, Kenntnisse des Umfeldes der humanitären Hilfe (Prinzipien, Akteure, Koordination, ...)

Weiche Kriterien: Psychische und körperliche Belastbarkeit, Stress- und Frustrationstoleranz, Entscheidungs-, Einsatz- und Risikobereitschaft; Teamfähigkeit, Anpassungs- und Distanzierungsfähigkeit, Toleranz und interkulturelle Kompetenz

4.7 Vorbereitung der Auslandsmitarbeiter

Der Idealfall:

- Einführung in das Projekt, ausführliches Briefing
- Schriftliche Richtlinien regeln Ausbildungsmöglichkeiten
- Zeit für Weiterbildung ist vorhanden
- Es existiert ein fester Ausbildungs- und Karriereplan

- Mitarbeiter lernen alle Bereiche der Organisationen kennen

aber: die Realität setzt Grenzen

Plötzlich auftretende Katastrophen erfordern schnelles und visuell wahrnehmbares Handeln, auch am Wochenende und zu großen Feiertagen. Eine humanitäre Hilfsorganisation ist kein „Volkseigener Betrieb“ sondern eine „atmende Organisation“ mit großer Fluktuation im Personalsektor, die sich auf dem „Markt der Barmherzigkeit“ bewähren muss. Bei der Tsunami-Katastrophe 2005 haben sich über 1.000 Nichtregierungsorganisationen um den Spendenkuchen bemüht. (Anm. d.V.)

4.8 Ausbildungsansatz von Malteser International

- Feste Ausbildungspläne für neue Mitarbeiter: Kennenlernen des „Innenlebens“ der Organisation (Zuständigkeiten, Bedingungen, Vorschriften) und der administrativen Abläufe
- nach Möglichkeit externe ergänzende Kurse (z.B. DSE)
- Debriefing (Rückkehr) – auch die Organisation kann lernen!
- Begleitung der Mitarbeiter auch während des Einsatzes
- Aus- und Weiterbildung hat einen festen Budgetposten
- Nachwuchskräfte werden oft durch Praktikantenprogramme gewonnen (Absolventen des Europäischen Studienganges „Humanitäre Hilfe“ an der Ruhr-Universität Bochum, die in einem postgraduierten, einjährigen Studium den „Master in Humanitarian Assistance“ erlangt haben, finden über eine Praktikantenstelle bei einer Hilfsorganisation den Berufseinstieg. Anm. d. V.)

4.9 Gesamtkonzept und Grundkurs

Das Gesamtkonzept umfasst folgende Stufen: Personalauswahl, Grundkurs, Praktikum/Training, Spezialkurse intern/extern und Einsatz. Konzept dreitägiger Grundkurs:

1. Tag: Einführung in Strategie und Mission von Malteser International; Internationales Humanitäres Recht: Was humanitäre Helfer wissen müssen.
2. Tag: Akteure in der humanitären Hilfe; Personalsicherheit in der humanitären Hilfe

3. Tag: Sphere Project: Mindeststandards und Qualität der humanitären Hilfe

4.10 Schlussfolgerungen für die Mitarbeiterqualifizierung

- Kernstück „guter“ humanitärer Hilfe sind Mitarbeiter
- Qualifizierung ist nur ein Teilbereich eines guten Personaleinsatzes. Genauso wichtig sind Mindeststandards bei Auswahl, Begleitung und Rückkehr.
- Langfristig gebundenes und ausgebildetes Personal ist ein Erfolgsparameter humanitärer Hilfe
- Humanitäre Hilfe hat ein diffuses Berufsbild, in dem „Selbstausbildung“ und Erfahrung entscheidende Rollen spielen
- Qualifizierung ist viel, aber nicht alles.

5. Qualifizierung von Polizisten für den Auslandseinsatz

Kriminaloberrat Uwe Mainz stellte die Ausbildung der deutschen Polizisten für den Auslandseinsatz vor. Er selbst gehört zum Urgestein der Polizeiauslandsausbildung und hat 2000-2001 für die Vereinten Nationen im Kosovo gearbeitet. Er ist zuständig für die Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Brühl, die für den Auslandseinsatz vorgesehen sind. Sein Vortrag gliederte sich wie folgt:

5.1 Bisheriger Polizeieinsatz im Ausland

Seit September 1989 werden deutsche Polizeibeamte bei internationalen Friedensmissionen in Kriegs- und Krisengebieten eingesetzt. Von 1994 an sind auch die Länderpolizeien dabei. Davor war es nur der Bundesgrenzschutz (heute Bundespolizei). Bis 2006 wurden insgesamt 21 verschiedene Polizeieinsätze im Ausland absolviert, darunter Polizeimissionen in Namibia, Westsahara, Kambodscha, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Kosovo, Afghanistan, Sudan, Palästina und andere Länder. Bislang wurden insgesamt 2275 Polizisten im Ausland eingesetzt. (Bei der Bundeswehr waren es in vergleichbaren Zeitraum ca. 150.000 Soldaten. Anm. d. V.)

Lokales Team von Mitarbeitern der Friedenskraft in Jaffna, Sri Lanka; Mitte: Christa Maria Weber, Geschäftsführerin von pax christi beim jährlichen Projektbesuch (Foto pax christi)



Zu den vielfältigen Polizeiaufgaben gehörten u.a.: Kontrolle (Monitoring), Beratung, Training von lokalen Polizeikräften, „Law enforcement“ (bewaffnete Durchführung von Polizeidiensten mit allen Eingriffsrechten). Seit 2001 ist die deutsche Polizei zunehmend für die Europäische Union (EU) eingesetzt.

5.2 Ziviles Krisenmanagement der EU

Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) erfolgte der EU-Ratsbeschluss von Santa Maria de Feira im Juni 2000, bis 2003 ein Europäisches Polizeikontingent von bis zu 5.000 Mann (Europol) mit 10% Führungspersonal aufzustellen (zz. 3.600 in Missionen). Die Europäer hatten festgestellt, dass man relativ unvorbereitet in den Kosovo „hineingestolpert“ war. Es wurde ferner ein Rapid Deployment (mit 1.000 Polizisten rasche Einsatzkräfte x plus 30) und ein gemeinsamer europäischer Polizeistandard für Auslandsmissionen beschlossen. Des Weiteren hatte man erkannt, wenn man nicht sofort nach einer militärischen Auseinandersetzung mit effektiven Polizeikräften präsent sei, würden sich kriminelle Elemente meist mit ehemaligen Kämpfern eng organisieren, mit denen man es dann 20 Jahre lang zu tun hätte.

5.3 Ausblick auf zukünftige Polizeieinsätze

Eines der Ziele der GASP ist es, in den unmittelbar angrenzenden Regionen ein sicheres und relativ stabiles Umfeld zu schaffen. Das gilt vor allem für den Mittleren Osten, wo bereits jetzt in den Vereinigten Arabischen Emiraten Polizisten für den Irak ausgebildet werden. Wenn mög-

licher Weise in 5-6 Jahren die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird, hat die EU eine Außengrenze mit dem Irak! Das gleiche gilt für den Nahen Osten. In Palästina sind heute schon deutsche Polizisten im Rahmen einer EU-Mission in Raffa an der Grenze zu Ägypten eingesetzt. Darüber hinaus befinden sich schon weitere Polizeibeamte in Palästina, die eine zweite Mission vorbereiten sollen. Hier geht es wohl absehbar um die Ausbildung und Beratung der palästinensischen Polizei.

Ein 2. Schwerpunkt ist Ost-Europa mit den ehemaligen GUS-Staaten. Deutsche Polizisten bilden in Moldawien (Bekämpfung des Frauenhandels) und Georgien aus.

Ein 3. Schwerpunkt bildet Afrika, wo die EU gegenüber den Amerikanern Flagge zeigen will. Auch die schon mehrfach in den Medien diskutierten Flüchtlingslager in Nordafrika spielen vor diesem Hintergrund wohl eine Rolle, da die EU mit zunehmenden Flüchtlingsströmen rechnet.

Bisherige Polizeimissionen sind im Sudan, wo neben der Krisenregion Darfur (Ausbildung von 1.500-2.000 Polizisten der Afrikanischen Union) auch der Ostsudan polizeilich unterstützt werden soll. Ferner gibt es jetzt schon eine Mission in Liberia und der Kongo ist ebenfalls im Gespräch. Die gesundheitliche und hygienische Lage der eingesetzten Polizisten, darunter auch 5 deutsche Polizisten in Liberia gestaltet sich besonders schwierig. Von zz. ca. 1.200-1.500 zivilen Mitarbeiter der VN sind in Liberia 385 schwer erkrankt (überwiegend Malaria, Aids usw.). Es hat schon zahlreiche Todesfälle gegeben.

5.4 Koordinierung der Polizeiausbildung in Deutschland

Gemäß dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 5.08.2002 wurden drei Ausbildungsverbünde vereinbart:

- Nord und Ost (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Berlin und die Präsidien Nord und Ost der Bundespolizei). Die gemeinsame Ausbildung findet an der Bundespolizeiakademie Lübeck statt.
- Mitte und West (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen, Sachsen und die Präsidien West und Mitte der Bundespolizei). Am Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW in Brühl findet die gemeinsame Ausbildung statt.
- Süd (Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und das Präsidium Süd der Bundespolizei). Ausbildungsstätte: Akademie der Polizei Baden-Württemberg in Wertheim.

Die zahlenmäßige Entsendung der Polizisten erfolgt nach dem prozentualen Königssteiner Schlüssel, in dem die Anzahl der Polizisten aus einem Bundesland gemäß der Bevölkerungszahl festgelegt wird. Zu Spitzenzeiten waren jährlich bis zu 600 deutsche Polizisten im Auslandseinsatz. Zz. sind es ca. 300 Beamte. Die EU sucht immer häufiger Spezialisten (gegen die Organisierte Kriminalität, gegen den Rauschgifthandel) und Führungskräfte.

5.5 Bundeseinheitliches Missionstraining

Die drei o.a. Ausbildungsstätten führen die Ausbildung nach dem gleichen mit einander abgestimmten Curricula durch. Ausbilder werden ausgetauscht, so dass die Polizisten aus den verschiedenen Bundesländern mit dem gleichen Ausbildungsstandard in den Einsatz entsandt werden. Das war am Anfang nicht der Fall und führte zu Schwierigkeiten im Einsatzland. Die Teilnahme am Auslandsdienst beruht (im Gegensatz zur Bundeswehr) auf dem reinen Freiwilligkeitsprinzip. Die Beamten und Beamtinnen müssen mindestens acht Dienstjahre absolviert haben. Während ihrer Dienstzeit haben die

Beamten genügend praktische Erfahrungen gesammelt, um die verschiedensten Probleme zu lösen. Diese Erfahrung wird in modifizierter Form in die Ausbildung und den Einsatz eingebracht. Die Seminarsprache ist seit einiger Zeit grundsätzlich Englisch. Deutsche Polizisten hatten anfänglich – trotz ihrer sehr guten professionellen Ausbildung größere Schwierigkeiten im Einsatz wegen ihrer mangelnden Sprachfähigkeit und waren den anglophonen, mitteleuropäischen und skandinavischen Polizisten sprachlich unterlegen. Dies liegt zum Teil an der Tatsache, dass in Deutschland, einem 80-Millionen-Volk, alle ausländischen Filme synchronisiert werden. Man erwartet in Deutschland, dass Deutsch gesprochen wird.

5.6 Basistraining

In einem zweiwöchigen Grundkurs werden die Beamten möglichst einsatznah auf ihre Mission (Simulationstage) vorbereitet und immer wieder mit Eigenleistungen gefordert. Das führt zu einem gewissen Selektionsprozess. Wesentliche Ausbildungsinhalte sind: Rechtlicher Status, rechtliche Rahmenbedingungen. Einsatzmanagement, Stressmanagement, Gefährdungssituationen (beim Mine Awareness unterstützt die Bundeswehr), Gesundheitsfürsorge.

5.7 Missionsspezifisches Training

In einem weiteren Kurs werden die für eine Mission bestimmten Polizeibeamten auf ihren speziellen Einsatz vorbereitet. Hier sind die Schwerpunkte: Ethnische und kulturelle Besonderheiten, Lebensumstände, die sich gewaltig von Mitteleuropa unterscheiden, Arbeiten in einem multinationalen Polizeikontingent, anzuwendendes Recht, rechtliche Rahmenbedingungen.

5.8 Zusätzliches Führungstraining

Für Beamte des Höheren Dienstes werden drei bis viermal im Jahr zusätzliche folgende Kurse für höhere Polizeiführer in Auslandsmissionen angeboten:

- 3 Wochen CEPOL Commander Course (englischsprachiges Führungskräfte-Training mit Stabsrahmenübungen)
- 1 Woche Mission-Hospitation (nur in NRW)

- 2 Tage Kurzseminar (Aufgaben des Kontingentleiters, Disziplinarrecht in Auslandsmissionen, Vorbereitung auf Assessment Center/Board, da die EU und die VN Führungskräfte in eigenen Assessment Center auswählt. Hier spielt die englische Sprache wieder eine dominierende Rolle.)

5.9 Missionsnachbereitung

In einem obligatorischen 5-tägigen Debriefing wird versucht, Probleme aufzuarbeiten, die durch den Einsatz entstanden sind. Es dient ausschließlich der psychologischen Nachbereitung und nicht einer Einsatzauswertung. Diese Zusammenkunft findet ca. 6-8 Wochen nach dem Missionsende statt. Hauptthemen sind die Verarbeitung der häufig völlig anderen Kulturstandards. Auch das Eingewöhnen in den „stinknormalen“ deutschen Polizeidienst und das Wiedereintreten ins normale Glied ist nicht ganz unproblematisch. Hinzu kommen häusliche Probleme. Anfangs lag die Trennungsrate bei 30-40%. Zwischen den Einsätzen soll normalerweise ein Zeitraum von drei Jahren liegen, um ein „Verbuschen“ zu verhindern.

5.10 Schlussbemerkungen

Die Erfahrungen der im Ausland eingesetzten deutschen Polizisten, so Uwe Mainz, zeigten, dass die deutsche Polizei zu den wohl am meisten demokratischen Polizeien der Welt gehöre. Teilweise gingen die Polizisten noch mit einem aus der Vergangenheit rührenden schlechten Gewissen hinaus. Im Ausland seien sie jedoch hoch anerkannt wegen ihrer absoluten Neutralität, Sachlichkeit und Fairnis. Der Kriminaloberrat warnte jedoch vor „Weltverbesserertum“. Dies führe zwangsläufig zur Enttäuschung. Die Polizisten würden jedoch dazu aufgefordert, sich als Mosaiksteine einer besseren Friedensordnung zu sehen. Während man am Anfang des Kosovo-Einsatzes ausschließlich als Befreier gesehen wurde, würde der Polizeieinsatz im Kosovo zunehmend als Störung gewisser Kreise gesehen, die im organisierten Verbrechen ihren Vorteil sehen. In Afghanistan versuchten die deutschen Polizisten (30-40 Personen) mit einer fachlich besseren

Aus- und Fortbildung der afghanischen Polizei gegenüber dem absehbar zahlenmäßig größere Kontingent der Amerikaner (250 Mann), das finanziell erheblich besser ausgestattet ist, gleichzuziehen. Mit mehr Geld könnten die deutschen Polizisten erheblich mehr leisten (u.a. in der Ausstattungshilfe für die afghanische Polizei).

6. Ausbildung für internationale Friedenseinsätze im ZIF

Diese Präsentation wurde durch die Personalreferentin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Bettina Renner, dargeboten:

6.1 Zur Entstehung des ZIF

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist es weltweit zu einer starken Zunahme von VN-Friedenseinsätzen gekommen. Diese wurden immer komplexer. Die Folge war ein wachsender Bedarf an qualifiziertem zivilem Personal. In 2005 hatten die Vereinten Nationen ca. 6200 und die OSZE ca. 800 zivile Experten in Friedenseinsätzen.

Anders als bei Militär und Polizei gab es keine stand-by Kapazitäten bei Zivilisten. Die UNO oder die OSZE standen vor der Aufgabe innerhalb kürzester Zeit viele zivile Experten mit unterschiedlicher beruflicher und kultureller Erfahrung zu entsenden. Außerdem erkannte man, dass eine an Bedingungen in Friedenseinsätzen orientierte Vorbereitung zivilen Personals der Sicherheit und dem Erfolg dieser Mission dient. Ein spezielles Training wurde notwendig. Bei der OSZE Kosovo Verification Mission (KVM) 1998 konnte Deutschland die zugesagten 200 zivilen Beobachter nur unter großen Schwierigkeiten rekrutieren. Dies führte 1999 im Auswärtigen Amt zum Aufbau eines Trainings für zivile Experten und zum Aufbau einer Personalreserve. Im April 2002 werden dieses Training sowie der Aufbau und die Pflege der Personalreserve, die Rekrutierung und Betreuung zivilen Personals durch das neugegründete Zentrum für internationale Friedenseinsätze (GmbH) übernommen und durch die wissenschaftliche Analyse und Erarbeitung von Lessons Learned ergänzt.

Eine Theatergruppe in Kolumbien betreibt Traumarbeit unter Anleitung einer Friedensfachkraft aus Deutschland (Foto: pax christi)



6.2 Für welche Aufgaben rekrutiert das ZIF Personal?

Das ZIF rekrutiert ziviles Personal für über 15 Arbeitsbereiche, darunter u.a. für „Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration“ (DDR), Wahlbeobachtung, Demokratisierung, Menschenrechtsfragen, Medienarbeit, Versöhnungsarbeit, Aufbau des Rechtswesens usw. Ferner werden Mitarbeiter in der Verwaltung, Durchführung und in der Versorgung von VN-Missionen gesucht (Näheres unter www.zif-berlin.org). Die Einsatzdauer richtet sich nach dem Einsatzauftrag sowie dem Mandat der Mission und kann von 6 Monaten bis mehrere Jahre gehen. Die Wahlbeobachtungen nehmen eine Sonderstellung ein, da sie i.d. Regel zwei Wochen nicht überschreiten.

6.3 Auswahlkriterien für Bewerber

Bewerber für einen Grundkurs müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllen:

- Notwendig: Hochschulabschluss, mehrjährige Berufserfahrung einschließl. internationaler Erfahrung, fließend Englisch, sehr gute kommunikative Fähigkeiten, Alter zwischen Ende 20 und Ende 50, physische Belastbarkeit, Führerschein, gute Computerkenntnisse.
- Wichtig: Verfügbarkeit für min. 6 Monate, entsprechende Nachfrage aus Missionen nach Qualifikation.
- Wünschenswert: Arbeitserfahrung in einer internationalen Organisation, Erfahrungen in (Post-)Konfliktsituationen, zusätzliche Sprachkenntnisse.

Monatlich bewerben sich ca. 50 Personen für ein Training und somit für die Aufnahme in die Personalreserve des ZIF. Neben den genannten Kriterien der Bewerberprüfung wird der Bedarf in den Missionen der

UN, OSZE und EU und somit die Vermittelbarkeit eines Kandidaten geprüft, und ob die Personalreserve für diese Qualifikation bereits ausreichend besetzt ist. Gegenwärtig befinden sich ca. 950 Kandidaten mit unterschiedlicher Berufs- und Regionalerfahrung in der Personalreserve. ZIF ist somit in der Lage, kurzfristig auch größere Anforderungen der internationalen Organisationen zu bedienen.

6.4 Der Weg zum Friedenseinsatz

- Interessenten tragen ihr Profil online in eine Datenmaske ein. ZIF prüft diese Bewerbungen und schlägt bei Vorliegen der Voraussetzungen die Teilnahme an einem Trainingskurs vor.
- Die Kurse dienen neben der Einsatzvorbereitung auch dem Assessment. Nach erfolgreicher Teilnahme werden die Bewerber in die ZIF-Personalreserve übernommen. Ihre Profile stehen damit für Suchabfragen nach Einsatzpersonal zur Verfügung.
- Die internationalen Organisationen haben ihre eigenen Auswahlverfahren einschließlich Interviews. Nach erfolgreicher Bewerbung ist das deutsche Personal dann vertraglich und fachlich in die jeweilige Mission integriert.

6.5 ZIF-Vorbereitungskurse

Die Kurse sind eine einsatzorientierte Vorbereitung. In Arbeitsgruppe, mit Hilfe von Übungen und praktischen Beispielen vermitteln missionserfahrenen Trainer ein realistisches Bild von der Arbeit in Friedenseinsätzen.

- Grundkurse (2 Wochen): Vorbereitung auf einen Einsatz, Praxisnähe/ Mission Reality, Sensibili-

sierung für Themen als Basis für weiterführendes Selbststudium.

- Wahlbeobachterkurse (3 Tage): Verschiedene Wahlrechtssysteme, Mandate von OSZE, EU, und UNO, Struktur von Wahlbeobachtermissionen, Aufgabe der Beobachter, Rekrutierung von zivilem deutschen Personal.
- Spezialisierungskurse (2 Wochen) ergänzen die allgemeine Vorbereitung und richten sich an Fachleute in der Personalreserve. Zu folgenden Fachbereichen wurden bereits Kurse angeboten: Rule of Law, Mission Management, Administration & Support, Disarmament, Demobilisation and Reintegration (DDR).

Das ZIF arbeitet außerdem mit anderen Trainingseinrichtungen zusammen, z.B. in der European Group on Training sowie im Westafrika-Projekt mit dem KAIPTC (Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre).

6.6 Inhalt der Grundkurse

Diese Kurse dienen der Vorbereitung auf eine Tätigkeit in einer internationalen Friedensmission sowie der Eignungsbewertung der Teilnehmenden. Sie vermitteln Informationen über die Geschichte und Strukturen internationaler Friedenseinsätze. Für eine erfolgreiche Tätigkeit in Friedensmissionen sind Soft Skills in den Bereichen Interkulturelle Kommunikation, Konfliktmanagement, Verhandlungsführung und Mediation, Arbeit mit Dolmetschern, Stress Management und Gender besonders wichtig. Weitere Themen sind die Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) sowie die Durchführung und Beobachtung von Wahlen in Postkonfliktsituationen. Besonderes Augenmerk legt das ZIF auf das Sicherheitstraining mit den Bereichen persönliche Sicherheit im Einsatzgebiet, Mine Awareness, angemessenes Verhalten bei Minengefährdung, Erste Hilfe und persönliche Gesundheitsvorsorge.

Hinzu kommen die Technischen Aspekte wie Kommunikation und Handhabung von Funkgeräten, die Orientierung im Feld unter Einsatz von Karte, Kompass und GPS sowie Fahrtraining mit Geländewagen

Die Themen Sicherheitsaspekte und Technische Fähigkeiten werden in einer dreitägigen, von den Lehr-

gangsteilnehmern sehr geschätzten Training am VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr in Hammelburg vermittelt. Zudem trainieren Polizisten des Instituts für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW zusätzlich Gefahrenerkennung und Risikovermeidung. Die Grundkurse werden prinzipiell in Englisch abgehalten. Zwei bis drei Teilnehmer pro Kurs kommen aus dem Ausland.

6.7. Betreuungsleistung des ZIF

Jedes Mitglied der Personalreserve hat einen Ansprechpartner im ZIF, der Unterstützung anbietet und bei individuellen Problemen reagieren kann.

- Bewerberberatung: Kontinuierlicher individueller Kontakt, individuelle Vorbereitung und Hilfe bei Bewerbung, Interviews, Vertragsmodalitäten.
- Einsatzbetreuung: Ausreise- und Zwischengespräche, Information für Ausreisende, ZIF-Netzwerke im Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, DR Kongo Missionsbesuche, jährlich Rückkehrertreffen.
- Nachbetreuung: Debriefing, Rückkehrergespräche.

6.8 Alles über das ZIF in www.zif-berlin.org

Das ZIF bietet auf seiner Webseite Informationen zum Bewerbungsverfahren, über die Trainingskurse und Einsatzfelder. Außerdem bietet die Internetseite Analysen, Informationen zu internationalen Organisationen und den wöchentlichen aktualisierten Pressespiegel „Aktuelle Informationen zu Friedenseinsätzen“.

7. Stärken und Mängel der Ausbildungskonzepte

In einer abschließenden Runde wurde freimütig über die Stärken und Schwächen der einzelnen Ausbildungskonzepte diskutiert. Dabei kam man zu folgenden Ergebnissen:

7.1 Bundeswehrausbildung Stärken:

- Gemeinsame Einsatzausbildung vier Monate vor Missionsbeginn, so dass alle Beteiligten miteinander vertraut werden können und den gleichen Ausbildungsstand haben

- Computergestützte Übungen (SIRA)
- Systematische Auswertung der Einsatzerfahrung, Einstellen dieser Erfahrungen ins Intra-Net der Bundeswehr für nachfolgende Einsatzverbände (Info-Sys-Einsatzerfahrung).
- Einsatznachbereitung mit geschulten Teams der Schule für Innere Führung
- Exzellente Medienkompetenz, Profis „vermarkten“ zeitnah die „guten Taten“ der Bundeswehr. Externe Journalisten werden mit allem versorgt, einschließlich der Hubschrauber am Ort des Geschehens.

Schwächen:

- Die Ausbildung der Soldaten und Offiziere ist relativ binnenorientiert. Sie halten sich in der Regel für die eigentlichen „Friedensmacher“.
- Soldaten erkennen selten, dass der Erfolg der Friedenskonsolidierung (bislang 99% der Bundeswehraufträge) wesentlich von einem effektiven Polizeieinsatz (Bekämpfung der organisierten Kriminalität) und von einer wirksamen Entwicklungshilfe (wirtschaftlicher Aufbau und Schaffung von Arbeitsplätzen) abhängt. (Das Gleiche gilt übrigens für viele Abgeordnete des Bundestages. Es fehlt ein nachhaltiges Gesamtkonzept. Anm. d. V.)
- Soldaten und Offiziere haben in der Regel wenig Kontakt mit der Bevölkerung und können daher leicht als „Besatzungsarmee“ empfunden werden.

7.2 Ausbildung der Friedensfachkräfte

Stärken:

- Die individuelle auf die Person zugeschnittene Personalentwicklung der AGEH berücksichtigt bereits im Entwicklungsdienst oder sonst wo erworbene Fähigkeiten und verschafft die fehlende Kompetenz durch verschiedene international anerkannte Trainingsmaßnahmen. Diese finden zunehmend im internationalen Kontext statt. Die Personalentwicklung wird konsequent während der Dienstzeit und in der Rückkehrphase fortgesetzt. Das ist nicht zu toppen.

- Die Curricula des viermonatigen Kurses des Forums Ziviler Friedensdienst vermitteln der zukünftigen Friedensfachkraft alle wesentlichen Fähigkeiten, die in der Krisenregion benötigt werden. Bestechend ist der Wechsel im Lehrgang zwischen Theorievermittlung und Praxis in der Krisenregion

Schwächen:

- Friedensfachkräfte werden noch zu vereinzelt eingesetzt. Eine Schwerpunktbildung kann besser einen nachhaltigen Erfolg erzielen. (Vgl. BMZ-Studie zum Aufbau des Zivilen Friedensdienstes vom Juni 2002). Es ist daher zwingend erforderlich, dass die angestrebte Zahl von 500 Friedensfachkräften (bislang ca. 200) erreicht wird. Dazu ist eine Steigerung der bescheidenen Finanzmittel erforderlich, andernfalls gerät das BMZ in den Verdacht, das Programm der Friedensfachkräfte nur aus propagandistischen Gründen zu unterhalten (Anm. d. V.)
- Die Medienkompetenz der Friedensfachkräfte ist in der Regel zu gering. Die hilfreiche und kompetente Arbeit der Friedensfachkräfte ist in der Bevölkerung noch zu unbekannt.

7.3 Ausbildung der humanitären Helfer

Stärken:

- Ein großer Vorteil der humanitären Hilfsorganisationen in Deutschland besteht darin, dass sie bei Praktikanten und späteren Projektleitern auf die gut ausgebildeten Absolventen des Europäischen Studienganges „Humanitäre Hilfe“ an der Ruhr-Uni Bochum zurückgreifen können.
- Vorteilhaft ist die in der Ausbildung vorgesehene enge Zusammenarbeit mit lokalen Kräften (Verhältnis 1:10), was die Effizienz und Effektivität der humanitären Maßnahmen erhöht.

Schwächen:

- Der dreitägige Grundkurs ist angesichts der Menge der Fähigkeiten, die man als humanitärer Helfer (in) benötigt, zu kurz. Humanitäre Hilfe ist eine Kunst und darf nicht zur „Verschlimmbesserung“ führen (Anm. d. V.)
- Enormer Zeitdruck bei plötzlich

auf tretenden großen Katastrophen gibt den humanitären Hilfsorganisationen häufig kaum große Auswahlmöglichkeiten beim einzusetzenden Personal.

7.4 Ausbildung der Polizisten für den Auslandsdienst

Stärken:

- Der Ausbildungsverbund für dt. Polizisten im Auslandseinsatz mit den Stufen: Basistraining, Einsatzvorbereitung und Mission-Nachbereitung ist optimal organisiert. Die EU hat das deutsche System der Ausbildung und seine entsprechenden Curricula für alle übrigen Staaten übernommen. Das spricht für sich.
- Die interaktive Ausbildung (kein Frontalunterricht) in englischer Sprache mit zunehmender internationaler Beteiligung ist vorbildlich und erfolgversprechend.

Schwächen:

- Die finanzielle Ausstattung der deutschen Polizeieinsätze im Ausland ist i.d.R. zu schwach, so dass die deutschen Polizisten weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben. (In Afghanistan z.B. wendet die Bundesregierung 25 mal soviel für militärische Absicherung auf als für den effektiven Polizeieinsatz, obwohl Kenner der Situation in Afghanistan beide Aufgaben als gleichrangig ansehen. Deutsche Politiker haben noch nicht ausreichend erkannt, welche Bedeutung der Polizei in Nachkriegssituationen zukommt. Anm. d. V.)

7.5 Ausbildung am ZIF

Stärken:

- Das ZIF konnte in seinem Aufbau und seiner Struktur sowie bei der Entwicklung seiner Ausbildungscurricula von den Erfahrungen anderer Organisationen in Kanada, Norwegen und Schweden profitieren.
- Eine weitere Stärke ist der Internetauftritt, der neben vielfältigen Informationen den Bewerbern und Mitgliedern der Personalreserve eine Kommunikationsplattform bietet und weltweit Online-Zugang zu ihrem Profil bietet.
- Ferner wurde die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr im VN-Ausbildungszentrum Hammelburg sowie mit der Polizei im

Sicherheitstraining und in der Technikhandhabung (Funkbetrieb, GPS, Fahrtraining) als äußerst nützlich empfunden.

Schwächen:

- Im Gegensatz zu Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit rekrutiert ZIF nicht für konkrete Projektstellen. Die Bewerber müssen sich der internationalen Konkurrenz stellen. Ihnen wird ein hohes Maß an Flexibilität und Motivation abverlangt. Durch die Ungewissheit des „wann und wo“ eines Einsatzes muss das Trainingsprogramm allgemein gehalten werden.
- Nur für einen Teil der in der Personalreserve (ca. 1.000 Personen) aufgeführten und ausgebildeten Bewerber steht eine Stelle für eine Auslandsverwendung zur Verfügung, so dass der Abstand zwischen Ausbildung und möglichen Einsatz relativ weit auseinanderklaffen kann. Damit stellt sich auch die Frage der Verfügbarkeit, weil die betreffenden Personen nicht immer in Wartehaltung bleiben können.

8. „Was können wir von einander lernen?“

Die Teilnehmer am gemeinsamen Seminar „Frieden braucht Fachleute“ waren beeindruckt von der Vielfalt und Verschiedenheit des ausgebildeten Personals in der Friedenskonsolidierung. Einige Kooperationen gibt es bereits (so z.B. ZIF und Bundeswehr). Neue sind hinzugekommen. So prüft Heinz Wagner vom Forum Ziviler Friedensdienst, ob Offiziere der Bundeswehr am Trainingsmodul „Mediation“ als externe Hospitanten teilnehmen können. Hans Nirschl von der AGEH würde sich gern einmal die computergestützte Ausbildung der Bundeswehr „SIRA“ ansehen und an einem Rückkehrerseminar des Militärs teilnehmen. Oberstleutnant i.G. Thomas Kautz wird ihm dabei behilflich sein.

Abschließend bleibt zu hoffen, dass alle beteiligten Friedensakteure ein zusätzliches Ausbildungsmodul in ihre jeweiligen Qualifikationen einbauen, dass sich mit dem Zusammenwirken aller am Friedensprozess beteiligten Akteure und deren Einsatzphilosophie befasst. □

KRISENREGION NAHER UND MITTLERER OSTEN:

Drei Jahre nach dem Irak-Krieg: Eine Bestandsaufnahme im Krisenbogen

VON VOLKER W. BÖHLER

„Mission Accomplished!“¹

Am 20. März 2003 griffen die Anglo-Amerikaner den Irak an und stürzten ein verbrecherisches Regime. Heute, drei Jahre danach, ist es Zeit für eine neue Zwischenbilanz. Viele Fragen, die ich in einem Beitrag im AUFTRAG vor zwei Jahren stellte, können nunmehr beantwortet werden: Die Kriegsgründe waren in einer in der jüngeren Geschichte beispiellosen Manipulation hingebogen und erfunden worden. Der Krieg gegen den internationalen Terrorismus hat die Welt nicht sicherer gemacht, und die schweren islamistischen Anschläge in Riad (2003), Casablanca (2003), Istanbul (2003), Madrid (2004), London (2005) und Amman (2005) sprechen mit Hunderten von Toten und zahlreichen Verletzten ihre eigene entsetzliche Sprache.

Der Krieg selbst wurde als völkerrechtswidriger Angriffskrieg ohne UN-Mandat geführt. Für die unmittelbare Zeit nach dem „Sieg“ gab es keinen funktionierenden Plan, der einen Wiederaufbau des zerstörten Landes ermöglicht hätte, geschweige denn ein Minimum an Sicherheit und Stabilität gewährleistet hätte. Der aus diesem Krieg erwartete Domino-Effekt für eine Demokratisierung im Mittleren Osten blieb aus. Dort wo halbwegs demokratische Wahlen stattfanden, waren radikale Islamisten die Wahlgewinner. In der Lösung der Grundprobleme des Palästina-Konfliktes ist man kaum einen Schritt weitergekommen. Die neue Freiheit hat den Irak an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht. Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht werden in Guantanamo Bay bis zum heutigen Tage mit Füßen getreten; der Krieg im Namen der Freiheit wurde in den Folterzellen von Abu Graib ad absurdum geführt. In summa sind die Folgen von Bushs und Blairs Krieg im „grünen Krisenbogen“ bis nach Pakistan verheerend und desaströs.

Der neue Irak

Nach Zählungen des US-Verteidigungsministeriums verloren zwischen Januar 2004 und September 2005 26.000 Menschen durch Angriffe der Aufständischen ihr Leben.² Im Jahr 2004 betrug die Zahl der Opfer pro Tag zwischen 26 und 40, im Jahr 2005 zwischen 53 und 63 Toten.³ Opfer, die von den Koalitionstruppen getötet wurden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Die USA selbst beklagten bis Ende 2005 2176 Gefallene und 16.329 Verwundete während der Operation IRAQI FREEDOM.⁴

Das Verfassungsreferendum (Oktober 2005) und die Parlamentswahl (Dezember 2005) haben nicht zu einer Beruhigung der Lage beigetragen. Einen neuen traurigen Höhepunkt erreichten die Spannungen nach der Sprengung der schiitischen Al Askari-Moschee in Samarra Ende Februar 2006.

Neben den Heiligtümern in Nadschaf, Kerbela und der Kadhimija-Moschee in Bagdad ist die Askari-Moschee die viertwichtigste Wallfahrtsstätte der Schiiten. Dort befinden sich die Grabstätten des 10. und 11. Imams, Ali Al Hadi (829-868) und Hassan Al Askari (846-874). Der Sohn des letzteren, Mohammed, der 12. Imam, wurde nach schiitischem Glauben 878 im Alter von fünf Jahren aus dem Bereich dieser Moschee „entrückt“. Seither erwarten die Schiiten die Wiederkehr des Imams, der als „Mahdi“ (Erlöser) eine neue, gerechte Welt schaffen wird.

Als Folge dieser Freveltat, für die möglicherweise der sunnitische Terrorist Aiman Abu Mussab Al Zarqawi die Verantwortung trägt, kam es zu mehr als 100 Übergriffen aufgebracht Schiiten auf sunnitische Moscheen und Mitbürger. Die Besatzungsmacht selbst, deren vornehmste Aufgabe neben dem Wiederaufbau des zerstörten Landes die

Gliederung:

- „Mission Accomplished!“
- Der neue Irak
- Irak im Bürgerkrieg?
- Domino-Effekt
- Wahlen in Palästina
- Der Nuklear-Konflikt mit dem Iran
- Pakistan – ein treuer Verbündeter?
- „Verteidigung der Freiheit am Hindukusch“
- Zedernrevolution im Libanon?
- Syrien: Aus für Assad?
- Bilanz
- Anmerkungen und Quellen

Sicherstellung der öffentlichen Ordnung gewesen wäre, war nicht in der Lage oder nicht willens, die Unruhen zu verhindern. Die hastig aufgestellten Sicherheitskräfte, die ohnehin mehrheitlich der schiitischen Glaubensrichtung angehören, sahen gleichwohl keine Veranlassung, ihre sunnitischen Mitbürger zu schützen.

Dem vom US-Zivilverwalter Paul Bremer installierte Provisorische Regierungsrat folgte im Juni 2004 die nicht durch Wahlen legitimierte Regierung des Ministerpräsidenten Allawi. Aus der danach folgenden Wahl für ein Übergangsparlament gingen die Vereinigte Schiitische Allianz mit 48% und die Kurdenliste mit 26% erwartungsgemäß als Wahlsieger hervor. Die Sunniten hatten sich dieser Wahl weitgehend verweigert.

Im Oktober 2005 stimmten 78% der Bevölkerung für eine neue Verfassung, 21% lehnten sie ab. Die Wahlbeteiligung betrug 63%. Um ein Haar wäre das Referendum gescheitert. Die Gegner der Verfassung konnten die erforderliche Sperrminorität in den hierzu notwendigen drei Provinzen nicht erreichen. 16 Provinzen stimmten zu. In Anhar und Salaheddin stimmten mehr als zwei Drittel der Wähler dagegen. Umstrit-



ten war das Ergebnis in der Provinz Ninive; in Mossul erreichten die Gegner 55%. So war es nicht verwunderlich, dass die Sunniten den Vorwurf des Wahlbetruges erhoben. Eine Wahlkommission konnte allerdings keine Fälschungen feststellen, sodass die Verfassung als angenommen gilt. Da die arabischen Sunniten diese Verfassung mit großer Mehrheit ablehnen, ist der Keim für künftige Zwietracht gesät.

Nach dieser Verfassung ist der Islam die Staatsreligion. Auch wenn sich die hohe schiitische Geistlichkeit mit der Aufnahme der Scharia in die Verfassung nicht durchsetzen konnte, so bleibt abzuwarten, wie die Formulierung „der Koran sei **eine** Quelle der Gesetzgebung“ in der Zukunft umgesetzt wird. Es sind berechnete Zweifel angebracht, ob die arabische Sprache die Feinheiten zwischen „**eine** Quelle und **die** Quelle“ in der Deutlichkeit interpretiert, die wir im westlichen Kulturkreis kennen.

Mit der Annahme der Verfassung war der Weg für die Parlamentswahl im Dezember 2005 frei. Bei einer Wahlbeteiligung von 65-70% hatten sich rund 11 Millionen Iraker an dieser Wahl beteiligt. Die Sunniten hatten ihre Verweigerungshaltung aufgegeben. Bei der Wahl zum Übergangsparlament im Januar 2005 lag die Beteiligung bei 59%, beim Verfassungsreferendum im Oktober

2005 bei 63%. Von 1.500 Wahlbeschwerden, die größtenteils von den sunnitischen Parteien und dem von US-Zivilverwalter Bremer installierten Säkular-Schiiten, Ex-Ministerpräsident Allawi, stammten, wurden 35 „schwerwiegende“ Klagen zugelassen.

Nach 36 Tagen schließlich wurde ein vorläufiges offizielles Wahlergebnis bekannt gegeben. Sieger dieser Wahl wurde erwartungsgemäß die schiitische Koalition von Ministerpräsident Dschaafari. Sie verfehlte zwar die absolute Mehrheit, wird aber mit 128 von 275 Abgeordneten im neuen Parlament vertreten sein. Die Kurdische Koalition gewann 53 Sitze, während die Sunniten der Irakischen Einheitsfront und des Nationalen Dialogrates mit 55 Abgeordneten ins Parlament einziehen werden. Wahlverlierer aber ist der US-Favorit und frühere Ministerpräsident Allawi, dessen säkulare Irakische Nationale Liste 15 Mandate verlor und nur noch 25 Abgeordnete stellt. Dem einstigen Rumsfeld-Favoriten und stellvertretenden Ministerpräsidenten Ahmed Dschalabi blieb mit seinem Irakischen Nationalkongress der Einzug ins Parlament verwehrt. Die restlichen Mandate gingen an die kleineren sunnitischen und schiitischen Splitterparteien, die Christen, die Turkmenen und die Yeziden.

Für die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zeichnete sich

bis Ende Februar vorsichtiger Optimismus ab. Es schien, als sei die bisherige schiitisch-kurdische Koalition willens, die Sunniten in die neue Regierung einzubinden. Dies wäre auch im Sinne der USA, die sich von der Einbeziehung der Sunniten eine Schwächung der Aufständischen erhoffen, was einen merklichen Rückgang der Anschläge zur Folge hätte. Dies würde einen gesichtswahrenden Rückzug der Besatzungstruppen ermöglichen.

Kandidat für das Amt des Regierungschefs ist der bisherige Ministerpräsident Ibrahim Al Dschaafari. Ob er tatsächlich nominiert wird, ist derzeit noch offen, da die Kurden, die arabischen Sunniten und die säkularen Schiiten der bislang wenig erfolgreichen ersten Regierung Dschaafaris ablehnend gegenüberstehen. Dschaafari gilt nicht als Befürworter einer föderativen Staatsidee, die im Norden eine weitgehende kurdische Autonomie zulässt und den Weg für eine autonome schiitische Region im Süd-Irak ebnen würde. Mit seinem Türkei-besuch hat er sich die Sympathien der Kurden verschert. Die Sunniten werfen ihm vor, er habe den Einsatz von „Todeschwadronen“ gegen ihre Eliten gebilligt. Zu diesem internen Machtkampf gesellt sich die unverblühte Einmischung des US-Botschafters Zalmay Khalilzad, der über das Innen- und Verteidigungsministeri-

um die Sunniten einbinden will, in der Hoffnung, dass die Insurgenten aufgeben. Der bisherige kurdische Staatspräsident Dschalal Talabani wird wohl im Amt bleiben.

Irak im Bürgerkrieg?

Mit dem provokativen Anschlag auf die schiitische Al Askari-Moschee im Februar 2006 und der darauf folgenden Gewaltorgie gegen sunnitische Bürger und deren Einrichtungen, die über 400 Todesopfer forderte, ist die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit allerdings in weite Ferne und der Irak einem offenen Bürgerkrieg näher gerückt. Ein verdeckter Bürgerkrieg hat das Land ohnehin schon längst überzogen. Es bleibt zu hoffen, dass es dem „stets abwesend Anwesenden“ Groß-Ajatollah Al Sistani gelingen wird, seinen mäßigenden Einfluss auf alle Ethnien und Glaubensrichtungen geltend zu machen.

Domino-Effekt

Der von der Bush-Administration erhoffte Domino-Effekt für eine Demokratisierung der autoritären muslimischen Staaten ist bislang ausgeblieben oder nicht im Sinne der Administration verlaufen, und es erstaunt kaum, dass undemokratische Regime in Saudi-Arabien, Kuwait, Pakistan und Ägypten noch immer als gemäßigt gelten, da sie als unverzichtbare wirtschaftliche oder militärische Verbündete benötigt werden. In diese Kategorie reiht sich neuerdings auch Libyen ein. Die Rolle Saudi-Arabiens als mutmaßlicher Finanzier des weltweiten islamistischen Terrorismus und die undurchsichtige Rolle Pakistans hat man wohl erkannt, Konsequenzen aber wurden nicht gezogen. Es bleibt bei gelegentlichen Abmahnungen.

Mit ihrer Forderung nach Demokratie gerät die westliche Welt mehr und mehr in ein Paradoxon. Demokratische Wahlen haben bislang stets antidemokratische, rückwärts gewandte Fanatiker zu Gewinnern gemacht, die man unter keinen Umständen haben wollte. Griffige Slogans wie „der Islam ist die Lösung“ werden dort leichter verstanden als das hohle, pathetische Geschwätz von der Bush'schen Freiheit. Werden diese Ergebnisse durch die Staatsmacht manipuliert oder unterdrückt,

so erreicht man genau das Gegenteil. Gleiches gilt für die dann einsetzende Abwehrreaktion des Westens: besser alles beim Alten zu lassen und sich mit den Regimen zu arrangieren. Für dieses Dilemma ist Ägypten nach den Parlamentswahlen im November 2005 ein Musterbeispiel.

Wahlen in Palästina

Der Wahlausgang in Palästina kam nicht überraschend. Arafats korrupte, abgewirtschaftete säkulare Fatah stellt künftig im Autonomierat nur noch 43 Abgeordnete, während die islamistische Hamas mit 76 von 132 Sitzen die absolute Mehrheit erlangt. Nach Einschätzung der Wahlbeobachter war dieser Wahlsieg das Resultat der „demokratischsten Wahlen“, die bislang im muslimischen Nahen Osten stattfanden.⁵

Die Hoffnungen nach dem Tod Arafats auf Mahmud Abbas haben sich nicht erfüllt. Er war zwar Gesprächspartner der Israelis, konnte aber in allen wesentlichen Streitpunkten wie Siedlungspolitik in der Westbank und um Jerusalem, der Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Trennmauer, der „gezielten Tötung“ palästinensischer Funktionäre, der Arbeitslosigkeit sowie der Eindämmung palästinensischer Terroranschläge weder im israelischen noch in seinem eigenen Lager gravierende Fortschritte erreichen. Die Räumung des Gaza-Streifens durch die Besatzungsmacht reichte nicht aus, ein günstiges Terrain für die Zukunft eines palästinensischen Staates vorzubereiten. Versuche der Bush-Administration, die Road Map wiederzubeleben, blieben kraftlos und zeigten keine Wirkung. Hierzu kommt eine spürbare politische Lethargie, die Israel seit der schweren Erkrankung und Amtsunfähigkeit Ariel Scharons im Januar 2006 befallen hat.

Auch nach dieser Wahl standen der Westen und insbesondere die USA vor dem Dilemma, dass sie die Geister, die sie riefen, nicht mehr los wurden. Palästina hatte gewählt, aber leider eine für den Westen nicht akzeptable islamistische Hamas.

Der extremistische Islamische Dschihad hatte klargestellt, dass er sich an einer Regierungsbildung nicht beteiligen wird. So bleibt als möglicher Koalitionspartner nur die

PLO/Fatah, die sich nach dem Wahldebakel noch nicht mit ihrem Machtverlust abgefunden hat. Hamas muss, um künftig in Israel und in der westlichen Welt Gesprächspartner zu finden, das Existenzrecht Israels anerkennen, auf Gewalt verzichten und die bisherigen Verpflichtungen der „Road Map“ akzeptieren. Letztere Forderung gilt gleichermaßen für Israel. Es wurde aber auch deutlich, dass palästinensische Kampfrhetorik und sei sie noch so schlimm, bei gewissen Staaten Spielraum für Gespräche lässt. Der EU-Aspirant Türkei hatte jedenfalls keine Probleme, eine Delegation des hochrangigen Hamas-Führers Chaled Maschal zu empfangen, was zu kurzzeitiger Verstimmung in der Achse Tel Aviv-Ankara führte. Moskau machte sich die Sprachlosigkeit des Westens zunutze, um sich im Nahen Osten neu zu positionieren. Außenminister Sergei Lawrow empfing Anfang März 2006 die gleiche Delegation in Moskau.

Will man die Hamas auf einen für alle Beteiligten akzeptierbaren Kurs bringen, so ist Gesprächsverweigerung, Isolation, die Einbehaltung zustehender Zölle und Sperrung der finanziellen Ressourcen der falsche Weg. Er führt zu einer weiteren Radikalisierung. Dies scheint zwischenzeitlich auch die EU erkannt zu haben. Es gibt Anzeichen dafür, dass sie den US-israelischen Kurs nicht um jeden Preis mitfahren wird. Vielleicht könnte mit dem nunmehr mit der Regierungsbildung beauftragten Pragmatiker Ismail Hanija der Mann auf den Plan treten, der in der Lage wäre, die unselige Hamas-Charta zu ändern. Auch dem „Vater der Siedlungen“, Ariel Scharon, hätte niemand zugetraut, die Siedlungen im Gaza-Streifen aufzugeben.

Der Nuklearkonflikt mit dem Iran

Im Nuklearkonflikt mit dem Iran zeigten Bushs Drohgebärden in zweierlei Hinsicht Wirkung: Zum einen wurden die Iraner in ihren Verhandlungen mit der EU-3 Gruppe (England, Frankreich, Deutschland) immer uneinsichtiger und kompromissloser. Zum anderen brachten die nach westlicher Einschätzung so Ajatollah-müden Iraner in der Wahl zum

Amt des Staatspräsidenten im Juli 2005 einen Mann an die Macht, den bei uns niemand auf der Karte hatte: den Fundamentalisten, Revolutionswächter und Bürgermeister von Teheran, Mahmud Ahmaddineschad. Der Wunschkandidat des Westens, der gemäßigt konservative Geistliche Ali Akbar Haschemi Rafsandschani hatte in dieser Wahl keine Chancen, da er als korrupt gilt. Ahmadineschad wurde von einer überwiegend jungen Wählerschaft mit 62% der Stimmen gewählt. Es besteht kein Zweifel, dass zwischen dieser Wahl und dem Damoklesschwert einer amerikanischen Intervention („... all options are on the table“) ein enger Zusammenhang besteht.

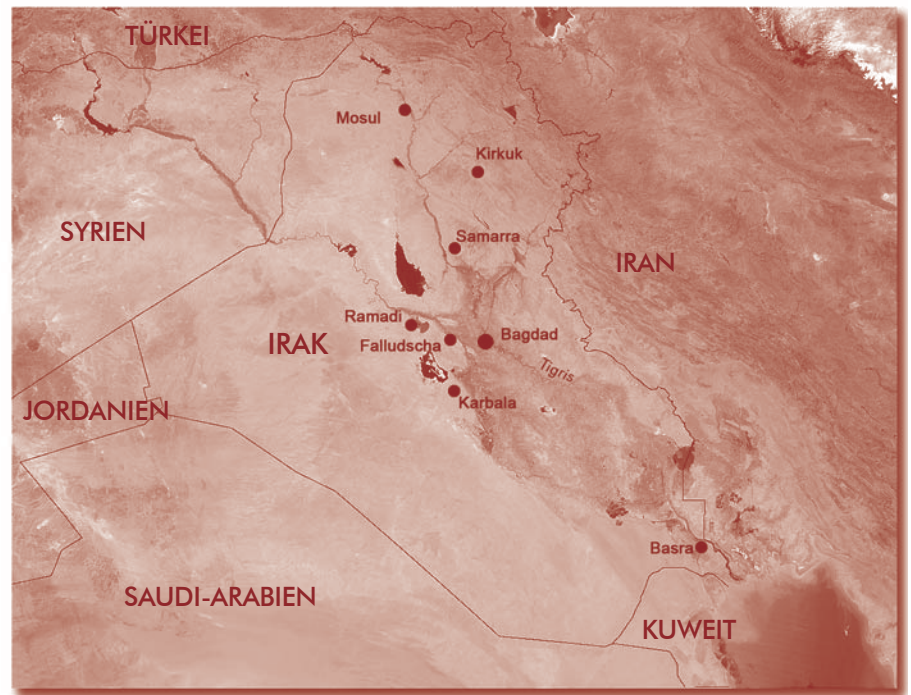
Ahmadineschads Kabinettsliste ließ nichts Gutes erahnen.⁶ Die Schlüsselpositionen, Sicherheit, Inneres und Kultur wurden mit islamistischen Extremisten besetzt:

- Der Sicherheitsminister Gholam Hussein Mohseni-Eschei kommt aus dem Bereich der Justiz und Geheimdienste.
- Der Innenminister Mostafa Purmohammadi war stellvertretender Geheimdienstchef und Staatsanwalt an den Revolutionsgerichten.
- Der Minister für Kultur und Islamische Führung Mohammad Hussein Saffar-Harandi war Politikkommissar in der Pasdaran und jahrelanger Zensor aller geistig-intellektuellen Aktivitäten.
- Drei weitere Minister kommen aus der Pasdaran und
- je vier aus den Geheimdiensten und der Armee.

Dies lässt sich bis in die unteren Beamtenränge beliebig fortsetzen. Die Botschafter der alten Regierung wurden zwischenzeitlich ausgetauscht.

Ahmadineschad ließ seit seiner Wahl zum Staatspräsidenten keine Gelegenheit aus, um gegen den Westen und insbesondere Israel zu hetzen. Aussagen wie „Israel muss von der Landkarte getilgt werden“ oder „jeder, der Israel anerkennt, wird im Zornesfeuer der islamischen Nation verbrennen“ sind an der Tagesordnung.⁷

Die Hoffnung, mit dieser Regierung im Atomstreit eine Lösung zu finden, steht nicht allzu gut. Die EU-3 Gruppe scheiterte mit ihren Bemü-



Satellitenaufnahme des Irak mit eingezeichneten Staatsgrenzen, veröffentlicht von der NASA (Beschriftung PS).

Quelle: <http://visibleearth.nasa.gov/cgi-bin/viewrecord?25817>. Dieses Bild ist in den USA gemeinfrei („public domain“)

hungen. Die Chance, mit Russland eine Kompromisslösung zu finden, die eine gemeinsame, kontrollierte Urananreicherung in einer russischen Nuklearanlage vorsah, wurde durch das starre Verhalten Teherans vertan. Am 9. März 2006 wurde der Fall dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt, und man darf auf das Verhalten Russlands und Chinas gespannt sein. Bush selbst will einen Regimewechsel. Die Pläne hierzu liegen längst in der Schublade. Die prekäre Lage im Irak aber wird eine US-Intervention noch für längere Zeit ausschließen.

Die Tatsache, dass Bush in einem Überraschungscoup den 30 Jahre andauernden Boykott des Atom-Parias Indien mit einem umfassenden Nuklearabkommen im März 2006 beendete und einen Dissidenten, der bis zum heutigen Tage den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben hat, salonfähig machte, wird die Verhandlungen mit den Hardlinern in Teheran nicht leichter machen.

Pakistan – Ein treuer Verbündeter?

Bushs erste Südasienreise war für den asiatischen Hauptverbündeten im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus eine herbe Enttäu-

schung. In herablassend arroganter Art und Weise erklärte Bush dem pakistanischen Präsidenten Pervez Musharaf, Teil seiner Mission sei es, festzustellen, ob dieser „noch so engagiert wie früher dabei sei, Terroristen vor Gericht zu stellen“ (... bring to justice).⁸ Hier drückte sich die Unzufriedenheit des US-Präsidenten mit seinem strategischen Partner im Hinblick auf die Jagd auf Osama Bin Ladin, Mullah Omar und der im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan untergetauchten islamistischen Terroristen aus.

Mit dem Nuklearabkommen mit Indien aber machte Bush deutlich, dass er auf die „Weltmacht“ Indien setzt, und Pakistan in der Machtkonstellation im südasiatischen Raum, insbesondere was die künftige Rolle der Militär- und Wirtschaftsmacht China betrifft, nur von zweitrangiger Bedeutung ist. Die quasi offizielle Aufnahme in den Atomklub blieb Pakistan versagt. Zweifelsfrei ist dies auch eine Reaktion auf die leichtfertige Weitergabe von nuklearem Know How durch den pakistanischen Atomwissenschaftler Abdul Qadr Khan an den Iran, an Libyen und Nord-Korea. Den Bemühungen zur Eindämmung einer Proliferation von Massenvernichtungswaffen hat Bush aber einen Bärendienst erwie-

sen.

Es steht zu befürchten, dass eine beleidigte Nation, die ihren Erbfeind Indien geadelt sieht, die Ermahnungen des US-Präsidenten, im kommenden Jahr freie und faire Wahlen zuzulassen, gründlich missverstehen wird.

„Verteidigung der Freiheit am Hindukusch“

„Sie inspirieren andere und die Inspiration wird andere dazu bringen, nach Freiheit zu verlangen“, lobte Bush den afghanischen Präsidenten Hamid Karsai während seines Überraschungsbesuches anlässlich der Eröffnung der amerikanischen Botschaft in Kabul Anfang März.⁹ Wie sieht nun, vier Jahre nach dem Sturz der Taliban, dieses Freiheitsmodell aus? Ausländische Truppen in einer Stärke von ca. 30.000 Mann stehen am Hindukusch. Weite Teile des Landes sind nach wie vor unter der Kontrolle der lokalen Milizenchefs. Karsai hat bestenfalls die Macht eines Bürgermeisters von Kabul. Die Parlamentswahl im vergangenen Jahr hätte ohne massive ausländische Hilfe kaum stattgefunden, nur die Hälfte der Wahlberechtigten gab ihre Stimme ab. Der Mohnanbau hat sich in den letzten Jahren verdreifacht. Osama Bin Ladin und Mullah Omar sind immer noch auf freiem Fuß, und die Taliban, verstärkt durch islamistische Wanderterroristen, halten die im Rahmen ENDURING FREEDOM entsandten Eliteeinheiten auf Trapp.

Deutschland stellt im Rahmen ISAF rund 3.000 Soldaten und leistet mit regionalen Teams in Kunduz, Faizabad und Mazar-i-Scharif Wiederaufbauhilfe. „Die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland am Hindukusch“ – welch törichtes Schlagwort – hat bislang 18 Todesopfer und zahlreiche Verwundete gefordert.

Von einer stabilen Lage oder gar von einer demokratisch freiheitlichen Normalität zu reden, die andere (islamische) Nationen inspirieren könnte, ist blanker Hohn. Amerikanische Militärkreise beziffern die Zunahme politisch motivierter Gewalttaten im vergangenen Jahr um 20%.¹⁰

Zedernrevolution im Libanon?

Noch im Januar 2005 hatte Syri-

en von ehemals 25.000 noch rund 14.000 Soldaten im Libanon als „Ordnungsfaktor“ stationiert, deren Präsenz mit einem Mandat der Arabischen Liga im Abkommen von Taif (1989) und einem bilateralen Grundlagen- und Kooperationsvertrag (1991) sanktioniert war. Taif sah einen syrischen Truppenabzug nach zwei Jahren beziehungsweise nach der Aussöhnung der vom Bürgerkrieg zerrütteten konfessionellen Parteien vor. Die mit Taif den Syrern zugebilligte Schutzmachtfunktion war von allen Partnern, insbesondere aber von Frankreich und den USA, zugestanden oder stillschweigend geduldet worden. Beide Staaten hatten während des Bürgerkrieges nach verheerenden Anschlägen auf ihre Truppen (1983) das Land in einer unrühmlichen Flucht verlassen und in den Folgejahren den syrischen Truppen die Beendigung des Bürgerkrieges überlassen. Dessen ungeachtet hatte Syrien die Fristen aus Taif bis zum Frühjahr 2005 mehr als strapaziert. Die im September 2004 von USA und Frankreich im UN-Sicherheitsrat eingebrachte Resolution forderte Syrien unmissverständlich auf, seine Truppen zurückzuziehen.

Im Februar 2005 fiel der einstmals eng mit Syrien liierte ehemalige libanesische Ministerpräsident Rafik Al Hariri in Beirut einem Attentat zum Opfer. In den Wochen nach dem Anschlag überschlugen sich die Ereignisse. Syrien, das auf der US-Liste der „Schurkenstaaten“ ohnehin einen vorderen Platz einnimmt, geriet nun massiv unter Druck, nachdem einige Spuren des Attentats nach Syrien führten. So wurde der Hariri-Mord zum Katalysator eines eiligen, wenn auch späten Truppenabzugs, der bis Ende April 2005 abgeschlossen war.

Dem Mord an Hariri folgte eine Gewalt- und Attentatswelle, die bis zum heutigen Tage anhält und fatal an die Zustände während des Bürgerkrieges erinnert. Auch wird offensichtlich, dass die libanesischen Sicherheitskräfte nach Abzug der Syrer kaum in der Lage sind, die Anschläge zu verhindern.

Die Fronten sind noch nicht klar erkennbar. Neben Syrien-feindlichen Gruppen gibt es eine starke Syrien-freundliche Fraktion, die sich nicht nur um die schiitische Hisbollah und

Amal schart, sondern auch ins christliche, sunnitische und palästinensische Lager weist. Die Warlords der Bürgerkriegszeit mischen wieder kräftig mit: Ex-General Michel Aoun ist aus seinem französischen Exil zurückgekehrt und hofft, die Schmach seiner Vertreibung (1990) zu tilgen. Der Maronit Aoun möchte seinen ungeliebten maronitischen Mitbruder General Emile Lahoud aus dem Amt des Staatspräsidenten vertreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, scheut er sich nicht einmal, mit der Hisbollah ein Bündnis einzugehen, was letztlich auf eine Art Achse Maroniten-Hisbollah-Damaskus-Teheran hinausläuft. Ganz offensichtlich erhofft sich ein Teil der maronitischen Christen im Falle einer Radikalisierung der Sunniten Schutz durch die immer noch bewaffneten Hisbollahi von Scheik Hassan Nasrallah.

Der Drusenführer Walid Dschumblatt, vormals gern gesehener Playboy in den damaszener Luxushotels, liebäugelt mit Israel, provoziert Syrien und die Schiiten und genießt das Vertrauen der Vereinigten Staaten und Frankreichs. Der kürzlich amnestierte Kriegsverbrecher Samir Geagea, einst mächtiger Gegner des christlichen Armeechefs Michel Aoun, formiert seine christlich-maronitische Miliz der Forces Libanaises neu, um den Syrien-freundlichen Staatspräsidenten zu verjagen.

Im Dunstkreis dieser explosiven Mischung kamen die törichtsten Mohammed-Karikaturen einer dänischen Zeitung gerade zur rechten Zeit. Ein aufgebrachter sunnitischer Mob setzte die dänische Botschaft in Brand, es kam zu Übergriffen auf christliche Gotteshäuser, was dazu führte, dass selbst der Scheik der radikalen Hisbollah dazu aufforderte, „die Ehre des Propheten auf zivilisierte Art und Weise zu verteidigen“.¹¹ Der libanesische Groß-Ajattollah Mohammed Fadlallah sah sich gar genötigt, eine Fatwah (geistliches Rechtsgutachten) zu erlassen, die Gewalt gegen Botschaften und Orte des Gottesdienstes verbietet.¹²

Im Dezember 2005 legte der deutsche UN-Ermittler Detlev Mehlis seinen Bericht zur Aufklärung der Ermordung Hariris vor. Eine Spur deutete in die Richtung der libanesischen und syrischen Geheimdienste,

die untereinander in einem engen Beziehungsgeflecht stehen. Im Laufe dieser Untersuchungen kam es im Libanon zur Festnahme mehrerer hoher Sicherheitsbeamter; syrische Geheimdienstfunktionäre werden auf „neutralem Boden“ in Wien verhört. Syrien selbst war in der Kooperation zur Aufklärung eher zögerlich, war es doch ohnehin – neben dem Iran – der „Lieblingsschurke“ der Bush-Administration. Daraus allerdings den voreiligen Schluss zu ziehen, der syrische Präsident Bashar Al Assad habe die Ermordung Hariris angeordnet, ist durch nichts belegt.

Syrien hätte unter dem derzeitigen Druck der US-Administration seine Truppenpräsenz in einer libanesischen Glacis niemals leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Viel eher scheint es, dass die Motive für den Hariri-Mord in einem kaum durchschaubaren Gestrüpp von religiösem Extremismus, Korruption, persönlichen Loyalitäten, konkurrierenden Diensten und levantinischer Rache liegen. Es ist zweifelhaft, ob eine Untersuchung jemals Licht in diese Sache bringen wird.

Die voreilig nach dem 14. März 2005, dem Tag, an dem eine Million Menschen in Beirut gegen die Syrer auf die Straße gingen, propagierte „Zedernrevolution“ ist auf dem besten Wege, in ein politisch-konfessionelles Chaos abzuleiten.

Syrien: Aus für Assad?

In Syrien scheint das Ende der alawitischen Herrschaft Assad heraufzudämmern. Dem jungen Präsidenten Bashar Al Assad sind die Schuhe, die ihm sein Vater Hafiz Al Assad hinterließ, einige Nummern zu groß. Von den Vereinigten Staaten zum „Schurkenstaat“ erklärt, den Europäern weitgehend ignoriert und dem einstigen wohlwollenden Verbündeten Frankreich verlassen, geriet das Regime mehr und mehr ins Abseits. Nicht, dass es Bashar an gutem Willen gefehlt hätte. Es gab deutliche Zeichen einer politischen Liberalisierung: Wirtschaftsreformen, Anschluss an die globalisierte Informationsgesellschaft, Freilassung von politischen Gefangenen und Austausch eines Großteils der alten baathistischen Nomenklatura. Im Westen hat man diese Veränderungen kaum wahrgenommen. Zu

sehr war man damit beschäftigt, in das „Schurkenhorn“ der Bush-Administration zu stoßen und Syrien für die Misserfolge der „Koalition der Willigen“ im Irak mitverantwortlich zu machen und es aufgrund seiner freundschaftlichen Beziehungen zum Iran und seiner Gegnerschaft zu Israel in die Reihe der Terrorismus-unterstützenden Staaten einzuordnen. Die völkerrechtswidrige israelische Teilbesetzung des Golan war im US-amerikanischen und europäischen politischen Kalkül kaum von Bedeutung.

Mit der Entmachtung der alten Baath-Genossen aus der Zeit des Vaters schuf sich Bashar Al Assad einen Kern mächtiger Gegner, die einerseits um den Verlust von Macht und Pfründen fürchteten, andererseits erkannten, dass Assad junior nicht über die Härte, Skrupellosigkeit, aber auch politische Flexibilität verfügt, die dem alten Assad selbst bei seinen Gegnern Respekt abforderten. Persönlicher Machtverlust betrifft im Nahen Osten auch in aller Regel die nähere und weitere Verwandtschaft und den Stammes-Clan, die in einem kaum durchschaubaren Geflecht persönlicher Loyalitäten miteinander verbunden sind. Die Gefahr aber, dass Macht- und Pfrundeverlust durch Angehörige der gleichen Ethnie, des gleichen Clans oder der gleichen Religionszugehörigkeit verursacht werden, führt selbst innerhalb dieser Gruppe zu erbitterter Feindschaft.

Nur so ist es erklärlich, dass eine der Hauptstützen des alten Regimes, der ehemalige Vize-Präsident Adbul Halim Al Chaddam, der im Sommer 2005 zurücktrat und sich ins Pariser Exil absetzte, dort die Verbindung mit dem berüchtigten Bruder von Assad senior, Rifaat Al Assad, suchte, den der alte Assad nach Putschgerüchten mehrfach ins Exil schickte.¹³ Inzwischen hat Chaddam zum Sturz von Assad junior aufgerufen. Chaddam ist der Mann, der über zwei Jahrzehnte die Libanon-Politik des Assad-Clans koordinierte, der als Erzieher und Mentor des tödlich verunglückten Assad-Sohnes Basil galt und eng mit dem ermordeten früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Al Hariri verbunden war. So wundert es nicht, dass Chaddam die Anordnung für den Hariri-Mord

dem jungen Assad in die Schuhe schieben will und ihn für das Libanon-Debakel und die Fehlentscheidungen, die dieser „gegen unseren Ratschlag“ getroffen hat, verantwortlich macht.¹⁴ Zwischenzeitlich gibt es Anzeichen dafür, dass der gefürchtete ehemalige Geheimdienstchef Isa Ali Duba, der Ex-Generalstabschef Hikmat Schehabi und der Finanzier des Assad-Clans, Rami Maklouf, sich aus Syrien abgesetzt haben.¹⁵

Bashar Al Assad setzt seine noch verbliebene Macht auf den ehemaligen Außenminister und jetzigen Vizepräsidenten Faruk Al Scharaa und den Innenminister, General Basam Abdul Madschid, Nachfolger seines durch Freitod aus dem Leben geschiedenen Vorgängers General Ghazi Kanaan. Mit dem neuen Außenminister Walid Muallim, der vormals als Botschafter in Riad, Washington und London diente, seinem Schwager Asef Schaukat als Geheimdienstchef und dem altgedienten ehemaligen Generalstabschef Hassan Turkmani als Verteidigungsminister schließt sich der Kreis der Assad-Getreuen.

Sollte die Machtbasis des jungen Assad weiter erodieren, so wächst die Gefahr eines „Regime Change“ von innen. Auch im Exil stehen die Regime-Gegner Gewehr bei Fuß. Zarkawis sunnitische Wanderterroristen mögen bei zunehmender Desintegration des Regimes einen neuen Tummelplatz für ihr mörderisches Treiben entdecken. Assads Regime ist ein alawitisch geführter Familienbetrieb, der religiöse Minderheiten schützt, so lange sie Regime-konform sind. Christen, Drusen und Ismaeliten haben ihre sicheren Sanktuarien. Dies könnte sich bei einer Machtübernahme durch die sunnitische Mehrheit im Land in kurzer Zeit ändern. Dann wird dort der umgekehrte Effekt eintreten wie im heutigen Irak: Die lange von der Macht ausgeschlossenen und drangsalierten Sunniten werden sich an den häretischen, der Schia zugerechneten Alawiten und Ismaeliten zu rächen suchen. Die im Nordosten ansässigen Kurden werden den Schulterschluss zu ihren Brüdern in der Ost-Türkei und im Irak suchen. Die kleine christliche Minderheit von ca. 8% gerät zwischen alle Fronten. Syrien

wird in ein bürgerkriegsähnliches Chaos abgleiten.

Die in der Folge des sogenannten Karikaturenstreites erfolgten „spontanen“ Übergriffe auf die dänische und schwedische Botschaft in Damaskus geben eine Vorahnung davon, was passiert, wenn islamistische Hassprediger die Oberhand gewinnen. Ein Vorgang wie dieser war in Syrien, das oppositionelle Kräfte unter eiserner Kontrolle hat, bislang kaum denkbar. Zweifelsohne diente der Sturm auf die Botschaften auch als willkommenes Anlass, von den eigenen Problemen im Inneren abzulenken. Ein massiver Polizeieinsatz zum Schutz der Vertretungen der „blasphemischen Kreuzzügler“ war daher nicht angezeigt.

Ein Regime Change von Innen würde die Vereinigten Staaten à la longue der Sorge einer gewaltsamen Intervention entheben. Ein alawitischer Militärputsch wäre vermutlich die unblutigste Variante. Einen neuen Vasallen aber würden die USA nicht gewinnen, und eine Musterdemokratie nach US-Vorstellungen wird in Syrien nicht entstehen.

Bilanz

Drei Jahre nach Beginn des Irak-Krieges scheint die amerikanische Bevölkerung allmählich wach zu werden. Nur noch 36% der US-Bürger sind mit der Amtsführung ihres Präsidenten zufrieden, 57% halten den Irak-Krieg für einen Fehler; jeder zweite Amerikaner glaubt, dass die Regierung Bush die Öffentlichkeit absichtlich im Hinblick auf die Kriegsgründe getäuscht hat, und nur zwei von zehn Bürgern glauben, dass dieser Krieg jemals zu gewinnen ist.¹⁶

Ex-Außenminister Colin Powell bezeichnete seine historische Rede vor dem UN-Sicherheitsrat im Februar 2003, in der er die vermeintlichen Beweise für die im Irak vorhandenen Massenvernichtungswaffen der Weltöffentlichkeit präsentierte, als „schweren Makel“ und schiebt die Schuld auf die CIA.¹⁷ Frei von Schuld wird Powell allerdings durch diese späte Reue nicht. Er hatte keinerlei Skrupel, „Beweise“ vorzulegen, die selbst einem Laien suspekt vorkommen mussten.

Bush selbst wird nicht müde, seine Durchhalteparolen weiter zu verbreiten: „... der Feind im Irak ist brutal, doch diese Brutalität konnte den dramatischen Fortschritt der jungen Demokratie nicht aufhalten.“¹⁸ „Wir werden gewinnen!“¹⁹ Es scheint, als litte dieser Präsident mehr und mehr unter Realitätsverlust. „Dramatischer Fortschritt“ und Realität aber gehen diametral auseinander: Selbstmordanschläge, Entführungen und ethnisch-konfessionell bedingte Morde sind an der Tagesordnung. Zarkawi und sein Al Qaida-Ableger predigen den Dschihad gegen die Besatzer und ihre schiitischen Glaubensbrüder. Diese wiederum formieren sich in „Todeschwadronen“ innerhalb der neuen Sicherheitskräfte, begleichen alte Rechnungen und übernehmen vom Besatzer die Drecksarbeit in den Foltergefängnissen.

Die neuen Sicherheits- und Polizeikräfte weisen zwischenzeitlich die beachtliche Zahl von ca. 230.000 Mann auf. Dieser Aufbau geschah unter dem Dauerfeuer der Terrorakte und stellt eine bemerkenswerte Leistung dar. Bei der Beurteilung der Qualität dieser Kräfte ist freilich Zurückhaltung angebracht. Wenn die

US-Streitkräfte in größeren Aktionen, wie kürzlich in der Operation SCHWÄRMER, in Erscheinung treten, dann sind die Iraker neuerdings mit schwacher Bataillonsstärke vertreten. Ihre Auxiliardienste beschränken sich aber auf die Sicherung der von den US-Truppen gesäuberten Nester der Insurgenten. Diese Operation ist Teil einer PR-Kampagne zum dritten Jahrestag des Kriegsbegins. Sie als „Großoffensive“ darzustellen, wird die katastrophalen Umfragewerte des Präsidenten nicht korrigieren können und „die Fahnenflucht im eigenen Lande“ nicht stoppen.²⁰

Während Bush in der gerade veröffentlichten Fortschreibung der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) das Recht auf Präventivkriege weiter für sich in Anspruch nimmt und in pseudo-messianischer Weise der Tyrannei auf der Welt ein Ende bereiten und die Freiheit verbreiten will, kommt sein Botschafter im Irak, Khalilzad, zum Schluss, dass der Krieg gegen den Irak „die Büchse der Pandora“ geöffnet habe, jene Büchse, nach der nach Hesiods Fabel das Übel in die Welt kam.²¹ Bleibt zu hoffen, dass sich Khalilzads Worte nicht bewahrheiten.

Anmerkungen und Quellen

- 1 Auftritt des Präsidenten George W. Bush auf dem Flugzeugträger Abraham Lincoln am 1. Mai 2003, als dort „Mission Accomplished“ in riesigen Lettern verkündet wurde.
- 2 dpa, Pentagon: Seit 2004 wurden 26.000 Iraker getötet, FAZ, 31. Oktober 2005, S. 1
- 3 ebenda
- 4 Army Times, The Human Toll, January 16, 2006, P. 9
- 5 job./Bc./Her., Islamisten siegen bei der Wahl der Palästinenser, FAZ, 27. Januar 2006, S. 1
- 6 Ahmad Taheri, Der neue Druck der Macht, FAZ, 17. August 2005, S. 6
- 7 AP, Ahmadineschad: Israel von der Landkarte tilgen, FAZ, 27. Oktober 2005, S. 6
- 8 Jochen Buchsteiner, Das Wagnis des George W. Bush, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 5. März 2006, S. 3
- 9 job, Bush in Afghanistan, „Eine Inspiration für andere“, FAZ, 2. März 2006, S. 1
- 10 ebenda

- 11 Freia Peters, Tage des Zorns im Libanon, Welt am Sonntag, 12. Februar 2006, S. 3
- 12 ebenda
- 13 Rifaat Al Assad ist für die blutige Niederschlagung des Aufstandes der sunnitischen Muslim-Brüder im Jahre 1982 in Hama verantwortlich.
- 14 Her., Chaddam ruft zum Sturz Assads auf, FAZ, 7. Januar 2006, S. 6
- 15 ebenda
- 16 dpa, Bush: Umfragewerte auf neuem Tiefpunkt, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 15. März 2006, S. 8
- 17 rüb., Powell: Ein schwerer Makel in meiner Biographie, FAZ, 10. September 2005, S. 6
- 18 rüb., Bush will Freiheit und Demokratie verbreiten, FAZ, 2. Februar 2006, S. 1
- 19 Friedemann Diederichs, Bush betont Führungsanspruch der USA, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 2. Februar 2006, P. 2
- 20 dpa, US-Offensive nur eine Show für die Heimat? Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 18. März 2006, S. 7
- 21 Günther Nonnenmacher, Düstere Bilanz, FAZ, 20. März 2006, S. 1

Wehrbeauftragter beklagt „permanente Unterfinanzierung der Bundeswehr“

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), beklagt eine permanente Unterfinanzierung der Bundeswehr. Dies schreibt Robbe in seinem Jahresbericht 2005 (Drucksache 16/850), den er am 14. März Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU/CSU) übergab. Der Wehrbeauftragte sagte dabei, er habe die Gewissheit, „dass Ihnen meine Arbeit und die Streitkräfte am Herzen liegen“. Lammert erwiderte, die Übergabe des Jahresberichts des Wehrbeauftragten sei ein Stück „Parlamentsroutine in bestem Sinne des Wortes“. Der Bundestag erhalte einen „authentischen Eindruck“ über die Lage in den Streitkräften. Das Ansehen der Bundeswehr in Deutschland sei völlig unangefochten.

Belastungsgrenzen für die Streitkräfte

Robbe schreibt weiter in seinem Jahresbericht, das Aufzeigen der Belastungsgrenzen für die Streitkräfte - gerade vor dem Hintergrund möglicher neuer Auslandseinsätze - gehöre auf die aktuelle Tagesordnung. Die Belastung der Truppe durch die laufenden und neuen Einsätze sei nach wie vor hoch. Die Bundeswehr stoße immer deutlich an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Insbesondere der Mangel an personellen Ressourcen erweise sich in zunehmendem Maße als Problem.

Zahl der Eingaben zurückgegangen

Die Zahl der im vergangenen Jahr vorliegenden Eingaben an den Wehrbeauftragten sind mit 5.601 leicht zurückgegangen; 2004 waren es noch 6.154, heißt es in dem Bericht. Verlauf und Geschwindigkeit der Umwandlung der Streitkräfte hätten Soldaten und zivile Mitarbeiter verunsichert. Immer öfter und lauter werde nach Verlässlichkeit und Planungssicherheit verlangt.

„Phase der Konsolidierung“

Nach Ansicht Robbes muss eine „Phase der Konsolidierung“ erfolgen, in der der Truppe ausreichend Zeit und Mittel zur Verfügung gestellt würden, getroffene Entscheidungen und Konzepte auch umzusetzen. Nur so könne verloren gegangenes Vertrauen in den Dienstherrn wieder zurückgewonnen werden. „Permanente Kürzungen“ hätten zu personellen und materiellen Engpässen

geführt, die die Erfüllung der Aufgaben sichtlich erschwerten und die Motivation der Soldaten nicht nur vorübergehend beeinträchtigten.

Integration der Frauen schreitet voran

Frauen hätten inzwischen einen festen Platz im Gefüge der Streitkräfte erobert. Durchschnittlich hätten im Jahr 2005 circa 11.5000 Frauen Dienst in der Bundeswehr geleistet. Ihr Anteil an den Zeit- und Berufssoldaten sei von mehr als fünf Prozent im Vorjahr auf mehr als sechs Prozent gestiegen. Aus Robbes Sicht schreitet die Integration der Frauen weiter voran und verlaufe weitgehend störungsfrei. Das schließe nicht aus, dass das Verhalten einiger Vorgesetzter immer noch von innerer Ablehnung und nicht selten auch von verbalen oder tätlichen Verfehlungen gegenüber ihren unterstellten Soldatinnen geprägt sei.

Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht

Zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und SPD bestehe Einigkeit über den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht. Dieses Bekenntnis werde von den Soldaten sehr positiv aufgenommen, so Robbe. Allerdings sei mit dieser positiven Reaktion auch die Erwartungshaltung verbunden, dass im Hinblick auf die Sicherstellung der Einberufungsgerechtigkeit und der damit ursächlich im Zusammenhang stehenden Bereitstellung von ausreichenden Dienstposten für Grundwehrdienstleistende den Ankündigungen auch Taten fol-

gen. Aus Robbe Sicht ist es langfristig für die Rekruten, aber auch für alle anderen Bundeswehrangehörigen nicht hinnehmbar, wenn ein erheblicher Teil der Wehrpflichtigen aus finanziellen Gründen keinen Wehr- und auch Zivildienst leistet.

Besondere Vorkommnisse

Robbe weist zudem darauf hin, dass im Berichtsjahr 147 „Besondere Vorkommnisse“ mit Verdacht auf rechtsextremistischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund geschahen. Im Vorjahr habe es 134 derartige Fälle gegeben. Davon seien auf Mannschaften rund 80 Prozent der Fälle entfallen. An 15 Prozent seien die Unteroffiziere und bei fünf Prozent die Offiziere beteiligt gewesen. Meist habe es sich um Propagandadelikte wie das Abspielen rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Musik, das Zeigen des Hitler-Grußes oder „Sieg-Heil“-Rufe gehandelt. Robbe zufolge sind Vorfälle wie diese in einer fest im demokratischen Rechtsstaat verankerten Armee „nicht hinnehmbar“. Auch Propagandadelikte dürften keine stillschweigende Duldung erfahren - weder von den Vorgesetzten noch von den Kameraden. Der rechtswidrige Besitz und Konsum von Betäubungsmitteln sei nach wie vor auch in der Bundeswehr ein Problem. Im Berichtsjahr 2005 seien dem Wehrbeauftragten 842 Fälle bekannt geworden. Im Jahr zuvor seien es noch 1.202 Vorkommnisse gewesen. Die meisten Fälle habe es innerhalb der Mannschaftensdienstgrade gegeben. Es seien vor allem Cannabisprodukte konsumiert worden. Ein Großteil der aufgefallenen Soldaten habe auch schon vor Beginn des Wehrdienstes Kontakt mit Betäubungsmitteln gehabt.

Klinische Versorgungslage angespannt

Bei den Bundeswehrkrankenhäusern bestanden laut Robbe zum Teil „besorgniserregenden Personalengpässe“ bei Ärzten und Assistenzpersonal. Es sei erforderlich, die weiter angespannte klinische Versorgungslage schnellstmöglich durch Umorganisation der Krankenhäuser den aktuellen Aufgaben anzupassen.

Quelle: http://www.bundestag.de/aktuell/bericht_wb/bericht2005_kurz

GKS-POLITIKERGESPRÄCH MIT DEM WEHRBEAUFTRAGTEN:

Sittlich-ethische Bindung zwingend erforderlich

Wehrbeauftragter fordert offene Diskussion um sicherheitspolitische Interessen Deutschlands

VON WINFRIED HEINEMANN

Sie haben manches gemeinsam, die Militärseelsorge und der Wehrbeauftragte: Es geht ihnen um die Menschen in den Streitkräften. So bietet sich ein Gespräch über geteilte Wahrnehmungen, Eindrücke und Befürchtungen an. Die Politikergespräche der GKS bieten dafür ein passendes Forum, zumal der begrenzte Kreis von Teilnehmern ein offenes Wort ermöglicht. Zwei bis dreimal im Jahr lädt die GKS unterstützt durch das Katholische Militärbischofsamt einen führenden Sicherheitspolitiker aus den im Bundestag vertretenen Parteien ins Gästehaus des Militärbischofs zu einem solchen Gespräch ein, an dem Mitglieder der GKS, des Vorstandes der Zentralen Versammlung (ZV) und der Katholischen Militärseelsorge teilnehmen.

Der frühere Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Reinhold Robbe (SPD), ist seit Mai 2005 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Wenige Tage, nachdem er seinen ersten Jahresbericht vorgelegt hatte, konnte ihn Militärgeneralvikar Walter Wakenhut am 31. März zum Politikergespräch im Haus der Militärseelsorge Am Weiden in Berlin begrüßen – ein glückliches Zusammentreffen, denn der Bericht bot mehr als genügend Diskussionsstoff.

In seinem Eingangsstatement machte Robbe keinen Hehl aus seiner Bindung an die evangelische Kirche, aus seiner Wertschätzung für die Militärseelsorge beider großer Konfessionen und aus seiner Überzeugung, dass eine gefestigte sittlich-ethische Orientierung gerade unter den Bedingungen einer Einsatzarmee für Soldaten aller Dienstgrade zwingend erforderlich sei.

Robbe bedauerte, dass sein Jahresbericht oftmals nur als „Mängelbericht“ wahrgenommen werde. Er sei beeindruckt gewesen von dem „unglaublich großen Vertrauen“, das Soldaten zu ihm hätten, und der Jah-

resbericht spiegle eben nicht nur die rund 6.000 Eingaben jährlich wider, sondern auch die vielen Eindrücke aus seinen Besuchen bei Truppteilen und Dienststellen.

Als das gravierendste Problem sieht der Wehrbeauftragte nicht die seit 1989/90 chronische Unterfinanzierung der Bundeswehr, sondern die auch von den Soldaten beklagte fehlende Glaubwürdigkeit der Politik. Er forderte eine Rückkehr zu dem Grundsatz „Sagen, was man tut, und tun, was man sagt!“ Zu einem ehrlichen Umgang mit Soldaten gehöre dann aber auch, dass man Einschnitte bei ihren Einkommen offen thematisiere.

Er sprach die große Unzufriedenheit bei vielen Unteroffizieren und Mannschaften über die Auswirkungen der neu geschaffenen Feldwebel-Laufbahn an, ebenso wie er forderte, nach der Phase der Transformation mit ihren Auswirkungen auf die persönlichen Lebensumstände der meisten Soldaten müsse nun eine Zeit der Konsolidierung und Planungssicherheit folgen.

Robbe gab seiner Hoffnung Ausdruck, die bevorstehende Veröffentlichung eines Weißbuchs werde zu einer offenen Diskussion der sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands führen – innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Nachdrücklich unterstützte er die Forderung von Bundespräsident Köhler, Fragen der Sicherheit und Verteidigung nicht zum Thema kleiner Experten-zirkel werden zu lassen. Notwendig sei vielmehr eine breit angelegte Debatte in der Gesellschaft.

Generalleutnant Karl-Heinz Lather, Stellvertretender Befehlshaber LANDCENT, moderierte die anschließende Diskussion. Robbe wickelte keiner der Fragen der rund 60 Angehörigen der GKS und der Militärseelsorge zum Einsatz der Bundeswehr im Innern, zum Urteil über die Grenzen der Gehorsamspflicht in Gewis-



senskonflikten, zur Sinnhaftigkeit militärischer Auslandseinsätze oder zur Tradition der Bundeswehr aus.

Die Veranstalter begrenzten die Dauer des Politikergesprächs auf zwei Stunden – es hätte dieses Mal durchaus mehr sein können. □



Zu den Fotos:

oben: Wehrbeauftragter Reinhold Robbe beim Eingangsstatement über aktuelle Fragen und Feststellungen seines Amtes;

Mitte: Der Wehrbeauftragte flankiert vom Moderator des Politikergesprächs, Generalleutnant Karl-Heinz Lather (l), und dem Gastgeber, Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut (r);

unten: interessiert folgen die Teilnehmer des Gesprächs den Ausführungen des Wehrbeauftragten.

(Fotos: www.kmba.de)

Neuer Sprecher der „aktion kaserne“ beim Wehrbeauftragten

Matthias Wirth stattete nach seiner Wahl zum Sprecher der Initiative katholischer Jugendverbände im Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) „aktion kaserne“ bei Reinhold Robbe, dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, am 10. März einen Antrittsbesuch ab.

Im Kontext der Veröffentlichung des Jahresberichtes 2005 des Wehrbeauftragten an das Parlament hob der Sprecher der katholischen Soldateninitiative hervor, dass die Konzeption vom Soldaten als Staatsbürger in Uniform und die Grundsätze der Inneren Führung auch in multi-

nationalen Einsätzen gelten. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Erklärung der deutschen Bischöfe vom November 2005 „Soldat als Diener des Friedens. Zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr“.

Die „aktion kaserne“ besteht seit 1969 als „Initiative katholischer Jugendverbände im BDKJ“. Ein von der Bundeskonferenz der Mitgliedsverbände des BDKJ gewählter Sprecher vertritt die „aktion kaserne“. Schwerpunkte bilden die Vertretung der Interessen junger Wehrpflichtiger sowie die politische Bildungsarbeit in ausgewählten Fragen des Dienstes der Soldaten.



Der BDKJ ist Dachverband von 15 katholischen Kinder- und Jugendverbänden mit rund 650.000 Mitgliedern. Er vertritt ihre politischen, sozialen und kirchlichen Interessen.

(ak)

„Rührt Euch! Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr“

Anmerkungen zu einem Buch von Generalleutnant a.D. Dr. Franz Uhle-Wettler

Anlässlich seiner Verabschiedung aus der Bundeswehr als Generalleutnant mit einem Großen Zapfenstreich im September 1987 bewegten Franz Uhle-Wettler einige Gedanken: „Diejenigen, die 1955 und 1956 wieder Soldat geworden sind, folgten dem Ruf eines frei gewählten Parlaments und seiner Regierung, die ihren Dienst für notwendig hielten. Sie wollten eine Truppe aufzubauen helfen, die den freiheitlichen Staat schützt, dabei frühere Fehler vermeidet und an Kampfkraft sowie Stolz ihren Vorgängern würdig ist. Ob das gelungen ist? Da sind dunkle Zweifel berechtigt.“

Aber beim gleichen Anlass erklärt er in seiner Abschiedsrede: „Diese Armee hat Schwächen. Sie hat gravierende Schwächen. Doch in den vergangenen Jahren habe ich zwischen Nordnorwegen, der Türkei und dem Herzland des amerikanischen Kontinents zahlreiche Truppenteile aus 14 Nationen gesehen. Kein einzigmal habe ich mich dabei des deutschen Heeres geschämt – und oft habe ich gedacht, Das können wir auch –

und vielleicht können wir es besser‘. Nur wer verdrängt, wie man uns 1956 verhöhnt hat, wird übersehen, welche Leistung hier vollbracht wurde.“ Diese Widersprüchlichkeit tritt in dem ganzen Buch „Rührt Euch! Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr“, erschienen 2006 im Ares Verlag Graz, immer wieder zutage.

Die Anfangsjahre der Bundeswehr

In der Einleitung verweist der in Marburg promovierte Autor darauf, dass dieses Buch die Innenansicht eines Mannes über die Bundeswehr vertritt, der als 29-Jähriger 1956 wieder die Uniform anzog und bei Verwendungen und Beförderungen viel Glück hatte. Somit hat er mancherlei gesehen und erfahren. Er könne aber nicht die umfassende Sicht späterer historischer Studien mit seinen Ansichten und Meinungen ersetzen. Dr. Uhle-Wettler lässt seinen Werdegang in der Bundeswehr anhand von kurzen Bemerkungen, Briefen und Dokumenten – denen er später formulierte Kommentare hin-

zufügt – aus seinen jeweiligen dienstlichen Verwendungen bis zu seinem Abschied aus der Bundeswehr Revue passieren. Dabei kann sich keine Gesamtschau über die erlebte Bundeswehr ergeben, sondern es werden Einzelaspekte aus der Gesamtdienstzeit des Verfassers sachlich kritisch – oft auch konstruktiv – begleitet, die aus seiner Sicht aber die Bundeswehr prägten. Dabei verweist der ehemalige General gleich zu Beginn auf seine Vordienstzeit von 1943 bis 1947 als Flakhelfer, beim Reichsarbeitsdienst, als Seekadett Offizieranwärter bei der Kriegsmarine und als Kriegsgefangener. Er hoffte, wie alle ehemaligen Soldaten, als neuer Fahnenjunker-Unteroffizier beim Panzergrenadier-Lehrbataillon in Munster/Lüneburger Heide, dass die früheren schlechten und unsinnigen Schikanen in der aufzubauenden Bundeswehr nun vermieden werden würden. Obwohl er auch die Schwierigkeiten der neuen Armee bei der Personalgewinnung von Soldaten mit militärischen Vordienstzeiten für eine wirklichkeitsnahe Ausbildung erkannt und angesprochen hat, steht er sehr kritisch diesen Anfangsjahren

gegenüber. Dazu kamen noch einschränkende Bestimmungen für eine wirklichkeitsnahe Ausbildung wegen der unheilvollen Vergangenheit im Dritten Reich.

Ausbildungsziel: Kriegstüchtigkeit

In all seinen Verwendungen als Soldat ließ er sich immer von der Vorstellung leiten, dass die ihm unterstellten Soldaten die beste gefechtsnahe Ausbildung und eine gute Ausrüstung erhalten müssen, um in einem möglichen Krieg zwischen Ost und West Überlebenschancen zu haben. Deswegen wendet er sich gegen Lehrgänge und Ausbildung der Unteroffiziere und Offiziere einschließlich des Hochschulstudiums, die nicht unmittelbar der Ausbildung zur Kriegstüchtigkeit dienen. Diese Vorstellungen und die Wirklichkeit im Truppenalltag führte zu vielen Differenzen, die der Verfasser dann mutig gegenüber Vorgesetzten oder Kommandobehörden auch unter Inkaufnahme von Nachteilen anprangerte. Wobei vielfach der höheren und höchsten militärischen Führung die Ursachen für die Mängel angelastet werden.

Aber auch die Politiker der jungen deutschen Demokratie und die öffentliche Meinung betrachteten sehr misstrauisch den Aufbau der Bundeswehr, um nicht gewünschten Entwicklungen des Militärs frühzeitig Einhalt zu gebieten. Dem dienten auch das Konzept der Inneren Führung sowie das Amt des Wehrbeauftragten als Überwachungsorgan des Deutschen Bundestags.

In der Panzerlehrbrigade

Langwierig waren die Genehmigungsverfahren im Rahmen der Ministerialbürokratie zur Beschaffung von Rüstungsmaterial, was sich dann in der Mangelverwaltung bei der Truppe auswirkte. Deswegen schildert Dr. Uhle-Wettler aus seiner Zugführer- und Kompaniechefzeit in der Panzerlehrbrigade 9 (04/1960-03/1963) ausführlich die hemmenden Auswirkungen der Materialengpässe für eine wirklichkeits- und gefechtsnahe Ausbildung seiner durchaus leistungsbereiten Soldaten und Unteroffiziere. Seltsam ist es aber, dass der Autor mit keinem Wort auf die Kubakrise im Herbst 1962 eingeht.



Obwohl zum entscheidenden Zeitpunkt des amerikanischen Ultimatums an die Sowjetunion die Lehrbrigade ohne allgemeine Alarmierung gefechtsbereit zum Abrücken um den Standort Munster aufmarschiert war, wie der Rezensent es selbst erlebt hat. Eigentlich hätte dies nach den vorherigen Schilderungen der Missstände gar nicht möglich sein dürfen.

Meinung zur Inneren Führung

Er geht in dieser Zeit auch eingehend auf das Konzept der Inneren Führung ein. Sein Ergebnis: „Die Gedanken, auf die die Innere Führung das Vorgesetztenverhältnis gründet sind falsch. Unzureichend sind deshalb auch die daraus abgeleiteten Richtlinien für die Erziehung unlustiger oder widerwilliger Soldaten. Sie sind auf gutwillige Soldaten zugeschnitten, für die erzieherische Maßnahmen sowieso nicht notwendig sind.“ Es ist unstrittig, dass das Konzept der Inneren Führung ausgelöst durch Erfahrungen sowie gesellschaftliche und militärische Entwicklungen immer wieder angepasst wurde ohne dass die Grundprinzipien der Inneren Führung für eine Wehrpflicht-Armee, die der demokratischen und zivilen Kontrolle durch das Parlament, die Regierung und die Justiz unterliegt, aufgegeben wurden. Dabei gab es natürlich anfangs, aber auch später immer wieder Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inneren Führung im Dienstalltag.

Ziel war und ist es, eine zeitgemäße Menschenführung zu erreichen, in der die demokratische und verfassungsmäßige Ordnung des Staates sich wiederfindet. Die Väter der Inneren Führung wollten damit die Autoritätshörigkeit der Truppenführung früherer Armeen beseitigen und den Soldaten der Bundeswehr durch Verständnis und Mitwirken mehr an der Menschenführung beteiligen. Und wie sich heute nach 50 Jahren praktizierter Innerer Führung zeigt, sind die Bundeswehrsoldaten im Einsatz ihren alliierten Kameraden durchaus ebenbürtig, was auch General Dr. Uhle-Wettler bereits 1987 feststellte (s.o.). Aber bessere und schlechtere Truppenführer gab es früher und wird es auch zukünftig geben. Deswegen sind die kritischen Äußerungen, aus seiner Sicht stimmig analysiert mit konkreten Forderungen zu Veränderungen, so nicht nachzuvollziehen. In diesem Zusammenhang zieht Uhle-Wettler durchaus selbstkritisch Bilanz über seine Kompaniechef-Zeit: „...Hauptänderung: ich würde mehr loben ... Aber ich fürchte, mancher Unteroffizier, der vielleicht nicht überaus gut war, der sich aber Mühe gab, hat lange auf ein anerkennendes Wort warten müssen. Das war nicht gut.“

Erfahrungen als Generalstabsoffizier

Der folgende Abschnitt über seine Zeit als Generalstabsoffizier behandelt noch einmal sehr kritisch das Ideengut der Inneren Führung, die Traditionserlasse aber auch positiv gesehen neue Vorgesetzten-Vorbilder. Er geht auf die General Grashey-Affäre ein, spricht die Arbeitsweise und das Miteinander-Umgehen einschließlich der Sprachschwierigkeiten in aufgeblähten NATO-Stäben an, setzt einen Seitenhieb gegen die Computer-Gläubigkeit und setzt sich dann mit dem nicht überzeugenden militärischen Wissen und Können der Führer und Unterführer in der Truppe auseinander (s.o.). Er bemängelt das aufwändige Erstellen wertloser Studien im Verteidigungsministerium, betrachtet Generalstabsbesprechungen zwischen Franzosen, Amerikanern und Deutschen sowie die WINTEX-Auswertungen. Und er vergleicht das Handeln in der Fritsch-Affäre (Drit-

tes Reich) und in der Krupinski-Affäre (Bundeswehr).

In den folgenden Abschnitten schildert der Autor Erlebnisse und Erkenntnisse aus seinen Verwendungen als Kommandeur der Panzerlehrbrigade 9 in Münster, als Chief Plans Branch in SHAPE (NATO-Hauptquartier in Mons bei Brüssel), als Kommandeur der 5. Panzerdivision in Diez a.d. Lahn sowie als Kommandeur des NATO Defense College in Rom.

So beschreibt er das Chaos während einer Übung auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne bei einer Ablöseoperation zwischen der Panzerlehrbrigade und der Panzerbrigade 8. Dabei war es der feindlichen Truppe, dem Panzeraufklärungsbataillon 8, gelungen, sich im Ablösungswirrwarr der beiden Brigaden bis zum Gefechtsstand der Panzerlehrbrigade 9 durchzuschleichen. Uhle-Wettler konnte sich ohne Stahlhelm, persönliche Waffe und ABC-Schutzmaske (da hat er sich aber nicht sehr gefechtsmäßig verhalten) nur noch durch die unmittelbare Flucht vor den Augen des Divisionskommandeurs mit einem Geländewagen vor der Gefangennahme retten. Seine Analyse dieser missglückten Gefechtsbehandlung ergab, dass viele Unterführer und Offiziere mit Karte und Kompass nicht richtig umgehen und sich bei Nacht schlecht im Gelände sowie an den Sternen orientieren können. In seinen Kommandeursverwendungen stellte er weiterhin fest, dass die jungen Offiziere (Vollakademiker) als Zugführer oder Kompaniechefs oft nicht das Gerät und die Waffen ihrer Züge und Einheiten beherrschten, damit nicht richtig ausbilden und Fehler beseitigen konnten. Genauso kritisiert der Verfasser und Militärgeschichtler die mangelnden militärgeschichtlichen Kenntnisse der studierten Offiziere. Er prangert aber auch die vielen Sonderbelastungen der Einheiten an, die den täglichen Personal- Ist-Bestand erheblich verringern, so dass eine geregelte und vollständige Ausbildung sowie das Wachsen der Kampfgemeinschaft nicht mehr gegeben sei. Die Ursachen dafür liegen seiner Meinung nach häufig in den Weisungen, Befehlen und Forderungen höherer Kommandobehörden.

Fehler beim Führen nach Auf-

tragstaktik sieht er im Absicherungsdenken sowie in der Bürokratie begründet. Ein weiterer Kritikpunkt aus dieser Zeit bezieht sich auf die zu hohe Anzahl von Generalstabsoffizieren gegenüber Truppenoffizieren. Aber auch der Umgang mit der nationalen Vergangenheit im Vergleich mit anderen Ländern wird kritisch betrachtet.

Kommandeurs- und NATO-Verwendungen

Die Leser, die das Werden der Bundeswehr bis heute nicht erlebt haben, könnten infolge der Aneinanderreihung der vielen berichteten Negativbeispiele in diesem Buch zur Meinung gelangen, das Geld für diese Armee sei zum Fenster hinausgeworfen und sie sei zu nichts fähig. Dieser Eindruck ist jedoch falsch. Dies beweist schon das anfangs erwähnte Zitat aus der Abschiedsrede von Generalleutnant Dr. Uhle-Wettler von September 1987: „*Kein einzigesmal habe ich mich dabei des deutschen Heeres geschämt ...*“

Natürlich hat es immer wieder selbstverursachte Mängel, Schwächen und Schwierigkeiten in allen militärischen Belangen gegeben, die auch die meisten anderen Verantwortungsträger auf allen Ebenen so empfunden haben. Und viele haben dann einfallsreich im Rahmen der Möglichkeiten – einschließlich der gesetzlichen entsprechend dem demokratischen Rechtsstaat – die bestmögliche Vorbereitung auf das Überleben im Krieg der ihnen unterstellten Truppenteile unternommen. Und in allen Einsätzen seit Bestehen der Bundeswehr – sei es bei der Katastrophenhilfe, bei Sanitätseinsätzen, bei UN- oder NATO-Einsätzen der

heutigen Zeit – haben die eingesetzten Soldaten bewiesen, dass sie für ihre Einsätze gut ausgebildet sind, dass sie ihr „Handwerk“ können und es verstehen, sich auf die gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in den jeweiligen Einsatzländern einzustellen. Und nicht zuletzt auch die Grundsätze der kritisierten Inneren Führung haben sich bewährt.

Es ist schade, dass der Autor bei seinem intellektuellen Sachverstand, alles dem Aspekt der Überlebensfähigkeit des Soldaten untergeordnet hat, der im Krieg das Wichtigste ist. Die Bundeswehr bereitete sich aber im Frieden vor und auch der Warschauer Pakt hätte nur nach längerer Vorbereitung angreifen können, wie es sich z.B. bei der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 zeigte. Im Mai bereits begannen dazu die Vorbereitungen. Auch Moskau kochte nur mit Wasser. Und wenn die Bundeswehr so schlecht gewesen sein soll, warum spricht General Uhle-Wettler dann nicht die Katastrophenhilfeinsätze aus damaliger Zeit an (z.B. Erdbebeneinsatz in Friaul, Italien, 1976). Dort hätten sich doch die Mängel zeigen müssen, denn das waren Sofort-Einsätze.

Trotz aller Kritik an dem Buch – es zeigt beispielhaft den Werdegang eines nachdenklichen und unbequemen Soldaten fast bis in den höchsten Dienstgrad und seine Erfahrungen in der Bundeswehr. Es ist gut lesbar und für jeden bestimmt interessant, auf diese Weise einen Einblick in das Innenleben einer solchen Großorganisation zu erhalten. (bt)

Franz Uhle-Wettler: „*Rührt Euch! Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr*“. Ares Verlag, Graz, 2006, 216 S.

KURZ BERICHTET:

Dialog mit Islam

Die Bundesregierung plant einen breit angelegten Dialog mit den Muslimen in Deutschland. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) kündigte an, Mitte September eine „Deutsche Islam-Konferenz“ im Haus der Geschichte in Bonn einzuberufen. Sie sei auf zwei bis drei Jahre angelegt und solle einen „Gesellschaftsvertrag“ mit muslimischen Organisationen erarbeiten. Dabei geht es um islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache sowie die Ausbildung muslimischer Religionslehrer und Imame in Deutschland. Ziel ist eine bessere religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung. In Deutschland leben rund 3,3 Millionen Muslime. Ein großer Teil von ihnen ist nicht in einem der Dachverbände organisiert. (KNA)

Soziallehre der Kirche zusammengefasst

Vom Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden herausgegebenes „Kompendium der Soziallehre der Kirche“ in deutscher Sprache verfügbar

Im Lauf ihrer Geschichte und insbesondere in den vergangenen einhundert Jahren hat die Kirche es niemals versäumt, im Hinblick auf die Fragen des gesellschaftlichen Lebens das Wort zu ergreifen, das ihr gebührt, wie Papst Leo XIII. es formuliert hat. Papst Johannes Paul II. seinerseits hat die katholische Soziallehre weiter entwickelt, aktualisiert und drei große Enzykliken veröffentlicht – *LABOREM EXERCENS*, *SOLLICITUDO REI SOCIALIS* und *CENTESIMUS ANNUS* –, die grundlegende Etappen des katholischen Denkens zu diesem Thema darstellen. Zahlreiche Bischöfe in allen Teilen der Welt wiederum haben in jüngerer Zeit dazu beigetragen, die Soziallehre der Kirche zu vertiefen“ ebenso wie viele Wissenschaftler auf allen Kontinenten.

Deshalb hat der Päpstliche Rat für Frieden und Gerechtigkeit mit diesem Werk eine Zusammenfassung der katholischen Soziallehre geschaffen. Er bezeichnet es als ein Instrument der Evangelisierung, das die menschliche Person und die Gesellschaft mit dem Licht des Evangeliums in Beziehung setzt. Und die Kirche dürfe nicht aufhören, so der Päpstliche Rat, sich zu den *res novae* der modernen Zeit wirksam zu äußern, weil sie auf eine umfassende und solidarische Entwicklung des Menschen ausgerichtet sei. – Für katholische Soldaten ist insbesondere der 2. Teil – und hierin bevorzugt die Aussagen der Kapitel acht bis elf – von Bedeutung.

Einleitung

Sie beginnt damit, dass sich die Kirche auch an der Schwelle des 3. Jahrtausends weiterhin an alle Völker und alle Nationen wende, „weil dem Menschen nur im Namen Christi das Heil geschenkt ist.“ Das Heil erfasse auch diese Welt in den Realitäten der Wirtschaft und der Arbeit, der Technik und der Kommunikation, der Gesellschaft und der Politik, der internationalen Gemeinschaft und der Beziehung zwischen den Kulturen und den Völkern. Die Kirche werde nicht müde, das Evangelium zu verkünden und sie stelle auch den Männern und Frauen unserer Zeit ihre Soziallehre zur Verfügung.

Der von Gott geliebte Mensch begreife seine eigene transzendente Würde und lerne, sich nicht mit sich selbst zu begnügen sowie dem anderen in einem Netz zunehmender menschlicher Beziehungen zu begegnen. Dabei habe die Liebe eine gewaltige Aufgabe zu bewältigen, zu der die Kirche auch mit ihrer Soziallehre beitrage. Die christliche Liebe dränge uns alle dazu, wirkungsvoll Missstände anzuprangern, Vorschläge zu unterbreiten und uns einzusetzen für eine kulturelle und soziale Entwicklung aller Menschen. Wir müssten aus einem umfassenden und

solidarischen Humanismus heraus gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zitate der lehramtlichen Texte aus Dokumenten stammen, denen eine unterschiedliche Autorität zukomme, das heißt sie kommen aus verschiedenen Ebenen. Es dürfe jedoch nicht übersehen werden, dass die Veränderungen der sozialen Verhältnisse im Lauf der Zeit immer wieder zu neuen Überlegungen führen, um die neuen Zeichen der Zeit zu deuten. Das Dokument wolle für den gesamten Lebensbereich zu Verhaltensweisen und Entscheidungen anleiten, die mit Zuversicht und Hoffnung in die Zukunft blicken lassen. Das Kompendium richte sich zunächst an die Bischöfe, die für seine Verbreitung und richtige Deutung geeignete Formen finden würden. Aber auch die Priester, Ordensleute und allgemein die Ausbilder sollen darin einen Leitfaden für ihre Lehrtätigkeit und ein Instrument für den seelsorgerischen Dienst finden. Es werden damit ebenso die Brüder in den anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die Angehörigen anderer Religionen und alle Männer und Frauen guten Willens, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, angesprochen.

„Mit diesem Dokument will die Kirche einen Beitrag der Wahrheit zu der Frage nach dem Platz des Menschen in der Natur und in der Gesellschaft leisten, einer Frage, mit der sich diejenigen Zivilisationen und Kulturen auseinandersetzen, die Ausdruck der Weisheit der Menschheit sind.“ Die grundlegenden Fragen des Menschen erhielten in unserer Zeit durch die vielen Herausforderungen in neuartigen Szenarien und die folgeschweren Entscheidungen auch für die nachfolgenden Generationen noch größere Bedeutung, schreiben die Autoren.

Die weiteren Ausführungen zu dem Kompendium werden vorrangig den zweiten Teil betrachten, während der erste und dritte Teil sowie der Schluss nur kurz angesprochen werden.

Erster Teil

Er gliedert sich in vier Kapitel und beginnt mit dem PLAN DER LIEBE GOTTES FÜR DIE MENSCHHEIT. Zunächst wird das befreiende Wirken Gottes in der Geschichte Israels dargelegt. Die folgenden Seiten befassen sich mit Jesus Christus als Erfüllung des Plans der väterlichen Liebe mündend in die Offenbarung der trinitarischen Liebe. Dem schließen sich Gedanken zur menschlichen Person im Plan der Liebe Gottes sowie zum Plan Gottes und der Sendung der Kirche an. Dabei wird auch auf Maria und ihr „*fiat*“ zum Plan der Liebe Gottes eingegangen.

Das 2. Kapitel behandelt DIE SENDUNG DER KIRCHE UND DIE SOZIALLEHRE. Es fängt bei der Evangelisierung und der Soziallehre an und geht auch auf das Recht und die Pflicht der Kirche ein. Weiter wird das Wesen der Soziallehre erläutert und endet in der Soziallehre in unserer Zeit mit historischen Hinweisen.

Im 3. Kapitel werden DIE MENSCHLICHE PERSON UND IHRE RECHTE betrachtet. Dabei wird zunächst auf den Mensch als Abbild Gottes, das Drama der Sünde sowie auf die Universalität der Sünde und des Heils ein-

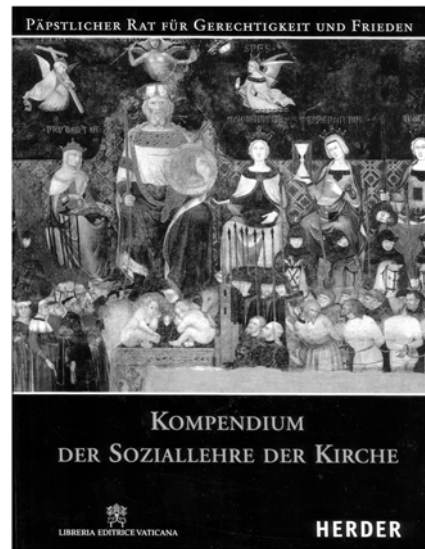
gegangen. Dem schließt sich die menschliche Person mit ihren zahlreichen Profilen an, als da sind die Einheit der Person und ihre Einzigartigkeit, die Offenheit für Transzendenz, die Freiheit der Person mit dem Wert und den Grenzen der Freiheit, die Gleichheit der Würde aller Personen und die menschliche Sozialität. Sodann ist den Menschenrechten ein Abschnitt gewidmet mit ihrem Wert, ihrer näheren Bestimmung, den Rechten und Pflichten, den Rechten der Völker und Nationen sowie der Überwindung der Kluft zwischen Buchstabe und Geist.

Das letzte (4.) Kapitel des ersten Teils spricht die PRINZIPIEN DER SOZIALLEHRE DER KIRCHE an. Es fängt an mit der Bedeutung und Einheit der Soziallehre und geht weiter mit dem Prinzip des Gemeinwohls. Über die allgemeine Bestimmung der Güter im Zusammenhang mit dem Privateigentum und ihrer vorrangigen Option für die Armen, das Prinzip der Subsidiarität, die Beteiligung, das Solidaritätsprinzip und die Grundwerte des menschlichen Lebens führt es zum Weg der Liebe auch im Hinblick auf den Nächsten.

Zweiter Teil

5. Kapitel – Die Familie: Lebenszelle der Gesellschaft

Hier wird eine Grundvoraussetzung der katholischen Soziallehre angesprochen. Im Abschnitt die Familie als erste natürliche Gesellschaft wird die Bedeutung der Familie sowohl für die Person als auch für die Gesellschaft hervorgehoben. Dabei wird darauf hingewiesen, wenn der Familie eine untergeordnete oder nebensächliche Rolle zugewiesen werde, werde dem echten Wachstum des gesamten Sozialgefüges ein schwerer Schaden zugefügt. Die Bedeutung der Familie für die Person liege im Klima der natürlichen Zuneigung der Mitglieder einer Familiengemeinschaft untereinander, in der die Personen als Ganzes anerkannt und zur Verantwortung erzogen würden. Bezüglich der Bedeutung der Familie für die Gesellschaft wird klar festgestellt, dass die Familie nicht für die Gesellschaft und den Staat da ist, sondern dass diese beiden Strukturen für die Familie da sind.



Unter dem Titel die Ehe als Fundament der Familie wird zunächst der Wert der Familie betrachtet und festgestellt: *„Die Grundlage der Familie ist der freie Wille der Brautleute, die Ehe miteinander einzugehen und dabei die spezifischen Bedeutungen und Werte dieser Einrichtung, die nicht vom Menschen, sondern von Gott selbst abhängt, zu achten.“* Trotz der zahlreichen Änderungen, die die Ehe im Lauf der Jahrhunderte in den verschiedenen Kulturen, Gesellschaftsstrukturen und Geisteshaltungen erfahren habe, gebe es in allen Kulturkreisen ein sicheres Gespür für die Würde des Ehebundes, wenn auch nicht überall mit derselben Deutlichkeit. Zu den charakteristischen Zügen der Ehe gehörten die leibliche und geistige Ganzheitlichkeit, die Unauflöslichkeit und die Treue. Die im Sakrament der Ehe geschenkte eheliche Liebe, mache die christlichen Eheleute zu Zeugen einer neuen, vom Evangelium und vom Ostergeheimnis inspirierten Sozialität.

Hinsichtlich des sozialen Subjektcharakters der Familie wird der Wert der ehelichen Familie für ihre Kinder und die Gesellschaft gegenüber anderen Formen der Gemeinschaft von Personen herausgestellt. Die Familie als Heiligtum des Lebens leiste durch verantwortliche Mutter- und Vaterschaft im Sinne Gottes einen herausragenden Beitrag zum Wohl der Gesellschaft. Im Zusammenhang mit einer verantwortungsbewussten Fortpflanzung werden Sterilisierung, Schwangerschaftsabbruch, empfängnisverhütende Mit-

tel sowie das Klonen abgelehnt. In Bezug auf die Erziehung spiele die Familie eine ursprüngliche und unersetzliche Aufgabe – auch im Hinblick auf die Religiosität und moralische Bildung. Wobei die Eltern zwar die ersten aber nicht die einzigen Erzieher ihrer Kinder seien, sondern verantwortungsbewusst mit den zivilen und kirchlichen Organisationen zusammenarbeiten müssten. Die kirchliche Soziallehre verweist außerdem darauf, dass die Rechte der Kinder von der Rechtsordnung geschützt werden müssten. Diese Aussagen zur ehelichen Familie bekräftigte Papst Benedikt XVI. in der dritten Maiwoche 2006 in Rom gegenüber dem neu akkreditierten Botschafter Spaniens am Heiligen Stuhl in einer Stellungnahme zu den Hauptinhalten der *„neuen sozialen Frage“* als nicht zur Verfügung stehende Prinzipien.

Weiterhin wird die Familie als gestaltende Kraft des gesellschaftlichen Lebens durch ihre Solidarität, ihre Beziehung zum Wirtschaftsleben und das Verhältnis zur Arbeit für den Lebensunterhalt angesprochen. Die Gesellschaft im Dienst der Familie müsse durch ein richtiges und konstruktives Verhältnis zur Familie deren soziale Vorrangstellung anerkennen.

6. Kapitel – Die menschliche Arbeit

Es beginnt mit biblischen Aspekten. Dem folgen Aussagen über die vorausschauende Bedeutung der Enzyklika *„Rerum Novarum“* von Leo XIII., denen sich ein Abschnitt über die Würde der Arbeit anschließt. Behandelt werden darin die subjektive und objektive Bedeutung der Arbeit, die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital, der Anspruch auf Beteiligung durch die Arbeit, das Verhältnis zwischen Arbeit und Privateigentum und die Feiertagsruhe. Unter der Überschrift *das RECHT AUF ARBEIT* wird festgestellt, die Arbeit ist notwendig, denn sie sei ein Grundrecht und ein nützliches Gut für den Menschen. Zur Rolle des Staates und der Zivilgesellschaft bei der Stärkung des Rechts auf Arbeit heißt es, der Staat müsse mit einer aktiven Arbeitspolitik Bedingungen schaffen, die Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten

unterstützen. Die Arbeit sei eine Grundlage für den Aufbau des Familienlebens und auch die Anwesenheit der Frauen im Arbeitsleben müsse gewährleistet sein. Verurteilt wird von der Soziallehre *„die Ausbeutung der Arbeitskraft von Minderjährigen unter den Bedingungen der Sklaverei“*. Zu MIGRATION UND ARBEIT wird geschrieben, die Institutionen der Aufnahmeländer müssten darüber wachen, dass ausländische Arbeitskräfte nicht ausgebeutet und ihnen die garantierten Rechte der inländischen Arbeitnehmer nicht versagt werden. In der Landwirtschaft seien radikale Änderungen notwendig, um den in ihr Tätigen wieder den wahren Wert zu geben, der ihnen als Grundlage einer gesunden Volkswirtschaft in der gesamten Entwicklung der Gesellschaft zukommt.

Die RECHTE DER ARBEITNEHMER werden unterstrichen mit dem Satz: *„... basieren wie alle übrigen Rechte auf der menschlichen Person und auf ihrer transzendenten Würde.“* Dabei sei der gerechte Lohn die rechtmäßige Frucht der Arbeit und es komme auch auf eine gerechte Verteilung des Einkommens an, dem könne auch eine geeignete Sozialpolitik der Umverteilung des Einkommens dienen. Das Streikrecht als letztes Mittel zur Konfliktbewältigung bei der Verbesserung von Arbeitsbedingungen und der sozialen Situation werden von der Soziallehre als rechtmäßig anerkannt. Dazu wird die Bedeutung der Gewerkschaften als Ausdruck der Solidarität unter den Arbeitnehmern im Kampf für die soziale Gerechtigkeit und für die Rechte der Arbeitnehmer in ihren je eigenen Berufen unterstrichen. Im Rahmen der Globalisierung seien die Gewerkschaften heute jedoch zu neuen Formen des Handelns aufgerufen.

Die *„Res novae“* der Arbeitswelt liegt in der Wandlung der Arbeitsorganisation im Phänomen der Globalisierung mit der Möglichkeit neue Produktionsformen zu erproben. Deswegen müsse der Mensch die gegenwärtigen Innovationen und Umstrukturierungen kreativ und verantwortungsbewusst so gestalten, dass sie zum Wachstum der Person, der Familie, der Gesellschaft und der gesamten Menschheitsfamilie beitragen.

7. Kapitel – Das Wirtschaftsleben

Nach biblisch untermauerten Bemerkungen zum Menschen, der Armut und dem Reichtum, der existiert, um geteilt zu werden, folgt ein Abschnitt über MORAL UND WIRTSCHAFT mit der Kernaussage: *„Gegenstand der Wirtschaft ist die Bildung und fortschreitende Vergrößerung von Reichtum in quantitativer, aber auch qualitativer Hinsicht: All das ist moralisch richtig, wenn es auf die globale und solidarische Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft, in der er lebt und arbeitet, ausgerichtet ist.“*

Zu PRIVATINITIATIVE UND UNTERNEHMEN sagt die Soziallehre, jeder habe das Recht auf wirtschaftliche Initiative gemäß seinen Talenten, um zu einem Wohlstand beizutragen, der allen zugute kommt, und um die gerechten Früchte seiner Mühen zu ernten. Das Unternehmen müsse fähig sein, dem Gemeinwohl der Gesellschaft durch die Produktion nützlicher Dinge und Dienstleistungen zu dienen. Dabei müsse das berechtigte Gewinnstreben des Unternehmens mit dem unverzichtbaren Schutz der Würde der Personen in Einklang gebracht werden, die in den verschiedenen Positionen dieses Unternehmens tätig sind. Wucher sei jedoch moralisch zu verurteilen. Zur Rolle des Unternehmers und Managers meint die Soziallehre, bei dem Verantwortungsbewusstsein, das aus der freien wirtschaftlichen Initiative entspringe, handle es sich nicht nur um eine für das menschliche Wachstum des Einzelnen unerlässliche *individuelle Tugend*, sondern auch um eine *soziale Tugend*, die für die Entwicklung einer solidarischen Gemeinschaft notwendig sei.

Im Abschnitt WIRTSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN IM DIENST DES MENSCHEN wird zunächst vorrangig die Verwendung der Ressourcen bewertet. Dann heißt es zum freien Markt, er sei in sozialer Hinsicht eine wichtige Institution, weil er effiziente Ergebnisse in der Produktion der Güter und Dienstleistungen sichern könne. Es wird jedoch darauf hingewiesen, ihn in moralischen Zielsetzungen zu verankern, die seine Autonomie sicherstellen und gleichzeitig in angemessener Weise begrenzen. Das Handeln des Staates und der anderen öffentlichen Autoritäten müsse sich

nach dem Subsidiaritätsprinzip richten und Situationen durch einen juristischen Rahmen schaffen, die eine freie Ausübung der wirtschaftlichen Aktivität begünstigen. Dabei müssen Markt und Staat ihr Handeln aufeinander abstimmen und einander ergänzen. Das öffentliche Finanzwesen soll dem Gemeinwohl dienen, was folgende Prinzipien erfordert: das Zahlen der Steuern aus Solidaritätspflicht, Vernünftigkeit und Billigkeit bei der Festlegung der Abgaben sowie Strenge und Integrität bei der Verwaltung und Verwendung der öffentlichen Ressourcen.

Unter die *„Res novae“* in der Wirtschaft wird auf die Globalisierung mit ihren Chancen und Risiken durch die neuen Dimensionen der kommerziellen und finanziellen Beziehungen eingegangen. Es wird auf die Verschiedenheit der Kulturen hingewiesen und gefordert, dass die Globalisierung keine neue Form des Kolonialismus sein dürfe. Auch müsse die Solidarität der Generationen nachdrücklich unterstrichen werden. Die Geschichte habe gezeigt, dass es ohne geeignete Finanzsysteme kein wirtschaftliches Wachstum gegeben hätte. Umso wichtiger sei es jetzt, institutionelle Lösungen zu finden, die die Stabilität des Systems wirksam ohne Einbußen an Leistungsfähigkeit und Effizienz fördern können. Je vielschichtiger das weltweite Wirtschafts- und Finanzsystem werde, desto vorrangiger werde die Aufgabe, diese Prozesse zum Gemeinwohl der Menschheitsfamilie sowohl nach ökonomischen als auch moralischen Parametern zu regulieren. Dabei komme es auf eine umfassende und solidarische Entwicklung der Menschheit an und dies müsse mit einer großen erzieherischen und kulturellen Anstrengung verbunden sein.

8. Kapitel – Die politische Gemeinschaft

BIBLISCHE ASPEKTE zur Macht und ihrer Ausübung stehen zum Beginn. Danach wird die GRUNDLAGE UND DAS ZIEL DER POLITISCHEN GEMEINSCHAFT hinsichtlich der menschlichen Person dargestellt. Dabei geht es auch um den Schutz und die Stärkung der Menschenrechte sowie um die Bürgerfreundschaft und Brüderlichkeit. DIE POLITISCHE AUTORITÄT müsse das geordnete und richtige Le-

ben der Gemeinschaft gewährleisten und sich vom Sittengesetz leiten lassen. Dem Bürger wird das Recht auf Einspruch aus Gewissensgründen gegen Vorschriften der zivilen Autorität zuerkannt ebenso wie das Recht auf bewaffneten Widerstand unter bestimmten Kriterien. Andererseits habe die legitime öffentliche Autorität zum Schutz des Gemeinwohls das Recht und die Pflicht, dem Verbrechen angepasste Strafen aufzuerlegen.

DAS SYSTEM DER DEMOKRATIE wird von der Kirche bevorzugt. Eine echte Demokratie beruhe nicht nur auf der Einhaltung von Regeln, sondern sei die Überzeugung von Werten für eine demokratische Vorgehensweise: die Würde jeder menschlichen Person, die Achtung der Menschenrechte und die Anerkennung des Gemeinwohls als Ziel und maßgebendes Kriterium des politischen Lebens. Die Soziallehre sieht den ethischen Relativismus als eine der größten Gefahren für die gegenwärtigen Demokratien. Das Lehramt erkennt die Gewaltenteilung in einem Staat an, verweist aber auch auf die Rechenschaftspflicht der politischen Autorität gegenüber dem Volk. Gleichzeitig wird die moralische Dimension der Vertretung für die politisch Verantwortlichen betont und die politische Korruption verurteilt. Ziel der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen eines Staates müsse es sein, dem Bürger zu dienen. Die politischen Parteien sollen eine breite Beteiligung an der öffentlichen Verantwortung und deren allgemeinen Zugang fördern, eine demokratische Organisationsform haben, zum politischen Dialog und zur planerischen Weitsicht fähig sein. Als direkte Form der politischen Beteiligung wird das Referendum genannt, das auch vom wichtigsten Mittel der demokratischen Beteiligung der Information abhängig ist. Die sozialen Kommunikationsmittel sollen die menschliche Gemeinschaft in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, Politik, Kultur, Erziehung und Religion festigen und stützen.

Die politische Gemeinschaft wird von der Zivilgesellschaft gebildet um letzterer zu dienen. Die politische Gemeinschaft ist verpflichtet, ihre eigenen Beziehungen zur Zivilgesellschaft nach dem Prinzip der

Subsidiarität zu regeln. Wichtig ist es, dass das Wachstum des demokratischen Lebens seinen Ausgang vom sozialen Gefüge nimmt. Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft – vor allem das Ehrenamt und die Zusammenarbeit im Bereich des Privaten und Sozialen – stellen die angemessensten Möglichkeiten dar, um die soziale Dimension der Person zu entfalten und zu verwirklichen.

Zu STAAT UND DEN RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN heißt es in der Soziallehre: „*Das Zweite Vatikanische Konzil hat die Katholische Kirche auf die Förderung der Religionsfreiheit eingeschworen.*“ Die Gewissens- und Religionsfreiheit betreffe sowohl den einzelnen Menschen als auch die Gesellschaft und müsse in der Rechtsordnung anerkannt und als bürgerliches Recht bestätigt werden. Eine solche Anerkennung dürfe aber auf keinen Fall zu ziviler oder sozialer Diskriminierung anderer religiöser Gruppen führen. Die Katholische Kirche – mit dem Recht auf eine juristische Anerkennung ihrer Identität – und die politische Gemeinschaft sind trotz sichtbarer Organisationsstrukturen in ihrem Aufbau und in ihren Zielen unterschiedlich. Diese beiderseitige Autonomie führe jedoch nicht zu einer Trennung, die ihre Zusammenarbeit ausschließen würde.

9. Kapitel – Die internationale Gemeinschaft

Die internationale Gemeinschaft nimmt ihren Anfang in den biblischen Erzählungen über die Einheit des Menschengeschlechts, und dass der Gott Israels der Herr der Geschichte und des Kosmos ist. Daraus folgt, dass Jesus, der Herr, das Vorbild und die Grundlage der neuen Menschheit ist. Die christliche Botschaft biete eine allgemeine Sicht auf das Leben der Menschen und Völker auf der Erde. Zu den Grundregeln der internationalen Gemeinschaft gehört das Recht, um die internationale Ordnung oder das Zusammenleben politischer Gemeinschaften zu garantieren. Wichtig sei auch die nationale Souveränität als Ausdruck jener Freiheit, die die Beziehungen zwischen den Staaten regulieren muss, dabei kann aber auch zugunsten eines gemeinsamen Ziels freiwillig auf die nationale Ausübung einiger ihrer

Rechte verzichtet werden. Für eine internationale Ordnung, die das friedliche Zusammenleben der Völker wirkungsvoll garantiert, muss dasselbe Sittengesetz für das Leben der Menschen und die Beziehungen der Staaten gelten. Die allgemeine Anerkennung der Grundsätze für eine Rechtsordnung „*die mit den Geboten der moralischen Ordnung (...) im Einklang steht*“, ist notwendig für die Stabilität des internationalen Lebens. Es dürfe nicht lieber auf das Recht des Stärkeren als auf die Kraft des Rechtes gesetzt werden. Um Konflikte, die die internationale Sicherheit gefährden, durch Verhandlungen auf der Basis gemeinsamer Regeln zu lösen, müsse endgültig auf die Vorstellung verzichtet werden, mit einem Krieg könne die Gerechtigkeit durchgesetzt werden. Dem dient auch die Charta der Vereinten Nationen. Außerdem müssen die normativen Mittel zur friedlichen Lösung von Konflikten überdacht und mit einer größeren Reichweite und Verbindlichkeit ausgestattet werden, was auch das gegenseitige Vertrauen festigen würde.

Die ORGANISATION DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT im Jahr 1945 mit der Gründung der Vereinten Nationen wird als richtig angesehen und von der Kirche begleitet. Diese von allen anerkannte öffentliche Weltautorität müsse nach Ansicht des Lehramtes über die wirksame Macht verfügen, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten. Aufgrund der Globalisierung der Probleme sei heute eine internationale Politik nötiger denn je, die mit koordinierten Maßnahmen das Ziel des Friedens und der Entwicklung verfolgt. In diesem Zusammenhang bewertet der Vatikan solche Gruppierungen in der Zivilgesellschaft positiv, die die öffentliche Meinung für bestimmte Aspekte des internationalen Lebens sensibilisieren. Der Heilige Stuhl als souveräne Autorität mit einer uneingeschränkten internationalen Subjektivität setzt sich nicht nur für die Freiheit der Kirche ein, sondern auch für die Verteidigung und Förderung der Menschenwürde sowie für eine Gesellschaftsordnung, die auf den Werten der Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit und Liebe beruht.

DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT „FÜR DIE ENTWICKLUNG *des ganzen Menschen und jedes Menschen ist ja eine Pflicht aller gegenüber allen und muss zugleich den vier Teilen der Welt, Ost und West, Nord und Süd* (...) gemeinsam sein“, stellt die Soziallehre fest. Der Geist der internationalen Zusammenarbeit im Bewusstsein der Pflicht zur Solidarität müsse der strengen Logik des Marktes übergeordnet werden. Der Kampf gegen die Armut von Milliarden von Männern und Frauen appelliere heute mehr als jede andere Frage an unser menschliches und christliches Gewissen. Das Recht auf Entwicklung sei auch in den Fragen zu berücksichtigen, die sich aus der Schuldenkrise vieler armer Länder ergebe. Hier müssten Wege gefunden werden, die das Grundrecht der Völker auf Erhaltung und Fortschritt nicht verletzen.

10. Kapitel – Die Umwelt bewahren

In der Soziallehre heißt es, die biblische Sichtweise inspiriere die Einstellung der Christen im Hinblick auf die Nutzung der Erde sowie die Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Die Errungenschaften von Wissenschaft und Technologie seien an sich positiv und gelten auch für ihre Anwendung in Umwelt und Landwirtschaft. Zentraler Punkt sei dabei die Achtung vor dem Menschen einhergehend mit einem gebührenden Respekt vor den anderen lebendigen Geschöpfen. In der Beziehung zwischen Mensch und Umwelt scheint das Gleichgewicht Mensch – Umwelt durch die Möglichkeiten der technologischen Zivilisation einen kritischen Punkt erreicht zu haben. „*Das Lehramt betont, dass der Mensch dafür verantwortlich ist, die Umwelt unversehrt und für alle gesund zu bewahren.*“ Deswegen stelle der Umweltschutz eine Herausforderung für die gesamte Menschheit dar. Dies gelte nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Wenn die wissenschaftlichen Informationen widersprüchlich oder nicht ausreichend seien, müssten sich die Autoritäten bei Entscheidungen vom Prinzip der Vorsicht leiten lassen. Im Hinblick auf die Biotechnologie heißt es, die christliche Sicht der Schöpfung bein-

halte ein positives Urteil hinsichtlich der Zulässigkeit menschlicher Eingriffe in die Natur einschließlich der anderen Lebewesen und gleichzeitig einen Appell an das Verantwortungsgefühl.

Auch auf dem Gebiet der Ökologie weist die Soziallehre darauf hin, dass die Güter der Erde von Gott geschaffen worden sind, um von allen mit Weisheit genutzt zu werden. Die Menschen müssten diese Güter einschließlich des Wassers nach den Kriterien der Gerechtigkeit und Liebe in angemessener Weise miteinander teilen. Die schwerwiegenden ökologischen Probleme erforderten eine wirkungsvolle Mentalitätsänderung zur Entwicklung von Lebensstilen, die auf personaler wie auf sozialer Ebene von Nüchternheit, Mäßigung und Selbstdisziplin geprägt seien.

11. Kapitel – Die Förderung des Friedens

„*Der Frieden ist nicht nur ein Geschenk Gottes und ein menschliches Projekt, das dem Plan Gottes entspricht, sondern er ist vor allem ein wesentliches Attribut Gottes: „Der Herr ist Friede“ (Ri 6,24). In der biblischen Offenbarung ist der Frieden weit mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg: Er stellt die Fülle des Lebens dar.*“ Die Verheißung des Friedens findet ihre Erfüllung in der Person Jesu. Der Friede Christi ist vor allem die Versöhnung mit dem Vater, die sich durch die apostolische Sendung vollzieht, die Jesus seinen Jüngern anvertraut hat. Der Einsatz für den Frieden ist nie von der Verkündigung des Evangeliums getrennt, das ja gerade das *Evangelium vom Frieden* ist.

Der Frieden ist ein Wert und eine Pflicht von allgemeiner Gültigkeit und basiert auf der vernunftmäßigen und moralischen Ordnung der Gesellschaft, die ihre Wurzeln in Gott selber hat. Der Friede ist die Frucht der Gerechtigkeit und der Liebe. Am Frieden werde Tag für Tag gebaut und alle müssten erkennen, dass sie für seine Förderung verantwortlich sind. Die Kirche verkündet aus ihrem Glauben an Christus heraus, dass die Gewalt böse, für die Lösung von Problemen unannehmbar und menschenunwürdig ist. Das Lehramt verurteilt die Unmensch-

lichkeit des Krieges. In unserem Zeitalter der Vernunft widerstrebe es, den Krieg als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit zu sehen. Der Krieg sei definitiv der Niedergang jedes wahren Humanismus. Alternativen zur Konfliktlösung durch den Krieg böten sich in der Entwicklung und der gemeinsamen Verantwortung, diese zu fördern. „Ein Angriffskrieg ist in sich unmoralisch. In dem tragischen Fall seines Ausbruchs haben die Verantwortlichen des angegriffenen Staates das Recht und die Pflicht, die Verteidigung auch mit Waffengewalt zu organisieren.“ Dazu müssten jedoch einige strenge Bedingungen erfüllt sein. Die Charta der Vereinten Nationen verbietet, Auseinandersetzungen zwischen Staaten mit Gewalt zu lösen. Davon ausgenommen sind die rechtmäßige Verteidigung sowie die vom Sicherheitsrat im Rahmen seiner Verantwortlichkeit für die Wahrung des Friedens ergriffenen Maßnahmen. Eine präventive Kriegshandlung ohne zwingende Beweise für einen bevorstehenden Angriff, werfe zwangsläufig schwerwiegende moralische und rechtliche Fragen auf.

Die Erfordernisse einer RECHTMÄSSIGEN VERTEIDIGUNG legitimieren in den Staaten die Existenz von Streitkräften, deren Handeln in den Dienst des Friedens gestellt werden muss: Wenn sie in dieser Haltung über die Sicherheit und Freiheit eines Landes wachen, stellen sie einen wirklichen Beitrag zum Frieden dar. Die wachsende Zahl von Soldaten eingesetzt in multinationalen Streitkräften im Rahmen der *humanitären* und *Friedensmissionen* der Vereinten Nationen spricht für sich. Jeder Soldat muss sich aus moralischen Gründen Befehlen widersetzen, die zu Verbrechen gegen das Völkerrecht und seine allgemeingültigen Grundsätzen aufrufen, unterstreicht die Soziallehre. Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen müssen dazu bereit sein, andere Arten von Dienst zu leisten.

Die rechtmäßige Verteidigung steht mit der Pflicht in Zusammenhang, unschuldige Opfer, die sich nicht gegen den Angriff verteidigen können, zu beschützen und ihnen beizustehen. Das Wohl der menschlichen Person muss über den Interes-

sen der Konfliktparteien stehen. Nach dem Prinzip der Humanität ist die Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen des Krieges zu schützen. Die Versuche, ganze nationale, ethnische, religiöse oder sprachliche Bevölkerungsgruppen auszulöschen, sind Verbrechen gegen Gott und die Menschheit. Die dafür Verantwortlichen müssen vor Gericht gestellt werden. Die internationale Gemeinschaft hat die moralische Verpflichtung zugunsten jener Gruppen einzugreifen, deren Überleben gefährdet ist oder deren Grundrechte in massiver Weise verletzt werden.

In der von den Vereinten Nationen vorgesehenen Fassung dienen Sanktionen dazu, das Verhalten der Regierung eines Landes zu korrigieren, die die Regeln des friedlichen und geordneten internationalen Zusammenlebens verletzt oder ihrer Bevölkerung gegenüber schwere Formen der Unterdrückung ausübt. Die Sanktionen dürfen niemals eine ganze Bevölkerung direkt zu bestrafen.

Hinsichtlich der ABRÜSTUNG schlägt die Soziallehre das Ziel einer „allgemeinen, ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung“ vor. Der Rüstungswettlauf sichert den Frieden nicht. Statt die Kriegsursachen zu beseitigen, droht er diese zu verschlimmern. Massenvernichtungswaffen stellen eine besonders schwere Bedrohung dar, deswegen haben Staaten, die über sie verfügen, eine große Verantwortung vor Gott und der ganzen Menschheit. Die Abrüstung müsse auch Waffen verbieten, die traumatische Auswirkungen haben oder unterschiedslos jeden treffen. Verboten gehören auch Antipersonenminen sowie kleine heimtückische Sprengkörper. Verurteilt wird auch der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten Konflikten, deren Alter eine Rekrutierung noch gar nicht zulässt.

Der TERRORISMUS verachtet total das menschliche Leben und ist durch nichts zu rechtfertigen, weil der Mensch immer der Zweck und nicht das Mittel ist. Terroristische Akte verletzen zutiefst die menschliche Würde und stellen einen Angriff gegen die gesamte Menschheit dar. Es ist eine Entweihung und Gotteslästerung, sich im Namen Gottes zu Terroristen zu erklären. Keine Religion kann den Terrorismus dulden, ge-

schweige denn predigen.

„Die Förderung des Friedens in der Welt ist ein wesentlicher Bestandteil der Sendung, mit der die Kirche das Erlösungswerk Christi auf Erden fortsetzt. Denn die Kirche ist ein Sakrament in Christus, das heißt Zeichen und Werkzeug des Friedens in der Welt und für die Welt“. Die Kirche lehre, dass ein wahrer Frieden nur durch Vergebung und Versöhnung möglich sei. Dabei stellten Gerechtigkeit und Wahrheit die konkreten Voraussetzungen der Versöhnung dar. Als zweckmäßig erwiesen sich hier die Initiativen zur Einrichtung internationaler Rechtsorgane. Die Kirche kämpfe mit dem Gebet für den Frieden. Die von Papst Paul VI. eingerichteten Weltfriedenstag seien Feiern von besonderer Intensität im Hinblick auf das Gebet um Frieden und den Einsatz für die Schaffung einer friedlichen Welt, stellt die Soziallehre fest.

Dritter Teil

Dieser Teil besteht aus dem 12. Kapitel, SOZIALLEHRE UND KIRCHLICHES HANDELN. Zunächst wird auf das seelsorgliche Wirken im sozialen Bereich eingegangen. Im Bewusstsein der erneuernden Kraft des Christentums biete die Kirche vor allem mit ihrer Soziallehre vor allem eine umfassende Sicht und ein vollständiges Verständnis des Menschen in seiner personalen und sozialen Dimension. Der wesentliche Bezug auf die Soziallehre entscheide auch über die Struktur und die Entwicklungen in der Sozialen Seelsorge. Für eine vollständige christliche Bildung sei die Soziallehre ein unverzichtbarer Bezugspunkt. Letztere unterstütze wirkungsvoll den Dialog zwischen den christlichen Gemeinschaften und der zivilen sowie politischen Gemeinschaft. Als Subjekt der sozialen Seelsorge bezieht die Kirche das ganze Volk Gottes in die Erfüllung ihres Auftrages mit ein. In der Ortskirche ist an erster Stelle der Bischof für den seelsorgerischen Einsatz in der Evangelisierung des Sozialen zuständig. Ihn unterstützen die Priester, die Ordensleute und die gläubigen Laien.

Im Abschnitt SOZIALLEHRE UND ENGAGEMENT DER GLÄUBIGEN LAIEN wird ihre Identität durch die Sakra-

mente der Taufe, der Firmung und der Eucharistie begründet. Die spezifische Aufgabe des gläubigen Laien sei es, das Evangelium durch ein beispielhaftes Leben in Christus in all seinen Lebens- und Wirkungsbereichen zu bezeugen. Dazu gehöre auch Klugheit, um mit Realismus und Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns in sich stimmige Entscheidungen zu treffen. Bildungsarbeit für die gläubigen Laien ist normalerweise über die kirchlichen Laienverbände, kirchlichen Vereinigungen aber auch über die christlichen Berufsverbände möglich. Die Gegenwart des gläubigen Laien sei im gesellschaftlichen Bereich von der Haltung des Dienens als Zeichen und Ausdruck der Liebe. Sie manifestiere sich in je eigener Weise im familiären, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bereich sowie im Arbeitsleben.

Schluss

In diesem Teil spricht sich die Soziallehre FÜR EINE ZIVILISATION DER LIEBE AUS. „Auf die grundlegenden Fragen nach dem Sinn und dem Ziel des menschlichen Abenteuers antwortet die Kirche mit der Verkündigung des Evangeliums Christi, das die Würde der menschlichen Person der Veränderlichkeit der Meinungen entzieht und die Freiheit des Menschen in einer Weise garantiert, wie kein menschliches Gesetz es vermag.“ Der Glaube an Gott und an Jesus Christus erleuchte die sittlichen Grundsätze als Fundament der äußeren, privaten und öffentlichen Ordnung, die allein den Wohlstand der Staaten hervorzubringen und zu bewahren vermag. Gott biete nach der Kirchenlehre dem Menschen die reale Möglichkeit, das Böse zu überwinden und das Gute zu erreichen. Eines der grundlegenden Prinzipien der Soziallehre ist die Solidarität als christliche Auffassung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Es werde erhellt durch die Vorrangstellung der Liebe, „dem Erkennungszeichen der Jünger Christi (vgl. Joh 13,35)“. Die Liebe muss gegenwärtig sein und alle sozialen Verhältnisse durchdringen, sie müsse auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene neu bewertet und

Fortsetzung auf Seite 37 u., Sp 2

II. INTERNATIONALER KONGRESS KIRCHE IN NOT/OSTPRIESTERHILFE:

„Steht auf – habt keine Angst“

VON HEINRICH DORNDORF

Unter dem Leitwort „Steht auf, habt keine Angst“ (Mt 17,7) veranstaltete das päpstliche Hilfswerk „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ den II. Internationalen Kongress vom 10. bis 12. März 2006 in der Bischofsstadt Augsburg. Viele Bischöfe, Priester und Laien aus aller Welt waren zu diesem „Treffpunkt der Weltkirche“ angereist, u.a. auch der kurz zuvor zum Kardinal ernannte Bischof Joseph Zen-Ze-kium aus Hongkong.

Kirche in Not wurde 1947 vom Prämonstratenser-Pater Werenfried van Straaten für die notleidende Bevölkerung in Deutschland und den vielen Heimatvertriebenen gegründet, bekannt wurde Straaten unter dem Namen „Speckpater“. Insbesondere kümmerte er sich um heimatvertriebene Priester, um die Seelsorge ihrer Landsleute in der Diaspora. Daher der Begriff Ostpriesterhilfe seit 1948.

Schwerpunkt des diesjährigen Kongresses war die Auseinandersetzung mit dem Islam und die Situation der Christen in islamisch geprägten Ländern.

Nach dem Eröffnungs-Pontifikalamt, Zelebrant Domkapitular Prälat Dr. Betram Meier (Augsburg), und einer eindrucksvollen Predigt von Pater Joaquin Allende (Chile), der auch auf den Tod von Pater Andreas Santoro in der Türkei einging, folgte das Hauptreferat der Psychotherapeutin Christa Meves mit dem Titel: „Habt keine Angst“

Angst gibt es auf vielfältige Weise in dieser Welt: Angst vor Hungersnot, Arbeitslosigkeit, Seuchen, aber auch um getötete Kinder. Angst kann aber auch gezüchtet werden durch frühkindlichen Stress, wenn Kinder früh und lange in Krippen untergebracht werden, denn Säuglinge und Babys benötigen die Geborgenheit der Mutter oder einer ihnen nahestehenden Person. Für Schulkinder, die Angst vor einer Klassenarbeit haben hat Meves ein Rezept: Vorher lernen.

Für unsere kinderarme Zeit klagt sie die Gottlosigkeit an, die zur Mutlosigkeit und schließlich zur Kinderlosigkeit führe, denn Moslems beten 5x am Tag und wir?

Meves hält eine friedlich christliche Revolution für erforderlich. Das verlangt den Einsatz aller Christen, d.h. wir müssen unser Christsein bekennen. Die Angst im Nacken könnte uns mutiger machen, nach dem Motto: „Fürchte dich nicht – glaube“.

In der Veranstaltung „Katholische Weltkirche und der Islam“ berichteten drei junge ehemalige Muslime über ihren Weg zum Christen-



tum. Um den Koran besser zu verstehen, begann einer die Bibel zu lesen. Eine junge Frau aus dem Iran hatte ein sogenanntes „Damaskus“-Erlebnis, nachdem sie die Steinigung einer Frau erlebte. Allerdings wurden die Namen der jungen Christen nicht genannt, und es wurden auch keine Fotos von ihnen gemacht, denn die Furcht vor den Islamisten ist sehr groß. Wer den Islam verlässt, ist ein Verräter und hat sein Leben verwirrt. So kam ganz deutlich zum Ausdruck, dass der Islam ein religiöses, militärisches System ist, denn Politik, Religion und Kultur hängen unmittelbar zusammen im Gegensatz

zum Christentum. Der Salzburger Weihbischof Laun sagte dazu: „Die Stärke des Islam in Europa ist die Schwäche der Christen“. Christen werden erst glaubwürdig, wenn eine entsprechende Rechtgläubigkeit vorhanden ist. Erst dann ist eine Diskussion mit anderen Religionen möglich. Auch deshalb sind Parallelgesellschaften problematisch und nach Möglichkeit zu vermeiden. Wichtig ist der Dialog der Kulturen – nicht der Kampf, denn solange Dialoge geführt werden gibt es keinen Streit. „Für uns Christen gilt es jedoch mehr Zeugnis im Leben abzugeben, dies ist dann auch besser für die kath. Kirche“, so der Generalvikar des Bistums Enugu/Nigeria, Prof. Dr. Obiora Ike.

„Der Kampf um Russlands Seele“ war das Thema einer Podiumsdiskussion, an der Bischof Joseph Werth SJ, Bischof von Nowosibirsk und Vorsitzender der Russischen Bischofskonferenz, im Gespräch mit dem Autor Hptm a.D. Heinrich Dorndorf.

Bischof Joseph Werth SJ, Bischof von Nowosibirsk und Vorsitzender der Russischen Bischofskonferenz, im Gespräch mit dem Autor Hptm a.D. Heinrich Dorndorf.

Erich Maria Fink aus dem Allgäu, jetzt Pfarrer in Beresniki/Russland und die Vorsitzende von Kirche in Not/Ostpriesterhilfe Antonia Willemssen teilnahmen. Willemssen erinnerte an Pater Werenfried van Straaten, der immer gesagt hatte, wenn der Eisenerne Vorhang fällt müssen wir nach Osten. 70 Jahre Kommunismus haben die russische Seele nahezu zerstört, und es braucht Generationen bis die Seele wieder repariert ist. Wenn auch das Verhältnis der Katholiken zu den Orthodoxen schwierig ist, so ist es doch der Wunsch des Papstes, sich um die Orthodoxen zu

Fortsetzung auf Seite 37 u., Sp 1



ÖKUMENE: Zwischen Enttäuschung und Hoffnung

In der Ökumene wird derzeit stark auf Zwischentöne geachtet. In einer Phase, in der die Suche der Kirchen nach ihrer jeweiligen Identität und ihrem Profil ein stärkeres Gewicht haben als in früheren Aufbruchzeiten, werden auch leichte Akzentverschiebungen registriert. So finden maßgebliche protestantische Kreise, dass der Präsident des Päpstlichen Einheitsrates, Kardinal Walter Kasper, in jüngster Zeit ihnen gegenüber den Ton verschärft habe.

Zutreffend ist sicher, dass sich Kasper nicht mehr so optimistisch zeigt wie noch vor vier Jahren im Ausblick auf den Ökumenischen Kirchentag (ÖKT): *„Ähnlich wie beim Fall der Berliner Mauer werden auch wir uns eines Tages die Augen reiben, wenn wir feststellen, dass Gottes Geist die trennenden Mauern zwischen den Kirchen niedergerissen und uns neue Wege zueinander und miteinander eröffnet hat.“* Ernüchtert klingt demgegenüber sein Fazit Mitte November bei einer Veranstaltung in Bochum: Die in der Öffentlichkeit wahrzunehmende ökumenische Atmosphäre sei nach dem ÖKT *„leider angespannter und manchmal auch gereizter geworden“*. An die Stelle einer Hermeneutik des Vertrauens sei *„gelegentlich*

eine Hermeneutik des Verdachts getreten“.

Enttäuscht reagierte Kasper auch auf den Ausstieg der Protestanten aus der Revision der Einheitsübersetzung der Bibel. Er verstehe nicht, wie man diesen Schritt gehen, aber gleichzeitig Abendmahlsgemeinschaft fordern könne, formulierte er in mehreren Interviews. Aus *„universaler Perspektive“* sei dies aber *„zum Glück nicht repräsentativ für den Gesamtzustand der Ökumene“*, ergänzte er in Bochum. So habe die „Bible Society“ ihm berichtet, dass weltweit mehr als 70 Projekte gemeinsamer Bibelübersetzungen liefen. – Besorgt ist der vatikanische Chef-Ökumeniker nicht zuletzt darüber, dass *„zwischen uns und einigen protestantischen Kirchen Unterschiede in ethischen Fragen zu Tage treten, die wir in der bisherigen Geschichte nicht hatten und die das gemeinsame Zeugnis zunehmend erschweren“*. Als Beispiele nannte er die Bewertung der Abtreibung, der homosexuellen Partnerschaften, der Euthanasie und der Bioethik. Diesen Fragen haften *„ein erhebliches emotionales Potenzial zur Spaltung an“*. Noch deutlicher wurde er in einem Brief an den evangelischen Tübinger Ökumeniker Pe-

ter Beyerhaus, der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, aber an den „Rheinischen Merkur“ gelangte. *„Das führt – wie man dies deutlich bei der anglikanischen Gemeinschaft, aber inzwischen auch bei einigen lutherischen Kirchen sehen kann – zur Selbstzerstörung dieser Kirchen“*, so Kasper in dem Schreiben an das von Beyerhaus geleitete Institut „Diakrisis“ der bekennenden Gemeinschaften. In Bochum warnte er daher, *„dass noch bevor die ökumenische Bewegung recht in Schwung gekommen ist, wir durch Anpassung an die moderne Zivilisation wie durch ein Nachgeben gegenüber dem postmodernen Pluralismus wieder auseinander und gegeneinander geraten“*. Das könne die ökumenische Bewegung sehr schnell in eine Krise stürzen.

Beobachtern fällt auf, dass Kasper sich hingegen optimistischer zu dem *„von vielen schon totgesagten Dialog“* mit den orthodoxen Kirchen – vor allem mit den historischen Patriarchaten von Konstantinopel, Alexandria und Antiochia, aber auch mit den Nationalkirchen in Serbien, Rumänien und Griechenland – geäußert hat. So nannte er in einem „Focus“-Interview im August die Orthodoxie den wohl *„wichtigsten Partner für uns, weil wir uns dogmatisch sehr nah sind“*. (KNA - ID Nr. 50)

Fortsetzung von Seite 36

kümmern. Pfarrer Fink hat ein gutes Verhältnis zum orthodoxen Ortsbischof. So sagt er, dass die geistige Auferstehung für Russland nur durch die Orthodoxen erfolgen könnte, wobei wir, die katholische Kirche, gemeinsam für Russland Zeugnis ablegen müssen. In seinem Ort hat die katholische Kirche eine Kirche im Gegensatz zu den Orthodoxen, die Finanzprobleme haben. Bischof Werth betonte obwohl nur 1% der russischen Bevölkerung katholisch ist, sind sie trotzdem ein Teil der russischen Seele. In St. Petersburg studieren z. B. ca. 50 Seminaristen, aber das Priesterseminar zu erhalten ist sehr teuer. Hier hilft Kirche in Not. Erstaunlich sei für ihn, wenn Priester im 18 Mio qkm großen Sibirien immer wieder auf nahezu unbekannte Dörfer stießen, in denen gerade Frauen den Glauben aufrecht erhalten haben, obwohl sie Jahrzehnte keine Priester gesehen haben.

Übrigens: Bischof Werth erzählte mir in einem Gespräch, dass er vor seiner Priesterausbildung zwei Jahre als Luftwaffensoldat in der Luftverteidigung bei Moskau dienen musste.

Eingerahmt wurde der Kongress von einer Reihe Gottesdienste, so eine hl. Messe im syro-malankarischen Ritus, einer Komplet mit Bischof Dr. Walter Mixa, einer feierlichen Marienandacht in der Päpstlichen Basilika St. Ulrich und Afra zu Ehren der hl. Maria von Guadalupe, der Patronin Lateinamerikas. □

Fortsetzung von Seite 35

zur beständigen sowie zur obersten Norm des Handelns erhoben werden, denn *„nur die Liebe kann den Menschen vollständig verwandeln.“*

Dieses umfassende, alle Lebensbereiche ansprechende Kompendium der katholischen Soziallehre ist in seinem Aufbau, seinen Aussagen und Erläuterungen sowie seiner Sprache ein gut lesbares und verständliches Werk. Auch der Umfang hält sich in Grenzen, was das „Durcharbeiten“ erleichtert. Dem wissenschaftlichen Arbeiten kommt das umfangreiche Register der zitierten Stellen zugute. Das ebenso umfassende Sachregister erleichtert dem Nutzer das Auffinden einzelner Textpassagen erheblich.

Insgesamt gesehen ist das Kompendium ein gut gelungenes Werk, das in keinem christlichen, nicht nur katholischen, Haushalt fehlen sollte. (bt)

Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden: *Kompendium der Soziallehre der Kirche*, (Libreria Editrice Vaticana 2004 – italienische Originalausgabe). – Deutsche Ausgabe: Verlag Herder 2006, Freiburg i. Breisgau, 543 S.

„Christsein in der Gesellschaft – Christsein für die Gesellschaft“

Startschuss zum 2. Ökumenischen Kirchentag – Einladung der Ortskirchen

Sieben Jahre nach dem ersten Ökumenischen Kirchentag in Berlin werden der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) im Jahr 2010 in München einen zweiten gemeinsamen Kirchentag durchführen. Auf einer Pressekonferenz am 10. März 2006 in München haben der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Friedrich Wetter, und der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Johannes Friedrich ihre Einladung an die Veranstalter ausgesprochen. Der zweite Ökumenische Kirchentag soll vom 12. bis 16. Mai 2010 in der bayerischen Hauptstadt zu Gast sein.

Aus Anlass der gemeinsamen Pressekonferenz in München erklärten die Präsidiumsdelegationen von ZdK und DEKT:

„Der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) danken der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und dem Erzbistum München und Freising, dass sie den 2. Ökumenischen Kirchentag im Jahr 2010 nach München einladen und dieses Ereignis als Gastgeber auf vielfältige Weise unterstützen.“

Nach dem ersten Ökumenischen Kirchentag, den DEKT und ZdK 2003 in Berlin veranstaltet haben, wollen Christinnen und Christen verschiedener Konfessionen 2010 in München erneut gemeinsam ihren Glauben bekennen und ihre Verantwortung für die Zukunft von Kirche und Welt bezeugen. Auch der 2. Ökumenische Kirchentag soll ein he-

rausragender Ort des Christlichen Zeugnisses in unserem Land sein und unserem Wunsch nach Einheit der Christen Ausdruck geben. Er soll vor Augen führen, dass Christen einen wirksamen Beitrag zur Gestaltung von Politik und Gesellschaft leisten und dass ihre Botschaft für alle, die nach Sinn und Orientierung in ihrem Leben suchen, eine glaubwürdige und verlässliche Hilfe ist.

Die beiden Laienorganisationen haben gemeinsam eine Arbeitsgruppe „Auf dem Weg zum Zweiten Ökumenischen Kirchentag“ eingesetzt, die unter dem Leitthema „CHRISTSEIN IN DER GESELLSCHAFT – CHRISTSEIN FÜR DIE GESELLSCHAFT“ ihre Arbeit vor kurzem bereits aufgenommen hat. Nach dem Katholikentag 2004 in Ulm und dem Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover verstehen DEKT und ZdK miteinander die Deutschen Katholikentage 2006 in Saarbrücken und 2008 in Osnabrück

ebenso wie die Deutschen Evangelischen Kirchentage 2007 in Köln und 2009 in Bremen als Schritte auf dem Weg zum 2. Ökumenischen Kirchentag. Darüber hinaus haben die Präsidien der beiden Veranstalter ZdK und DEKT bestätigt, dass die für den Ökumenischen Kirchentag 2003 gefundenen Grundlagen der Zusammenarbeit sich bewährt haben und auch die Basis für die gemeinsame Planung des 2. Ökumenischen Kirchentages 2010 in München bilden sollen.“

Die beiden Bischöfe, Wetter und Friedrich, unterstrichen bei der Pressekonferenz ausdrücklich die Gemeinsamkeiten der beiden Kirchen, die eine gute Grundlage für die Vorbereitungen des Großereignisses böten. So betonte der Münchener Erzbischof: „Die recht verstandene Ökumene muss ein Herzensanliegen der Kirche sein.“ Ausdrücklich bezieht sich Wetter auf Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. Diesem Anliegen dienen nach seiner Überzeugung auch die ökumenischen Kirchentage. Darüber hinaus hätten diese die besondere Aufgabe, sich über das gemeinsame Zeugnis der Christen in den Herausforderungen der Welt zu verständigen und die gemeinsamen christlichen Werte in die öffentliche Auseinandersetzung einzubringen.

Der bayerische Landesbischof Friedrich zeigte sich überzeugt, dass auf dem Ökumenischen Kirchentag in München auch über alle theologischen und ökumenischen Themen diskutiert werde. Er warnte allerdings davor, das Ereignis mit Erwartungen an das gemeinsame Abendmahl zu überfordern. In diesem Punkt sei er sich mit Kardinal Wetter einig. Das theologische Gespräch zwischen den Kirchen sei noch nicht so weit, dass eine solche Erwartung realistisch wäre.

Ausdrücklich betonten alle Beteiligten die herzliche Einladung an die kleineren Kirchen und christlichen Gemeinschaften, sich an der Vorbereitung und Durchführung des 2. Ökumenischen Kirchentages zu beteiligen.

(ZdK – SALZkörner, 27.04. 2006)

KURZ BERICHTET: „Papstrede ein großer Augenblick“

Der polnische Oberrabbiner Michal Schudrich und Israels Botschafter in Polen, David Peleg, haben sich beeindruckt vom Besuch des Papstes in Auschwitz-Birkenau gezeigt. Von einem „großen Augenblick im Prozess der Versöhnung zwischen Judentum und Christentum“ sprach Schudrich. Er hoffe, dass der Papst aus Deutschland denselben Weg im Kampf gegen den Antisemitismus gehen werde wie sein Vorgänger Johannes Paul II. Botschafter Peleg hob die Aussage des Papstes: „Die Machthaber des Dritten Reichs wollten das jüdische Volk als Ganzes zertreten, es von der Landkarte der Menschheit tilgen“, hervor. Es sei wichtig, in Auschwitz-Birkenau daran zu erinnern, sagte er, dass „95 Prozent derjenigen, die ermordet wurden – mehr als eine Million – Juden waren“. Er hoffe, dass die Papst-Rede als „wichtige Botschaft an die internationale Gemeinschaft“ verstanden werde, dass Antisemitismus nur in einer weltweiten Anstrengung besiegt werden könne. (KNA)

Frankreich: Kirchen unter dem Gallischen Hahn

Die Zukunft des Gesetzes zur Trennung von Kirche und Staat in Frankreich ist – 100 Jahre nach dem Inkrafttreten der „Separation des Eglises et de l'Etat“ im „Code Civile“ am 9. Dezember 1905 – ungewiss. In der Pariser Zentralregierung gehen die Meinungen über die Notwendigkeit einer Gesetzesreform auseinander. Auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften im Land, von dessen knapp 62 Millionen Einwohnern laut Statistik 51 Millionen oder 82 Prozent Katholiken sind, vertreten in dieser Frage keine einheitliche Meinung.

Vor allem Innenminister Nicolas Sarkozy (UMP), der sich als ein Nachfolgekandidat von Staatspräsident Jacques Chirac für die Präsidentschaftswahl 2007 präsentiert, strebt eine Änderung des Gesetzes an. Sein Ziel ist es, künftig staatliche Zuschüsse für Religionsgemeinschaften zu ermöglichen. Sarkozy stört, dass viele französische Moscheen von häufig undurchschaubaren ausländischen Finanziers abhängig sind. Ihm schwebt vor, den Bau von Moscheen zu subventionieren, um damit politischen Einflüssen von außen entgegenzuwirken. Eine von Sarkozy eingesetzte Kommission, die mit einer Modernisierung des Gesetzes beauftragt ist, soll bis Juni 2006 Ergebnisse vorlegen.

Doch selbst wenn das Gremium, dem vor allem Juristen, Wissenschaftler und Politiker angehören, eine Neuregelung befürworten sollte, ist damit noch nicht sicher gestellt, dass es auch zur Verabschiedung einer Gesetzesreform kommen wird. Chirac wie auch Premierminister Dominique de Villepin (UMP) haben sich bereits gegen Änderungen ausgesprochen. Damit wird eine endgültige Antwort erst möglich sein, wenn die Machtkämpfe in der regierenden „Union pour la majorite présidentielle“ (UMP), dem 2002 zur Unterstützung der Wiederwahl Chiracs gegründeten Bündnis von Rechts- und Mitte-Rechts-Parteien, für die eine oder andere Seite beendet sind. In den vergangenen 100 Jahren hat sich vor allem zwischen der katholischen Kirche und dem Staat ein Gleichgewicht eingependelt, mit dem die Bi-

schöfe nach eigenem Bekunden ganz gut leben können. Regelmäßig werden Vertreter der Kirchen und religiösen Denominationen von hohen und höchsten staatlichen Repräsentanten empfangen. Die katholischen Privatschulen werden nicht länger ideologisch angegriffen. Auch Fragen wie die Seelsorge in den Gefängnissen oder in den Streitkräften sind im beiderseitigen Einvernehmen geregelt. Frankreichs katholische Kirche, auch wenn sie nicht zu den wohlhabenden in Europa gehört, verfügt offenbar über ausreichende Mittel, um zum Beispiel Gotteshäuser auch ohne staatliche Zuschüsse zu errichten. Sie befürchtet von einer Neuregelung eher Nachteile.

Frankreichs protestantische Kirchen hingegen, die 1,1 Mio. Menschen (1,8 % der Bevölkerung) vertreten, bejahen eine Gesetzesnovelle. Ihr größter Zusammenschluss ist die „Federation protestante de France“ (FPF), die zusammen 900.000 Mitglieder zählen. Rund 4,8 Mio. Franzosen (7 %) bekennen sich zum Islam, die Juden stellen in der Bevölkerung einen Anteil von etwa 0,8 %. Die protestantischen Kirchen versprechen sich von einer Gesetzesreform eine Lösung ihrer vor allem auf Grund der dezentralen Gemeindestrukturen entstehenden Probleme. Die Protestanten stoßen in den Regionen immer wieder bei Behörden auf Schwierigkeiten, etwa bei Bauanträgen. Ebenso haben sie – wie auch die Muslime – Probleme bei der Betreuung inhaftierter Religionsanhänger; vor allem islamische Repräsentanten monieren auf diesem Gebiet ein völlig unzureichendes Handeln des Staates.

Noch bei der Herbstvollversammlung der Französischen Bischofskonferenz Mitte November in Lourdes hatte der Episkopats-Vorsitzende, Erzbischof Jean-Pierre Ricard, dafür plädiert, den Kompromiss des seit 100 Jahren geltenden Gesetzes nicht anzutasten. Die katholische Kirche muss allerdings einsehen, dass die republikanischen Werte der Grand Nation immer „zerbrechlicher“ werden. Bislang stellen die Bischöfe aber den Laizismus des Staates nicht in Frage. Sie drängen jedoch darauf, dass ihre Kirche einen katholischen

Beitrag zur nationalen Einheit leisten kann. Religionsgemeinschaften spielen eine wachsende Rolle beim Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Ricard zielte mit seinen Äußerungen nicht zuletzt auch auf die jüngsten gewaltsamen Unruhen in den französischen Vorstädten. Politik und Medien, aber auch Vertreter des Islam versuchten, so der Erzbischof von Bordeaux, die Rolle der Religion dabei herunterzuspielen.

Dass indes das Zusammenleben in Frankreich zunehmend auch von religiösen Fragen geprägt wird, ist offenkundig. Daraus resultierende Schwierigkeiten hat vor allem der Streit um die Einführung eines Verbots auffälliger religiöser Symbole gezeigt. In dem im Herbst 2004 eingeführten Gesetz, das neben dem Kopftuch für muslimische Mädchen und Frauen auch Turbane der Sikhs, große Kreuze der Christen oder die Kippa der Juden untersagt, sieht der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan einen der Hauptgründe für die Unruhen in den Banlieues. Damit rief er einhelligen Protest in Frankreich hervor. Paris betont, dass landesweit nur vier Dutzend Schulverweise ausgesprochen wurden, weil muslimische Schülerinnen nicht auf das Kopftuch verzichten wollten.

Für Kenner der Verhältnisse ist offenkundig, dass Frankreichs Gesellschaft mehr tun muss, um ein friedliches Zusammenleben der Religionsgemeinschaften zu erreichen. Schon vor den Kontroversen um das „Kopftuchgesetz“ gab es – etwa während der Hochphase der 2. Intifada in den Palästinensergebieten – eine Flut antisemitischer Übergriffe. Immer wieder werden auch Moscheen Ziel von Brandanschlägen oder Schmierereien. Und selbst christliche Friedhöfe und Gotteshäuser werden nicht verschont. Zögernd gestehen französische Politiker und Fachleute ein, dass ein bloßes Abdrängen des Religiösen in die Privatsphäre keine angemessene Antwort ist. Daher soll künftig in den staatlichen Schulen, an denen es keinen Religionsunterricht gibt, zumindest das Faktum Religion verstärkt zum Thema gemacht werden. (KNA)

OSTERN AUF DEM BALKAN:

Blick über den Tellerrand! Ostern auf dem Balkan!

VON STEFAN NÜßLE

An Ostern, dem ältesten und theologisch bedeutsamsten Fest der Christenheit, feiern alle Christen die Auferstehung Jesu, jedoch zu verschiedenen Zeiten. Der Frage, wann denn das richtige Osterdatum ist, stellte sich die Kirche schon seit frühester Zeit. Seit damals gibt es unterschiedliche Berechnungen im Osten und im Westen. Bereits um das Jahr 150 versuchten der Bischof von Smyrna (Polykarpos) und der Papst von Rom (Aniketos) diesbezüglich eine gemeinsame Lösung zu finden, jedoch ohne Erfolg. Gesamtkirchlich wurde die Angelegenheit dann in dem durch den römischen Kaiser Konstantin I. einberufenen, ersten ökumenischen Konzil von Nicäa (dem heutigen Öznik in der Türkei) im Jahre 325 behandelt, bei welchem beschlossen wurde, dass das Osterfest am ersten Sonntag nach dem Frühjahrsvollmond gefeiert werden muss. Ferner wurde festgelegt, dass die Kirche von Alexandrien (damals das wichtigste astronomische Zentrum der Welt) diesen Sonntag berechnen und allen anderen Kirchen mitteilen solle. Dies geschah durch die Osterbriefe, die neben wichtigen Themen das Osterdatum beinhalteten.

Die Schwierigkeiten

bezüglich der genauen Festlegung des Ostertermins waren aber mit dem Beschluss von Nicäa noch nicht beseitigt, da auch die genaue Festlegung des ersten Frühjahrsvollmondes einige Probleme mit sich brachte. Erst Anfang des 6. Jhs. setzte der römische Abt Dionysius Exiguus auf Veranlassung von Papst Johannes I. die Berechnung aus Alexandria durch.

Primär aus den bereits genannten Fakten und der Tatsache, dass die Orthodoxe Kirche für die Berechnung des Osterdatums den julianischen Kalender benutzte, im Gegensatz zu den westlichen Kirchen, die den gregorianischen Kalender anwenden (der von Papst Gregor XIII. im Jahre 1582 im Westen eingeführte Kalender unterscheidet sich um 13 Tage), resultiert der meist unterschiedliche Ostertermin für die Christen der Lateinischen und der Orthodoxen Kirche.

In der jüngsten Vergangenheit konnten die Christen der verschiedenen Konfessionen im Jahre 2001 und 2004 am selben Tag die Auferstehung Jesu von Nazareth von den Toten feiern. Bis zum Jahre 2020 ist dies noch in den Jahren 2007, 2010, 2011, 2014 und 2017 möglich.

Die Gegebenheit, dass im Jahr 2006 das orthodoxe Osterfest eine Woche später gefeiert wurde,

konnte ich nun dazu nutzen, einmal, ohne auf das Osterfest in der vertrauten Gemeinde zu verzichten, einen Blick über den Tellerrand zu wagen. Nach dem Gottesdienst am Ostersonntag trat ich meine Reise

von Ulm in Richtung Balkan an. Über Österreich erreichte ich am Ostermontag Slowenien, ein Land, in dem das Christentum bereits seit frühester Zeit durch die Marienverehrung charakterisiert wird, was sich auch in der Tatsache widerspiegelt, dass die erste (im 8. Jh.) auf slowenischem Boden gebaute Kirche der Gottesmutter geweiht wurde.

Hier, nahe den Karawanken, besuchte ich den Wallfahrtsort Brezje, den bedeutendsten aller slowenischen Wallfahrtsorte, in welchem seit der Ankunft der Franziskaner im Jahre 1898 die Pilgerzahl stetig ansteigt.

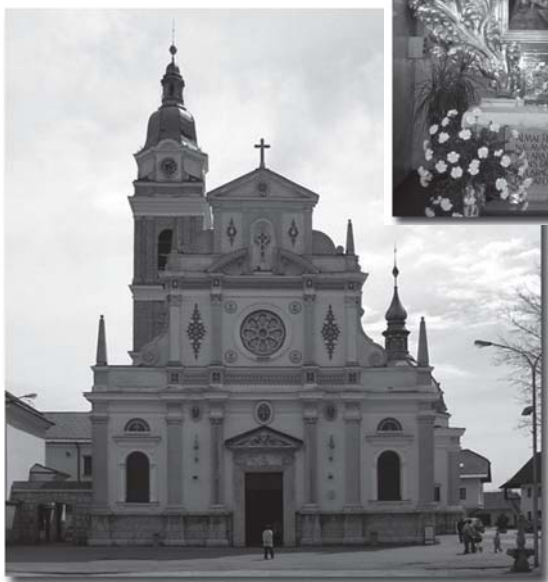
Der Erzbischof von Ljubljana, Franc Rode (Papst Benedikt XVI. hat Erzbischof Franc Rode im I. Quartal 2006 zum Kardinal ernannt), erklärte das dort befindliche Gotteshaus Maria-Hilf, welchem Papst Johannes Paul II. im Jahr 1996 den Ehrentitel Basilika verlieh, im Jahre 2000 zum slowenischen Nationalheiligtum.

Über Kumrovec, wo ich das Dorf, in welchem sich das Geburtshaus von Josip Broz (Tito) befindet, besichtigte, ging meine Reise über die kroatische Hauptstadt, in der ein Besuch des Domes im Erzbistum ein absolutes Muss ist, weiter nach Vukovar.

In der an der Donau gelegenen und im Krieg Anfang der 90er Jahre sehr stark zerstörten Stadt gibt es ein Franziskanerkloster, zu dessen Bewohnern (und natürlich auch zu den Bürgern der Stadt) die Stadt Ulm und hier besonders die Kirchengemeinde Sankt Michael zu den Wengen schon seit vielen Jahren einen freundschaftlichen Kontakt pflegt.

Über Tuzla, Pale und Sarajevo (an einem Besuch der bosnischen Hauptstadt führt natürlich kein Weg vorbei) ging die Reise nun in Richtung Serbien weiter.

Nach einem kurzen Aufenthalt in Višegrad, bei welchem ich neben dem Haus des Schriftstellers Ivo Andrić (zu seinen wohl bekanntesten Werken zählt das Buch „Die Brücke über die Drina“) die aus dem 16. Jh. stammende, bereits genannte



Kathedrale in Brezje, dem bedeutendsten Wallfahrtsort Sloweniens, mit Maria-Hilf-Altar

Brücke (Foto r.o., im Vordergrund der Autor), welche einst die wichtigste Verbindung zwischen Rom und Byzanz, zwischen Religionen, Staaten und Völkern war, passierte, erreichte ich ein paar Stunden später das Gebiet im westlichen Serbien, zwischen den Städten U•ice und Èaèak, das von den dort lebenden Menschen schon gerne mal mit etwas Stolz als „Klein-Athos“ bezeichnet wird, da sich hier auf sehr engem Raum eine größere Anzahl von Klöstern und Kirchen befindet. Hier war es mir vergönnt, am (orthodoxen) Karfreitag den Gottesdienst in einem Nonnenkloster zu besuchen, welcher, neben der dortigen Herzlichkeit und Gastfreundlichkeit der Gläubigen, durch den feierlichen Gesang der Anwesenden ein besonderes Erlebnis darstellte. Am Tage darauf hatte ich dann die Gelegenheit das Kloster •ièa, das der Krönungsort der ersten serbischen Könige und der Sitz der ersten serbischen Erzbischöfe war, zu besichtigen. Nun war ich meinem eigentlichen Ziel, dem Kloster Mileševa (Foto r. Mitte), welches sich unweit der Stadt Prijepolje befindet, nicht mehr allzu fern. Dieses Kloster, eine Stiftung des Prinzen Vladislav, der spätere König Vladislav (Prinz Vladislav war der zweite Sohn von Stefan Nemanjiè), ist neben dem Kloster Studenica, eines der bedeutendsten Klöster in Serbien bzw. in Südosteuropa, da es als Grabstätte des Heiligen Sava, des ersten Erzbischofs von Serbien, bestimmt wurde. Während seiner Heimkehr aus dem Heiligen Land starb der serbische Erzbischof am 14.01.1236 in Tarnovo, der damaligen Hauptstadt von Bulgarien.

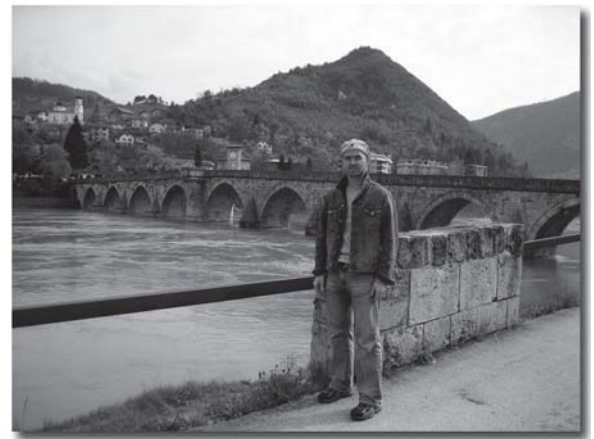
Im Bewusstsein der großen Bedeutung seiner Gebeine wurde er auf Anordnung des bulgarischen Kaisers (Ivan Asen II.) dort in der höchstangesehenen Kirche (Kirche der Heiligen vierzig Märtyrer von Sebaste) bestattet. Der serbische Herrscher, König Vladislav, musste damals selbst nach Tarnovo reisen, um nach langen Verhandlungen die Gebeine in einer feierlichen Zeremonie nach Serbien, ins Kloster Mileševa überführen zu können, in welchem die Gebeine in der unmittelbar zuvor angebauten Außenvorhalle der Kirche der Himmelfahrt Christi bestattet wurden,

wodurch Vladislav seine Position als serbischer Herrscher immens verstärkte und das Kloster zum wichtigsten kirchlichen Zentrum des mittelalterlichen Serbiens wurde.

Selbst noch nach dem Zerfall des serbischen Staates der Nemanjiden im Jahre 1371 versuchten die darauf folgenden Herrscher (serbische wie nichtserbische) sich über die Grabstätte mit der Tradition der ruhmvollen Dynastie zu schmücken. So ließ sich der Nachkomme in der weiblichen Linie der Nemanjiden, der bosnische Banus Tvrtko I., in der besagten Außenvorhalle im Jahre 1377 zum „König Serbiens und Bosniens“ krönen. Ferner nannte sich Stefan Vukèiè Kosaèa, der Mitte des 15. Jhs. dieses Territorium zu seinem Herrschaftsgebiet zählte, Herzog von Sankt Sava und auch der serbische Herrscher Stefan Lazareviè (Sohn des 1389 in der Schlacht auf dem Amselfeld gefallenen serbischen Fürsten Lazar Hrebeljanoviè) schenkte diesem Kloster große Aufmerksamkeit, da er Mileševa im Jahre 1405 eine Schenkungsurkunde ausstellte, in der er ausdrücklich seine Herrscherkontinuität mit den Nemanjiden betonte.

Auch nach der Eroberung durch die Osmanen hat das Kloster, welches im 15. und 16. Jh. als mächtigstes serbisches Kloster galt, noch einige Jahre seinen Ruhm und seinen Reichtum bewahrt, was neben seiner geographischen Lage wohl auch auf die guten Handelsbeziehungen zu Italien und dem Stadtstaat Dubrovnik sowie den geistigen Beziehungen zu den Ländern Russland und Moldawien zurückzuführen ist.

In dieser Zeit, in der das Kloster bis zu 200 Mönche zählte, wurde es Bischofssitz der Herzegowina. Dieses Bistum, das ganz besondere Missionsaufgaben hatte, nachdem auf seinem Gebiet die Einflüsse verschiedener Religionen zusammentrafen, trug auch im Jahre 1557 an der Erneuerung der Serbischen Kirche als Patriarchat, viel bei. Leider erfuhr



das Kloster, das zu Recht als eine Art Ausgangspunkt des serbischen geistigen Erwachens im 16. Jh. bezeichnet werden kann, am Ende des 16. Jhs. die Ungnade des osmanischen Machthabers, des Groswesirs Sinan Pascha, der im Jahre 1594 die Gebeine des Heiligen Sava aus dem Kloster entnehmen und auf dem Feld Vracar in Belgrad (auf diesem Platz steht heute die Kathedrale des Heiligen Sava: Abb. s. S. 42 o.) öffentlich verbrennen ließ. Ferner wurde das Kloster geplündert, was im Jahre 1688 noch einmal geschah. Anschließend wurde es in Brand gesetzt. Erst im Jahre 1868, nachdem das ganze Stift restauriert worden war, wurde die Kirche Christi Himmelfahrt wieder feierlich eingeweiht.

Die Entscheidung, bezüglich des orthodoxen Osterfestes „einen Blick über den Tellerrand“ in diesem Kloster zu wagen, fiel angesichts der im Vorfeld aufgeführten Besonderheiten des Stiftes nicht schwer. Umso mehr freute ich mich natürlich, als mir die zuständige Nonne (Mileševa wurde noch bis vor ein paar Jahren von Mönchen bewohnt) schon kurz nach meiner Ankunft mitteilte, das meinem Wunsch, das Osterfest in die-



sem Kloster mitzufeiern, stattgegeben wurde.

Nach dem „Begrüßungskaffee“ und dem Beziehen der Unterkunft hatte ich nun neben der Besichtigung der Klosteranlage und der Kirche der Himmelfahrt Christi mit ihren zahlreichen Fresken (darunter auch der „Weiße Engel“, eine der bedeutendsten Fresken in Serbien) und Ikonen auch die Möglichkeit, die Außenhalle mit der darin befindliche Grabstätte des Heiligen Sava zu besuchen. Ein abschließender abendlicher Spaziergang in der idyllischen Umgebung des am Ufer des Flüsschens Mileševska gelegenen Stiftes brachte dann diesen erlebnisreichen Tag zum Ausklang.

Der feierliche Gottesdienst in der gut besuchten Kirche, das anschließende Gespräch mit den Gläubigen, welche zum Teil sehr weite Wege auf sich genommen hatten, sowie die Atmosphäre, welche ich

dann am Morgen des Ostersonntages in und um das Kloster miterleben durfte, machte diesen Exkurs in die Orthodoxie zu einer ganz besonderen Erfahrung und Bereicherung, welche ich nicht missen möchte.

Nach einem festlichen Mittagessen und unter Mitgabe allerlei Köstlichkeiten für unterwegs (der Reiseproviant war weit mehr als üppig) verabschiedete ich mich von meinen Gastgebern und setzte meine Reise in Richtung Bosnien fort.

Hier besuchte ich das Mahnmal in Potocari und die wenige Kilometer davon entfernte Stadt Srebrenica, welche, wie wohl kaum ein anderer Ort in Bosnien und Herzegowina, in den 90er Jahren traurige Bekanntheit erlangte (s. Foto l.u.).

Über Kroatien, Slowenien und Österreich trat ich nun meine Rückreise so zeitgerecht an, dass ich, zusammen mit den Mitgliedern und Mitarbeitern des GKS-Kreises Dornstadt, am Abend des 25. April im Hohen Dom zu Augsburg den Dankgottesdienst anlässlich des 65. Geburtstages unseres Diözesanbischof Dr. Walter Mixa mitfeiern konnte. □

Athos — Mönchsrepublik und Heiliger Berg der Orthodoxie

VON STEFAN NÜßLE

In Griechenland, auf dem östlichsten Finger der Halbinsel Chalkidiki (Abb. u.), befindet sich die Mönchsrepublik Athos, auf welcher der gleichnamige 2.033 Meter hohe Heilige Berg Athos (Agion Oros) emporragt.

Einer Legende nach wurde die Jungfrau Maria in Begleitung des Evangelisten Johannes, auf ihrer Reise nach Zypern zum Besuch von Lazarus, wegen eines Sturmes ge-

zwungen, an der Stelle, an der sich heute das Kloster Iviron befindet, kurzfristig Schutz zu suchen. Beeindruckt von der Schönheit des Ortes bat sie Gott, ihr den Berg Athos als Geschenk zu geben. Daraufhin habe Gott gesprochen: „Dieser Platz soll dir gehören, als dein Paradiesgarten und Hafen für jene, die Errettung suchen.“ Seit damals wird Athos daher als „der Garten der Jungfrau Maria“ betrachtet. Seit über tausend Jahren ist er die Heimat von Mönchen, welche ihr Leben der Verehrung Gottes und der Heiligen Jungfrau Maria gewidmet haben. Durch die in der 2. Hälfte des 9. Jhs. von Basileios I. (Kaiser von Byzanz) ausgestellte Urkunde (die „Goldene Bulle“) wurde die Halbinsel Athos offiziell als „Stätte des Mönchtums“ bestimmt.

Nach einigen Vorbereitungen, welche zum Erhalt der

Aufenthaltsgenehmigung für die Mönchsrepublik unbedingt erforderlich sind (Frauen ist der Zutritt seit dem 11. Jh. strikt untersagt), reiste ich auf dem Landwege über den Balkan an und konnte somit noch, neben meinem Besuch im Kloster Deani (nahe der Stadt Pe im Kosovo, bedeutender Kirchenbauten des 14. Jhs., 2004 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt), die Gelegenheit nutzen, bei Militärpfarrer Siegfried Weber auf dem Airfield in Prizren den Gottesdienst zum Hochfest der Apostel Petrus und Paulus mitzufeiern.

Ein paar Tage später erreichte ich dann (die Anreise der Pilger erfolgt mittels einer Fähre) über die Hafenstadt Dafni, die Stadt Karies, das heutige Verwaltungszentrum der Mönchsrepublik, von wo aus ich meine Reise zu den Klöstern antrat.

In dem autonomen, aber nicht souveränen orthodoxen Klosterstaat



*Die zum Kloster Pantokratoros
gehörende Skite Prohitis Ilias*

(die Flagge der Mönchsrepublik erinnert mit dem darauf abgebildeten Doppeladler sehr stark an die alte byzantinische Flagge), welcher sich über eine Fläche von 336 km² erstreckt und in dem derzeit ca. 2.000 Mönche koinobitisch (Leben in der Gemeinschaft) und nach dem julianischen Kalender (der unserem gregorianischen Kalender um 13 Tage „hinterherhinkt“) leben, gibt es heute 17 griechisch-orthodoxe, ein bulgarisch-orthodoxes, ein russisch-orthodoxes und ein serbisch-orthodoxes Kloster (die Gesamtzahl wurde 1924 gesetzlich auf 20 festgelegt), von denen das im Jahre 963 gegründete Kloster Megistis Lavra das älteste (den Grundstein soll der bedeutendste Begründer des koinobitischen Mönchtums, der Heilige Athanasios Athonites gelegt haben) und größte Kloster ist. Zusätzlich existieren noch mehrere Skiten (Mönchsdörfer) und Kellien (Zellen), welche den Klöstern, zumindest optisch, zum Teil sehr ähnlich sehen, deren Rechtsstellung sich aber erheblich von der Rechtsstellung der Klöster unterscheidet. In den kommenden vier Tagen (der Aufenthalt in der Mönchsrepublik ist auf vier Tage/drei Übernachtungen begrenzt) wurde mir nun ein Einblick in den orthodoxen Glauben und das Leben der Mönche, deren Tagesablauf (3 x 8 Stunden) in Gebet, Arbeit und Ruhe eingeteilt ist und in den meisten Klöstern nach der byzantinischen Uhrzeit berechnet wird, gewährt. Neben den allgemeinen Sitten und Bräuchen sowie den grundsätzlichen Bestimmungen, welche auch das Tragen von dezenter Bekleidung beinhalten, hat jedes Kloster seine eigenen Regeln, die dem Besucher nach dem Vorzeigen seiner Aufenthaltsgenehmigung (Diamonitirion), auf welcher Name, Vorname, Konfession und Beruf etc. ersichtlich sind, durch den Archontaris (Gastmeister) bei einem Likör, Kaffee oder Tee und einigen Süßigkeiten mitgeteilt und erklärt werden. Jeweils im Anschluss an diese Einweisung nutzte ich dann, neben der Gelegenheit zum gemein-



samen Gebet, die zur Verfügung stehende Zeit, um im Gespräch mit den Mönchen die Unterschiede aber auch die Gemeinsamkeiten der beiden Glaubenslehren (Orthodox und Katholisch) in Erfahrung zu bringen.

Ferner waren die Mönche auch gerne zu einer Führung durch das Stift bereit, bei der ich ausführlich über die Geschichte der Halbinsel, der Klöster bzw. Skiten und Kellien (von der Gründung/Entstehung bis zur Gegenwart), die hierarchische Rangfolge, das Typikon (Klosterverfassung), die Bedeutung der Wandmalereien und Ikonen und nicht zuletzt über die Arbeiten und Dienste, welche von den Mönchen wahrgenommen werden, unterrichtet wurde.

Das hohe Maß an Gastfreundschaft, das ich in diesen vier Tagen in der Mönchsrepublik in den von mir besuchten Stiften erfahren durfte (selbst Unterkunft und Verpflegung sind generell kostenlos) und die Of-

fenheit, mit der die Mönche den Pilgern gegenübertraten, war sehr beeindruckend. Diese äußerst positiven Impressionen wurden zeitgleich durch die faszinierende Schönheit der weitestgehend unberührten Natur, in der die Pilger auf den zum Teil sehr unwegsamen Pfaden und Wegen zwischen den einzelnen Klöstern, Skiten und Kellien wandern, untermauert, obwohl ich zugeben muss, dass ich über ein paar Schlangen weniger, welche meine Wege kreuzten, auch nicht unglücklich gewesen wäre. Der Aufenthalt und die daraus resultierenden Begegnungen und Eindrücke, welche die Pilger in dieser besonderen Stätte des Glaubens, die von der Lebendigkeit des monastischen Ideals in der orthodoxen Kirche zeugt, erfahren dürfen, ist ein Erlebnis der besonderen Art, welches hoffentlich auch zukünftigen Generationen als Pilgerstätte und nicht als touristisches Reiseziel erhalten bleibt. □



*Das griechisch-orthodoxe Kloster
Pantokratoros (Fotos S. Nüßle)*

Widerstandsethik und Gewissenskonflikt

Widerstand gegen den Machtmissbrauch des Nationalsozialismus
am Beispiel des österreichischen Kaplans Heinrich Maier
(* 16. Februar 1908 † 22. März 1945)

VON JOHANNES MICHAEL SCHNARRER

Fragende Menschen

Was muss in einem Menschen vorgehen, der als Seelsorger sozusagen in der ersten Reihe steht, und tagtäglich mit einer Diktatur zu kämpfen hat, die ihm wie vielen seiner Mitmenschen auch, die Würde und die Menschenrechte abspricht? Wie lange kann man bei Unrecht zuschauen? Wann übt der Widerstand gegen die Ideologie einen so mentalen Druck aus, dass man sogar bereit wird, sein eigenes Leben dafür einzusetzen? Können wir uns heute in der relativ demokratischen, freien und offenen Gesellschaft überhaupt noch hineinversetzen in ein Leben des Zweiten Weltkriegs, wo viele Funktionäre nach zwölf Jahren der Diktatur bereits aufgegeben hatten? Wie weit darf und soll der Widerstand gehen? Welche Gewissensbildung ist nötig, um nicht in Apathie zu verfallen, sondern die Aktion zu wagen...?

Die Zeit des Nationalsozialismus

Der Totalitätsanspruch der Partei (NSDAP) von der Staatsspitze bis zum kleinsten Funktionär und Hoheitsträger stieß dort, wo er nicht terroristisch auftrat, nur auf geringen Widerstand, der bei Kommunisten und Katholiken noch am stärksten war. Die Masse des Volkes in fast allen Schichten fügte sich leichter, was den Triumpfzug Hitlers auch durch Österreich deutlich vor Augen führen sollte. Dessen Propaganda ließ durch geschickte Formulierungen und Abstimmungen eine weithin positive Reaktion aus dem Volke zutage treten. Hitler erzielte schließlich, begünstigt von der internationalen Wirtschaftsentwicklung bedeutende Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, doch zu welchem Preis? Zum Preis des Zweiten Weltkriegs!

Da die Christen jeder Konfession und Denomination Hitlers Politik ablehnen mussten, wandte sich die Partei auch gegen das Christentum am

stärksten, abgesehen von kleinen Gruppen wie den Zeugen Jehovas, gegen die Katholiken, bei denen der Widerstand am weitesten verbreitet war und auch im Laufe der Jahre (neben den Juden) die meisten Opfer forderte: „Nationalsozialistische und christliche Auffassungen sind unvereinbar“ (Bormann). Hitler selbst, der aus der katholischen Kirche weder austrat noch ausgestoßen wurde, hielt sich dabei zurück und schloss sogar um des guten äußerlichenindrucks willen im Sommer 1933 ein Konkordat mit dem Papst ab, der in der Hoffnung auf eine vertraglich gesicherte Glaubensfreiheit bis heute für viele Menschen überraschend und verwirrend verständigungsbereit war, obwohl die Kirche gleichzeitig in jeder Weise verfolgt wurde. Offenbar meinte der Papst in Rom, dass die Dinge dann besser würden, wenn er einen Vertrag in Händen hielt. Aber er hatte es in Hitler mit einem Schurken zu tun, der erst später sein wahres Gesicht zeigte und den Zweiten Weltkrieg begann. Viel härter und direkter ging es an der Basis zu, in den einzelnen Pfarren wurden die Priester von den Gläubigen gedrängt, Zeichen zu setzen, klare Worte gegen das Regime zu finden, was in Wien-Gersthof Dr. Maier auch tat! Dabei folgte er seiner ehrlichen und wahrhaftigen Einstellung, die ihn zum Bekenner für die Menschenwürde werden ließ. Vor allem aber konnte er die Jugend begeistern, wie Wolfgang Schmitz erzählt.

Merkmale der Diktatur

Menschen, die nie in einer Diktatur leben mussten, fällt es schwer, heute über diese extremistische Staatsform nicht nur nachzudenken, sondern vor allem auch ihre wesentlichen Züge zu begreifen. Von daher erscheint es an diesem Punkt notwendig, das Umfeld einer Diktatur, die Kaplan Maier damals erlebte, ein wenig zu beleuchten.

Wie alle zentralen historisch-politischen Begriffe ist der Terminus der Diktatur im Laufe seiner über zweitausendjährigen Anwendung einem Bedeutungswandel unterworfen, der eine Unterscheidung zwischen den geschichtlichen Formen und dem politischen Inhalt erforderlich macht. Im Verständnis der letzten Generationen bezeichnet Diktatur ganz allgemein die unbeschränkte Machtverfügung eines Einzelnen, einer Gruppe oder Partei über den Staat. Diktatur wird vor allem als Gegenbegriff zum Grundansatz der Demokratie benutzt. Im Diktaturbegriff steckt eine gewisse Ambivalenz, nämlich die Doppeldeutigkeit als konstitutioneller oder revolutionärer Macht- und Herrschaftsterminus.

Die Übersteigung einer verfassungsmäßigen Diktatur zur totalitären Willkürherrschaft eines keiner Kontrolle mehr unterworfenen Führers und seiner Monopolpartei erscheint als Extremfall der Gefahren, die in den Notstands-, Ausnahme- oder Diktaturbestimmungen demokratischer Verfassungen zwangsläufig enthalten sind. Wo immer der verfassungsmäßige Zustand zum Zweck einer Wiederherstellung oder der Rettung des Staates unterbrochen wird, ist jene Gefahr eines scheinlegalen oder auch illegalen Umschlags von der eingeschränkten zur uneingeschränkten, permanenten Diktatur gegeben. Freilich sagt die formale Bestimmung der Diktatur noch nichts über ihre tatsächliche Gestalt aus. Sie kann sich auf eine einzige Partei (Einparteiendiktatur), auf das Offizierskorps (Militärdiktatur), aber auch auf geistig-gesellschaftliche Mächte (Wirtschaft, Intelligenz, Bürokratie) stützen. Im Dritten Reich trat die Diktatur immer offener zutage, je länger der Krieg dauerte.¹

Fortsetzung auf Seite 46

Lebensbild des Priester-Märtyrers DDr. Heinrich Maier

Heinrich Maier, geboren am 16. Februar 1908 in Großweikersdorf (Niederösterreich) als Sohn des Beamten der Österreichischen Staatseisenbahn Heinrich Maier und seiner Ehefrau Katharina, besuchte wegen der Dienstversetzung seines Vaters, die humanistischen Gymnasien in St. Pölten und Leoben (Steiermark), trat nach der Matura (Abitur) 1926 ins Wiener Priesterseminar ein und studierte während der Jahre 1926 bis 1928 an der Katholisch-Theologischen Fakultät. Von 1928 bis 1930 widmete er sich als Germaniker an der Gregoriana in Rom dem Studium der scholastischen Philosophie und erwarb dort den Titel eines „Dr. phil.“ 1930 nahm er sein Theologiestudium an der Universität Wien wieder auf und wurde am 24. Juli 1932 im Wiener Stephansdom zum Priester geweiht.

Seit dem 1. Oktober 1932 war Dr. Heinrich Maier in der Pfarrei Schwarzbach im Steinfeld als Seelsorger tätig, seit dem 1. September 1934 in Mödling, wo er nach dem Tode des dortigen Pfarrers (18. März 1935) die verwaiste Pfarrei bis in den Sommer provisorisch leitete. Mit dem 1. September 1935 folgte er seiner Berufung an die Pfarrei Gersthof-St. Leopold in Wien-Währing. Während der ersten Kriegsmonate, am 1. Dezember 1939, wurde Kaplan Maier auch zum Kirchenrektor der Kapelle „Zur Allerheiligsten Dreifaltigkeit“ (heute Johann-Nepomuk-Kapelle) bestellt.

Seiner Begabung und Neigung nach zog es Heinrich Maier besonders zur studierenden Jugend hin. Deshalb wollte er sich vor allem dem Religionsunterricht widmen. Er begann als Religionslehrer und Seelsorger an der Technisch-Gewerblichen Bundeslehranstalt in Mödling, unterrichtete dann in Wien als Religionslehrer am Realgymnasium des „Albertus-Magnus-Schulwerkes der Marienbrüder“ im 18. Bezirk Wiens, wurde aber nach der gewaltsamen Unterdrückung bzw. Auflösung der konfessionellen Schulen durch den Nationalsozialismus seines Dienstes enthoben. Maier nutzte die Zeit des Lehrverbots zur Vertiefung seiner theologischen Studien und erwarb 1942 sein zweites Doktorat an der Theologischen Fakultät der Wiener Universität.

Als katholischer Priester war Heinrich Maier nicht zum Wehrdienst einberufen worden. Die bedrohliche Entwicklung der politischen Situation in Österreich, der wachsende geistige Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus und das persönliche Erleben von Judenmisshandlungen ließen ihn zu einem entschiedenen Gegner des NS-Regimes werden und stärkten ihn in der Überzeugung, auch als Priester die Aufgabe zu haben, sich aktiv für die Befreiung Österreichs vom Hitler-Regime einzusetzen.

Ab Sommer 1940 arbeitete DDr. Maier ohne Rücksicht auf die eigene Person am Aufbau einer Widerstandsgruppe. Er knüpfte Kontakte zur Gruppe um den Tiroler Forstingenieur Walter Caldonazzi und zu Widerstandskreisen in Deutschland – vor allem zu katholischen Gewerkschaftern – ab 1943 sogar zu alliierten



*Kaplan Heinrich Maier im März 1944 nach Fotos aus der erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien.
(Quelle: www.stephanscom.at)*

ten Geheimdiensten. Letzteres geschah mit der Absicht, die einsetzenden alliierten Bombenangriffe auf Rüstungsbetriebe zu lenken, um ein Bombardement der Wohnviertel möglichst zu verhindern. Die „Maier-Messner-Gruppe“ – ihr gehörten neben Kaplan Maier auch der Semperit-Generaldirektor Dr. Franz Josef Messner, der Arzt Dr. Josef Wyhnal und der Student Hermann Klepell, Sohn des sozialdemokratischen Bezirksvorstehers von Wien-Währing, an – wollte den Sturz des nationalsozialistischen Terrorregimes und arbeitete auf die Wiederherstellung Österreichs unter gleichberechtigten Völkern Europas hin.

Mit Beginn des Jahres 1944 jedoch wurde ihrer selbstlosen, patriotischen Tätigkeit ein jähes Ende bereitet. Am 15. Januar wurde Caldonazzi verhaftet, am 28. März Kaplan Maier – nach dem Gottesdienst direkt in der Sakristei der Gersthof-Pfarrkirche –, in den folgenden Tagen nahezu alle Mitglieder der Maier-Messner-Gruppe. Nach brutalen Verhören im Gestapo-Hauptquartier am Morzinplatz in Wien wurde Kaplan Maier zusammen mit anderen Regimegegnern (darunter auch Lois Weinberger, Felix Hurdes und Leopold Figl, die später im Nachkriegsösterreich allesamt höchste politische Funktionen übernahmen) in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht, wo man durch schwerste Folterungen weitere Informationen erpressen wollte. Kaplan Maier nahm jedoch alle Schuld auf sich und konnte so das Leben einiger weniger seiner Freunde retten.

Am 28. Oktober 1944 endete der Prozess vor dem Volksgerichtshof in Wien für alle anderen Angeklagten der „Maier-Messner-Gruppe“ mit dem Todesurteil wegen „Vorbereitung des separatistischen Hochverrats“. Am 22. März 1945 – dem letzten Hinrichtungstag im Wiener Landesgericht vor der Befreiung – starb Kaplan DDr. Heinrich Maier auf dem Schafott. Seine letzten Worte waren: „Es lebe Christus, der König! Es lebe die Freiheit! Es lebe Österreich!“

Zusammen mit Maier wurden auch Klepell und Wyhnal geköpft (Caldonazzi war bereits am 9. Januar 1945 hingerichtet worden; Messner starb am 23. April in der Gaskammer des KZ Mauthausen). Am 10. Mai 1945 wurden Maier, Klepell und Wyhnal in einem gemeinsamen Grab auf dem Neustifter Friedhof in Wien-Döbling (19. Bezirk) bestattet. Die Grabinschrift gilt ihnen gemeinsam: „Sie starben für Österreich!“ □

Fortsetzung von Seite 44

Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit als Haltung

Die Haltung der Ehrlichkeit ist eine der wichtigsten für sich selbst und das eigene Gewissen. Und so führt die Besinnung auf die Existenz als Menschen zur Einsicht, wie sehr die Wahrhaftigkeit eine wesentliche Grundlage darstellt für jede Form der Kommunikation und damit von Gemeinschaft überhaupt. Das ist einem Priester wie Dr. Dr. Heinrich Maier offenbar bewusst gewesen, als er sich in aller Öffentlichkeit gegen das Regime des Nationalsozialismus wandte, z.B. in mutigen Predigten. Ein Blick in die Hl. Schrift zeigt außerdem, dass schon von den alttestamentlichen Weisungen her die gleiche Erkenntnis für die Verbote von falschem Zeugnis und schließlich von Lüge überhaupt als Konstitutivum von Judentum und Christentum anzusehen ist.

Vor allem die Sprache, jenes dem Menschen ureigene Mittel der Verständigung und Kontaktnahme, wird grundlegend verdorben², wenn sie nicht mehr Träger von Wahrheit ist, sondern zur selbstsüchtigen Täuschung des Mitmenschen und in den Kriegsjahren zur Verdummung der Masse durch die Tyrannen eingesetzt wurde und bis heute auch wird. So gilt der Grundsatz, dass die Wahrheit in der Übereinstimmung von Wort und Tat realisiert wird. Genau an diesem Punkt, nämlich wenn diese beiden auseinanderfallen, ist dann der Auslöser von Gewissenskonflikten gegeben. Im Nachhinein können wir nur erahnen, wie Heinrich Maier mit seinem Gewissen gerungen hat, inwieweit seine Aktion gegen die Nazis gehen sollte. Letztlich hat er ein strahlendes Zeugnis für die Wahrheit abgelegt.

Es geht dabei darum, dass sich die Einsicht mit einer grundsätzlichen ehrlichen Haltung bzw. mit einer entsprechenden Tugend paaren, wenn sie konkret wirksam sein soll. Darin gilt es dann, den gegenteiligen, stets auf eine bestimmte Weise sündigen, weil egoistischen Hang einer zu bekämpfenden Elite, die es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, in persönlicher Selbstkontrolle wie vor allem im mitmenschlichen Kontakt zu überwinden. Entsprechend

gehört zu einer Haltung der Ehrlichkeit nicht nur die Bereitschaft zu einer wachen Selbstkontrolle, sondern ebenso wesentlich die offene Bereitschaft, solche Kritik anzunehmen und sie auf ihren Gehalt hin ernsthaft zu prüfen. Trotz der Bedenken, die einige aus seinem Umfeld äußerten, ging Heinrich Maier seinen Weg bis zu Ende, ja bis zur Hinrichtung im Wiener Gefängnis.

Der Kaplan zeigte ein hohes Maß an Zivilcourage. Dies ist deshalb umso höher zu bewerten, weil er seine Kritik an Mächtigere gerichtet hatte. Der Dienst an der Wahrhaftigkeit will aber nicht herunterreißen, sondern eigentlich aufbauen und fördern, also eine schlechte Situation zu einer besseren führen, damit es wieder Zukunft gibt, für die folgenden Generationen.³ Entsprechend darf sich eine Ethik des Widerstands und der Wahrhaftigkeit keinesfalls auf ein bloßes Verbot der Lüge und allenfalls dessen konkrete Anwendungsfelder beschränken, vielmehr muss diese Haltung eindringlich gefordert und tatsächlich in die Tat umgesetzt werden, um Lebenslüge, Heuchelei und Täuschung zugunsten echter Mitmenschlichkeit abbauen zu helfen. Das Wort postuliert also auch die Tat. Wie weit diese Taten aber gehen dürfen, sollte jeder vor seinem Gewissen entscheiden. Kaplan Maier tat es und bezahlte mit seinem Leben dafür.

Eliten in totalitären Systemen

Traditionell hat sich die katholische Moraltheologie und Soziallehre sorgsam an das Problem heran getastet, ob es Umstände geben kann, die eine gewaltsame Revolution gegen die Diktatur rechtfertigen könnten. Nur wenn ein Tyrann oder ein autoritäres politisches System die Untertanen ihrer Grundrechte beraubt und/oder sie in einer unerträglichen Weise ausbeutet, müssen die verantwortlichen gesellschaftlichen Gruppen an geeignete Gegenmaßnahmen wie den Umsturz denken. Diese Eliten müssen dabei jedoch Rechenschaft vor sich selbst ablegen, ob begründete Aussicht auf Erfolg besteht und die etwaige Revolution nicht noch größere Leiden oder Übel bringen wird als die bestehenden Umstände.

Anfangs zeigte der Nationalsozialismus noch nicht sein wahres Ge-

sicht, aber mit der Auflösung der konfessionellen Schulen offenbarte sich, wie religionsfeindlich er war. Heinrich Maier erhielt Berufsverbot als Religionsprofessor. Da er sich dem Kampf gegen das Regime verpflichtet fühlte, und auch nicht davor zurückschreckte, den westlichen Geheimdiensten wichtige Informationen über sein Insiderwissen vorzuenthalten, predigte er auch ohne sich ein Wort vor den Mund zu nehmen.

Christliche Aktion

Christliche Hoffnung und christlicher Realismus verlangen eine stets neue Bereitschaft, sorgfältig zu unterscheiden zwischen dem, was geändert werden muss und kann, dem, was wenigstens zeitweise geduldet oder erduldet werden muss, und dem, was aufgrund seines inneren Wertes inmitten aller Diktatur als bleibendes Erbe zu bewahren ist. Sollten Christen also Revolutionäre sein? Die Antwort hängt davon ab, was wir unter Revolution verstehen. Gerade in einer Zeit der Unterdrückung vieler Menschenrechte ist es Aufgabe der Kirche und ihrer Führungspersönlichkeiten, durch Wort und Beispiel auf die große „Revolution des Evangeliums“ zu verweisen, wenn sie – wie Maier dies tat – radikal in Angriff genommen wird, gegen den Teufelskreis einer Tyrannei, gegen Machtgier und Unterdrückung, wenn die Sinnlosigkeit eines Regimes entlarvt wird, dann geschieht der Anbruch des Reiches Gottes auf Erden.

Widerstand gegen das ungerechte Regime

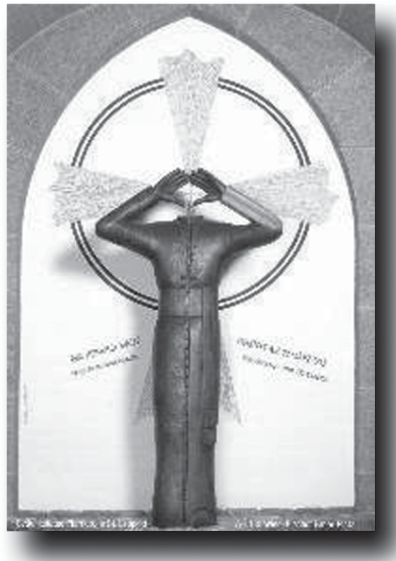
Wenn Ungerechtigkeiten geschehen und die Menschenrechte missachtet werden, dann entwickelt sich Widerstand, so auch im Dritten Reich und speziell bei Heinrich Maier. Von daher sind einige grundlegende Gedanken zum Widerstand zu äußern.

Der Widerstand ist Ausdruck einer kritischen Haltung des Einzelmenschen gegenüber und/oder im Staat. Der Widerstand kann durch die positive Rechtsordnung eines Staates ermöglicht sein oder nicht. Auf alle Fälle besteht das Recht zum Widerstand, unabhängig von jeglicher Positivierung aufgrund der natürlichen Bedürfnisbefriedigung. Der

Widerstand ist in allen jenen Fällen gerechtfertigt, in denen sich der Staat über seine Ordnungsfunktion hinwegsetzt. Der Ungehorsam der Bürger kann sich nach dem Maß des staatlichen Übergriffes bis zur religiösen Pflicht zum Widerstand steigern. Dieser Widerstand ist dann legitim, wenn alle dem Bürger nach der Staatsverfassung erlaubten Mittel erschöpft sind, und ein in grober Weise die Menschenrechte verletzender Missbrauch staatlicher Autorität vorliegt und die auf das erforderliche Maß beschränkte Gewaltanwendung begründete Aussichten auf Erfolg hat.

Nun kann der Widerstand in sehr verschiedener Weise geleistet werden; er kann u.a. im Unterlassen von Handlungen, in mündlicher und schriftlicher Kritik, in öffentlichen und geheimen Druckwerken, in Grenzvergehen, im Streik, Boykott, in der Emigration, Sabotage, Wehrdienstverweigerung und im Aufstand bestehen. So unterscheidet man den passiven und den aktiven Widerstand. Während der passive gegen einzelne obrigkeitliche Maßnahmen gerichtet ist und den Gehorsamsanspruch des Staates gegenüber allen übrigen Anordnungen, welche nicht gegen das Gemeinwohl gerichtet sind, unberührt lässt, ist der aktive Widerstand gegen die gesamte geltende staatliche Ordnung gerichtet. In diesem Fall wird nicht der Staat als Ordnungseinrichtung, sondern werden die Inhaber der Staatsgewalt verneint und zu beseitigen versucht. Dieser aktive Widerstand findet seine Begründung in dem auch von der katholischen Sittenlehre anerkannten Recht auf Notwehr, das geltend gemacht wird, um den Staat auf seine Gemeinwohlfunktion zu beschränken. Dieser aus der übertragenen Anwendung des Notwehrgedankens gerechtfertigte Widerstand hat keinen Angriffs-, sondern Verteidigungscharakter. Es ist eine Abwehrmaßnahme gegen einen auf das Gemeinwohl gerichteten Angriff. In diesem Sinne wird der Widerstand im Dienste des Gemeinwohls ausgeübt. Das Gemeinwohl gibt die Aufgaben des Staates und die Pflichten der Bürger an, es erfüllt zugleich eine Konstitutiv- wie eine Regulativfunktion.

So besteht der passive Widerstand in der tatsächlichen Nichter-



Die Holzskulptur „Der Kopflose“ (Kaplan-Heinrich-Maier-Statue) von Hans Schwabenicky in der Gersthofer Pfarrkirche St. Leopold erinnert an den mutigen Kaplan DDr. Heinrich Maier.

füllung des Verhaltensbefehles des Staates, er ist also durch ein Unterlassen gekennzeichnet. Hingegen ist der aktive Widerstand eine Angriffshandlung, die gegen den Staat gerichtet ist und meist den Charakter einer Revolution annimmt. Diese aktive Form kann in einer bloßen aggressiven Maßnahme bestehen, er kann aber auch bis zur Tötung bzw. dem Tötungsversuch des Tyrannen führen.⁴

Kampf ums Dasein

Was dem Prinzip des Kampfes ums Dasein, des Lebens- und Existenzkampfes, des Konkurrenzkampfes (verschiedener Ideologien) auch im Dritten Reich die Eigenart gibt und seine Gefährlichkeit für die Kulturentwicklung ausmacht, ist, dass es die Macht an die Stelle des Rechts, das Interesse an die Stelle der Liebe setzt. Es formte ein neues Kulturgewissen. Für dieses Kulturgewissen galt es die längste Zeit als unrealistisch, wenn nicht lächerlich, von Sittlichkeit oder gar von Liebe im wirtschaftlichen, politischen und internationalen Verhalten zu reden. Vom Recht (der „Arier“ auf mehr Land) wurde viel gesprochen, gemeint war aber vor allem das Recht des Stärkeren über den Schwächeren, oder einer bestimmten Rasse über eine andere.

Es war die Hybris eines Mannes namens Hitler, der ein Regime aufbauen konnte, das den Pöbel die Augen füllte und schleichende Hoffnung in der Masse vermittelte (Senkung der Arbeitslosigkeit), aber in der Herrenrasse bereits seine arro-

gante Weise der Überheblichkeit zu installieren suchte, die eine Überlegenheit der Einen über die Anderen konzipierte, die a priori in den Abgrund führen musste. Um seine wahnwitzigen Ideen unter Volk zu bringen, nutzte er geschickt seine Propagandamaschinerie. Die hintergründigen Absichten wurden aber nur von bestimmten Schichten und Personen erkannt, vor allem der Intelligenz wie z.B. Dietrich Bonhoeffer, Bernhard Lichtenberg, Pater Maximilian Kolbe, Graf Stauffenberg, den Geschwistern Scholl, den Mitgliedern des Kreisauer Kreises, Schwester Restituta Kafka, oder Heinrich Maier. Allen diesen hier genannten ist gemeinsam, dass sie ihr Leben opferten für die Menschheit, damit das Dritte Reich besiegt werden konnte. Sie alle wurden zu Märtyrern der guten Sache gegen den Hass.

Gewissenskonflikte

Der Mensch als Träger seiner Handlungen und damit seiner Verantwortung wurde von der klassischen Gewissenslehre ohne weiteres vorausgesetzt. Träger seiner Handlungen ist aber der Mensch nur unter bestimmten anthropologischen Voraussetzungen seines Daseins und unter bestimmten individual- und sozialgenetischen Bedingungen seines Soseins. Diese Vorgegebenheiten und Bedingungen gehören sicherlich auf der einen Seite zu seiner Determination, auf der anderen Seite besteht aber gerade die Gewissensfreiheit des Menschen darin, seine Determinanten erkennen und sich zu ihnen verhalten zu können. Indem der Mensch Verantwortung vor seinem Gewissen übernimmt, trägt er zugleich auch Verantwortung für sein Gewissen. Was immer im Gewissen als verbindlich für die Verantwortung erscheint, muss sich den Perspektiven der Gewissenskritik und der Inhalte des Gewissens stellen. Dieser ethisch-emanzipative Charakter des Gewissens, der theologisch tiefer in der „Freiheit vom Gesetz“ begründet

werden kann, gewinnt aber wie alle Verantwortung im Letzten seine Kontinuität, seine Bewahrheitung und seine Sicherheit nur in der Übereinstimmung mit der letzten Sinnorientierung des Menschen. Ethische Verantwortung ist in dem Sinne letztlich immer standortgebunden, als sie nicht nur auf der Abwägung des jeweiligen Richtigen, sondern auf der Entscheidung zur eigenen Grundentschiedenheit beruht. In der rationalen Abwägung des sittlich Richtigen scheint das Gewissen wesentlich weniger gefragt als in der existentiellen Verankerung unseres Sinnes für neue Möglichkeiten, wirklich Mensch zu werden.⁵

Im Gewissen werden die beiden notwendigen und einander ergänzenden Kompetenzen der Verantwortung zusammengeführt: die Entscheidungs- und die Orientierungskompetenz. Gerade das entscheidungsfähige Gewissen muss deshalb orientierungsoffen bleiben. Orientierung, die das Gewissen berücksichtigt, fordert dieses heraus und ersetzt es nicht. Dies gilt auch für eine Verantwortung, die aus der Zugehörigkeit mit einer Glaubensgemeinschaft erwächst. Der christliche Glaube bringt eine besondere Affinität zu bestimmten sittlichen Grundeinstellungen mit sich. Die Orientierung des Gewissens, die von daher erfolgt, baut sich aus der Vermittlung von Sach- und Sinngerechtigkeit auf und berücksichtigt dabei die Praxis der gelebten Überzeugungen der Glaubensgemeinschaft. Die Kriterien der Freiheit und der Auferbauung der Gemeinde, die Paulus im Korintherbrief aufgestellt hat, gelten auch für den Dialog zwischen innerer und äußerer Verbindlichkeit sittlichen Redens (in der Kirche ebenso wie in anderen Institutionen).

Wenn aber Wort und Tat, Freiheit und Menschenrechte einander widersprechen und auseinander fallen, wie dies im Nationalsozialismus der Fall war, dann kommt es zum Gewissenskonflikt. Diesen Gewissenskonflikt hat Kaplan Maier mit sich selbst austragen müssen, aber in einer radikalen Form, die ihm das Leben gekostet hat. Gerade den Führungsleitfiguren einer Gesellschaft in der Diktatur kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, Vorbild für die verbildete Masse zu sein. Dabei steht

das Wohl der Gemeinde mit dem Wohl des eigenen Lebens wohl mehr oder weniger in Konflikt. Und diese Entscheidung kann eigentlich immer nur der Einzelmensch selbst treffen.

Vorbildproblematik

Im Zeitalter des Infotainment und der globalen Netzbildung sind die Vorbilder meistens aus dem Medienbereich, die kleinen und großen Stars werden angehimmelt, die erfolgreichen Wirtschaftskapitäne lassen sich gern nach ihren Erfolgsrezepten befragen. Oft werden da Vorbilder kreiert, die bei genauerem Hinsehen dann doch auch nur mit Wasser kochen, oder erfolgreiche Geschäftszahlen verkünden, ohne dabei ehrlich zu sein, dass dafür viele Menschen z.B. arbeitslos wurden (nur damit der Shareholdervalue steigt), ... da wird der nachmoderne Mensch nachdenklich. Denn wo setzt heute schon jemand noch für seine Ideale, seine Authentizität, für seinen Beruf und seine Berufung, ja für

seine einmal gefällte Gewissensentscheidung sein eigenes Leben aufs Spiel?

Der Gersthofer Kaplan Dr.Dr. Heinrich Maier hat es getan und bezahlte mit seinem Leben den existentiellsten Preis, den jemand für seine Freunde bezahlen kann. Von daher ist er leuchtendes Vorbild, auch und gerade für unsere Zeit, wo wieder die Suche nach ethischer Orientierung und richtiger Entscheidung im Gewissenskonflikt an Bedeutung gewinnt. Seine Ideen von Freiheit und Menschenwürde überlebten und sollten angesichts eines solchen strahlenden Vorbildes immer wieder dann in Erinnerung gerufen werden, wenn diese elementaren Grundrechte in Frage gestellt werden, denn viele gaben ihr Leben dafür, dass es uns heute gut geht, einer von ihnen als katholischer Seelsorger, war Dr.Dr. Heinrich Maier. Möge sein Vorbild weiterhin leuchten und sein Beispiel zur Ehre der Altäre erhoben werden!

Anmerkungen

- 1 Im Staatssozialismus tritt die Diktatur oft in verhüllter Form auf. Zum Schein werden noch andere politische Organe geduldet, die aber vom Diktator und seiner Partei freilich einseitig beherrscht oder manipuliert werden: so etwa ein zum reinen Akklamationsorgan degradiertes Parlament oder eine gleichsam stillgelegte Verfassung, die von der Verfassungswirklichkeit übergangen wird. Inmitten der gegenwärtigen Verwirrung der politischen Begriffe bleibt die Gegenüberstellung zwischen rechtsstaatlicher Demokratie und willkürlicher Diktatur von grundlegender Bedeutung. Sie bezeichnet die fundamentale Unterscheidung zwischen dem Bürger als Subjekt oder Objekt der Politik, zwischen Person und Untertan, Freiheit und Unterdrückung.
- 2 Im heutigen Gebrauch in der Demokratie heißt das „Abrüstung der Sprache“, wenn z.B. wieder Hassparolen gegen Ausländer auftauchen.
- 3 Vgl. V. HAVEL; *Versuch, in der Wahrheit zu leben*. Reinbek bei Hamburg 1980; 17f. Dort gibt der spätere tschechische Präsident eine Typologie für Regime ab: Das Leben im Staatssozialismus ist von einem Gewebe der Lüge und Heuchelei durchsetzt. Die Macht der Bürokratie wird Macht des Volkes genannt; im Namen der Arbeiterklasse wird die Arbeiterklasse versklavt; die allumfassende Demütigung des Menschen wird für seine definitive Befreiung ausgegeben; die Manipulierbarkeit durch die Macht nennt sich öffentliche Kontrolle der

Macht; und die Willkür nennt sich Einhaltung der Rechtsordnung; die Unterdrückung der Kultur wird als ihre Entwicklung gepriesen; die Ausbreitung des imperialen Einflusses wird für Unterdrückung und Unterstützung ausgegeben; Unfreiheit des Wortes für die höchste Freiheit, die Wahlposse für die höchste Form der Demokratie; Verbot des unabhängigen Denkens für die wissenschaftliche Weltanschauung; Okkupation für brüderliche Hilfe. Die Macht muss fälschen, weil sie in eigenen Lügen gefangen ist. Sie fälscht die Vergangenheit, Gegenwart und die Zukunft. Sie fälscht statistische Daten. Sie täuscht vor, dass sie keinen allmächtigen und zu allem fähigen Polizeiapparat hat, sie täuscht vor, dass sie die Menschenrechte respektiert, sie täuscht vor, dass sie niemanden verfolgt, sie täuscht vor, dass sie keine Angst hat, sie täuscht vor, dass sie nichts vertauscht ...

Diese Elemente, die HAVEL für die Diktatur des Proletariats so treffend charakterisiert, gelten auch für die Zeit des Dritten Reiches.

- 4 Vgl. dazu das Attentat auf HITLER von Graf STAUFFENBERG am 20. Juli 1944. Das von ihm als unabdingbare Voraussetzung für den Umsturz betrachtete Attentat auf HITLER führte er selbst durch, weil er in Berlin für die technische Leitung des Staatsstreiches unentbehrlich war. Nach dem Scheitern der Aktion wurde er standrechtlich erschossen.

- 5 Vgl. A. SCHAVAN; Art. „Gewissen. praktisch-theologisch.“ In: W. KASPER (Hg. et al.); *Lexikon für Theologie und Kirche*. Bd. 4, 3. Aufl. Freiburg/Br. 1995; 626 ff. Immer verlangt das Gewissen seine eigene Bildung. Sie ist die Königsaufgabe aller Erziehung, zumal in Zeiten von großer Ungerechtigkeit in der Gesellschaft, wenn Krieg ist und eine Diktatur herrscht. Insofern die Erziehung wesentlich als Hilfe zur Entfaltung der personalen Kompetenz gilt, gehören dazu Begleitung und Hilfe zum personal verantworteten Entscheiden und Handeln. Für die Verkündigung der Kirche bedeutet dies, in einem pastoral begleitenden Handeln zur Reifung eines gebildeten Gewissens beizutragen, das dem Trend zur Uniformität ebenso widersteht wie einem rücksichtslosen Autonomiedenken. Gewissensbildung verlangt die Entwicklung von Grundvertrauen und Möglichkeiten der Identifikation mit Vorbildern. Und Heinrich Maier war ein solches Vorbild! Er war sich als Jugendkaplan natürlich seiner großen Aufgabe bewusst, zuständig zu sein für die Gewissensbildung seiner Gemeindeglieder, eben vor allem der Kinder und Jugendlichen. Mit dem Normenpotential von Vorbildern wie Maier muss sich der Heranwachsende auseinandersetzen und dabei den für die Identitätsfindung wesentlichen Schritt vom Status des Überkommenen in den Status des Selbstverantworteten erreichen. Ebenso ist Gewissensbildung auch Anleitung zur Selbstvergewisserung, insofern in der Gewissensentscheidung nicht allein diese oder jene Handlung auf dem Prüfstand steht, sondern vor allem der Bezug zwischen Handeln und Selbstverständnis hergestellt wird und damit durch das Wert-Handeln gleichzeitig ein Prozess der Reflexion einsetzt.

Forscher: Katholiken verhielten sich in NS-Zeit und DDR ähnlich

Der Erfurter Kirchenhistoriker Josef Pilvousek sieht Parallelen beim Verhalten der Katholiken gegenüber den beiden deutschen Diktaturen im 20. Jh. Sowohl in der NS-Zeit als auch in der DDR habe die Kirche einen Kurs der Konfliktvermeidung bei zugleich nonkonformem Verhalten eingeschlagen, sagte Pilvousek am 8. April in Schwerin. In beiden Diktaturen sei die organisierte Gläubigkeit zu einer Bedrohung des jeweiligen Regimes geworden. In Sachen Lebenssinn hätten Glaube und totalitärer Machanspruch direkt miteinander konkurriert, so der katholische Wissenschaftler.

Die Nationalsozialisten hätten einen massiven Propagandafeldzug gegen die katholische Kirche geführt, unterstrich Pilvousek. Dabei habe Hitler eine Eskalation des Kirchenkampfs verhindert, obwohl er mit den Maßnahmen zur Unterdrückung der Katholiken einverstanden gewesen sei. Das kirchliche Verhalten habe sich zwischen Anpassung, Selbstbe-

hauptung und Widerstand bewegt, so der Forscher. Nach herkömmlichem Kirchenverständnis sei es nicht Aufgabe der Christen gewesen, aktiv gegen die Diktatur zu kämpfen. „Dies war der einzelnen Gewissensentscheidung überlassen“, betonte Pilvousek mit Blick auf katholische NS-Gegner wie Bernhard Lichtenberg und Pater Alfred Delp.

„Tendenz zur inneren Zensur“

Das DDR-Regime habe der katholischen Kirche vorgeworfen, bürgerliche Vorstellungen zu verbreiten, sagte der Wissenschaftler bei einer Tagung des Erzbistums Hamburg. Nach dem Mauerbau habe es von beiden Seiten Bemühungen gegeben, den Status quo nicht zu verändern. Diesen Kurs hätten die Katholiken bis 1981 beibehalten. Der Forscher sprach von einer durch Bischöfe und Kleriker geprägten Kirche mit Tendenzen zur inneren Zensur und „übergroßer Ängstlichkeit“.

(KNA)

PERSONALIA:

Was macht eigentlich der ehemalige Geistliche Beirat der GKS Georg Kestel ?

Besser konnte der Start für Bambergs neuen Generalvikar Msgr. Georg Kestel (50) kaum sein: Für 2006 hat das fränkische Erzbistum – mit Hilfe einer Unternehmensberatung und ein Jahr früher als geplant – wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Auf den von Prälat Alois Albrecht (70), „alter ego“ dreier Erzbischöfe, initiierten Sparkurs und die mit Tempo vorangetriebene Strukturreform in der Territorialeelsorge kann der neue Stellvertreter von Erzbischof Ludwig Schick (56) aufbauen.

Kestel will sein Heimatbistum weiter in Fahrt bringen, zumal im

kommenden Jahr das 1000-Jahr-Jubiläum der am 1. November 1007 errichteten Erzdiözese ansteht. Dabei setzt der neue Generalvikar auf Kooperation und Kommunikation. Jeder Kasernenhofen sei ihm fremd, so der bisherige Militärdekan im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin. In der fränkischen Diaspora aufgewachsen und durch Jahre in der Militärseelsorge in seiner Bodenständigkeit bestärkt, sieht er die Menschen zwischen Fortschritts- und Zukunftsproblemen oft geistig heimatlos. Aus diesen Erfahrungen leitet er seine pastorale Devise her: „Wir müssen die Suche der Menschen nach Religiösem



wieder spüren und wahrnehmen, ohne sofort Antworten zu geben.“

(KNA/Foto: PS 2003)

Martyrium und Wahrheit

Neues Buch von Helmut Moll zu Zeugen Christi im 20. Jahrhundert

VON ANDREAS M. RAUCH



und Themen sich wiederholen. Das ist insoweit kein Nachteil, als damit zu rechnen ist, dass manche Leser sich möglicherweise nur für einzelne Kapitel interessieren, für die diese Themen aber jeweils konstitutiv sind.

Schwerpunktmäßig werden in der neuen Veröffentlichung von Helmut Moll Märtyrer aus dem Rheinland behandelt, daneben jedoch auch solche aus anderen Gebieten Deutschlands. Von den vier Kategorien des Martyrologiums werden drei berücksichtigt: Märtyrer aus der Zeit des Nationalsozialismus, Reinheitsmartyrien und Märtyrer aus den Missionsgebieten. Aufgrund der lokalen Konzentration im Wesentlichen auf das Rheinland findet die Kategorie der Märtyrer aus der Zeit des Kommunismus keine Berücksichtigung.

Die Frage nach den Kriterien eines Märtyrers

Eine immer wieder gestellte und in der Publikation mehrfach ventilierte Frage ist diejenige nach den Aufnahmekriterien. Wer kann und darf als christlicher Märtyrer gelten? Welche Voraussetzungen muss ein Blutzeuge in Bezug auf die drei göttlichen Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe erfüllt haben?

Den christlichen Märtyrer verstand man von den frühesten Anfängen als den Christen, der in der Nachfolge Christi stehend, wie Christus selbst Zeugnis ablegt für die Wahrheit, in seinem Leiden Christus ähnlich wird und wie Christus selbst sein Zeugnis mit seinem Blut besiegelt. Das wird bereits in dem in Apostelgeschichte 7 geschilderten Martyrium des Erzmärtyrers, daher des ersten Märtyrers der Kirche, Stephanus, deutlich, dessen Martyrium der Verfasser der Apostelgeschichte bis in einzelne Züge hinein parallel zur Passion Jesu darstellt. In dem Maße, wie der Märtyrer nun in seinem Martyrium als „christus-ähnlich“ begriffen wird, ist er auch

an dem Vorbild Christi zu messen. Fragt man nach den Kriterien, so sind diese an Jesus Christus, dem Vor- und Urbild des Märtyrers, zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang mit der Frage nach den Kriterien sei hier auf einen wichtigen Aspekt noch besonders eingegangen, den Prälat Moll im Titel seines Buches betont herausgestellt hat: die Verbindung von Martyrium und Wahrheit. Für die Alte Kirche wurde die Frage dadurch virulent, dass es in den Verfolgungen nicht nur Opfer aus den eigenen Reihen, sondern auch bei den Häretikern und Schismatikern gab. Letztere verehrten ihre Verfolgungsopfer ganz selbstverständlich ebenso als Märtyrer wie die Großkirche. Aber konnten die Häretiker, die sich ja von der Wahrheit losgesagt hatten und eigene, der von der Kirche vermittelten Wahrheit widersprechende Lehren vertraten, eben diese Wahrheit bezeugen?

Schwieriger war es noch bei den Schismatikern, die sich ja nicht hinsichtlich ihres Glaubens von der Großkirche unterschieden, sondern „nur“ das Band der kirchlichen Einheit und der Liebe zerschnitten hatten? Konnten sie Zeugen für die Wahrheit sein? Hier galt es zwischen wahren und falschen Märtyrern zu unterscheiden, auch wenn man sich dabei schwer tat.

Für den hohen Stellenwert der Wahrheit und des Wahrheitszeugnisses im Kontext des Martyriums sei als Beispiel aus dem 20. Jahrhundert die heilige Edith Stein angeführt. Ihr Leben war eine einzige Suche nach der Wahrheit, die sie schließlich im katholischen Glauben fand und für die sie dann in den Tod ging.

Wie schon angedeutet liegen die Kriterien, die zur Auswahl von Märtyrern angelegt werden, im Vorbild Jesu Christi selbst begründet. Für die Selig- und Heiligsprechungsverfahren hat sie der bedeutende Jurist und Kanonist Prospero Lambertini (1675-1758) formuliert, der 1740 als

Das neue Buch von Prälat Heinrich Moll entstand in einem größeren publizistischen Zusammenhang und ist aus diesem heraus zu verstehen, zumal dieser wichtige Bezugskorrelat liefert und gleichsam als Hintergrund und Vorgeschichte des Werks begriffen werden muss. Bezugspunkt ist vor allem sein im Jahr 2000 erschienenes, zweibändiges Werk „ZEUGEN FÜR CHRISTUS. DAS DEUTSCHE MARTYROLOGIUM DES 20. JAHRHUNDERTS“, welches nunmehr in die dritte Auflage geht.

Die umfangreiche Vortragstätigkeit von Helmut Moll ist im Kontext seiner Buchveröffentlichung „Zeugen für Christus“ zu sehen und führte zu der Überlegung, die Vielzahl der Vorträge zu einem Buch „Martyrium und Wahrheit“ zusammenzuführen. Dabei war klar, dass diese Vorträge nochmals überarbeitet, aufeinander abgestimmt und durch weitere neu verfasste Kapitel zu einem gesamtharmonischen Ganzen zusammengestellt werden mussten. Dieser Aufgabe hat sich der Verfasser unterzogen. Billigend in Kauf genommen wurde, dass verschiedene Motive

Benedikt XIV. den Stuhl Petri bestieg. Das Bildnis von Benedikt XIV. hing lange Jahre im Arbeitszimmer des Präfekten der Glaubenskongregation, Josef Kardinal Ratzinger. Als Ratzinger sich seinen Papstnamen aussuchte, dürfte bei seiner Namenswahl dieser Papst eine Rolle gespielt haben. In Lambertinis grundlegenden Werk „Über die Seligsprechung der Diener Gottes und die Heiligsprechung der Seligen, Bologna 1734-1738) nennt er drei Hauptkriterien:

- die Tatsache des gewaltsamen, unschuldigen Todes,
- das Motiv des Glaubens- und Kirchenhasses bei den Verfolgern
- die bewusste innere Annahme des Willens Gottes trotz Todesbedrohung.

Angesichts der Heimtücke der Verfolgung der Christen in den totalitären Systemen und Ideologien des 20. Jhs. sah sich Papst Paul VI. veranlasst, diese bis heute gültigen Kriterien auszudehnen und in ihrer Interpretation zu erweitern. Das betrifft beispielsweise Fälle, in denen der Tod nicht sogleich bei der Anwendung von Torturen, sondern erst später als deren Folge eintrat wie bei dem heimlich im KZ Dachau geweihten und 1996 selig gesprochenen Münsteraner Priester Karl Leisner, der nach der Befreiung durch die US-Truppen 1945 an den Folgen seiner Behandlung im Konzentrationslager starb. Ähnliches ließe sich über den Oberleutnant Dr. Randolph von Breitbach-Büresheim sagen, der 1945 an den Folgen seiner Gefangenschaft im KZ Sachsenhausen verstarb.

In seinem neuen Buch geht Moll diesen genannten Kriterien auf den Grund. Der Kölner Diözesanpriester erwähnt den Jesuiten Karl Rahner, der für eine Erweiterung des traditionellen Märtyrerbegriffs eintrat und referiert den Münchener Politologen Hans Maier, der im Hinblick auf den interreligiösen Dialog vor allem mit dem Islam für eine Ausweitung des Märtyrerbegriffs im Sinne von „politischen Märtyrern“ plädierte, ohne freilich deren Risiken zu verkennen. Welche Risiken eine solche Ausweitung des Märtyrerbegriffs in sich birgt, mag man ermesen, wenn man

auf die in der letzten Zeit massiv zunehmenden Selbstmordattentate in der arabischen Welt schaut, deren Urheber sich nahezu alle selbst als „politische Märtyrer“ für ihre vermeintlich gute Sache begreifen.

Christliche Wahrheitssuche im Lebensbild einzelner Märtyrer

Das 238 Seiten umfassende Buch Molls gliedert sich in vier Teile, denen eine kurze theologische Einführung vorangestellt ist, die vor allem dem Thema Martyrium und Wahrheit gewidmet ist und das Konzept des Buches erläutert. Im ersten Teil, der die Überschrift „Verfolgung und Martyrium im 20. Jh.“ trägt, stellt der Autor den universalkirchlichen Auftrag Papst Johannes Pauls II. zur Erstellung der Martyrologien des 20. Jhs. vor und verfolgt dessen bisherige Rezeption. Als Ausgangspunkt seiner Darlegungen dient ihm die ökumenische Gedächtnisfeier am 7. Mai 2000 vor dem Kolosseum in Rom, an der er selbst mit Pilgern teilgenommen hatte. Dort wurde unter weltumspannender internationaler Beteiligung der weltweit rund 16.000 Märtyrer des 20. Jhs. gedacht, die bislang der päpstlichen Kommission „Nuovi martiri“ gemeldet wurden. Im Anschluss daran bietet der Verfasser einen Überblick über die in Umsetzung des päpstlichen Auftrages erstellten Martyrologien, greift aber auch auf ältere Zusammenstellungen zurück, wo neuere Arbeiten noch nicht vorliegen. Einige Zahlen seien genannt: Für viele überraschend weist Spanien die mit Abstand größte Zahl von Blutzugehörigen mit etwa 10.000 Priestern und Laien auf, verursacht hauptsächlich durch die Christenverfolgung der 1930er Jahre. Es folgt Polen mit mehr als 2.000 Märtyrern, von denen allein etwa 1.000 Priester im Konzentrationslager Dachau interniert waren. Für Italien liegt eine Zusammenstellung von 393 Namen vor. Der gesamte afrikanische Kontinent kommt auf 232 Märtyrer, während die Zahlen für Asien und Amerika undurchsichtig sind.

Der zweite Teil „Aus der Zeit des Nationalsozialismus“ überschrieben, ist der umfangreichste und macht mit seinen 115 Seiten fast genau die Hälfte des Buches aus. Das erste Kapitel lautet: „Todesmärsche und

Martyrium“. Darin behandelt Moll zunächst die historischen Hintergründe der Todesmärsche, um dann auf die verschiedenen Arten des damit verbundenen Martyriums und deren Problematik einzugehen. Für den rheinischen Raum von einiger Bedeutung ist dann das zweite Kapitel mit dem Titel „Diözesanpriester und Ordensleute – Speerspitze der Verfolgung“. Es folgen vier Kapitel „Zeugen der Wahrheit“ in einzelnen geographischen Räumen und Städten. Von den fünf „Zeugen der Wahrheit“ im Euskirchener Raum dürfte der Medizinstudent Willi Graf am bekanntesten sein.

Der dritte Teil befasst sich in zwei Kapiteln mit „Dimensionen des Martyriums der Reinheit“. Im vierten Teil mit der Überschrift „Martyrium und Mission“, welches ebenfalls zwei Kapitel umfasst, geht der Autor zunächst auf den Zusammenhang von Martyrium und Mission ein, und zwar in der Frühzeit des Christentums als auch im 20. Jh. Dabei widerspricht er der oft anzutreffenden Ansicht, Missionare und Missionarinnen seien weniger aus religiösen, sondern vielmehr aus kulturellen oder rassistischen Gründen ermordet worden.

Das neue deutsche Martyrologium, das von einem Rezensenten mit gutem Recht als „epochales Werk des 20. Jhs.“ bezeichnet wurde, war ein publizistischer Erfolg. Es repräsentiert freilich den Forschungsstand von 1999, während die wissenschaftliche Arbeit weitergeht. Prälat Moll hat in seinem Buch „Martyrium und Wahrheit. Zeugen Christi im 20. Jh.“ gewissermaßen eine erste Bilanz gezogen und dabei den Schwerpunkt auf das Rheinland gelegt. Indem er immerhin drei „neue“ Märtyrer vorstellen konnte, die erst nach Abschluss des Martyrologiums recherchiert wurden, hat er das Vorschreiten der Forschung dokumentiert. Mit einigen Beiträgen des Buches hat er auch exemplarisch deutlich gemacht, dass das Martyrologium als Grundlagenwerk für weitere noch zu leistende Arbeit dient.

Helmut Moll: Martyrium und Wahrheit. Zeugen Christi im 20. Jahrhundert. Gustav-Siewerth-Akademie: Weilheim-Bierbrunn. 2005, 238 S., geb., ISBN 3-928273-74-4

Bericht von der Haupttagung der katholischen Männerarbeit

VON HEINRICH DORNDORF

Vom 10. bis 12. Mai 2006 fand im Bonifatiushaus in Fulda die jährliche Mitgliederversammlung und Haupttagung der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) und der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen statt. Der Präsident der GKMD, Franz-Josef Schwack, und der Leiter der kirchlichen Arbeitsstelle, Dr. Andreas Ruffing, gaben einen Überblick über ihre Arbeit des vergangenen Jahres. Es wurde des im letzten Jahr verstorbenen Oberst a.D. Marohl gedacht, der bis 1996 Vertreter der GKS bei der GKMD und gleichzeitig deren Vizepräsident er war.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete eine Erklärung zur Fußball WM 2006, in der es u.a. heißt: „Das Motto ‘Die Welt zu Gast bei Freunden’ solle erlebt werden können ohne Gewaltexzesse und unkontrollierbare Eskalationen. Deshalb appelliert die GKMD an alle fußballbegeisterten und lebenserfahrenen Männer, freundliche und klare Präsenz zu zeigen, um so dazu beizutragen, dass Freude und Begeisterung vor allem jugendlicher Fans nicht durch unmäßigen Alkoholgebrauch in Gewalt umschlage.“

Darüber sollen die Ortsgruppen der Männerarbeit in Schreiben an ihre jeweilige Landesregierungen die



Zwangsprostitution und den damit verbundenen Menschenhandel anprangern. Die verantwortlichen Politiker werden u.a. auffordert zur

- Durchführung von regelmäßigen polizeilichen Kontrollen zur Aufdeckung des Menschenhandels,
- konsequenten Ausschöpfung aller vorhandenen Rechtsmittel,
- öffentliche Aufklärung und Sensibilisierung von Männern.

Die GKMD ist davon überzeugt, dass die Mehrzahl der Männer sich ihrer Verantwortung bewusst ist, und sich nicht an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit mitschuldig werden will.

Ein Grußwort des Präsidenten der internationalen Vereinigung UNUM OMNES, Alejandro Madero (Argentinien), wurde vom Vizepräsidenten, Georg Kopetzky (Österreich), verlesen. UNUM OMNES ist eine 1948 gegründete Internationale Vereinigung katholischer Männer. Der Name drückt den Wunsch Jesu aus, dass die Menschen in Gott „alle eins“ seien. UNUM OMNES hat u.a. zum Ziel

- Männern zu helfen, ihre Fähigkeiten im Leben als Katholiken zu nützen,
- die Familie als Ursprung allen Lebens zu fördern,
 - die Schaffung von Vereinigungen kath. Männer zu fördern.

Ein Vortrag des Leiters der kath. Sozialethischen

Arbeitsstelle der DBK in Hamm, Thomas Becker, mit anschließender Diskussion über religiöse und kirchliche Orientierungen gemäß der vom Heidelberger Sinus-Institut im Auftrag der DBK untersuchten Probleme der zehn sozialen Milieus (Sinus-Milieu-Studie) im Hinblick auf das religiöse Verhalten der Männer fand große Aufmerksamkeit. Vier wesentliche Punkte wurden herausgestellt,

- Werte in Bezug auf Geld und Konsum, Freizeitinteressen, Familie und Partnerschaft;
- Lebensstil hinsichtlich Wunsch und Leitbilder;
- Alltagsästhetik mit Blick auf Gesundheit und Ernährung;
- soziale Identität bezogen auf Medien, Arbeit und Beruf, Politik und Gesellschaft.

Die Werteentwicklung wurde dargestellt von den 50er Jahren bis heute. Waren die 50er und 60er Jahre geprägt von Status und Genuss – wer ist was, mehr Sein statt Haben –, so ging die Entwicklung der 70er Jahre von Emanzipation, Selbstverwirklichung und Ökologie über bis in die Gegenwart hinein zur Sinnsuche, zu Unsicherheit als Grunderfahrung in einer Welt von Risiken. Man könnte auch die ganze Entwicklung bezeichnen: Von „Großer Gott wir loben dich“ zu „Kleines Senfkorn Hoffnung“. So findet die Sinus-Studie heraus, dass für viele Menschen Kirche gesellschaftlich zwar bedeutsam, aber für sie selbst nicht so wichtig ist. Man akzeptiert Kirche als soziale Komponente, lehnt jedoch eine persönliche Kirchenbindung ab.

Ein eigenes Milieu bilden die Hedonisten. Es sind vorwiegend junge Leute um die 30, für die Kirche das schwierigste Milieu. Ihnen soll der Tag eine 24 Stunden dauernde Party sein. Aber auch sie suchen

Haupttagung der GKMD 2006: „Männerbischof“ Prof. Dr. Ludwig Schick, Erzbischof von Bamberg, stellt sich den Fragen der Tagungsteilnehmer; Moderation Franz-Josef Schwack, Präsident der GKMD.

(Foto: M. Hochholzer)



Fortsetzung auf Seite 53 u., Sp. 1

Männerarbeit auf dem 96. Katholikentag 2006 in Saarbrücken

Ein großes Fest des Glaubens ist zu Ende gegangen. Glau-ben – das heißt auch: sich von Gott für das Leben und das Miteinander-Umgehen inspirieren lassen. Und das haben die Organisatoren des 96. Deutschen Katholikentags in Saarbrücken bewusst gemacht, indem sie das Motto „GERECHTIGKEIT VOR GOTTES ANGESICHT“ wählten.

Mittlerweile schon eine bewährte Einrichtung auf Katholikentagen ist das Zentrum Frauen und Männer – diesmal zusammen mit dem Zentrum Generationen – untergebracht in den Willi-Graf-Schulen. Obwohl nicht direkt in der Stadtmitte, herrschte doch teilweise lebhaftes Treiben.

Der Männerbereich griff das Katholikentagsmotto unter den Aspekten „MANN-GERECHT LEBEN“, „MANN-GERECHT HANDELN“ und „MANN-GERECHT GLAUBEN“ auf. Einige Beispiele aus dem Programm: „MÄNNER-KRAFTRAUM“, eine „Lese- und Schreibwerkstatt“ mit Br. Paulus Terwite, „HOMOSEXUELLE UND HETEROSEXUELLE MÄNNER IM GESPRÄCH“, ein Podium „Mann-gerecht leben“ u.a. mit Erzbischof Ludwig Schick von Bamberg, ein Vortrag „Mann-gerecht glauben“ mit Prof. Paul M. Zulehner, Beratung zu Lebens- und Glaubensfragen, Partnerschaft und Familie, Arbeitslosigkeit und Gewaltfragen etc.

Leider schien der Draht zum himmlischen Wetterwart diesmal nicht allzu gut gewesen zu sein. Doch der Regen verzog sich zum Glück

zum großen Abschlussgottesdienst im Ludwigsparkstadion wieder. Auch der Eröffnungsabend – ein großes Fest an verschiedenen Plätzen der Altstadt – konnte trocken genossen werden. Ansonsten aber gab es für alle Aktivitäten im Außenbereich Probleme.

Insofern war es nicht ganz so glücklich, dass die Kirchenmeile, wo sich Diözesen, Verbände etc. vorstellten, in der Fußgängerzone angesiedelt war (und nicht, wie in Ulm, in Messehallen). Auch unabhängig vom Wetter hat es sich aber als gute Entscheidung erwiesen, den Stand der Männerarbeit diesmal im Zentrum Frauen und Männer zu platzieren. In

den Gesprächen mit den Leuten, die vorbeischauten, wurde deutlich, dass das Thema Männerarbeit vielerorts Interesse findet.

Der nächste Katholikentag findet 2008 vom 21. bis 25. Mai in Osnabrück statt. Interessant für alle aus der katholischen Männerarbeit: Franz-Josef Schwack, Männerreferent in Osnabrück und Präsident der GKMD, wird ab Herbst als Koordinator der Diözese für den Katholikentag tätig werden.

(www.katholische-maennerarbeit.de)

Hinweis: Berichte über die Militärseelsorge sowie den Stand der GKS auf dem Katholikentag s.S. 76)

BUCHBESPRECHUNG – MANN UND SPIRITUALITÄT:

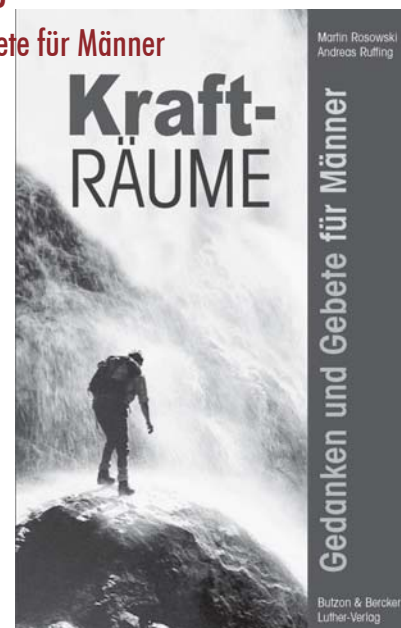
Wie Männer heute glauben können

Gedanken und Gebete für Männer

Männern mangelt es nicht an spirituellen Erfahrungen, doch sie legen großen Wert darauf, diese in ihrer eigenen Sprache auszudrücken.

Als Hilfe dazu ist in diesem Frühjahr ein Buch erschienen, das sich an Männer wendet, die offen und neugierig sind für die spirituellen Dimensionen ihres Lebens sowie an Mitarbeiter in der kirchlichen Männerarbeit und Männerbildung. Es ist ein Buch von Praktikern für Praktiker, herausgegeben von Martin Rosowski, Geschäftsführer der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), und Andreas Ruffing, Leiter der Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen. Mitgearbeitet haben Markus Hofer, Paulus Terwite und Klaus Vellguth (aus katholischer Sicht) und Detlev Gause, Eckhard Käßmann und Hans-Georg Wiedemann (aus evangelischer Sicht). Die Texte sollen zum Nachdenken und zur Besinnung über Grundgefühle von Männern anregen – über Freude und Hoffnung, Angst und Trauer, Liebe und Wut.

Jedes Kapitel bietet einen ein-führenden Psalmtext, einen autobiographisch gefärbten Erfahrungsbericht, weiterführende Gedanken



sowie Gebete und Texte aus der Literatur. Abgerundet wird das Angebot durch ausdrucksstarke zweifarbige Fotos.

Ein modernes, ökumenisch ausgerichtetes Glaubensbuch von Männern, das Männer in ihrer eigenen Sprache zum Gespräch über Spiritualität, Gotteserfahrungen und religiöses Empfinden einlädt.

„Kraft-Räume. Gedanken und Gebete für Männer“. Hrsg. Martin Rosowski/Andreas Ruffing. 144 S., mit zahlreichen zweifarbig. Fotos. Verlag Butzon & Bercker, Kevelaer, in Gemeinschaft mit dem Luther-Verlag, Bielefeld.

Fortsetzung von Seite 52

nach dem Sinn des Lebens.

Höhepunkt der Tagung war der Gottesdienst und das anschließende Gespräch mit Erzbischof Schick, dem Männerbeauftragten der DBK. Erzbischof Schick sagte, dass Männer Spiritualität suchen und brauchen, sie sollten missionarisch für die da sein, die sich vom Glauben entfernt haben. Männer brauchen Wegbegleiter bei allen Problemen.

Den Abschluss der Tagung bildeten vier verschiedene Workshops, in denen es um den Sinn des Lebens ging in einer Männerwelt von Aktivität, Integration und Leistung. □

ÜBER DAS VATERSEIN:

„Es ist wichtig, dass das Kind die Liebe des Vaters erfährt“

Vortrag von Familienbischof Klaus Küng über das Vatersein

Die katholische Nachrichtenagentur ZENIT veröffentlichte im Februar 2006 einen Vortrag über die Rolle des Vaters in Erziehung und Familie, den der St. Pöltener Diözesanbischof Klaus Küng anlässlich der Frühjahrskonferenz der Katholischen Männerbewegung Österreichs am 4. Februar im Bildungshaus St. Hippolyt hielt. „Die göttliche Vaterschaft ist Grundlage und Vorbild jeder Vaterschaft“, betonte der österreichische Familienbischof. „Nur die aktuelle, stets erneuerte Liebe des Mannes zu seiner Frau vermag ihm den Sinn seiner Vaterschaft zu geben und die Art und Weise, dieser Vaterschaft zu verwirklichen.“

1. Eine vaterlose Gesellschaft

Ein besonders wichtiger Aspekt in unserer Zeit ist die Vaterlosigkeit: Alexander Mitscherlich sprach schon vor Jahrzehnten von der „vaterlosen Gesellschaft“. Er meinte damit die Erscheinung, dass die Industriegesellschaft auf Funktionen basiert. Es zählt das Know-how, der Manager, der Macher, der Star. Nicht die Persönlichkeit, sondern die Leistung, die Kraft, das Geld, die Schönheit. Das führt zu einem Abbau der Bedeutung persönlicher Autorität in der Schule, in der Politik. Die Medien spielen in diesem Geschehen eine besondere Rolle.

Aber es ist nicht nur das. Verloren war der Vater zuerst in der für das Kind weit weg liegenden Arbeitswelt, aus der der Vater am Abend kurz zurückkam, meistens nicht gut aufgelegt, manchmal eventuell noch bereit zu einem Spielchen mit dem Kind vor dem Ins-Bett-Gehen. Viel konnte man von ihm nicht erwarten, denn er hatte schon genug gearbeitet, war müde und wollte nur essen und vor dem „Kasten“ (TV) sitzen, mit dem Bierkrug in der Hand. Bisweilen war der Vater die richterliche Autorität, an die die erschöpfte Mutter appellierte, um das launische Kind in die etablierte Hausordnung zu fügen.

Wenn der Vater sich dem Kind nicht zuwendet, kann keine „Vital-Bindung“ entstehen. Diese ist wichtig. Um das zu erklären, muss ich etwas weiter ausholen.

Dieser Begriff („Vital-Bindung“) stammt von Viktor von Weizsäcker, dem Begründer der deutschen psychosomatischen Medizin. Er sagt,

dass die Entstehung einer Vital-Bindung die unersetzliche Voraussetzung für Erziehung ist. Die Mutter hat in dieser Hinsicht einen eindeutigen Vorteil. Vital-Bindungen sind die Grundlage für Kontakt, Zuneigung, Kommunikation, sie müssen aber verwandelt werden. Weizsäcker lehrt, dass sie gelöst werden müssen. Allein so wird eine Weiterentwicklung des Kindes möglich, auch wenn ihre Wandlung schmerzhaft sein kann und bei ihrer Entwöhnung gewisse Probleme auftreten können. Wörtlich sagt Weizsäcker: „Jeder Erzieher untersteht dem dialektischen Gesetz, dass er nur dort wirken kann, wo eine Bindung ist, und dass er nur dort bilden kann, wo er auch die Bindung wieder löst. Sonst wird er zum Schulmeister oder zum Exerzierstock und produziert als solcher Neurosen. Das nervöse Kind, das verstockte, das grausame, hasserfüllte, rachsüchtige Kind (...), Kinder mit Schrei- und Atemkrämpfen, Kinder mit Bettnässen und Daumenlutschen, mit Essensverweigerung, Erbrechen, angst- und hysterischen Reaktionen sind meist Kinder, bei denen zum Beispiel die Bindung an die Mutter übermäßig stark war, und bei denen die Lösung der Vital-Bindung mit übermäßigem Entziehungsschmerz verbunden ist. So paradox es scheinen mag: Gerade diese nervös, ungehorsam, 'böse', widerspenstig und lieblos erscheinenden Kinder sind jene, bei denen die Vital-Bindung, besonders an die Mutter viel stärker ist als bei den unkomplizierten, so genannten gutartigen Kindern. Gerade die nervösen

Kinder sind es, welche die Liebe am meisten suchen und bei denen die Verzärtelung am gefährlichsten wirkt. Diese Kinder brauchen weder nur mehr Strenge, noch nur mehr Schonung (beides ist ganz falsch). Was sie brauchen, ist ein Mehraufwand an beidem und damit an lösender, das heißt zur Selbstständigkeit führender Erziehungsarbeit.“

Die kindliche Vital-Bindung, besonders an die Mutter muss „entkindlicht“ werden. Wo der Vater abwesend ist und die Frau sich in jeder Hinsicht vernachlässigt und missverstanden fühlt, also als Ehefrau und Erziehungspartnerin unbefriedigt, dort wird der Entwicklungsvorgang gehemmt. Dort entsteht häufig eine zu starke Mutterbindung, Ursache vieler Reifestörungen, denen man gerade in unserer Gesellschaft häufig begegnet.

Eine große Bedeutung für die Entwicklung des Kindes kommt der Beziehung zwischen Vater und Mutter zu. Auch das ist grundlegend, um zu verstehen, was Vatersein bedeutet.

Allzu oft kommt es in der ehelichen Liebe zu falschen Entwicklungen: Sie verkümmert nach Abklingen der Verliebtheit der ersten Zeit und mündet in eine Art Banalität gemeinsamer, fast bloß kaufmännischer Interessen. Das unbefriedigte Bedürfnis der Frau, als Person geschätzt und geliebt zu werden, wirft sich mit allen ichhaften Saugkräften auf das Kind, das zum Opfer dieser beklemmenden Situation wird: Es ist die Zuflucht, der Trost, die Ehre, die Krone nicht des Wir, sondern der ungesättigten Frauenliebe. Es soll der Frau geben, was diese in der Ehe nicht erlangen kann. Viele Störungen hängen damit zusammen.

Ein solches Klima, das der gegenseitigen Liebe und der menschlichen Wertschätzung unter den Partnern widerspricht, schadet der Entwicklung des Kindes mehr als jede Streitigkeit, die zwar häufig vermieden, dafür aber auch häufig durch kalte Selbstbeherrschung ersetzt wird. Die unaufhörliche, bittere und oft verdeckte, manchmal auch offene

Feindseligkeit zwischen Vater und Mutter, die oft (nicht immer) die „Affenliebe“ zum Kind entstehen lässt, gehört zu den schlimmsten Erfahrungen, die ein Kind je machen kann. Es wird unsicher und misstrauisch gegenüber dem Leben überhaupt und schließt daraus, dass „die Liebe eine Lüge ist“. Eine Atmosphäre, in der die eheliche Liebe fehlt, lässt die Persönlichkeit des Kindes verkümmern und bereitet den Weg zu künftigen Neurosen. Mangel an Bildung der Frau in Bezug auf Mutterschaft, unbefriedigtes Liebesbedürfnis, Angst, Misstrauen und Minderwertigkeitsgefühle der Mütter führen zu einer Bindung an das Kind, die vor allem aus Tabu- und albernen Sicherheitsmaßnahmen besteht. „Ohne Risiko“ will die Mutter auf eigene Faust jeden Schritt des Kindes vorausbestimmen. Eine vom steifen Formalismus geprägte Zwangsvorstellung von der Gesundheit kreiert den Typ des Muttersöhnchens. Sicherheit als Beseitigung des Unvorhergesehenen hemmt die Vitalität und den Unternehmensgeist des Kindes.

Das Kind sollte hingegen von den ersten Vorschuljahren an die eigene Verantwortung tragen, den eigenen Kampf führen lernen, und es sollte Erfolge und Misserfolge annehmen, ohne dabei begeistert den Applaus oder tragischen Tränen begegnen zu müssen. Da sollte die Schule in ihrer Bedeutung nicht überbewertet werden. Wichtig und entscheidend ist, dass das Kind die Liebe zum Leben weiter entfaltet, dass es ganz frei seine Berufung findet.

Die Vaterforschung der letzten 30 Jahre hat festgestellt, dass die physische und aktive Anwesenheit des Vaters die harmonische – gesunde – Entwicklung des Kleinkindes im großen Ausmaß fördert, dass der Vater genauso fähig ist wie die Mutter Kleinkinder zu versorgen, mit ihnen zu kommunizieren und zu spielen, und dass er sich dabei von der Mutter unterscheidet. Es geht dabei nicht nur darum, die Frau zu entlasten, sondern einem Grundbedürfnis des Kindes entgegen

Eine Atmosphäre, in der die eheliche Liebe fehlt, lässt die Persönlichkeit des Kindes verkümmern und bereitet den Weg zu künftigen Neurosen.

zu kommen. Der Vater ist dabei genauso kompetent wie die Mutter.

Er sollte diese aber nicht einfach nachahmen, auch wenn es gut sein mag, dass auch er in der Lage ist, dem Kind die Flasche zu geben, das Kind zu baden und ihm die Windeln zu wechseln. Er sollte sich seiner Fähigkeiten bewusst werden und eine größere Verantwortung als Vater übernehmen.

Die schwierigste Form des „Vaterverlustes“ entsteht durch die Ehescheidung. Sie ist die schlimmste Plage unserer Gesellschaft. Hier sind die negativen Folgen für die Kinder am deutlichsten erkennbar, mit oft verhängnisvollen Auswirkungen, die den betroffenen Kindern und Jugendlichen nicht selten für das ganze Leben eine Prägung geben und oft schwer heilbar sind. Die Ursachen sind komplexer Art, sie hängen mit dem Vaterverlust, aber auch mit einer Reihe von anderen Faktoren zusammen wie der Reaktion der Mutter auf die Trennung, das Auftreten wirtschaftlicher Probleme, eventueller Wechsel der Wohnung, der Schule, des Freundeskreises usw. Vor allem stellt der Konflikt der Eltern vor, während und nach der Scheidung eine besondere Belastung für die Kinder dar. Dies beeinträchtigt stark die emotionale und soziale Integration, es kommt zu einer dürftigen Entwicklung des Charakters und des Verhaltens, zu Defiziten in den Schulleistungen. Auch Aggressivität und Depressionen gehören oft zu den negativen Folgen der Vaterentbehrrung der Scheidungskinder.

Viele Burschen wachsen ohne männliches Vorbild auf (verstärkt

durch das starke Überwiegen von weiblichem Personal in der ganzen Erziehung). Bei den Burschen sind die Folgen besonders deutlich erkennbar, aber auch bei Mädchen spielt die Beziehung zum Vater für die Entwicklung, insbesondere für ihre Beziehungsfähigkeit, eine wesentliche Rolle. Manche verbringen ihr ganzes Leben mit der Suche nach dem Vater.

2. Wesen und Aufgabe des Vaters

Die grundlegenden Kennzeichen jeder wahren Vaterschaft scheinen mir Liebe und Verantwortung.

Ein guter Ausgangspunkt für die Erklärung dessen, was ein Vater ist und sein soll, scheint mir die Offenbarung der Vaterschaft durch Christus. Er bezieht sich oft auf „seinen Vater“, der unser aller Vater ist. Die göttliche Vaterschaft ist Grundlage und Vorbild jeder Vaterschaft. Sie kann so skizziert werden:

- Gott ist der Schöpfer aller Dinge des Himmels und der Erde. Von ihm heißt es im Psalm: „Du hasst nichts, was du erschaffen hast.“ Aus dieser Vaterschaft entsteht von ihrem Wesen her Zuneigung und Liebe zu dem, was von ihm abstammt.
- Gott hat die Welt so sehr geliebt, dass er seinen Sohn gesandt hat. Er lässt die Seinen nicht allein, er lässt sie niemals im Stich. Wahre Vaterschaft führt zur unbedingten Annahme des Kindes, das immer zum Vater kommen darf, auch wenn die Probleme groß waren beziehungsweise groß sind.
- Gott führt und leitet. Er sendet sein Wort. Zunächst durch die Patriarchen und Propheten, schließlich sendet er seinen Sohn, der das fleischgewordene Wort ist.
- Zum Vatersein gehört, ein hörendes Herz zu haben. Gott ist ein Vater, der verzeiht, der seinen zurückkehrenden Sohn schon von der Ferne kommen sieht. Ein Vater hat ein großes Herz, hilft, baut auf, steht bei.
- Wie bereits gesagt:

Die physische und aktive Anwesenheit des Vaters fördert die harmonische, gesunde Entwicklung des Kleinkindes im großen Ausmaß. Der Vater ist genauso fähig wie die Mutter Kleinkinder zu versorgen, mit ihnen zu kommunizieren und zu spielen. Er unterscheidet sich dabei von der Mutter. Es geht nicht nur darum, die Frau zu entlasten, sondern einem Grundbedürfnis des Kindes entgegen zu kommen. Der Vater ist genauso kompetent wie die Mutter.

Die Zuwendung des Vaters ist schon beim Kleinkind sehr wichtig, damit eine Vital-Bindung entstehen kann.

Es ist von großer Bedeutung, dass der Vater für seine Familie Zeit hat, sich für sie Zeit nimmt. Vater und Mutter sind nicht austauschbar. Kinder brauchen die Liebe beider, sie brauchen die Ergänzung von Vater und Mutter. Sie brauchen den eigenen Vater und die eigene Mutter zur Findung ihrer Identität. Viel wäre zu sagen über die Probleme der „Patch-Work-Familien“. Der eigene Vater, die eigene Mutter ist nie wirklich ganz ersetzbar. Die Komplikationen sind oft viel größer, als weithin dargestellt wird.

- Es ist wichtig, dass das Kind die Liebe des Vaters erfährt. Beziehung ist niemals eine Einbahn. Erwachsene werden auch durch Kinder bereichert. Man muss bewusst machen, welchen Schatz ein Kind bedeutet. Jedes Kind hat seine eigene Persönlichkeit, die sich sehr bald zeigt. Väter können viel von ihren Kindern lernen. Sie sind in ihrer Grundstimmung oft fröhlich, kontaktfreudig, sie können spontan ihre Gefühle äußern, haben ein schier unbegrenztes Vertrauen zu den Eltern.
- Der Vater hat gemeinsam mit der Mutter eine Führungsaufgabe. Es ist wichtig, dass er mittut. Die Beziehungen müssen gepflegt werden, verändern sich allmählich. Es ist notwendig, dass der Vater mit den Kindern (manchmal mit einem der Kinder) etwas unternimmt und dass sich Gespräche entwickeln. Kinder müssen spüren: Ich bin dem Vater wichtig. Vater und Mutter müssen Ja zu ihren Kindern sagen – mit ihren Eigenheiten, Fähigkeiten und Schwächen, Schwierigkeiten und Problemen; mit ihrer persönlichen Berufung, die nicht immer den Vorstellungen und Träumen der Eltern entspricht.
- Wichtig ist auch das Offenhalten eines Freiraumes: Erziehen hat Grenzen.

Es ist wichtig, auf Wege zu weisen, aber nicht in ein Korsett. Manchmal ist es unvermeidbar, dass Irrwege gegangen werden. Wie schwer ist es, das zu erleben, und wie wichtig ist es, zu ihrer Wiederaufnahme bereit zu sein.

- Das Gleichnis von Barmherzigen Vater muss oft betrachtet werden.

Die Vaterschaft stammt von Gott, und auch die Mutterschaft. Gott, dessen Wesen die Liebe ist, hat den Menschen als Mann und Frau erschaffen und zur Liebe bestimmt. Es lohnt sich, die Enzyklika von Papst Benedikt XVI. zu lesen, was er über die Liebe schreibt.

Die vielleicht wichtigste Voraussetzung für eine heilbringende leibliche Vaterschaft ist das Eingehen einer christlichen Ehe und das Bemühen um ihre Verwirklichung.

3. Voraussetzungen für die Vaterschaft

In Genesis heißt es: „Darum verlässt der Mann Vater und Mutter und bindet sich an seine Frau, und sie werden ein Fleisch“ (Gen 2,24). Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Vaterschaft ist, selbstständig zu werden, eigenständig (Abnabelung). Es muss eine gewisse menschliche Reife erreicht werden: intellektuell. Die berufliche Ausbildung ist Grundlage, um sich selbst und eine Familie zu erhalten. Eine gewisse Ausgeglichenheit ist notwendig, Selbstbeherrschung, Fertigkeit im Charakter, Dienstbereitschaft.

Nicht nur Vater und Mutter müssen verlassen werden, manchmal auch Hobbys und Freunde, denen man weiter nachgehen kann, aber mit klaren Prioritäten für die Familie.

Wichtig ist das Eingehen einer echten Bindung. Das ist ein Punkt, der heute oft übersehen wird. Nur so entsteht die Voraussetzung einer wirklichen Hingabe in der Ehe, nur so entsteht die Grundlage der Geborgenheit für Frau und Kinder.

Eine ganz wichtige – vielleicht die wichtigste – Voraussetzung für eine heilbringende leibliche Vaterschaft ist das Eingehen einer christlichen Ehe und das Bemühen um ihre Verwirklichung.

Es besteht kein Zweifel, dass sehr viele Ehen deshalb oft zerbrechen oder nicht glücklich sind, weil nicht die Stufen beschritten werden, deren Bewältigung Voraussetzung ist für die notwendige Umwandlung der Beziehung in der ersten Phase der Verliebtheit zu den späteren Phasen der ehelichen Beziehung. Die Stufen der Ehe-Entwicklung bedeuten jedes Mal nicht nur geistige, sondern vitale Umbildungen, das heißt sie sind nicht nur sittlicher Art, sondern auch sinnlicher und affektiver Art. Anders sind die Beziehungen zwischen Verliebten als jene der Verlobten. Diese sind anders als die der Jungverheirateten; diese sind wieder anders als die von einem Ehepaar, das inzwischen Vater und Mutter geworden ist.

Die Situation ändert sich neuerlich, wenn die Kinder bereits erwachsen und von zu Hause ausgezogen sind. Wieder anders wird es, wenn beide in Pension sind.

Vor allem muss betont werden, dass sich die Erotik auf die physischen Eigenschaften des anderen bezieht, die Verliebtheit die seelischen Qualitäten des geliebten Menschen meint, während personale Liebe sich auf das einmalige, unwiederholbare und unersetzbare Du ausrichtet, das hinter dem körperlichen und seelischen Eigenschaften erkannt und ausgewählt wird, auf dieses Du, welches allein die Ganzhingabe des Ich hervorbringt. Das Steckenbleiben auf einer dieser Stufen bringt die Ehe als Gemeinschaft von Personen ins Schwanken, des Öfteren zum Scheitern, und entstellt von vornherein grundsätzlich alle Beziehungen zu den Kindern.

Die Ehe verlangt beidseitige Ganzhingabe oder sie wird – bewusst oder unbewusst – zu einem Bündel von Egozentrismen, das unvermeidlich egozentristische Kinder aufwachsen lässt. Denn wo die eheliche Liebe nicht mehr Ganzhingabe hervorbringt (nur sie ist dynamisch, erneuert sich ständig und ist erfindetisch), dort werden starke Ansprüche erhoben oder Sehnsüchte genährt, die zum Kampf oder zum Krampf führen: Die Atmosphäre der Familie wird gespannt, Machtkonflikte entstehen und von beglückender Freiheit bleibt keine Spur mehr übrig.

Die eheliche Hingabe ist eine ganz besondere Form der Freundschaft zwischen Personen, die das Teilen, das Geben, das Empfangen, das Verstehen und Mitfühlen fordert und fördert.

Heute stoßen wir einerseits auf manche extreme Formen der Emanzipation der Frau, die zum Egoismus pur werden können, aber auch seitens der Männer besteht die Gefahr, dass sie Besitzansprüche stellen, welche die Liebe erdrücken. Nicht nur seitens der Frau, sondern auch seitens des Mannes ist Ganzhingabe nötig, andernfalls kommt es zur Gefährdung der Ehe und zur Gefährdung der gesunden Entfaltung der Kinder. Diese Ganzhingabe wird nie auf Distanz verwirklicht, das heißt indem ein Mann sich sagt, dass seine Aufgabe darin bestehe, die Familie wirtschaftlich zu sichern, um der Frau die möglichst ungeteilte Zuwendung zum Kind zu ermöglichen. „Ich will meinen Kindern die beste Bezugsperson schenken, und das ist meine Frau: Sie tut es so geschickt, und ich habe darüber hinaus keine Zeit.“ Es braucht auch den Vater.

Die eheliche Hingabe ist eine ganz besondere Form der Freundschaft zwischen Personen, die das Teilen, das Geben, das Empfangen, das Verstehen und Mitfühlen fordert und fördert. Es ist notwendig, dass beide die Beziehung zueinander und zu den Kindern pflegen. Nur die aktuelle, stets erneuerte Liebe des Mannes zu seiner Frau vermag ihm den Sinn seiner Vaterschaft zu geben und die Art und Weise dieser Vaterschaft zu verwirklichen.

Die beste Grundlage für eine gesunde Entwicklung der Kinder, für die Verwirklichung von Mutterschaft und Vaterschaft besteht dann, wenn die Ehe als Sakrament gelebt wird. Dies führt dazu, dass beide persönlich um ein christliches Denken, Reden und Tun bemüht sind und sich Gedanken machen, wie Sie dieses Christsein gemeinsam am besten leben können. Mit der Hilfe Christi finden sie den Weg zu einem friedlichen und liebevollem Miteinander trotz aller Probleme und Schwierigkeiten. In der Beziehung zu Gott er-

hält die Vaterschaft jene Festigkeit, die mit Güte und Barmherzigkeit gepaart ist, für die Kinder zu Zuflucht und zum Halt wird und ihnen doch die nötige Freiheit und Entwicklung zu eigenständigen, gesunden Persönlichkeiten ermöglicht. Es hat in der Tat eine tiefe, nie ganz ausgeschöpfte Bedeutung, wenn Paulus lehrt: „Es ist ein großes Geheimnis. Ich beziehe es auf Christus und die Kirche“ (Eph 5,32).

4. Geistliche Vaterschaft

Erlauben Sie mir noch einige Worte zur geistlichen Vaterschaft, wie sie in der Kirche gelebt wird. Sie ist ein großer Segen, wenn sie zustan-

de kommt und entdeckt wird. Sie setzt im Besonderen eine reife Persönlichkeit voraus, die Verbundenheit mit Gott und das Bemühen um eine konsequent gelebte Nachfolge Christi. Auch in diesem Zusammenhang ist eine feste Bindung (oft im Sinne des Zölibates) wichtig. Die Verbundenheit mit Gott führt zu einer Liebe, die wohlwollend ist, für den anderen das Beste möchte. Sie ist gerade deshalb verständnisvoll, aber auch fest in Gottes Geboten verankert. Sie vermittelt Geborgenheit und Halt, ist ehrlich und scheut sich nicht, vor dem zu warnen, was schaden könnte. Sie öffnet neue Horizonte und führt ans richtige Ufer. □

Die beste Grundlage für eine gesunde Entwicklung der Kinder, für die Verwirklichung von Mutterschaft und Vaterschaft besteht dann, wenn die Ehe als Sakrament gelebt wird. Dies führt dazu, dass beide persönlich um ein christliches Denken, Reden und Tun bemüht sind und sich Gedanken machen, wie Sie dieses Christsein gemeinsam am besten leben können.

Väter waren bekanntlich selber nie Töchter. Es ist also eine teilweise fremde Welt, die ihnen in den eigenen Töchtern gegenüber steht. Darum muss man Vätern sagen, wie wichtig sie für die Töchter sind. Die Autorin des folgenden Beitrags, heute Leiterin eines Ehe- und Familienzentrums, tut es auf berührende Art:

Bericht einer Tochter

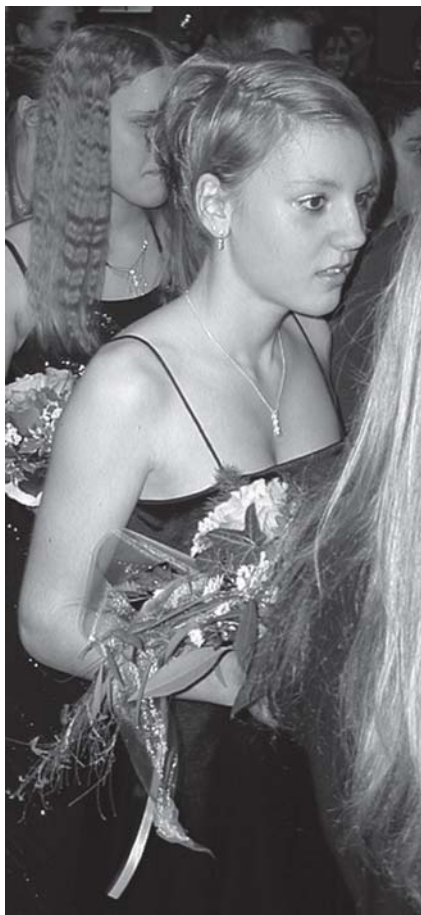
VON INGRID HOLZMÜLLER

Tanzkursabschlussball. Ich verbrachte, wie alle meine Freundinnen, den Tag damit, mich auf dieses einzigartige Ereignis vorzubereiten. Ich war beim Friseur, legte mich eine Stunde in die Badewanne, cremte, manikürte und pedikürte mich. Ich bügelte mein Kleid, schminkte mich, malte mir die Finger- und Zehennägel perlmuttrosa an. Kurzum ich tat alles, um mich schön zu machen.

Erst als mein großer Auftritt im Wohnzimmer für meinen Vater gekommen war, dämmerte es mir, dass ich mich einzig und allein für einen Mann schön gemacht hatte und den ich mit meiner atemraubenden Schönheit beeindrucken wollte, nämlich meinen guten alten Papa.

Ich ging mit majestätischen Schritten durchs Haus zu ihm ins

Wohnzimmer. Meine Mutter lächelte verständnisvoll. Sie war auf die Reaktion meines Vaters ebenso gespannt wie ich. Mein Vater lag auf der Couch und las die Zeitung. Einige Sekunden verstrichen. Ich wartete geduldig. Weitere Sekunden vergingen. Schließlich fragte ich erwartungsvoll: „Nun, was meinst du?“ Er schaute mich an und schwieg. Dann las er weiter. Kein Wort kam über seine Lippen. Ich fühlte mich gedemütigt und dumm in meiner ganzen Aufmachung. „Ich gefalle ihm nicht“, schoss es durch meinen Kopf. „Dabei habe ich mir so viel Mühe gegeben.“ Tränen traten in meine Augen. Am liebsten hätte ich hemmungslos losgeheult, was ich mir jedoch auf Grund des Make-ups unter sagte. „Ich gefalle ihm nicht“, sagte ich mit kläglichlicher Stimme zu meiner



Gespannte Erwartung: Junge Damen auf dem Weg zum ersten Ball.

Rückblickend muss ich sagen, dass mir meine damalige Erklärung immer noch plausibel erscheint, doch Alter und Erkenntnis haben mich milder gestimmt. Inzwischen denke ich, dass es ihm einfach peinlich war, auf meine Weiblichkeit zu reagieren. Kleine Mädchen legen kein Make-up auf oder lackieren sich die Fingernägel. Kleine Mädchen tragen kein figurbetontes Kleid und verwenden keinen Glitzerpuder für den Ausschnitt. Frauen tun es aber. Ich glaube, mein Vater erkannte zum ersten Mal, dass sein kleines Mädchen eine Frau war und eine eigene Erotik ausstrahlte und er missbilligte dieses Verhalten. Es war ihm peinlich und er wusste nicht, wie er damit umgehen sollte.

Aus meiner Sicht war alles ganz harmlos. Ich wünschte mir ganz einfach, von meinem Vater zu hören, dass ich hübsch sei. Ich wollte, dass

er bemerkte, dass ich kein Kind mehr war und dass er mir versicherte, dass die Frau, die ich einmal sein würde, einzigartig und wunderbar wäre. Ich wollte spüren, dass er auf seine Tochter einen Stolz hat.

Manchmal passiert es mir auch noch heute, dass ich mich, wenn ich ausgehe, leer fühle. Dass ich Angst habe, nicht die Zustimmung der anderen zu finden, nicht wahrgenommen zu werden. Ich bekämpfe dieses Gefühl zwar mit meinem Verstand, aber die emotionale Realität ist unvergesslich.

Mir geht es nicht um Schuldzuweisung, Eltern sind auch nur Menschen. Wir alle machen Fehler, ganz besonders wenn wir versuchen gute Eltern zu sein. Ich glaube jedoch, dass sich Väter viel zu wenig bewusst sind, welche Macht sie über das Selbstwertgefühl ihrer Tochter haben.

(Nachdruck aus: „Von man zu Mann“ 4/05, Hrsg. Männerbüro der katholischen Kirche Voralberg)

Mutter. Diese nahm mich beiseite und sagte beschwichtigend: „Natürlich gefällst du ihm, aber du kennst doch deinen Vater. Das zu zeigen ist nicht seine Art.“ (Ich frage mich, wie viele Kinder diesen Satz schon gehört haben: „Du kennst doch deinen Vater...“) Ich ging zum Abschlussball und hielt mich für unscheinbar und nicht beachtenswert. Ich hielt mich auch während der nächsten zehn Jahre für unscheinbar und nicht beachtenswert.

Das Verhalten meines Vaters hatte meine schlimmsten Teenagerbefürchtungen bestätigt: Ich hatte den ersten Test bezüglich meiner Weiblichkeit nicht einmal nach mühevoller, ganztägiger Anstrengung bestanden. Ganz offensichtlich, so redete ich mir ein, war es meinem Vater peinlich, mir die Wahrheit zu sagen. Weil er mich liebte, wollte er mich schonen. Wenn mein eigener Vater mich aber nicht für attraktiv hielt, so lautete meine Schlussfolgerung, dann musste es noch schlimmer um mich bestellt sein, als ich befürchtet hatte. Wenn nicht einmal er als mein Vater einen Blick für mich übrig hatte, dann würde wohl niemals ein Mann Notiz von mir nehmen!

NICHT NUR, ABER AUCH EIN MÄNNERTHEMA:

Glaubensweitergabe: Viele Katholiken sehen Defizite

Deutschlands praktizierende Katholiken halten es mehrheitlich für wichtig, dass Kinder und Jugendliche intensiver an den Glauben herangeführt werden. Wie aus einer im Januar in Paderborn veröffentlichten Umfrage des Bonifatiuswerkes der deutschen Katholiken hervorgeht, begründeten 85,5 Prozent der Befragten eine aktive Glaubensunterweisung mit dem Hinweis, dass die Gesellschaft engagierte Christen brauche. 39,6 Prozent gaben an, die „alte Kirche“ benötige einen neuen Aufbruch. 71,4 Prozent beklagten grundsätzlich eine „fehlende christliche Erziehung“. An der vom Bonifatiuswerk im November 2005 durchgeführten 2. Glaubensumfrage beteiligten sich bundesweit mehr als 2.500 Katholiken.

Auf die Frage, welche Personen den eigenen Glauben geprägt hätten, antworteten der Umfrage zufolge 97,3 Prozent mit „Eltern,

Großeltern, Verwandte“ sowie 73,1 Prozent mit „Priester, Ordensangehörige“, 42,8 Prozent mit „Religionslehrer“ und 17,5 Prozent mit „sonstige Personen“. Mehrfachnennungen waren möglich.

Befragt, warum Heranwachsende nur schwerlich Zugang zum Glauben fänden, gaben 38,5 Prozent zur Antwort: „Ihr Interesse gilt nur Musik, Partys und Kleidung“. Dass die Gesellschaft es glaubensinteressierten Jugendlichen heute schwer mache, befanden 63,7 Prozent. 31,0 Prozent meinten: „Zu wenige Christen zeigten Dialogbereitschaft.“

Auf die Frage, welche „herausragenden Glaubens-Botschaften“ der Einzelne weitergeben wolle, antworteten 67,2 Prozent mit „Gott nimmt Dich an – ohne Wenn und Aber“, 32,8 Prozent mit „Frieden suchen mit allen Menschen“ und 62 Prozent mit „Leben über den Tod hinaus“.

Im Rahmen der Umfrage wollte das Bonifatiuswerk auch wissen, was

Anschnallen und Abheben! Ehe – ein Zukunftsmodell

Ein Symposium der Deutschen Bischofskonferenz und des ZdK

VON VERA WASSERMANN

Die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) veranstalteten am 6./7. April 2006 ein interdisziplinäres wissenschaftliches Symposium zum Thema „Anschnallen und Abheben! Ehe – ein Zukunftsmodell“. Das Symposium fand statt im Rahmen der Initiative „Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie“ und ist Nachfolgeveranstaltung der Erklärung „Partnerschaft und Elternschaft“ des ZdK. Tagungsort war das Konferenzzentrum des Flughafens Köln/Bonn – ein Ort, der auf die Herausforderungen verweist, denen Partnerschaften und Ehen unter den Bedingungen von Mobilität und Flexibilität heute unterliegen. Ziel des Symposiums war es, den Wert der Ehe für die Gesellschaft und den hieraus resultierenden Schutzauftrag des Staates für die Ehe herauszustellen sowie die Aktualität und Attraktivität dieser Lebensform zu betonen. Der interdisziplinäre Dialog wurde in Anwesenheit von Kardinal Sterzinsky, Vorsitzender der Kommission Ehe und Familie der Deutschen Bischofskonferenz, und Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK, in drei Themenbereichen geführt.

Kardinal Sterzinsky ging in seiner Begrüßung auf die Ehe als eine Institution ein, die durch klare Strukturen und gemeinsame Ausrichtungen auf Lebensziele zu einer posi-

tiven Entfaltung der personalen Beziehung und darin nicht zuletzt auch der Personen selbst beitrage. Prof. Meyer betonte, die Ehe ermögliche eine gemeinsame, gleichberechtigte

Erwachsene von den Jugendlichen lernen könnten. 62,0 Prozent betonten: „Kritische Fragen stellen, Standpunkte überdenken“, 57,7 Prozent gaben an, „wirkliche Begeisterung entwickeln“ und 37,4 Prozent „Berührungspunkte zu Außenseitern abbauen“.

Die Glaubensumfrage stand unter dem Motto der letztjährigen bundesweiten Diaspora-Aktion „Komm, sag es ihnen weiter!“ Dazu erklärten 56,4 Prozent, dieser Satz bedeute, „mit Jugendlichen das religiöse Gespräch zu suchen“. 75,9 Prozent meinten, die Aussage heiße „den Glauben ohne Worte vorzuleben“. Für 35,1 Prozent bedeutete der Slogan, „Jugendliche zu kirchlichen Veranstaltungen einzuladen“.

Der Generalsekretär des Bonifatiuswerkes, Prälat Clemens A. Kathke, äußerte sich zufrieden über die inhaltlichen Impulse, die die Glaubensumfrage setze: „Aus den Antworten wird deutlich, dass es einen großen Nachholbedarf an intensiven Glaubensgesprächen in den Familien und

Gemeinden gibt. Zugleich besteht unter den Katholiken eine spürbare Bereitschaft, sich den Herausforderungen der Weitergabe des Glaubens zu stellen.“ Bischöfe, Priester und engagierte Laien sollten die Ergebnisse dieser Umfrage zum Anlass nehmen, neue Wege der Familienpastoral zu suchen und zu beschreiten, betonte Kathke. Das Bonifatiuswerk werde die Unterstützung der Glaubensweitergabe zu einem Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit in Deutschland und Nordeuropa machen. „Unser Land braucht einen neuen geistigen Aufbruch“, unterstrich er.

Bereits im vergangenen Jahr hatte das in Paderborn ansässige Werk in seiner 1. Glaubensumfrage unter damals 1.150 Personen ermittelt, dass es einem Großteil der bekennenden Katholiken eher leicht falle, über den eigenen Glauben mit anderen zu sprechen. Immerhin hielten 98,8 Prozent der Befragten die Weitergabe des Glaubens an die eigenen Kinder „für wichtig“. (KNA)

Lebensplanung und -führung. Sie umfasse sowohl die Chance für Mütter, berufstätig zu sein als auch die Chance für Männer, sich der Familie zu widmen. Die Ehe stelle eine Alternative zu Egoismus, Bindungslosigkeit, Unzuverlässigkeit und Opportunismus dar.

Keimzelle humaner Gesellschaft

Im Themenbereich „Ethische Grundlagen“ stellte Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Professor für Moralthologie und Rektor der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, heraus, dass die Sinngehalte einer christlich gelebten Ehe angesichts der Herausforderungen der modernen Lebenswelten nach wie vor ein beachtliches Orientierungspotenzial besäßen. Die christlich gelebte Ehe, die vom Kerngedanken personaler Liebe ausgehe, sprengte einengende Privatisierung und Intimisierung sich selbst genügender Ehepartner. Es gehe der christlich gelebten Ehe nicht um eine Abschottung des ehelichen „Wir gegen Andere“, vielmehr weise die personale Liebe immer über die konkrete eheliche Gemeinschaft hinaus. Darin dokumentiere eheliche Liebe das Umfassende und Universale christlicher Liebe. Die personale Liebe einer Ehe werde zur Keimzelle einer humanen Gesellschaft. Zum ehelichen Lebensstil gehören laut Prof. Lob-Hüdepohl bindungsreiche Freiheit, ernsthafte Gelassenheit und Wertschätzung des Imperfekten, das das Menschliche des Menschen auch in der Ehe wahre.

Gemeinwohlfördernd

Frau Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer, Professorin für Sozialethik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, ging auf die sozial-ethische Perspektive ein. In Anbetracht der die Gegenwart beherrschenden Individualisierungs- und Enttraditionalisierungsprozesse und einer Arbeitsgesellschaft mit höchsten Anforderungen an zeitliche, räumliche und emotionale Mobilität

und Flexibilität der Menschen werde die Ehe oftmals als überforderte und überholte Institution gesehen. Das Grundgesetz aber stelle Ehe und Familie unter den „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ aufgrund der einmaligen Leistungen, die Menschen in diesen Rechtsinstituten für den Staat und die Gesellschaft erbrächten. So habe die Ehe eine humanitätsfördernde Funktion mit Blick auf die Erziehung und Sozialisation der Kinder. Eine weitere Funktion der Ehe liege in ihrer Freiheitsstiftung: Die Ehe entlaste von der immer wieder neu zu treffenden Entscheidung für den Partner. Die gemeinwohlfördernde Funktion der Ehe zeige sich in der Öffnung der Ehe hin zur Familie und zur Gesellschaft. Diese drei Funktionen der Ehe müssten wieder erkannt werden. Der Schutz der Ehe müsse auch ökonomisch durch Beibehaltung des Ehegattensplittings zum Ausdruck kommen.

Standortanalyse

Den zweiten Themenbereich bildete der „Sozialwissenschaftlich-empirische Befund“. Frau Prof. Dr. Gudrun Cyprian, Professorin für Soziologie am Fachbereich Soziale Arbeit der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, verwies auf Studien, denen zufolge das Heiratsalter steige, die Zahl der Eheschließungen sinke, die Scheidungsrate zunehme, die Geburtenrate hingegen abnehme. Diese Entwicklungen sind laut Prof. Cyprian globale Begleiterscheinungen einer modernen Gesellschaft, nicht aber Zeichen eines sich verbreitenden Egoismus'. Die Ehe verliere als Institution an Bedeutung, da heute die Liebe allein als Voraussetzung für eine Eheschließung nicht mehr ausreiche. Die Eheschließung werde zunehmend als rechtlicher und symbolischer Formwechsel einer bereits bestehenden Partnerschaft erlebt, für den immer stärker der Kinderwunsch eine Motivation darstelle. Da für die meisten Singles das

Alleinleben nur eine Übergangslösung sei und da die Ehe zentrale Bedürfnisse der Menschen erfülle, würden sie auch in Zukunft heiraten, erwartete Frau Prof. Cyprian.

Stabile Partnerschaft

Herr Dr. Christoph Braß, Leiter des Planungsreferates im Staatsministerium Baden-Württemberg, stellte die vom Land Baden-Württemberg in Auftrag gegebene Allensbach-Studie „Einflussfaktoren auf die Geburtenrate“ aus dem Jahre 2004 vor. Ein überaus wichtiger Einflussfaktor für die Entscheidung, Kinder zu haben, stelle nach dieser Studie eine stabile Partnerschaft dar. Diesbezüglich könne die Ehe als eine institutionalisierte Form angestrebter Sicherheit begriffen werden. Das Zeitfenster für die Realisierung eines Kinderwunsches sei aber wegen der langen Ausbildungszeiten sehr eng. Dr. Braß sprach von einer „kinderentwöhnten Gesellschaft“, in der die Erfahrungsräume mit Kindern abnähmen. Eine zurückhaltendere Einstellung bzgl. der Forderung nach Mobilität und Flexibilität sei, so Dr. Braß, angebracht. Familienförderung gehe mit Eheförderung einher.

Eigenständige Sicherung der Frauen

Im dritten Themenbereich „Ökonomische und rechtliche Aspekte“ stellte Frau Prof. Dr. Notburga Ott, Professorin für Volkswirtschaft und Prorektorin der Ruhr-Universität Bochum, mit Blick auf die Ehe den Zusammenhang dar zwischen einem langfristigen Vertrag und der dann großen Bereitschaft, Investitionen vorzunehmen. Der Geschlechtervertrag in der modernen Gesellschaft enthalte eine Spezialisierung von Arbeit außer Haus und Familienarbeit. Derjenige Partner, der der Arbeit außer Haus nachgehe, erwerbe marktspezifisches Humanvermögen mit guter Verwertungsmöglichkeit; der andere Partner, der die Familienarbeit übernehme, erwerbe haushalts-

spezifisches Humanvermögen, das allerdings nur eingeschränkt verwertet werden könne. Hierdurch entstehe eine Asymmetrie im Geschlechterverhältnis, deren Kosten für die Frauen nach wie vor höher seien. Deswegen forderte Frau Prof. Ott bessere Rahmenbedingungen für eine symmetrische Ausgestaltung der Paarbeziehung, eine eigenständige soziale Sicherung der Frauen und den Abbau von Anreizen für spezialisierte Aufgabenverteilungen zwischen Mann und Frau.

Rechtlich Stabilisieren

Herr Prof. Dr. Heinz Holzhauer, Professor em. für Bürgerliches Recht und Rechtsgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, ging auf die rechtlichen Aspekte der Ehe ein. Die Ehe als älteste Vertragsform hätte ihre Bedeutung lange Zeit mitunter durch die Zuordnungsfunktion der Kinder zum Vater erhalten. Aus dem Aufkommen von alternativen Lebensformen resultiere eine äußere Schwächung der Ehe. Jedoch seien weder die nichteheliche Lebensgemeinschaft noch die eingetragene Lebenspartnerschaft gleichgeschlechtlich lebender Menschen vom Verfassungsbegriff erfasst. Zu Beginn des deutschen Familienrechts seien wirtschaftliche Faktoren wie beispielsweise die Heiratsgaben für die Eheschließung entscheidend gewesen. Erst das Kirchenrecht habe der Institution Ehe das christliche personale Element hinzugefügt. Prof. Holzhauer forderte, stabilisierende Faktoren für die Ehe im Bürgerlichen Recht aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang müsse die Abkehr vom Verschuldens- zum Zerrüttungsprinzip bei der Ehescheidung hinterfragt werden. Prof. Dr. Hans Joachim Meyer plädierte in seinem Schlusswort für ein die Ehe förderndes Umfeld. Rahmenbedingungen für neue Leitbilder müssten geschaffen werden sowie ein neues, lebensnahes Männerideal. □

INTERVIEW:

Ratschläge für eine glückliche Ehe

Interview mit Pater Michael Ryan LC, Buchautor und Experte für Ehe und Familie

Wenn ein Ehepaar wirklich glücklich sein will, so sollten sich beide Ehepartner darum bemühen, sich gegenseitig zu stärken und zu fördern. Positive Kommentare sollten bei Weitem überwiegen.

Pater Michael Ryan LC, Experte für Ehe und Familie sowie Dekan für Philosophie an der Universität Regina Apostolorum in Rom, spricht in diesem Zusammenhang vom Verhältnis 5:1, in dem Ermutigung und kritische Bemerkungen zwischen Eheleuten stehen sollten.

In seinem Buch „Ein Tropfen zu viel“ gibt der Priester zahlreiche konkrete Ratschläge, wie Ehe gerade auch heute gelingen kann. Auf einige geht er im folgenden Gespräch mit ZENIT ein.

ZENIT: In Ihrem Buch schreiben Sie, dass viele Ehen aufgrund von Missverständnissen und relativ kleinen Dingen zerbrechen, die hätten verhindert werden können. Was meinen Sie konkret und was kann getan werden, um diese Probleme rechtzeitig zu lösen?

Pater Ryan: Ehen gehen auseinander, weil die Ehepartner sich gegenseitig verletzen. Es ist sehr schwierig, in der Gesellschaft einer Person auszuharren, die sauer und unangenehm ist.

Wir müssen vermeiden, den anderen mit unseren Worten oder Taten zu verletzen. Des Weiteren sollten wir eine Atmosphäre kultivieren, in der wir dem anderen das, was uns verletzt, auch mitteilen können. Und schließlich müssen wir auch annehmen, dass wir imstande sind, den anderen zu verletzen – sogar wenn wir das gar nicht beabsichtigen.

Als allgemeingültige Regel könnten wir sagen, dass wir unsere Beziehung häufig überprüfen sollten, damit wir die Verletzungen, die trotz unseres guten Willens entstehen können, so schnell wie möglich heilen können. Jeder Mensch ist anders, und jeder empfindet die Dinge auf seine ganz persönliche Weise. Aus diesem Grund können wir nicht einfach jene Dinge auflisten, die in einer Ehe zu Problemen führen können. Vielmehr müssen sich jeder Mann und jede Frau Gedanken machen und sich darüber klar werden, was ihren Ehepartner verletzt.

Das Gefährliche dabei ist wie gesagt die Tatsache, dass wir den anderen verletzen können, ohne es zu be-

merken. Das führt zu einer Ansammlung von Schmerz, die dann sehr leicht überschwappen kann.

ZENIT: Wie können Ehepaare jene Gesprächskultur erlernen, die notwendig ist, um Probleme und Uneinigkeiten in offener, aber feinfühleriger Weise ansprechen zu können? Wann ist die „richtige“ Zeit, um über Schwierigkeiten zu sprechen? Wie kann man die Wahrheit sagen, ohne den anderen zu verletzen?

Pater Ryan: Zunächst sollten wir uns nicht immer über alles „beschweren“. Es ist wichtig, unsere Kritik für wirklich wichtige Angelegenheiten aufzuheben oder für Ereignisse, die uns besonders verletzt haben.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die positiven und negativen Momente in der Ehe immer im Verhältnis fünf zu eins stehen sollten. Für jedes negative Moment, für jede Kritik, die ich mir gestatte, sollte es also fünf positive Kommentare geben. Unsere Toleranzgrenze für Negatives ist sehr niedrig.

Wenn ein negatives Thema angesprochen gehört, sollte ich immer damit beginnen, dem anderen meine Liebe zu bekunden. Auf diese Weise errichten wir gewissermaßen ein Sicherheitsnetz, bevor wir mit dem heiklen Akt des Klagens beginnen, bei dem blutende Wunden geöffnet werden. Damit will ich sagen, dass es keinerlei Zweifel an unserer Liebe geben darf, ganz gleich, wie weit wir uns auch auf eine Diskussion einlassen sollten. Die Liebe wird nicht angetastet.

Wir sollten auch immer nur jeweils ein Problem ansprechen. Wenn wir uns ärgern, kommt es häufig vor, dass wir viele Beschwerden auf einmal vorbringen. Das ist für die Beziehung nur verwirrend und störend, deshalb also nur jeweils ein kritisches Thema!

Schließlich sollte man versuchen, nicht persönlich zu werden. Es ist hilfreich, die so genannten „Ich-Botschaften“ zu verwenden: Anstatt zu sagen: „Du bist eine furchtbare Person“, ist es besser zu sagen: „Ich fühle, dass du eine furchtbare Person bist.“ Der Unterschied scheint vielleicht nicht besonders groß zu sein, aber die zweite Methode ist besser, weil man zum Ausdruck bringt, was man fühlt, und dem anderen nicht mit dem „Hammer“ kommt.

ZENIT: Liebe und Leid gehören untrennbar zusammen. Je mehr man liebt, desto größer sind die Verletzungen, die man fühlt, wenn die geliebte Person nicht so reagiert, wie man sich das erwartet hat. Wie kann die Liebe stärker sein als das Leid? Wie kann man im gegenseitigen Umgang feinfühleriger werden? Wie kann man aufhören, selbstsüchtig und egoistisch zu sein?

Pater Ryan: Das ist sicherlich die größte Herausforderung für die Liebe. Ich denke nicht, dass es sich da immer um Selbstsucht oder Egoismus handelt. Es ist eine Tatsache, dass wir andere lieben können, wenn wir uns geliebt fühlen. Sogar mit Gott ist es so, wie der heilige Johannes in seinem Brief schreibt: Es ist Gott, der uns zuerst geliebt hat.

ZENIT: Wie kommen wir dann aus diesem Teufelskreis wieder heraus, wenn die Liebe „erloschen“ zu sein scheint?

Pater Ryan: Bestünden wir nur aus Instinkten, dann gäbe es tatsächlich keinen Ausweg. Aber wir besitzen auch einen Verstand. Wir können das Gute im anderen erkennen und wir können es lieben – ganz gleich, wie er sich auch verhalten mag.

Es fällt uns aber leichter, mit unserem eigenen Leid zurechtzukommen, wenn wir uns von der Liebe „von oben“ inspirieren lassen, von der Quelle der Liebe. Das erinnert uns an das, was Papst Johannes Paul II. in seinem „Brief an die Familien“ sagt: Wenn wir lieben wollen, müssen wir mit dem Ursprung der Liebe verbunden sein.

ZENIT: *Wie stellt man es an, dass die tiefen Gefühle, die man für einander am Anfang des Ehelebens hegt, immer mehr wachsen, anstatt abzusinken? Wie können sie sich in wahre Liebe verwandeln?*

Pater Ryan: Das Paar muss sich des Phänomens der Veränderung und des Wachstums bewusst sein. Das ist für einen guten Start sehr wichtig. Das bedeutet, dass die ersten Ehejahre intensiv gelebt werden sollten, sozusagen voller Liebesengagement. In dieser Zeit sollte jeder der beiden die füreinander übernommenen Verpflichtungen häufig erneuern. Das sollte auch später jedes Jahr geschehen oder zumindest dann, wenn ihr Leben vor einer wichtigen Entscheidung und Veränderung steht.

Anders ausgedrückt, sollten sich die Eheleute für jede neue Phase ihrer Ehe vorbereiten: Die Ankunft von Kindern, die langen Jahre des Großziehens im Familienkreis, das „verflixte“ siebte Ehejahr, die Pubertät der Kinder, jene Zeit, wenn das Paar in die Jahre gekommen ist usw.

Jeder Lebensabschnitt sollte wie eine Zusammenfassung der positiven und negativen Elemente zusammenfassen: Die Verpflichtung füreinander gilt es zu erneuern und bestimmte Dinge, die niemals sein werden, müssen losgelassen werden. Es geht um die Bemühung, auf gesunde Art voneinander abhängig zu sein.

ZENIT: *Was ist das Geheimnis einer glücklichen Ehe?*

Pater Ryan: Ich möchte mich bei der Beantwortung dieser Frage auf eine umfangreiche Studie beziehen, die in mehr als 20 Ländern von über 40 Forschern durchgeführt wurde, die mehr als 17.000 Familien befragt hatten.

Die Ergebnisse zeigen uns, was die Merkmale einer glücklichen Ehe

sind: Das Ehepaar verbringt Zeit miteinander, und zwar sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht; die Eheleute wissen, wie sie die Zuneigung, die sie füreinander empfinden, einander mitteilen können; sie sind dem Familienleben verpflichtet; sie können auf eine konstruktive Art diskutieren; sie verfügen über gemeinsame geistliche Werte. Das ist das Rezept, das ich jedem Paar mitgeben würde, das eine glückliche Zukunft aufbauen möchte.

ZENIT: *Was ist der Unterschied zwischen einer christlichen Ehe und anderen Formen der Ehe?*

Pater Ryan: Ich würde sagen, dass es der Hintergrund des christlichen Glaubens ist – ein Hintergrund, der dabei hilft, den Plan Gottes, des Schöpfers, in der Ehe, die er gestiftet hat, zu erkennen.

Das Wissen um diese göttliche Absicht erinnert uns daran, dass wir als Abbilder Gottes geschaffen sind und fähig sind zu lieben. Der Glaube erklärt uns außerdem, dass uns ein Sakrament geschenkt worden ist, das uns hilft, unser Leben in Liebe zu leben.

Wenn das Ehepaar oder die Familie all diese Dinge in ihr Gebetsleben einfließen lässt, dann kann sie die Wirkung spüren. Es ist übrigens bewiesen, dass die religiöse Praxis ein bedeutender Faktor ist, damit die Familie zusammenhält und wachsen kann.

ZENIT: *Warum ist das Ehesakrament wichtig?*

Pater Ryan: Wenn ein Mann eine Frau liebt, dann wird er sicherlich irgendwann merken, dass er aus sich selbst heraus nicht in der Lage ist, dieser Frau alles zu geben, was er ihr zu ihrem vollkommenen Glück wünscht. Darum bittet er Gott um Hilfe. Und Gott erwidert ihm: „Wie schön! Du und ich lieben dieselbe Frau. Wir müssen einen Bund schließen, einen Pakt und sie gemeinsam lieben.“

Das ist das Sakrament: Gott verbindet sich in Liebe mit unserer Liebe, und so kann der Ehemann und die Ehefrau zueinander sagen: „Ich liebe dich mit meiner menschlichen Liebe und mit all ihren typischen Eigenschaften, aber meine Liebe wird

darüber hinaus durch jene Liebe bereichert, mit der Gott dich liebt.“

ZENIT: *Was ist der Wille Gottes für verheiratete Personen?*

Pater Ryan: Ich würde das gern folgendermaßen zusammenfassen: Im Alltag für einander zu sorgen; dafür zu leben, den Ehepartner so glücklich wie möglich zu machen; eine Familie zu haben und einander und den Kindern zu helfen, den Ort unserer endgültigen Bestimmung, den Himmel, anzustreben und zu erreichen.

ZENIT: *Was können die Jungfrau Maria und der heilige Joseph einer Ehefrau und einem Ehemann sagen?*

Pater Ryan: Dass das Leben aus kleinen Dingen besteht, aber dass diese gewöhnlichen Dinge auf eine außergewöhnliche Art gelebt werden können.

ZENIT: *Was würden Sie jungen Paaren raten, die sich auf ein neues, gemeinsames Leben vorbereiten?*

Pater Ryan: Ich würde ihnen sagen, dass sie darauf achten sollten, ihr Eheleben gut zu beginnen. Ich glaube an das Sprichwort, dass ein guter Start die halbe Reise ist.

Sie müssen sich vor Augen halten, dass die Hochzeit erst der Anfang ist. Von diesem Augenblick an müssen sie eine neue Einheit aufbauen und nach und nach viele Dinge hinter sich lassen, an die sie sich gewöhnt haben.

Dabei sollten sie sehr aufrichtig sein und einander sagen, was in ihren Herzen vorgeht – vor allem, wenn sie am Horizont Wolken aufsteigen sehen. Sie brauchen sich nicht zu fürchten, wenn solche Wolken auftauchen, schließlich ist es nur natürlich, dass wir auf unserem Weg einigen Schwierigkeiten begegnen.

Schließlich sollte so früh wie möglich Hilfe von außen gesucht werden, wenn ein Paar ein Problem hat, das nicht zufrieden stellend gelöst werden kann. Viele zerbrochene Ehen hätten gerettet werden können, wenn die Eheleute rechtzeitig um Hilfe gebeten hätten. Um Hilfe zu bitten, ist kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Zeichen von Weisheit.

(ZENIT.org)

POLEN UND DEUTSCHLAND :

Zwei Nachbarn, die einander zu wenig kennen

Gemeinsame Zukunft trotz Schatten der Vergangenheit

VON CHRISTOF DAHM

Viel ist über das deutsch-polnische Verhältnis in den vergangenen Jahren geschrieben und noch mehr geredet worden. Denn trotz der Bemühungen beider Länder um ein konstruktives Miteinander wirken die aus der Geschichte erwachsenen Belastungen nach. Der katholischen Kirche kommt bei den Anstrengungen, die in der Folge des Zweiten Weltkriegs entstandenen tiefen Gräben zu überbrücken, eine wichtige Rolle zu. Freilich gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Bischofskonferenzen Polens und Deutschlands schwierig und wurden auch wiederholt von Irritationen gestört.

Vor dem Hintergrund dieser ernüchternden Situationsbeschreibung veranstaltete Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel-, Südost- und Osteuropa, im März im Kathedralforum St. Hedwig in Berlin gemeinsam mit der Europäischen Kommission Justitia et Pax eine deutsch-polnische Fachtagung zum Thema „Solidarnosc – Solidarität überschreitet Grenzen“.

Diese Veranstaltung ist auch als ein Beitrag zum Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006 zu verstehen. Mit dem Stichwort „Solidarität“, auf das Gerhard Albert, Geschäftsführer von Renovabis, in seiner Einführung hinwies, lassen sich die beiderseitigen Beziehungen zwar anschaulich beschreiben, doch dürfen die Brüche und offenen Punkte nicht voreilig beiseite geschoben werden. Auch wenn der Blick in die gemeinsame Zukunft gerichtet sein sollte, müssen die historischen Zusammenhänge beachtet werden. Daher führte das Eingangsreferat von Karl-Joseph Hummel, Direktor der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn, in die Entstehung und Resonanz des Bischofsbriefwechsels von 1965 zurück, dessen Bedeutung sich erst aus der heutigen Perspektive erschließt. In den sechziger und siebziger Jahren entwickelte sich allmählich ein Gespräch, bei dem Julius Kardinal Döpf-

ner und Stefan Kardinal Wyszyński eine Schlüsselrolle zukam.

Eine Wende in den schwierigen Annäherungsbemühungen markiert die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1980, die in Deutschland eine beispiellose Welle der Solidarität auslöste. An dieser Stelle setzte Dr. Krzysztof Ruchniewicz, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums an der Universität Breslau, mit seinen Ausführungen an, die die Entwicklung der bilateralen Beziehungen bis in die Gegenwart beleuchteten. Seine Bilanz war ernüchternd: Eine Umfrage unter polnischen Studenten belegt, dass die deutsche Hilfe während des Kriegsrechts in der jungen polnischen Generation so gut wie unbekannt ist. Vor 1989 wurden bestimmte historische Zusammenhänge völlig ausgeblendet oder verzerrt dargestellt. Auf deutscher Seite bestimmen Unkenntnis und Desinteresse das Bild Polens. Schulunterricht und Medienberichterstattung kommen in beiden Ländern eine wesentliche Rolle zu, wenn das Bild des jeweils „Anderen“ verbessert werden soll.

Damit war die Brücke zu einer Diskussionsrunde geschlagen, an der neben den beiden Referenten Prof. Dr. Irena Lipowicz, Sonderbotschafterin für das Deutsch-Polnische Jahr, Warschau, und Thomas Urban, Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Warschau, teilnahmen. Die Hochstimmung nach der Wende von 1990, die zu enger politischer Zusammenarbeit zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und dem neuen demokratischen Polen führte, ist verflogen. Trotz ermutigender Zeichen wie der Einrichtung des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes erstarrte der deutsch-polnische Diskurs immer mehr und wurde zu einem „einzigartigen politischen Ritual, einem Versöhnungskitsch“ (Klaus Bachmann). Wie wenig die immer wieder beschworene „Brücke über die Gräben der Vergangenheit“ trägt, macht die Diskussion um die Pläne eines „Zentrums gegen Vertreibun-

gen“ deutlich. Hier traten auf beiden Seiten längst überwunden geglaubte Positionen, selbst Vorurteile zutage, so dass der Dialog ins Stocken geraten ist.

Fortgeführt wurde die Thematik der Fachtagung in einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit dem Titel „Polen und Deutsche – Europäische Nachbarn in einer Beziehungskrise?“ Moderiert wurde das Podium von Thomas Urban, der neben Frau Lipowicz, Georg Kardinal Sterzinsky, Erzbischof von Berlin, und Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Darmstadt, als Mitwirkende begrüßte. Mit der Frage „Sand im Getriebe in der deutsch-polnischen Nachbarschaft?“ veranlasste der Moderator Frau Lipowicz zum Widerspruch: Polen und Deutschland sind nicht mehr nur Nachbarn, sondern gehören jetzt einer Familie an, in der es nun einmal kriseln könne. Nach Ansicht von Prof. Bingen kann man nicht von Interessengegensätzen sprechen, wohl aber von unterschiedlichen Positionen in wichtigen Fragen, etwa hinsichtlich der europäischen Verfassung.

Kardinal Sterzinsky und Frau Lipowicz begründeten ihre ablehnende Haltung zum Plan eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ mit dem Hinweis auf die Gefahr von Missbrauch und verzerrter Darstellung der historischen Tatsachen. Dieter Bingen mahnte zur Rückkehr zu einer sachlichen Diskussion, die derzeit allerdings sehr schwierig sei. Im weiteren Verlauf der Diskussion brachten Podiumsmitwirkende und Teilnehmer aus dem Plenum Erlebnisse und Erfahrungen ins Gespräch ein. Ein Hinweis darauf, dass der Austausch auf zwischenmenschlicher Ebene, der vor über fünfzig Jahren das Eis zwischen Deutschen und Polen nach 1945 brach, auch heute wieder einen Ausweg aus dem Stimmungstief weisen kann. Kardinal Sterzinsky verglich dies mit den „Wunden, die verheilt sind, deren Narben aber noch schmerzen“. Es liegt an allen Beteiligten beider Länder, dafür Sorge zu tragen, dass die Wunden nicht erneut aufbrechen.

(DT Nr. 37 vom 28.03.2006)

Frauen in Polens Armee

VON JOACHIM GEORG GÖRLICH

Nach längerer Pause gibt es seit 1988 wieder Soldatinnen in Polen, also seit dem letzten Jahr der Volksarmee. Nach Auskunft der Frauenbeauftragten im polnischen Verteidigungsministerium gegenüber der Warschauer „Polityka“, Oberst Beata Laszczak, gibt es heute in den Streitkräften 576 Soldatinnen, das sind gerade mal 0,5 % des Personalbestandes der Armee. 207 Soldatinnen sind Offiziere. Obwohl es inzwischen in allen Waffengattungen weibliche Soldaten gibt, gehören die meisten dem Sanitätsdienst an.

Dazu: Die polnischen Soldatinnen werden „männlich“ tituiert; also: Frau Oberst, Frau Leutnant, Frau Sergeant usw. Der Handkuss ist während des Dienstes untersagt, aber ansonsten – auch auf dem Kasernengelände – üblich, wenn man sich kennt.

Die „Polityka“ schreibt, dass „die Gegenwart der Damen in Uniform inzwischen akzeptiert ist“. Aber: Eine Erhebung der Zeitschrift „Polska Zbrojne“ (Polen in Waffen) behauptet, dass nach einer Umfrage weiterhin weniger als 10 % der Befragten – uniformiert oder auch nicht – der Meinung sind, „dass sich Frauen im Wehrdienst überhaupt nicht eignen“. Mehr als 30 % waren jedoch der Meinung, dass Frauen in der Armee gleichberechtigt sein müssen. Wiederum 47 % vertraten die Auffassung, dass ihr Platz in Verwaltung und Versorgung sei.

„Polityka“ weiter: „Für viele Soldaten ist das Dienen unter einer Frau weiterhin ein psychologisches Problem.“

Übrigens: Bei seinem letzten Polenbesuch im Mai ortete der Verfasser die ersten Ministrantinnen in den Kirchen. Jetzt sollen auch Soldatinnen bei Feldgottesdiensten ministrieren dürfen.

Was den Frauen, von denen einige auch mit Soldaten verheiratet sind, am meisten beklagen, sind die klumpigen Damenschuhe, die sie zu den Galauniformen bislang tragen müssen.

Schon nach dem I. Weltkrieg gab es in Polen Frauen unter den Feld-

ärzten und Feldapothekern. Es gab damals die erste Generalapothekerin.

Zu Beginn des II. Weltkrieges gab es Pilotinnen der Luftwaffe. Unter den vom sowjetischen NKWD ermordeten polnischen Offizieren in Katyn befand sich eine Pilotin. Frauen kämpften in der polnischen Heimatarmee AK. Später gab es Nachrichtenhelferinnen sowie Frauen im Sanitätspersonal der polni-

schen Streitkräfte im Westen, bis zum Generalsrang.

Die polnische Volksarmee hatte kämpfende Frauenbataillone, die nach Kriegsende demobilisiert und entlang der Grenze zur DDR angesiedelt wurden, wobei ihnen deutsche Höfe und Häuser übereignet wurden. Bis 1952 gab es dann noch im Politapparat der Volksarmee Offizierinnen. Zuletzt gab es nur noch Frauen im Sanitätsdienst der Armee. □

PERSONALIA:

Jochim G. Görlich (75) kann auf eine 50-jährige publizistische Tätigkeit zurückblicken. Er begann als Kulturkorrespondent beim polnischen Oppelner Wochenblatt „Katolik“. Es folgte eine Mitarbeit in der Oppositionspresse, u.a. beim – später verbotenen – Studentenorgan „Pro prostu“. Verfolgung durch Polens Stasi SB, Politprozess, Berufsverbot und Ausreise.

In der Bundesrepublik konnte Görlich bald als „freier Polenexperte“ tätig werden, u.a. beim „Rheinischen Merkur“, in der „Welt“, der „Welt am Sonntag“, der „Neuen Bildpost“ sowie in der Musik- und Militärfachpresse und in der „Neuen Zürcher Zeitung“, ferner für Polens Exilpresse im

Westen und die Organe der „Solidarnosc“. Die Europäische Volkspartei im Europa-Parlament verlieh ihm wegen seiner Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen die „Europamedaille“, der Deutsche Journalistenverband seine Goldene Ehrennadel und die Heimatstadt Oberglogau/Glogowek a.d. Hotzenplotz ihre Ehrenbürgerwürde.

Noch heute schreibt er fast regelmäßig in der „Neuen Bildpost“ und im „AUFTRAG“.

(aus: GKP-Informationen IV/2006)

Joachim G. Görlich wurde am 8. Mai 75. Jahre alt. Nachträglich gratuliert die Redaktion dem Jubilar und wünscht ihm alles erdenklich Gute, insbesondere aber Gottes reichen Segen.

Katyn – weiterhin ungesühnter Völkermord

VON JOACHIM G. GÖRLICH

Mit einem zweiseitigen, großformatigen Beitrag „Festschmaus der Volksmörder“ des Ex-KGB-Majors Oleg Sakirow sorgte das größte polnisch Blatt, die Warschauer „Rzeczpospolita“ (Die Republik), für neuen polnisch-russischen Zündstoff. Der Autor war jahrelang Offizier des KGB-Regionalzentrums Smolensk, zu deren Bereich das berüchtigte Katyn gehört, wo der KGB-Vorgänger NKWD Tausende (14.887) polnischer Offiziere,

Beamter, Geistlicher etc. 1940 brutal ermordete.

Unter dem Einfluss der „Perestroika“ begann Sakirow in Sachen Katyn auf eigene Faust zu recherchieren. So konnte er alle Täter unter seinen Kameraden enttarnen und er sprach mit ihnen. Er konstatierte nochmals, dass die deutsche Wehrmacht einwandfrei keine Schuld, wie von den Sowjets stets behauptet hatte. Für ihn war das Geschehen in Katyn ein sowjetischer „Völker-

mord“. Noch sehr lange nach dem II. Weltkrieg musste eine Spezialkolonne zu den „Ziegenhügeln“, wo der Massenmord geschah, hinausfahren, um neu herausragende Knochenenteile diskret zuzuschütten.

Das KGB hatte schließlich in Katyn eine „Erholungssiedlung“ etabliert. Als der Major seine Genossen aufforderte, Pietät zu wahren und die „Siedlung“ zu räumen, war das Maß voll! Es folgten zwei Anschläge auf ihn und seine Familie wurde bedroht. Mit Hilfe der polnischen Botschaft in Moskau verließ Sakirow nebst Familie das Imperium seines Ex-KGB-Kameraden Wladimir Putin und erhielt in Polen politisches Asyl. Man setzte eine kleine Rente in Höhe von 400 für ihn aus und verlieh ihm das Kavalierskreuz „Restitutae Poloniae“, das ebenso rentenberechtigt ist.

Seine gesamten Katyn-Recherchen werden jetzt in der russischsprachigen „Nowa Polscha“ (Neues Polen) erscheinen.

Der Verfasser traf mehrere Male in dessen Londoner Exil den polnisch-jüdischen Schriftsteller Szymon Laks, ehemals auch NKWD-Offizier. Bei dem lief das Ganze nicht so glimpflich ab, als er sich für das Schicksal von Polen in NKWD-Lagern zu sehr zu interessieren begann: Er kam in ein Spezialgefängnis des NKWD, das er erblindet und als Wrack verließ. Er wurde nach Polen abgeschoben und landete schließlich auf der britischen Insel.

Der bekannte und im Münchner Exil gestorbene Schriftsteller Józef Mackiewicz gehörte der „polnischen Rot-Kreuz“-Delegation an, die 1942 als neutrale Organisation nach Katyn

gerufen wurde, um die Leichenfunde zu inspizieren. Gleich nach dem II. Weltkrieg wurde er von einer Sonderkommission des US-Kongresses angehört. 1948 erschien in London sein Buch in polnischer Sprache „Katyn – ungesühnte Verbrechen“. 1978 erst konnte es dann endlich in deutscher Sprache und mit neuen Fakten herausgegeben werden. Der Grund: Kein westdeutscher Verlag war zur Veröffentlichung bereit gewesen. Das Bundesministerium der Verteidigung unter Georg Leber lehnte jegliche Subventionierung ab, obwohl darin die Wehrmacht von der Schuldfrage frei gesprochen wurde. Ein weiterer Grund: Keiner wollte Ärger mit dem Kreml haben. Daraufhin erschien das Buch im russischen „Possev“-Verlag (Frankfurt/Main) in deutscher Sprache! □

Russland: Das Ringen um eine nationale Idee

VON PAUL ROTH

20 Jahre sind seit dem Beginn der Perestroika in Russland vergangen. Niemand wusste seinerzeit, wie es weitergehen würde. Vorsichtige Schritte in Richtung auf eine „gelenkte Demokratie“ sind gemacht worden. Die Führungsrolle der KPdSU ist abgeschafft, die Verfolgung der Religionsgemeinschaften ist beendet, die Meinungs- und Pressefreiheit ist teilweise verwirklicht. In der Diskussion sind geblieben die Mängel. Die Sowjetunion ist zerfallen, Russland ist keine Großmacht mehr. Während ihr einstiger großer Widersacher – die USA – als einzige Großmacht in die Politik auf der ganzen Welt eingreift. Einige wenige sind in Russland reich geworden, man nennt sie Oligarchen. Aber rund 30 % der russischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. So kann man in Gesprächen in Russland u.a. die Argumente hören, dass man unter Stalin den Hitler-Faschismus besiegt hätte, dass unter ihm die Sowjetunion eine Weltmacht gewesen sei, dass man zur Sowjetzeit unter Breschnew besser gelebt hätte als heute.

Man sucht nach einer nationalen Idee, die an die Stelle der Ideologie

des Marxismus-Leninismus treten solle, um in der Russländischen Föderation mit 147 Einwohnern eine gemeinsame geistige- oder auch ideologische Grundlage zu haben. Die bisherigen Bemühungen, einschließlich eines Preisausschreibens sind erfolglos geblieben. Die Feier zum 60. Jahrestag des Sieges hat auch ihren Platz bei der Suche nach einer „nationalen Idee“. Der russische Publizist Wladimir Ostrogorski (*Wostok Nr.2/05*) schrieb zu diesem Siegestag: „Was uns wurmt, ist der Niedergang des Heimatlandes. Wir wollten es frei, friedlich, geeint und reich sehen, nicht aber erniedrigt, zerfallen und arm. Deswegen stellt sich den Veteranen die sakrale russische Frage: „Haben wir etwa dafür gekämpft?“ Ostrogorski war Kriegsveteran.

West- oder Ostorientierung?

Die Politik Putins richtet ihren Blick auf den Westen, seine demokratischen Errungenschaften, seine wirtschaftlichen Erfolge. Die alten Feindbilder sind weitgehend verschwunden.

Dies war deutlich zu sehen, als man in Moskau den 60. Jahrestag des

Sieges feierte. Selbst von der Versöhnung mit Deutschland wurde gesprochen. Russland möchte in Europa wieder mitsprechen, möchte mit den USA zu einem partnerschaftlichen Verhältnis kommen.

Gleichzeitig geistert jedoch auch die Vorstellung von einer engeren Zusammenarbeit mit China und Indien – als eine Art Gegengewicht – herum. Damit ist auch die Diskussion von Eurasien indirekt verbunden. Ihre Anhänger sehen in Russland ein einzigartiges Land, in dessen Geschichte Politik und Kultur Europas und Asiens miteinander verschmolzen sind. Für die Eurasier ist die Ausrichtung auf den Westen, die Einflussnahme aus dem Westen ein Verrat an der Identität Russlands. Von ganz anderer Seite, nämlich von Seiten des Moskauer Patriarchates, erhalten sie Argumentationshilfe. Von dort erschallen Stimmen, dass die Sittenverderbnis nach der Perestroika aus dem Westen gekommen sei. Einige Scharfmacher behaupten, sogar, diese moralische Zersetzung sei vom Westen gewollt.

Bei einer Argumentation dieser Art wird immer wieder weit in die russische Geschichte zurückgegrif-

fen. „Die nationale Idee für die höheren Klassen (der Schule) „ ist die Überschrift zu einem Artikel in der „Nesawisimaja gaseta“ (13.05.2005). Dort heißt es, dass ein Schullehrbuch „Vaterlandskunde“ vor 90 Jahren – nämlich 1905 – letztmalig erschienen sei, seitdem jedoch kein Unterrichtsmittel Geschichte, Philosophie und Literatur des Landes in ihrem Zusammenhang dargeboten habe.

Im Jahre 2004 erschien ein solches Lehrbuch und wird seit 2005 in Schulen Kaliningrads verwendet. Die Begründung hierfür liegt auf der Hand. Das Gebiet von Kaliningrad ist von Europa umgeben, es gibt keine Grenze zu Russland viele nennen es noch Königsberg.

Auf die Frage an eine der Mitautorinnen des Lehrbuchs, ob hier nicht – auf einen Wink von oben – eine nationalistische Ideologie eingeimpft werden solle, antwortete sie, es ginge nicht um einen zügellosen Nationalismus. Es ginge vielmehr um die nationalen Identitäten, die zu verschwinden drohten. Man dürfe dies nicht miteinander verwechseln.

Lenin- und Stalinanhänger

Die Entstalinisierung begann unter Chruschtschow im Jahre 1956. Die einbalsamierte Leiche Stalins wurde aus dem Lenin-Mausoleum entfernt, erhielt allerdings nicht weit vom Mausoleum einen Ehrenplatz. Heute kann man ab und an Blumen vor der Stalinstele sehen. Inzwischen konnte „Memorial“ ein Namensverzeichnis jener Personen veröffentlichen, die auf Geheiß Stalins erschossen worden waren.

Im Jahre 2003, 50 Jahre nach Stalins Tod, veröffentlichte E. Prudnikowa in Petersburg ihr Buch „Stalin. Die zweite Ermordung“. Darin behauptet sie, dass die Berichte über ihn nach seinem Tod aus Desinformationen westlicher Geheimdienste und Emigrantenorganisationen aus den Memoiren Trozskis zusammengesetzt worden seien.

Berija war ein Henker Stalins. Nach dem Tode Stalins wurde er erschossen, weil er den an der Macht Befindlichen als zu mächtig erschien. Am 21. November 1998 gab die „Front des werktätigen Volkes“ in St. Petersburg die Gründung eines Berija-Komitees bekannt. Das Komitee

wollte eine „Rehabilitierung des treuen Hüters der Sicherheit der Heimat.“

Die Stalinstatuen wurden nach der Perestroika an vielen Stellen entfernt. Jetzt jedoch, so berichtet der Oberst A. Bassistow (Wostok Nr.2/05), dass in Taiginke, Gebiet Tscheljabinks, und in Ischim, Gebiet Tjumen, Stalin Denkmäler wieder aufgerichtet worden sind. Die Stadtväter von Mirny gaben bei einem Petersburger Betrieb eine Bronzestatue Stalins in Auftrag mit der Inschrift: „Von den Veteranen und dankbaren Nachgeborenen.“

Der Vorsitzende der Nachfolgeorganisation der KPdSU mit der Abkürzung KPdRF, Gennadi Sjaganow, erklärte auf einer Konferenz der kommunistischen Parteien der GUS-Länder, eine Revidierung des Beschlusses vom 20. Parteitag 1956, der den stalinschen Personenkult verurteilt hatte. Sjaganow sagte: „Wir haben entschieden, dass der große Stalin keiner Rehabilitation bedarf“ und verwies auf Stalins Beitrag zum Sieg 1945. Sjaganow unterstützt Bestrebungen, Wolgograd wieder in Stalingrad zurückzubenennen.

Jahrzehntelang war das Lenin-Mausoleum das Mekka der Kommunisten. Bis heute kann man ab und zu Majakowskis Worte lesen: „Lenin lebte, Lenin lebt, Lenin wird immer leben.“ Ein Plakat aus der Zeit Gorbatschows zeigt diesen als Dirigenten, der nach der Partitur „LENIN“ das Orchester dirigiert.

Im April 1989 äußerte ein Moskauer Regisseur in der Fernsehsendung „Wsgljad“ den Vorschlag, den heidnischen Kult mit der Leiche Lenins zu beenden. Es gab einen Riesenskandal. Die Auseinandersetzung darüber zieht sich bis in die Gegenwart hinein. Jelzin schlug 1997 die Bestattung Lenins vor, im selben Jahr forderte Sjaganow dazu auf, einen lebendigen Schutzschild um das Mausoleum zu bilden, dessen Ehrenwache seit 1993 abgezogen worden ist. Das Moskauer Patriarchat rief dazu auf, sich mit der Entscheidung für eine Umbettung Zeit zu lassen. Man befürchtete Unruhen. Zwar lehnte es die Ausstellung der Mumie ab, doch dürfe das Schicksal des Leichnams nicht zum politischen Streitapfel werden. Als 2004 das

Thema erneut diskutiert wurde, kam die Äußerung aus dem Patriarchat, man könne eventuell eine Seelenmesse für Lenin zelebrieren.

Im Jahre 2003 stellte das Meinungsforschungsinstitut Lewada die Frage, „Würde Stalin noch leben und sich der Präsidentschaftswahl stellen, würden Sie ihn wählen oder nicht?“ 27 Prozent der Befragten bejahten diese, 58 Prozent verneinten sie. Die Umfrage im Jahre 2004 lieferte 26 Prozent mit Ja und 56 Prozent mit Nein. Auf die Frage im Jahre 2003, „Welche Fehler und Vergehen man Stalin auch zuschreibt, die Hauptsache ist, dass unser Volk unter seiner Führung als Sieger aus dem Krieg hervorging“, wurde von 36 Prozent bejaht.

Religion und Regierung

Jeder, der sich mit der Geschichte Russlands befasst, erkennt die große Bedeutung der orthodoxen Kirche für Russland und den russischen Staat. Als Gorbatschow die Verfolgung der Religionsgemeinschaften beendete, tat er das nicht etwa, weil er sich zum Christentum bekannt hätte. Er erkannte, dass er für seine Perestroika auch die Stimmen der Gläubigen brauchte. Auch war klar, dass in der allgemeinen moralischen Verwirrung nur noch die Religionsgemeinschaften über allgemeingültige Wertmaßstäbe verfügten.

Der „religiöse Boom“ Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre kam vor allem dem Moskauer Patriarchat zugute. Viele auch viele Erwachsenen ließen sich taufen. Die Zahlenangaben, die suggerierten, dass die Hälfte der Bevölkerung gläubig sei, sind jedoch dubios. Soziologen haben festgestellt, dass viele sich taufen ließen, weil das nun einmal „russischer Brauch“ sei ohne Kenntnis über die Religion, zu der sie sich bekannt hatten. Ähnliches gilt auch für die Zahlenangaben über die muslimische Bevölkerung Russlands, die zwischen 20 und 40 Millionen beträgt. Auch dort wird das Bekenntnis zum Islam vielfach als Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit verstanden.

Ungeachtet dessen ist das Ansehen des Moskauer Patriarchates in der Bevölkerung groß. Die Machthaber haben dies zur Kenntnis genommen und das Patriarchat nicht nur

geduldet, sondern gefördert, Kritiker meinen, dass eine „Symphonie“ von Staat und Moskauer Patriarchat angestrebt wird, d.h. eine Situation wie zur Zarenzeit. Putin hat sich als getaufter Christ zu erkennen gegeben.

Wer die Sowjetunion bzw. Russland aus verschiedenen Entwicklungsperioden kennt, trifft heute auf zahlreiche wiedereröffnete Kirchen, kann Prozessionen beobachten, kann die Bibel kaufen usw. Die unter Stalin gesprengte Christus-Erlöser-Kirche in Moskau wurde mit öffentlichen Geldern wieder errichtet. Sie ist Gotteshaus und nationales Denkmal, denn einst verherrlichte sie den Sieg über Napoleon. Sie passt also in den großen Rahmen einer „nationalen Idee“.

Ikonen waren in der Verfolgungszeit entweder vernichtet oder ins Ausland verkauft worden oder in Museumsarchiven unschädlich gemacht worden. Jetzt kann man sie an vielen Orten sehen, die Ikonenmaler dürfen wieder arbeiten. Der Ikonenmaler Sinon erhielt einen Staatspreis. Kosmonauten haben Ikonen mit in den Weltraum genommen. Pressefotos zeigen Putin beim Küssen einer Ikone: Eines scheint allerdings nicht geglückt zu sein, die Verminderung der Kriminalität. Der Sowjetmensch, der über Jahrzehnte, um zu überleben, gelernt hatte zu lügen, zu betrügen, zu unterschlagen, Gewalt anzuwenden, den findet man tagtäglich in Zeitungsmeldungen wieder. Die Gemengelage spiegelt sich in der Aufzählung der arbeitsfreien Tage wieder: Neujahr (1. und 2. Januar), orthodoxe Weihnacht (7. Januar), Tag der Vaterlandsverteidiger (23. Februar), internationaler Frauentag (8. März), Fest des Frühlings und der Arbeit (1. und 2. Mai), Tag des Sieges (9. Mai), Russlandtag (12. Juni), Jahrestag der Oktoberrevolution/Tag der Eintracht und Versöhnung (7. November), Tag der Verfassung der Russischen Föderation (12. Dezember).

Von orthodoxer Seite wird ab und zu erwähnt, wie gut die Beziehungen zwischen der Monarchie und der Kirche gewesen seien. Es gibt Gruppierungen von Monarchisten, doch haben sie bisher politisch keine Rolle gespielt.

Die Wiederauffindung der Überreste der Zarenfamilie und ihre feier-

liche Beisetzung in St. Petersburg und die Heiligsprechung haben durchweg ein positives Echo in der Bevölkerung hervorgerufen. 1918 war die Zarenfamilie in Jekaterinburg ermordet und im Walde verscharrt worden. Das Mordhaus war bekannt, die Stelle wo die Überreste verscharrt worden waren, hielt man geheim. Das Mordhaus in Jekaterinburg (dann Swerdlowsk) wurde schon in den siebziger Jahren von Neugierigen und Pilgern aufgesucht. 1977 befahl daher Moskau seinen Abriss.

Am 11. Juli 1991 wurden auf einem Waldweg 15 Kilometer von Swerdlowsk entfernt die Überreste der Zarenfamilie ausgegraben. 1993 wurde in Zarskoje Selo bei St. Petersburg eine Büste von Nikolaus II. enthüllt, 1996 wurde im Dorf Tajninskoje bei Moskau ein gewaltiges Denkmal für ihn enthüllt. Ein Jahr darauf wurde es durch eine Sprengladung einer Gruppe „Rote Arbeiter- und Bauernarmee“ zerstört. Am 17. Juli 1998 wurden die sterblichen Überreste der Zarenfamilie feierlich in der Peter-Paul Kathedrale in St. Petersburg beigesetzt. Sowohl die Russisch-Orthodoxe Kirche in Russland wie die Auslandskirche verehren die Zarenfamilie als „Heilige Dulder“.

An der Stelle, wo einst das Haus gestanden hatte, in dem die Zarenfamilie ermordet worden war, wurde ein Kreuz errichtet und eine Kapelle gebaut. Mehrmals wurde versucht, sie anzuzünden. Dann entschloss man sich, am gleichen Platz eine Kathedrale zu errichten. Beim Bau der Kathedrale, die inzwischen fertig gestellt sein musste, wurde der Zweifel, ob es sich bei den in St. Petersburg feierlich Beigesetzten wirklich um die Überreste der Zarenfamilie gehandelt habe, wieder lebendig.

Auch in den Beziehungen zum Islam, die von Moskau lange vernachlässigt worden waren, scheint sich ein Schwenk abzuzeichnen. Putin hat sich mehrfach mit dem Mufti Tadschudin getroffen und nach dem Terrorangriff vom Jahre 2001 in New York sind die Kontakte vertieft worden. Die „Nesawisimaja gaseta“ (20.08.2003) informierte über eine Begegnung Putins mit dem Premierminister Malaysias. Putin schlug vor, Russland in die „Organisation islamische Konferenz“ aufzunehmen.

Diese Organisation hat bisher die Unabhängigkeit Itscherijas (Tschecheniens) nicht anerkannt und somit indirekt Moskaus Einsatz von Truppen in Tschetschenien gestützt. Auf einem anderen Blatt steht jedoch die Tatsache, dass in der Bevölkerung Russlands die militärischen Maßnahmen in Tschetschenien teilweise kritisiert werden.

Der Sieg als Identifikationssymbol Russlands

Die Bürger Russlands leben in einer weit verbreiteten Verwirrung. Allerdings wird der Durchschnittsbürger mehr von Alltagssorgen bewegt, als von dem Ringen um eine „nationale Idee“.

Der Moskauer Soziologe vom Lewadazentrum urteilt (Osteuropa Nr.4-6/05, S. 56); „Der Sieg im Krieg, dem großen vaterländischen Krieg, ist das wichtigste Identifikationssymbol in Russland. Er ist die einzige positive Stütze für das nationale Selbstbewusstsein der Gesellschaft. Der Sieg im Krieg legitimiert im Nachhinein das sowjetische totalitäre sowjetische Regime ... Bis heute wirkt das Tabu, die Kehrseiten des Sieges aufzuarbeiten.“

Putins Entscheidung für eine großartige Feier zum 60. Jahrestag des Sieges hat sich dieser Tatsache angepasst. Allerdings verlief nicht alles nach Plan. Ein Grund dafür war die fehlende Bereitschaft Putins zu einer Reue-Erklärung gegenüber den baltischen Staaten, die von der Sowjetunion annektiert worden waren, ein Großteil ihrer Bevölkerung wurde deportiert und kam um. So sagten der estnische und der litauische Präsident ihre Teilnahme an den Feierlichkeiten in Moskau ab. Während der Feierlichkeiten in Moskau verlor Putin auch kein Wort des Bedauerns oder der Reue über diese Annexion.

Die lettische Präsidentin Vaira Vilekke-Freiberga kam zwar nach Moskau, hatte jedoch vorher Thesen über die Besetzung und Annexion veröffentlicht, die Moskau ärgern mussten. Sie bemängelte das Fehlen eines konstruktiven Dialogs mit dem großen Nachbar,

Die russischen Medien widmeten sich dem Feiertag mit angestrengter Aufmerksamkeit. Fotos zeigten Putin beim Händeschütteln mit den Oberhäuptern der GUS-Staaten und den

Präsidenten aus dem Ausland. Insbesondere Präsident Bush war mehrfach auf Fotos zu sehen. Eine kritische Äußerung zu den Moskauer Feierlichkeiten habe ich in russischen Medien nicht finden können.

Fazit

Die Nennung verschiedener Organisationen und Bewegungen in Russland musste unvollständig bleiben, zumal bei der Größe des Landes zahlreiche kleine oder mittlere Bewegungen unterschiedliche Färbungen erhielten. Der Krieg in Tschechien wurde nur gestreift und die Protestbewegung im Januar 2005 nicht einmal erwähnt. Die Regierung hatte eine Reihe von kostenlosen Vergünstigungen für unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung, so z.B. für die Kriegsveteranen abgeschafft. Das hatte zu einer Welle von Protestaktionen geführt. Aus einer Befragung im Februar ergab sich, dass 48 Prozent der Russen meinten, die Situation im Lande würde sich in nächster Zeit normalisieren, 39 Prozent waren der Meinung, dass die Unzufriedenheit zunehmen werde. Im Rückblick auf die neunziger Jahre und ihre Reformen hatte sich ein „antireformerisches Syndrom“ verbreitet, dass alle bisherigen Reformen nur zu einer Verschlechterung des Lebens geführt hatten,

Die überwältigende Zustimmung zu Putin beruhte vor allem auf der Überzeugung, dass er als Mann der „starken Hand“ Ordnung und Recht schützen oder verwirklichen könne. In den letzten Monaten soll jedoch die Zustimmung zu ihm abgenommen haben. Dazu mag auch der Prozess gegen den „Oligarchen“ Chodorowski beigetragen haben. Es heißt, er sei von oben in Gang gebracht worden unter Umgehung rechtstaatlicher Normen. Das wäre ein Rückfall in die Zeit der Sowjetunion. Andererseits haben Terrorakte in Moskau sowie das Massaker in Beslan den Ruf nach der „starken Hand“ Putins Position gestärkt.

Allerdings deutet Putins Politik weniger in die Richtung auf eine Demokratie westlicher Prägung, sondern auf eine autoritäre Herrschaft. Dem entspricht etwa das gewaltige Putin-Monument, das der Bildhauer Zereteli geschaffen hat. Noch ist nicht bekannt, wo es seinen Platz fin-

den wird. Man muss abwarten, ob auch dies ein Beitrag für eine „nationale Idee“ sein wird.

Letzte Meldung

Ein Ereignis am 07.06.2005 fügt sich in die Diskussion über eine „nationale Idee“ ein. An diesem Tage wurde gegenüber der Christus-Erlöser-Kirche in Moskau ein Denkmal für Zar Alexander II. enthüllt. Auf dem Sockel des Denkmals wird der Zar als „Zar-Befreier“ und „Zar Reformer“ bezeichnet. Er hatte 1861 die Leibeigenschaft in Russland abgeschafft.

Die Christus-Erlöser-Kirche war zum Dank für den Sieg über Napoleon errichtet worden. Alexander II. war bei der Grundsteinlegung zugegen gewesen. Stalin hatte die Kirche

in den dreißiger Jahren sprengen lassen. Dort sollte der Palast der Sowjets errichtet werden. Für ein solch gewaltiges Bauwerk war jedoch der Untergrund zu schwach. So wurde an der Stelle ein Schwimmbecken angelegt. Der Christus-Erlöser-Kirche stand einst ein Bronzedenkmal Alexanders III. gegenüber, das von den Bolschewiki abgerissen wurde.

An der feierlichen Zeremonie der Denkmalsenthüllung nahmen der Bürgermeister von Moskau Jurij Luschkow teil. Die neu errichtete Christus-Erlöser-Kathedrale war auch mit Moskauer Geldern errichtet worden. Ferner kam der Patriarch Alexej II. zur Zeremonie. Putin hatte seine Teilnahme zugesagt, kam dann aber nicht. Der Patriarch weihte das Denkmal. □

ÖKUMENE DER DRITTEN ART:

Die Kirchen und die so genannten neuen Heiden

VON KNA-REDAKTEURIN BARBARA JUST

2005 stand die katholische Kirche im Rampenlicht. Erst das öffentliche Sterben von Johannes Paul II., dann die Wahl eines deutschen Papstes und schließlich der Weltjugendtag in Köln sorgten für Schlagzeilen. Religiosität scheint wieder „in“, doch zugleich wächst in Deutschland auch die Zahl jener, die „religiös unmusikalisch“ sind – und das nicht nur in Ostdeutschland. Wie also umgehen mit den „neuen Heiden“?

Auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern bekannte der Religionswissenschaftler Johannes Hafner am letzten Januarwochenende in München, er mache seit bald zwei Jahren seine eigenen Erfahrungen mit dem „homo areligiosus“ an der Universität in Potsdam. „Interessieren tut mich das alles sehr, aber glauben kann ich das nicht, denn ich bin in der DDR erzogen worden“, erklärte ihm jüngst eine 25-jährige Studentin. Vom Fach Religion ist die junge Frau fasziniert, sie hat jedoch nicht gelernt, religiös zu sprechen oder zu hören. Ein Phänomen nicht nur im Osten.

Die „neuen Heiden“ lehnen das Christentum jedoch nicht gezielt ab. Man möchte durchaus wissen, was es mit dem Glauben auf sich hat. Schließlich tauchen in der Werbung, in Romanen und Spielfilmen immer wieder religiöse Andeutungen auf. Die Aufmerksamkeit für christliche Motive steige ständig, stellte Hafner fest, doch damit sei nicht automatisch Engagement verbunden.

Dennoch sollte die Bereitschaft, sich mit Religion zu beschäftigen, nicht unterschätzt werden, sagte Eberhard Tiefensee. Für Christen bedeute dies, sich erst einmal als solche zu outen, forderte der Erfurter Theologe und Philosoph. Er plädiert deshalb dafür, ein Tabu zu brechen und wieder über die so genannten letzten Fragen zu reden. Jüngst habe ein Soziologe gespottet: „Über Gott wird ebenso wenig gesprochen wie über den persönlichen Kontostand.“

Dafür bedarf es aber der Offenheit aller Seiten. Denn zunehmende Individualisierung bedeutet auch, dass sich der Einzelne auch religiös emanzipiert, wie der an der Universität Frankfurt an der Oder lehrende Kultursoziologe Detlef Pollack beschrieb. Die Menschen seien nicht bereit, einfach nur Dogmen zu folgen, sondern wollten selbstständig über ihren Glauben entscheiden. Die Kirchen müssten sich deshalb kritische Fragen gefallen lassen.

Wichtig ist für Hafner, dass die Menschen in Berührung kommen mit Religion im Allgemeinen. Dazu gehöre es, den „religiösen Pool“ zu speisen. Anstatt ihn von außen füllen zu lassen mit magischen und quasi-fernöstlichen Formen, sollte der Katholizismus auf seine reiche Tradition zurückgreifen, die auch Vorchristliches einschließe. Schon Segenshandlungen könnten helfen, Areligiöse anzusprechen, etwa mit einer Gute-Wünsche-Feier für Neugeborene.

Auch der Priester Tiefensee steht solchen Gesten positiv gegenüber. Er spricht hier von einer „Ökumene der dritten Art“. Beide Seiten sollten auf gleicher Augenhöhe in den Dialog treten und voneinander lernen: „Denn es steht keineswegs von vornherein fest, auf welcher Seite der Heilige Geist sich befindet.“

UN-Menschenrechtsrat

Sanktionsmöglichkeit muss erst geschaffen werden

Einen neuen UN-Menschenrechtsrat hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 15. März in einer Resolution gebilligt. 170 Länder gaben ihre Zustimmung. Vier Staaten (USA, Israel, Marshall-Inseln, Palau) stimmten dagegen, drei (Venezuela, Iran, Weißrussland) enthielten sich.

Der neue Rat ist gegründet worden, weil die Genfer Menschenrechts-Kommission an Glaubwürdigkeit verloren hatte. In ihr waren Länder vertreten, die der Verletzung der Menschenrechte angeklagt sind.

Der neue Menschenrechtsrat wird im Juni seine Arbeit aufnehmen. In ihm sind 47 statt wie bisher 53 Mitgliedsstaaten vertreten. Diese Nationen werden auf regionaler Basis bestimmt, müssen jedoch einzeln mit der einfachen Mehrheit der Versammlung, das heißt mit 96 Stimmen, gewählt werden. Voraussetzung ist, dass sie die Menschenrechte voll und ganz respektieren. Sollten sie sie verletzen, können sie mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit aus dem Rat ausgeschlossen werden.

Die USA hatten sich dafür eingesetzt, dass die Wahl der im Rat vertretenen Mitgliedsländer mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit erfolgen sollte, um jenen Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden, den Zugang zusätzlich zu erschweren. Aus diesem Grund stimmten sie auch gegen die aktuelle Regelung. Washington bekräftigte jedoch, dass es die neue Einrichtung mitfinanzieren und sich aktiv beteiligen werde.

Der Heilige Stuhl begrüßt neuen UN-Menschenrechtsrat

Bischof Silvano M. Tomasi, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf, hat die Schaffung des neuen Menschenrechtsrates der VN als einen „positiven Schritt vorwärts zur Förderung der Menschenrechte“ bezeichnet. Mit dieser Maßnahme „wird versucht, diese Problematik ausgehend von den Rechten der Per-

son und den Rechten der Völker besser in den Griff zu bekommen“.

Gegenüber „Radio Vatikan“ erklärte Bischof Tomasi „Ich denke, dass ein stärkerer Rat für die Menschenrechte, der direkt von der Generalversammlung abhängt und dazu befugt ist, im Notfall auch jene Länder auszuschließen, die die Menschenrechte nicht achten, funktionieren könnte.“ Zu den Schwachstellen des Rates gehöre allerdings das Fehlen der Möglichkeit, im Fall einer Verletzung der Menschenrechte konkrete Sanktionen aufzuerlegen. „Manchmal ist es notwendig, dass die internationale Gemeinschaft konkret Position bezieht, um die groben Verletzungen, wie es sie in diesem Moment zum Beispiel in einigen Regionen Afrikas gibt, zu stoppen. Daher ist es nötig, dass der internationalen Gemeinschaft konkretere Instrumente zur Verfügung stehen, um jene Kräfte, die ihre Autonomie zu Menschenrechtsverletzungen missbrauchen, daran zu hindern.“

(ZENIT.org)

EU für aktive Mitarbeit in neuem UN-Menschenrechtsrat

Die EU hat eine aktive Mitarbeit im neuen UN-Menschenrechtsrat angekündigt. Bei den Wahlen der Mitglieder des neuen Gremiums müsse darauf geachtet werden, dass eine glaubwürdige Instanz geschaffen werde, heißt es in einer am 10. April in Luxemburg verabschiedeten Erklärung der EU-Außenminister. Bei der ersten Sitzung des UN-Gremiums am 19. Juni sollten Grundsatzzfragen geklärt werden.

Wichtig sei der EU zudem, dass das UN-Menschenrechts-Hochkommissariat tatsächlich wie versprochen innerhalb von fünf Jahren doppelt so viel Mittel erhält wie bislang. Die EU-Außenminister verlangen zugleich die Fortsetzung der UN-Reform, um sie zu einer „stärkeren und wirksameren“ Einrichtung zu machen.

USA kandidieren nicht für UN-Menschenrechtsrat

Die USA bewerben sich in diesem Jahr nicht um einen Sitz im neuen UN-Menschenrechtsrat. Außenamtssprecher Sean McCormack kündigte aber am 6. April in Washington an, die gewählten Mitglieder des Gremiums politisch und finanziell zu unterstützen. Die US-Regierung teile zur Begründung mit, die Regeln zur Ablehnung von Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden, seien nicht streng genug.

Bislang haben sich 35 Staaten um einen der 47 Sitze im Menschenrechtsrat beworben, darunter auch Deutschland und Großbritannien. Die Länder Westeuropas, die USA, Kanada und Australien bekommen insgesamt 7 Sitze, Osteuropa 6, Afrika und Asien jeweils 13 sowie Lateinamerika und die Karibik zusammen 8 Sitze. McCormack kündigte an, die USA wollten sich bei der Wahl am 9. Mai für Länder einsetzen, in denen die Menschenrechte geachtet würden. Zudem würden sie den Rat ermutigen, Verstöße etwa im Iran, auf Kuba, in Simbabwe, Birma, Nordkorea und im Sudan zu ahnden. Die Mitglieder werden in geheimer Abstimmung gewählt. Jedes einzelne benötigt eine absolute Mehrheit der 191 UN-Mitgliedstaaten.

Washington hatte im März zusammen mit Israel und zwei Kleinststaaten gegen die Gründung des Rats gestimmt. Die Vereinten Nationen äußerten sich enttäuscht über die US-Entscheidung, zunächst nicht zu kandidieren. UNO-Generalsekretär Kofi Annan hoffe aber, dass die USA im kommenden Jahr antreten. Der Direktor der US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, Kenneth Roth, nannte die amerikanische Haltung kindisch. Leider habe „das gestörte Verhältnis der Regierung Bush zu den Menschenrechten“ zur Folge, dass eine Wahl in das Gremium nicht als sicher gelten dürfe. Daher versuche Washington offenbar, seine Not in eine Tugend zu verwandeln, so Roth. (KNA)

Der vierte Bundespräsident und die Bundeswehr

Walter Scheel – vom Luftwaffenoffizier zum Staatsoberhaupt

VON DIETER KILIAN



Als Walter Scheel am 8. Juli 1919 in Solingen als Sohn eines Stellmachers geboren wurde, war der Erste Weltkrieg zu Ende und die Tinte der Unterschriften unter dem Versailler Vertrag keine zwei Wochen alt. In der Familie Scheel gab es zwar keine tiefverwurzelte familiäre Tradition, aber eine „soldatische Grundstimmung“ („soldatisch-national“), zu der Glaube an feste Ordnung und Härte gegen sich selbst, sowie Pflicht und Bodenständigkeit zählten. Sein Vater Albrecht (1883-1953) hatte als Soldat im Ersten Weltkrieg gekämpft. Sein Onkel Richard, der ältere Bruder seines Vaters, ebenfalls Kriegsteilnehmer, war später Vorsitzender des Kyffhäuserbundes in Daaden (Westerwald).

In den 20er Jahren nahm sein Vater ihn und seinen älteren Bruder einmal mit nach Remscheid, um den Flieger und Pour le mérite-Träger Ernst Udet (1896-1941)¹ bei Kunstflugvorführungen zu sehen. Zwar kamen sie erst an, als die bereits Flugschau vorüber war, aber es zeigt die Faszination, die der eher bodenständige Vater aus einer alten Bauernfamilie dem Fliegen entgegenbrachte.

Ob dies die Entscheidung des Sohnes, später einmal zur Luftwaffe zu gehen, beeinflusst hat, ist nicht überliefert. Aus einem einfachen Elternhaus kommend, war es in der damaligen Zeit keineswegs selbstverständlich und eher seltene Ausnahme, dass deren Kinder auf eine weiterführende Schule geschickt wurden. Und so es ehrt es vor allem die Eltern, Mutter Helene (geb. Geffgen) und Vater Albrecht, dass sie ihrem begabten Sohn den Weg aufs Gymnasium ebneten. Im Jahre 1938 legte Walter Scheel seine Reifeprüfung (Abitur) ab und nahm damit die erste Stufe seines späteren Aufstiegs. Zunächst begann er eine verkürzte Banklehre, doch dann, kurz nachdem er sie erfolgreich vollendet hatte, machte ihm – wie Millionen anderer

junger Menschen – der Krieg einen Strich durch die weitere Lebensplanung. Im Oktober 1939, als 20-Jähriger, wurde Walter Scheel Soldat. Zwar hatte er sich nicht – wie die meisten aus seiner Klasse – freiwillig zu den Fahnen gemeldet, aber er diente pflichtbewusst und gern – bei den fliegenden Verbänden.²

„Es war mehr als nur ein Zufall, dass Walter Scheel Kampfflieger wurde. Ein Hauch von Exklusivität umgibt die Luftwaffe seit ihrem Bestehen.“³

Nach seiner Ausbildung an der Kriegsschule wurde er zum Nachtjagdgeschwader 1 unter Oberst Wolfgang Falck (* 1910)⁴ versetzt. Dieser Verband war Ende Juni 1940 in Deelen-Arnhem aufgestellt worden und unterstand der 1. Nachtjagddivision, die für die Luftabwehr in den Niederlanden zuständig war. Scheel wurde der II. Gruppe dieses Geschwaders⁵ als Navigator und Beobachter zugeteilt. Einer von Scheels Kameraden in der Gruppe war Leutnant (später Major) Heinz-Wolfgang Schnauffer (1922-1950), später einer höchstdekorierten Soldaten der Wehrmacht.⁶

Die Gruppe war mit dem Flugzeugtyp Messerschmitt „Me 110“ ausgestattet – einer zweimotorigen, zweisitzigen Maschine in Tiefdeckeranlegung und Ganzmetallbauweise. Sie war neben der Ju 88 der Standardnachtjäger. Neben der „Me 110“ flog Scheel auch mit den Flugzeugtypen Junkers („Ju 88“) und Heinkel („He 219“). 1940 während des Westfeldzuges kam Scheels Geschwader in Frankreich und über der Nordsee zum Einsatz. Mitte 1941 lernte Scheel den Niedersachsen Martin Drewes (* 1918) kennen. Dieser, ein halbes Jahr älter als Scheel, war 1937 zunächst in das Heer eingetreten, hatte aber bei Kriegsausbruch die Teilstreitkraft gewechselt und sich zum Piloten ausbilden lassen. Scheel nennt Drewes,

den späteren Eichenlaubträger, seinen besten Freund.⁷ Die Wege der beiden trennten sich jedoch für drei Jahre, als Leutnant Drewes im November 1941 versetzt wurde. Nach dem Ende des Frankreichfeldzuges verlegte Scheels Gruppe – sie war zwischenzeitlich in Stade stationiert – im Sommer 1941 an die Ostfront.

Am 1. September 1942 wurde Scheel zum Leutnant befördert und erlebte den ersten harten Winter in Russland. Er flog in den Kessel vor Moskau und wurde kurzzeitig in einer Luftwaffenfelddivision auch als Infanterist eingesetzt. Die Kälte forderte ihren Tribut: Bei minus 49 Grad zog sich Scheel Erfrierungen 2. Grades an der Nase zu. Mit der Beförderung zum Leutnant hatte Scheel die zweite Stufe seines sozialen Aufstiegs erklommen. Als Offizier konnte er nun leichter um die Hand seiner Jugendfreundin Eva-Charlotte Kronenberg (†1966), einer Fabrikantentochter aus „besseren Kreisen“, anhalten. Nicht wenige Soldaten lehnten in jener Zeit eine Eheschließung bewusst ab, wussten sie doch, wie klein die Chance heil aus dem Krieg zurückzukommen letztlich war. Sie wollten sich auf dieses Roulettespiel des Schicksals, nach nur kurzer Ehe eine junge Witwe und auch kleine Kinder – Scheels Sohn Ulrich wurde 1944 geboren – in einer ungewissen Zukunft zurücklassen zu müssen, nicht einlassen. Scheel hingegen wagte den Schritt und heiratete 1942. Glaubte er, dadurch die Kräfte des Himmels auf seine Seite zwingen zu können? Oder war es ein Versprechen, aus dem Krieg zurückzukommen? Gab ihm dies die Kraft und Stärke zum Überleben?

Im März 1944 trafen sich die beiden Freunde und Kameraden Scheel und Drewes, letzterer mittlerweile Hauptmann, wieder. Drewes wurde Kommandeur der III. Gruppe des Nachtjagdgeschwaders 1 und Oberleutnant Scheel als Gruppenadjutant (verantwortlich für die Personalführung des Geschwaders) sein engster Mitarbeiter. In dieser Zeit flog Scheel freiwillig Einsätze als Bordschütze mit, wollte er sich doch nicht als „Schreibtischhengst“ abstempeln lassen. In dieser Haltung schimmert das ausgeprägte Pflichtgefühl gegenüber seinem Land und den Kameraden durch und steht sogar in gewissem Widerspruch zu seinem Willen, den Krieg zu überleben. Der Nachtjäger-Lebensrhythmus dieser Jahre blieb auch später bestimmend: Scheel ist ein Nachtmensch, der erst spät ins Bett findet.

Scheel wurde mehrfach ausgezeichnet: Neben den beiden Klassen des Eisernen Kreuzes wurden ihm die Frontflugschuppe und die Medaille „Winterschlacht im Osten 1941/42“ (sog. „Ostmedaille“; im bitteren Soldatenjargon „Gefrierfleischorden“ genannt) verliehen. 1944 erkrankte Scheel an Flecktyphus und zog sich eine Rückgrat-Phlegmone⁸ zu. Nach seiner Genesung im Lazarett kehrte er 1944 wieder zur Luftabwehr in die Niederlande und an den Niederrhein zurück. Nach kurzer britischer Kriegsgefangenschaft im schleswig-holsteinischen Tarp, wo er wieder mit seinem früheren Kameraden Schnaufer zusammentraf, kam Scheel als Oberleutnant heil aus dem Krieg zu Frau und Sohn zurück.

Scheels Beziehung zum Krieg war eindeutig. Er nennt ihn eine „existentielle Situation“ und trennt dabei strikt zwischen Vaterland und Nazi-Regime. Auf die Frage des Journalisten Jürgen Engert, was er auf den Vorwurf antwortete: „Sie führen hier einen Krieg für eine Diktatur“ antworten würde, nannte Scheel die beiden Begriffe Pflicht und Disziplin. „Für das Vaterland hatte man seine Pflicht zu tun.“⁹ Es waren diese beiden Tugenden, die ihm auch in späteren Lebensjahren halfen, schwere persönliche Schicksalsschläge¹⁰ zu ertragen und zu meistern. Das Kriegskapitel in seinen Er-

innerungen ist kurz. Scheel redete einmal den Gruppenführer eines NS-Fliegerkorps mit „Herr Gruppenführer“ an, anstatt – wie in der SS üblich – ohne „Herr“. Als er diese Anrede auch nach Korrektur wiederholte, wurde ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, aber bereits auf der Geschwaderebene abgeblockt. Diese Episode ist ein Indiz für Scheels ablehnende Einstellung zum Nationalsozialismus und sein eigenständiges Urteil. Als Bilanz dieser schweren Kriegsjahre sagte Scheel später stellvertretend für seine Generation:

„Es war, wenige Jahre abgerechnet, kein schönes Leben, das die heute 60-jährigen in ihren ersten 30 Lebensjahren führten. 1945 war der Tiefpunkt. Wir standen auch vor den Trümmern unseres eigenen Lebens. Fast alles, woran wir irrend geglaubt, wofür wir gekämpft hatten, war uns aus den Händen geschlagen.“¹¹

Nach dem Krieg bis 1953 arbeitete Scheel als Geschäftsführer der Stahlwarenfabrik seines Schwiegervaters. Parallel dazu engagierte er sich bereits ab 1946 in der Politik. Er trat in die FDP ein und erreichte in wenigen Jahren von der kommunalen über die Landesebene die Bundespolitik: 1948 war er Stadtverordneter in Solingen und 1950 Landtagsabgeordneter in Düsseldorf. Der hart erkämpfte soziale Aufstieg war erreicht, wenngleich noch lange nicht vollendet. Im Jahre 1953 zog Scheel als Abgeordneter in den Bundestag ein und gehörte ihm bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahre 1974 an. Im selben Jahr – 1953 – gründete er als Wirtschaftsberater und Teilhaber zwei Firmen: eine für Marktforschung und Marktuntersuchung („Intermarket“) und eine zweite für Finanzierungsfirma für („Interfinanz“), schied aber nach seinem Eintritt in die Bundesregierung aus beiden aus. Vergleicht man diese Geradlinigkeit mit den heute oft nebelhaft verschwommenen Verflechtungen von Politikern und Wirtschaft, kann auch dies ein Ausdruck von Pflichterfüllung gegenüber seinem Land gelten.

Von 1955 bis 1957 gehörte er der Gemeinsamen Versammlung der

„Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) in Luxemburg an und 1958 wurde er Mitglied des Europäischen Parlaments in Straßburg. Am 14. November 1961 wurde er mit nur 42 Jahren Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungshilfe) unter dem mehr als doppelt so alten Kanzler Adenauer (1876-1967). In Adenauers Memoiren wird Scheel nur einmal, eher beiläufig, erwähnt.¹² Dies ist verständlich, war er doch nur knappe zwei Jahre als Minister im letzten Kabinett des greisen ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Zusammen mit den anderen FDP-Bundesministern¹³ trat er wegen der sog. „Spiegel-Affäre“ und der umstrittenen Rolle von Verteidigungsminister Strauß im November 1962 zurück, kehrte aber nach dem Ausscheiden von Strauß einen Monat später ins Kabinett zurück.¹⁴

Nach dem Rücktritt Adenauers am 15. Oktober 1963 wurde Scheel von Kanzler Prof. Ludwig Erhard (1897-1977) erneut in diese Funktion berufen und nahm sie bis 1966 wahr. Wegen eines Streites über den Bundeshaushalt trat Scheel im Oktober 1966 – wieder zusammen mit den Ministerkollegen¹⁵ seiner Partei – ein zweites Mal zurück. Während der Großen Koalition unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (1904-1988) war Scheel – von 1967 bis 1969 – Vizepräsident des Deutschen Bundestages. 1968 trat er die Nachfolge von Dr. Erich Mende (1916-1998)¹⁶ als Bundesvorsitzender der FDP an und behielt dieses Amt bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten.

Scheel war fünf Jahre lang als Außenminister und Vizekanzler in den beiden Kabinetten Willy Brandts (1913-1992) von 1969 bis 1974 einer der Mitgestalter der Ostpolitik und verknüpfte diese mit der Bindung an die westliche Staatengemeinschaft und die Entspannung. Zusammen mit Bundeskanzler Brandt unterzeichnete Scheel 1970 den Moskauer Vertrag. Knappe drei Jahrzehnte zuvor hatte er als junger Leutnant noch vor Moskau gekämpft, und nun war er neben Willy Brandt der maßgebliche Förderer der Aussöhnung mit der Sowjetunion. Im November 1975 besuchte er als erster Bundespräsident die Sowjetunion.



Offizieller Besuch der britischen Königin in Deutschland im Mai 1978; v.l.: Königin Elizabeth II.; Frau Dr. Mildred Scheel; Bundespräsident Walter Scheel; Prinz Philip; dahinter General Wust; ganz rechts: Kapitän z. S. Maurer.

kommen waren. Es war mehr als eine Geste. Als ehemaliger Offizier der Luftwaffe konnte er dieses bittere Schicksal in besonderer Weise nachempfinden.

Erstmals seit Theodor Heuss, der 1957 als Ehrengast an der ersten Kommandeurtagung der Bundeswehr teilgenommen hatte, sprach wieder ein Bundespräsident zu den ranghöchsten Offizieren der Streitkräfte. Auf der 22. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Saarbrücken am 5. April 1978 unter Generalinspekteur Harald Wust – zwei Jahre jünger als Scheel und ebenfalls im 2. Weltkrieg junger Luftwaffenoffizier – trug Scheel seine Auffassung über die sittlichen Grundlagen der Verteidigungsbereitschaft und das demokratische Bewusstsein vor. Zum Auftrag der Bundeswehr stellte er dabei fest:

„Die Funktion der Friedenssicherung kann die Bundeswehr nur erfüllen, wenn sie für den Ernstfall gerüstet ist, gerüstet nicht nur im Hinblick auf Waffen und Ausrüstung, sondern - und das ist das Wichtigste - auch im Bewusstsein der Soldaten.“

Und er folgerte daraus, dass, wenn der Frieden erhalten bleiben soll, der Soldat auch im Hinblick auf einen möglichen Krieg ausgebildet werden muss. In besonderer Weise und unmissverständlich prangerte Scheel die geistige Distanz zum Militär in Deutschland an.

„Man beschäftigt sich eben nicht mit dem Militär. Dahinter steckt auch ein nicht unerheblicher gesellschaftlicher Druck. Aus einer Beschäftigung mit dem Militär könnte ja auf eine gewisse Affinität zur Bundeswehr geschlossen werden. Ja, meine Herren, es ist traurig, aber es muss einmal ausgesprochen werden: Eine positive Beziehung zur Bundeswehr schädigt bei uns in manchen Berufen - und das gilt auch für Politiker und Journalisten - das Sozialprestige. Ein Schriftsteller, der

Vielleicht war es gerade das Erleben einer Kriegskatastrophe dieser Dimension, die Männer besonders für Versöhnung und Friedenspolitik bereit werden ließ. Auch die alte Garde der politischen Führer in Moskau – von Chruschtschow (1894-1971) über Breschnew (1906-1982), Andropow (1914-1984) bis Tschernenko (1911-1985) – hatte, ungeachtet vordergründig klingender kriegszerstörerischer Töne während des Kalten Krieges, im politischen Handeln und beim Umgang mit militärischer Macht letztlich Umsicht und Verantwortung walten lassen.

Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976), bereits 75 Jahre alt, verzichtete auf eine zweite Amtszeit. Die Bundesversammlung wählte am 15. Mai 1974 Scheel mit 530 Stimmen – zum zweiten Mal nach Theodor Heuss – einen Politiker der FDP zum Staatsoberhaupt. Sein Gegenkandidat von Weizsäcker erhielt 498 Stimmen.

Scheel hatte die höchstmögliche Endstufe seines sozialen Aufstieges erreicht. Am 1. Juli 1974 begann seine Amtszeit als viertem Bundespräsidenten. Lagen die ersten drei Bundespräsidenten mit den Geburtsjahrgängen 1884 (Heuss), 1894 (Lübke) und 1899 (Heinemann) nur fünfzehn Jahre auseinander, so trennten Scheel von seinem Vorgänger Heinemann

mann zwanzig Jahre – eine ganze Generation. Doch Scheel unterschied sich nicht nur altersmäßig von seinen Vorgängern. Als er mit nur 55 Jahren an die Staatsspitze trat, war er nicht nur der erste Präsident, der im 20. Jh. geboren worden war, sondern auch der erste, der als Soldat im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte – ein Lebenslauf, den auch der andere führende Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland, Bundeskanzler Helmut Schmidt, mit Scheel teilte. Zwei ehemalige Oberleutnante der Luftwaffe standen an den höchsten Ämtern der Bundesrepublik Deutschland. Scheels Wahl war Zäsur und Generationenwechsel zugleich:

„Scheel nach Heinemann, das wirkte wie ein klassisches Kontrastprogramm.“¹⁷

Dies wirkte sich auch auf die Bundeswehr aus. Zu ihr hatte Scheel – nicht zuletzt auch als ehemaliger Soldat – ein emotional weit engeres Verhältnis als sein Vorgänger Heinemann. Scheel rückte vom Bild des „Friedens als Ernstfall“, das sein Vorgänger gezeichnet hatte und das Missverständnisse enthielt, ab. In seiner Weihnachtsansprache 1975 würdigte der Bundespräsident den 20. Geburtstag der Bundeswehr und die Opfer des Flugzeugabsturzes auf Kreta, bei dem 41 Soldaten und ein Zivilangehöriger¹⁸ ums Leben ge-

Besuch von Generalinspekteur Harald Wust beim Staatsoberhaupt; v.l.: Verbindungsoffizier Kapitän z.S. Horst Dieter Maurer, Bundespräsident Walter Scheel, General Harald Wust.

*sich für die Bundeswehr einsetzt, wird nicht mehr für voll genommen. ... Wo sind eigentlich diese 500.000 Mann? Der normale Bundesbürger bekommt seine Bundeswehr kaum zu Gesicht.*¹⁹

Eine erschreckende Bilanz. Doch der Appell führte zu keiner Änderung. Bis heute – über fünfzig Jahre nach Gründung der Bundeswehr – hat sich wenig daran geändert, im Gegenteil. Trotz der gelungenen Integration der Streitkräfte in den demokratischen Rechtsstaat, ihrer international anerkannten Reputation und der Bejahung ihrer Existenz und Notwendigkeit durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, hat die Verankerung sich nicht gestärkt. Sie weist nur die Merkmale einer wohlwollenden Duldung auf, mehr nicht. Darüber dürfen auch die politischen Lippenbekenntnisse bei Jubiläen und Sonntagsreden nicht hinwegtäuschen. In dieser Hinsicht hat die Wehrpflicht als Bindeglied zwischen Armee und Volk versagt, wohl auch versagen müssen, weil seitens der Politik die erforderliche Unterstützung ausblieb. Hinzukommt, dass im Jahr 2006 die Stärke der Bundeswehr etwa auf die Hälfte jener von Scheel 1978 erwähnten Zahl abgeschmolzen ist, was die Wahrnehmung der Armee im Lande zusätzlich verringert. Scheels Rede von vor 28 Jahren besitzt noch heute Gültigkeit – leider, muss man hinzufügen. Die Signale des Staatsoberhauptes sind zu schwach, wenn sie politisch nicht umgesetzt und zusätzlich unterstützt werden. Auch die meisten Appelle anderer Präsidenten verhallten – vor allem, wenn sie nicht in den „mainstream“ des Denkens passten – ungehört und oft süffisant auf Schlagworte verengt.²⁰ Ebenso klar war Scheels Haltung zu Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung:

*„Diese Diskussion erweckte manchmal den Anschein, als ob nur die Kriegsdienstverweigerer ein Gewissen hätten, das sich um den Frieden sorgt.“*²¹



Es waren mutige Worte zu einer Zeit, in der die Streitkräfte – vor allem aus dem linken Lager – massiv angegriffen und diffamiert wurden. Weder vorher noch nachher hat ein deutsches Staatsoberhaupt Missstände im Verhältnis von Gesellschaft zur Bundeswehr so klar angesprochen wie Bundespräsident Scheel. Von manchem Politiker und auch seitens einiger Medien wurde ihm deshalb vorgeworfen, er habe seine Kritik überzogen. Nicht zuletzt deswegen skizzieren manche Kritiker Scheel leider bis heute vordergründig und abwertend als singende „rheinische Frohnatur“. Doch Scheel versprach nicht nur, er handelte auch. Bereits zwei Jahre zuvor – 1976 – hatte Scheel die Unterzeichnung des Gesetzes zur Abschaffung der Gewissensprüfung bei Wehrdienstverweigerern verweigert. Amnesty International hatte damals noch in einem Brief an das Staatsoberhaupt interveniert und Scheel aufgefordert, den Gesetzesentwurf zu unterschreiben, sowie alle inhaftierten Wehrdienstverweigerer, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigert hatten, freizulassen und zu amnestieren. Scheel versagte sich dieser Aufforderung.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Heinemann betonte Scheel die Bedeutung staatlicher Symbole und Formen, seien diese doch „mehr als

technische Regelungen“, sondern „Ausdruck des freiheitlichen Geistes unseres Staates.“²² Dieses Bewusstsein war vor allem durch die Außerparlamentarische Opposition (APO) in Frage gestellt und teilweise zerstört worden. Scheels Absicht war es, diese verschüttete Haltung in Bevölkerung und auch in der Armee wieder zu festigen.

Seine Amtszeit war im Inneren durch den Terror der „Roten Armee Fraktion“ überschattet. Unzweideutig bezog er gegen die Gewalt der Straße Stellung:

*„Was für eine furchtbare Grimasse der Freiheit schaut uns da an?“*²³

Scheels klare Haltung zu den Streitkräften darf aber keinesfalls zu dem Schluss führen, er wäre der Bundeswehr gegenüber unkritisch gewesen. Scheel wahrte immer dann eindeutig Distanz, wenn Ereignisse und Entwicklungen in den Streitkräften nicht mit seinem Rollenverständnis des Militärs, seiner Staatsauffassung und seinem demokratischen Empfinden übereinstimmten. So bejahte Scheel zwar ein selbstbewusstes Auftreten der Bundeswehr im In- und Ausland, war aber zugleich ein kompromissloser Verfechter des Primats der Politik. Dies wurde besonders in seiner Haltung zur „Krupinski/Franke-Affäre“ und beim Rück-

tritt von Generalinspekteur Harald Wust deutlich.

Im Herbst 1976 war der frühere Stuka-Oberst Hans-Ulrich Rudel (1916-1982),²⁴ zu einem Traditionstreffen des Aufklärungsgeschwaders 51 „Immelmann“ nach Bremgarten eingeladen worden. Der Besuch führte zu einem Eklat in Medien und Politik. Der Chef der Luftflotte in Köln-Wahn, Generalleutnant Walter Krupinski (1920-2000)²⁵ und sein Stellvertreter Karl Heinz Franke (1923-1994), hatten zwar von dieser Einladung nichts gewusst und hätten sie vermutlich auch nicht genehmigt. Doch sie stellten sich in Wahrnehmung ihrer Fürsorgepflicht vor den Kommodore der „Immelmänner“ und meinten, man müsse man „*dem als rechtsradikal geltenden Rudel ebenso das Recht auf Läuterung zubilligen wie >Linksextremisten und Kommunisten<, die früher in Moskau waren wie Herbert Wehner.*“²⁶ Damit stachen sie in ein politisches Wespennest und brachten Minister Leber in Zugzwang. Beide Generale mussten ihren Hut nehmen. Vielleicht mag Scheel innerlich als ehemaliger Offizier der Luftwaffe auf der Seite seiner früheren Kameraden gestanden haben, doch erkennen lassen hat er dies nicht einen Augenblick und verfügte deren sofortige Entlassung.²⁷ Ebenso eindeutig handelte Scheel, als zwei Jahre später, im Dezember 1978, Generalinspekteur Wust (* 1921) wegen nicht mehr vorhandenen Vertrauens zu Verteidigungsminister Hans Apel vorzeitig um seine Entlassung aus dem aktiven Dienst bat. Allerdings bedauerte Scheel das Ausscheiden von Wust; sein Verhältnis zu dem geradlinigen Generalinspekteur, der selbst aus der Beobachterlaufbahn der Luftwaffe kam, war immer von großer Sympathie, Offenheit und Freundlichkeit geprägt.

Beide Fälle stellten keine Verletzung des Primats der Politik durch hohe Offiziere dar, denn weder Krupinski, noch Franke und schon gar nicht Generalinspekteur Wust stellten Zuständigkeit und Handlungshoheit der Politik in Frage. Doch bis heute ordnen Politiker, Medien und auch ein Teil der Öffent-

lichkeit bereits abweichende Meinungen von Militärs leichtfertig dieser Rubrik zu. Der Grund liegt auch darin, dass diese Thematik bislang in der öffentlichen Diskussion ausgespart, wenn nicht sogar tabuisiert blieb.

Das unter seinem Vorgänger Heinemann abgespeckte Zeremoniell beim Empfang akkreditierter Botschafter wurde unter Scheel wieder aufgestockt.²⁸ Dies war nicht nur eine Geste des außenpolitisch versierten Politikers; der Ästhet und Schöngest Scheel wehrte sich damit auch gegen den vorherrschenden Trend, „*Formlosigkeit zu unserer Form*“²⁹ werden zu lassen. Zu seinen zweiwöchigen Abendgesellschaften in der Villa Hammerschmidt wurden jeweils²⁷ Gäste aus acht Gruppen, darunter auch Soldaten der Bundeswehr, eingeladen.³⁰ Scheel besuchte die Bundeswehr und die alliierten Truppen in Deutschland häufig, so z. B. 1975 das FlaRak-Bataillon 26 NIKE in Jever zusammen mit Admiral Zimmermann. Ebenso wie sein Vorgänger Heinemann fuhr auch Scheel einige Tage auf dem Segelschulschiff Gorch Fock mit.

Während der fünfjährigen Amtszeit von Scheel führte Georg Leber (* 1920) das Verteidigungsressort. Nach Lebers Rücktritt im Februar 1978 wurde Hans Apel (* 1932) Chef der Hardthöhe. An der Spitze der Bundeswehr standen drei Generalinspektoren: Admiral Zimmermann (2 ½ Jahre), General Wust (2 Jahre) und Brandt (½ Jahr). Scheel schätzte – wie auch Kanzler Helmut Schmidt – Zimmermann außerordentlich. Während dessen Krankheit ließ sich Scheel durch seinen Verbindungsoffizier³¹ täglich über Zimmermanns Zustand nach dessen schwerem Sturz im Juni 1976 vortragen – auch eine Geste der Kameradschaft des Staatsoberhauptes gegenüber dem ranghöchsten Soldaten der Bundeswehr. Umso mehr war Scheel über den plötzlichen Tod Zimmermanns im Dienst am 30. November 1976 erschüttert.

Scheels Verhältnis zu Verteidigungsminister Leber war besser als das zu dessen Nachfolger Apel ob-

gleich letzterer von 1972 bis 1974 unter ihm als Außenminister Parlamentarischer Staatssekretär für Europafragen gewesen war. Scheel hatte – wohl auch aus eigener Erfahrung beim schwierigen sozialen Aufstieg – immense Hochachtung vor dem Lebenswerk und dem politischen Können Lebers. An Apel schätzte er dessen analytische Intelligenz.

Zum dritten Mal – nach Karl Heinz Herche (1923-2004) und Werner Gruner (* 1923) – fungierte wieder ein Marineoffizier als Verbindungsoffizier des Verteidigungsministeriums zum Bundespräsidenten: Kapitän zur See Horst Dieter Maurer (* 1937), der polyglotte Marineflieger, diente unter Scheel während dessen gesamter Amtszeit von 1974 bis 1979. Scheel bestand auf einer – internationalen Gepflogenheiten entsprechenden – Einordnung seines Verbindungsoffiziers, so u.a. beim Staatsbesuch in der Sowjetunion im Jahre 1975, kannte er als vormaliger Außenminister doch die internationalen Sitten und Erwartungen genau.

Eine Stunde vor dem Ende seiner Präsidentschaft im Sommer 1979 wurde Walter Scheel von der Bundeswehr vor seinem Amtssitz, der Villa Hammerschmidt, in Bonn mit dem Großen Zapfenstreich verabschiedet. Das Stabsmusikkorps der Bundeswehr intonierte in der Serenade das Lied „*Die Gedanken sind frei*“, jenes traditionsreiche, volksliedhafte Stück, das in Elsass-Lothringen und den südwestdeutschen Gebieten schon vor der Französischen Revolution als Erkennungslied der „*Freiheitlichen*“, der „*Liberalen*“ galt.³² Im Fackelschein verließ ein Freund der Armee die politische Bühne. Nach seiner Amtszeit von nur fünf Jahren übernahm Scheel eine Vielzahl von Ehrenämtern. Zum einen war er mit gerade einmal 60 Jahren beim Ausscheiden aus dem Amt noch zu jung, um sich aus der politischen Arbeit zurückzuziehen, zum anderen ist dies ebenfalls Ausdruck seiner tiefverwurzelten Pflichterfüllung der Gemeinschaft gegenüber.

Anmerkungen:

- 1 Udet stieg bis zum Generaloberst auf. Sein Leben nahm Zuckmayer zur Vorlage des Dramas „Des Teufels General“.
- 2 Scholz, Günther a.a.O. S. 275
- 3 Wiedemeyer, Wolfgang Walter Scheel – ein Porträt S. 13
- 4 Falck hatte das NJG 1 am 26. Juni 1940 übernommen. Im Oktober 1940 wurde er mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet.
- 5 Gruppenkommandeure waren: Hauptmann Conrad von Bothmer; Hauptmann Karl-Heinrich Heyse; Hauptmann Graf von Stillfried, Major Walter Ehle, Major Eckart-Wilhelm von Bonin und Hauptmann Adolf Breves.
- 6 Schnauffer (121 Luftsiege) war einer der 27 Träger der Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub mit Schwertern. Er kam nach dem Krieg bei einem Autounfall in Südwestfrankreich ums Leben und wurde in Calw beigesetzt.
- 7 Scholz, Günther a.a.O. S. 275 Drewes errang die ersten seiner insgesamt 52 Luftsiege im Irak gegen die Royal Air Force, wo er als Kommandoführer mit deutschen Maschinen irakischen Freiwilligen militärische Ausbildungshilfe leistete.
- 8 schwere Infektion der Haut, u.a. mit offener Eiterbildung, starken Schmerzen, Schwellungen und Fieber.
- 9 Scheel, Walter Erinnerungen und Einsichten S. 34
- 10 Im Jahre 1966 verstarb Scheels erste Frau Eva-Charlotte und 1985 seine zweite, Dr. Mildred Scheel - beide nach langen Ehejahren.
- 11 Scheel, Walter 30 Jahre nach dem Krieg - Rede in der Schlosskirche zu Bonn am 6. Mai 1975 in: Walter Scheel – Die Zukunft der Freiheit Reden 1975-1979 Ullstein Sachbuch S.26 f.
- 12 Adenauer, Konrad Erinnerungen Band III - S. 83
- 13 Bucher, Justiz; Dahlgrün, Finanzen; Lenz, Atom und Mischnik, Vertriebene
- 14 In den Lebenserinnerungen von Franz Joseph Strauß wird Walter Scheel nicht einmal erwähnt.
- 15 Mende, Vizerekanzler; Dahlgrün, Finanzen und Bucher, Wohnungsbau.
- 16 Mende war 1936 als Offizieranwärter in das Infanterieregiment 84 in Gleiwitz eingetreten. Anfang 1945 übernahm er als Major das Grenadierregiment 216 und wurde mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Er führte sein Regiment rechtzeitig nach Westen zurück. Dies ersparte seinen Soldaten und ihm die sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung studierte er Jurisprudenz. Er war einer der Gründer der FDP 1949 wurde Mende mit 33 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages, dem er 31 Jahre angehörte. Von 1960 bis 1968 war er Bundesvorsitzender der FDP. Im Jahre 1970 schied er aus der FDP aus und wechselte zur CDU. Er starb am 6. Mai 1998 in Bonn.
- 17 Weizsäcker, Richard Frhr. von Beitrag für die Tageszeitung „Die Welt“ 1999
- 18 Am 9. Februar 1975 war eine Transall des LTG 63 auf Kreta gegen einen Felsen geflogen. Es ist das bisher schwerste Unglück in der Geschichte der Bundeswehr.
- 19 Scheel, Walter – Apel, Hans: Die Bundeswehr und wir. Rede auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr 1978 S. 17 f.
- 20 z.B. die sog. „Ruck“-Rede“ von Bundespräsident Roman Herzog vom 26. April 1997.
- 21 Scheel, Walter Rede auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr 1978 in: Walter Scheel – Die Zukunft der Freiheit – Reden 1975-1979 Ullstein Sachbuch S.184
- 22 zitiert in: Scholz, Günther Die Bundespräsidenten S. 308
- 23 Scheel, Walter Rede zum Staatsakt für den ermordeten Hanns Martin Schleyer
- 24 Rudel – im Krieg u.a. Kommandeur des Schlachtgeschwaders „Immelmann“ – war als einziger Soldat der Wehrmacht mit der höchsten Tapferkeitsauszeichnung, dem Goldenen Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet worden.
- 25 Krupinski gehörte als Eichenlaubträger selbst zu den Fliegerassen.
- 26 Herbert Wehner (1906-1990) war damals Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 27 Mit großer Rigorosität verwahrte sich Scheel gegen die politischen Aktivitäten Rudels. Im Zuge der Entlassung Krupinskis und Frankes gingen etwa 4.600 Eingaben an den Bundespräsidenten ein, die gegen die Maßnahme protestierten. Aus Namibia und Südafrika kamen offenbar gesteuerte Sympathieschreiben. Alle in Deutschland lebenden Einsender erhielten eine Antwort.
- 28 Scholz, Günther a.a.O. S. 299
- 29 Krack, Bernhard W. Staatsoberhaupt und Streitkräfte S. 481
- 30 Scholz, Günther a.a.O. S. 301

- 31 Maurer, Horst Dieter Antwort vom 02.05.2006 auf schriftliche Fragen des Verfassers
- 32 1842 von Hoffmann von Fallersleben überarbeitet.

Quellen & Literatur:

- Adenauer, Konrad: Erinnerungen. 4 Bände, Deutscher Bücherbund, Stuttgart/Hamburg 1968..
- Krack, Bernhard W.: Staatsoberhaupt und Streitkräfte. Die Position der Bundespräsidenten zur Bundeswehr und zur Sicherheitspolitik. Ergon Verlag Dr. Hans-Jürgen Dietrich, Würzburg 1990
- Maurer, Horst Dieter : Antwort vom 02.05.2006 auf schriftliche Fragen des Verfassers.
- Scheel, Walter: Rede auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr 1978; in: Walter Scheel – Die Zukunft der Freiheit, Reden 1975-1979 . Ullstein Verlag Frankfurt a.M., Ullstein Sachbuch Nr. 34057, Juli 1981.
- Scheel, Walter: Bundeswehr und Gesellschaft ; in: Zuber, Hubertus (Hrsg.) Innere Führung in Staat, Armee und Gesellschaft.
- Scheel, Walter – Apel, Hans: Die Bundeswehr und wir. Zwei Reden. Suhrkamp Taschenbuch 522, Frankfurt/Main 1978.
- Scheel, Walter: Erinnerungen und Einsichten – Walter Scheel im Gespräch mit Jürgen Engert. Hohenheim Verlag, Stuttgart Leipzig 2004.
- Scholz, Günther: Die Bundespräsidenten. Decker & Müller Verlag, Heidelberg 1990
- Wiedemeyer, Wolfgang: Walter Scheel – ein Porträt. Persönlichkeiten der Gegenwart Band 12, Eurobuch-Verlag, August Lutzeyer, Freudenstadt 1969

Bildmaterial:

Privatarchiv K zS aD Horst Dieter Maurer

KURZ BERICHTET:

Theatervereinigung will Johannes Paul II. zum Patron machen

Der Präsident der italienischen Theatervereinigung ETI, Giuseppe Ferrazza, schlägt vor, Papst Johannes Paul II. nach seiner Heiligsprechung zum Patron des Theaters zu erheben. Das Theater von heute sei „zu atheistisch“ und habe großen Bedarf nach einem himmlischen Fürsprecher, sagte Ferrazza laut italienischen Medienberichten. Karol Wojtyła war während des Zweiten Weltkriegs Schauspieler an einem Krakauer Untergrundtheater und schrieb selbst mehrere Theaterstücke, etwa „Der Laden des Goldschmieds“. (KNA)

„Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“

Informationsstand der Katholischen Militärseelsorge in der „Halle der Bistümer“



Im Rahmen des 96. Deutschen Katholikentags feierten am Freitag, dem 26. Mai 2006, 750 Gläubige, darunter viele Soldatinnen, Soldaten und junge Menschen, mit Militärbischof Dr. Walter Mixa in der Pfarrkirche St. Michael in Saarbrücken einen festlichen Gottesdienst zum Thema „Meinen Frieden gebe ich euch“. Die musikalische Gestaltung erfolgte durch das Bläserquartett des Heeresmusikkorps 300 aus Koblenz.

In seiner vom Beifall unterbrochenen Predigt ging Bischof Mixa zunächst auf das aktuelle Thema des Films „Sakrileg - Der Da Vinci Code“ ein. Die Botschaft von der Auferstehung sei nicht durch irgendwelche Fantasien zu erschüttern. Paulus sei dafür der Gewährsmann. Jesus allein sei der Weg, die Wahrheit und das Leben. Er sei es, der allein der Welt Frieden, Gerechtigkeit und Heil bringe. Wo Menschen das umsetzen, sei der Friede wirklich; hier habe der Dienst des Soldaten seinen Platz als „Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker“.

Im anschließenden Podiumsgespräch des Bischofs mit dem Wehrbeauftragten Reinhold Robbe und dem Vorsitzenden der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten, Oberst Richard Schmitt, zum Thema „Pastorale und gesellschaftliche Aufgaben der Militärseelsorge“, das in Verantwortung der „aktion kaserne“ durchgeführt wurde, wurden Probleme wie der Einsatz im Kongo und seine ethisch, moralische Dimension und Fragen der Inneren Führung diskutiert.

Militärbischof Mixa bewertete den Katholikentag als ein notwendiges Forum des Gesprächs und der Begegnung von Christen in einer durch und durch säkularen Welt. Er ermutigte alle Teilnehmer, die Gesellschaft vom christlichen Menschenbild her zu prägen und zu gestalten. In der Halle der Bistümer und auf der Kirchenmeile besuchte er die Informationsstände der Katholischen Militärseelsorge und lobte das Engagement der daran beteiligten Soldaten und Mitarbeiter aus der Kurie des Katholischen Militärbischofs.

(Marlene Beyel,
Pressestelle KMBA)



Podiumsdiskussion im Gemeindezentrum St. Michael in Saarbrücken zum Thema "Pastorale und gesellschaftliche Aufgaben der Militärseelsorge".

Bild oben, v.l.: Matthias Wirth, Sprecher der "aktion kaserne", Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe, Militärbischof Dr. Walter Mixa, Oberst Richard Schmitt, Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten.

Mitte: Zuhörer der Podiumsdiskussion (v.l.): Ministerialdirektor Dr. Dieter Weingärtner, Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, Vorsitzende der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) Christa Reichard, ZdK-Mitglied Generalleutnant Karl-Heinz Lather und Frau Lather.

Unten: Reger Betrieb auf dem Informationsstand der Katholischen Militärseelsorge in der „Halle der Bistümer“.

Fotos vom KathTag: Marlene Beyel, KMBA)

Informationstand der GKS auf der „Kirchenmeile“
in der Saarbrücker Innenstadt;
v.l.: Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut,
stellv. Bundesvorsitzender Hptm Hans-Georg Pauthner,
GKS-Bundesvorsitzender OTL Paul Brochhagen und der
Geistliche Beirat der GKS Militärdekan Johann Meyer.

GKS auf dem Katholikentag in Saarbrücken:

VON WINFRIED HEINEMAN

Manchmal gerät es in Vergessenheit: der Katholikentag ist die Großveranstaltung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, also der Laienverbände und -räte. So viel Violett der Bischöfe, so viel Purpur der Kardinäle, von den Ordensleuten unterschiedlichster Farben und Schattierungen ganz zu schweigen: Es sind die katholischen Verbände, die den Katholikentag tragen. Also auch die GKS.

Was kann die GKS mit ihren begrenzten Mitteln auf dem Katholikentag zu erreichen versuchen? Nun, zum ersten ist sie schlicht präsent. Auf der Kirchenmeile in der Saarbrücker Innenstadt war ein Zelt zwischen vielen das der GKS. „So etwas gibt’s auch?!“ – genau wegen solcher Fragen hatte die GKS sich dort angesiedelt: den Menschen zeigen, dass es unter den Katholiken Soldaten gibt, oder dass es – umgekehrt – unter den Soldaten Katholiken gibt. So mancher Standbesucher zeigte sich sogar über diese Binsenweisheit erstaunt. Nein, das hätte man nicht gedacht, dass Menschen katholisch bleiben, wenn sie Soldat werden. Da half nur noch die Antwort eines altgedienten GKS-Mitglieds im Zelt: er sei Bayer, und das sei er schließlich ja auch geblieben, als er Soldat wurde.

Es gibt die anderen, die sich auf die ernsthafte Diskussion über die Thesen und Auffassungen der Bundeswehr und der GKS einlassen. Häufig musste die Standbesatzung denen allerdings zuerst klar machen, dass das GKS-Zelt nicht die Außenstelle des Verteidigungsministers auf dem Katholikentag war. Nein, wir sind nicht gehalten, die Auffassung „der Bundeswehr“ zu vertreten. Vielen Laien ist der Verbandskatholizismus fremd. Dass ein Verband auf den Katholikentag geht, um seinen Forderungen auch an den Dienstgeber – etwa nach Erhalt der Militärseelsorge in einem angemessenen Umfang – Nachdruck zu verleihen, das wollten nicht alle so recht glauben. „Ich war auch beim Barras, damals, ich weiß doch wie das ist...“ – gegen dieses Argument anzugehen und darauf zu beharren, dass die GKS von der Bundeswehr eine sittlich-ethische Begründung ihrer Einsätze, oder auch eine entsprechende Vorbereitung der Soldaten fordert, das war dann die Herausforderung.

Noch andere – erfreulich viele Jugendliche – fragten die Uniformträger nach den Lebens- und Karrierebedingungen in der Bundeswehr. Unvergessen die Pfadfinderin aus Dortmund, eigentlich in einer Tischlerlehre, jetzt aber als VIP-Betreuerin auf dem Katholikentag: Sie bekam eine Tasse Kaffee, setzte sich in den Stand und redete einfach mit. Solche Gespräche lohnten den Aufwand. Da konnte man den Schnellsprecher leicht verkraften, der wetten wollte, die Standcrew könne keinen Komponisten benennen, von dem er nicht Geburts- und Todesdatum wisse. Die Standcrew verzichtete – wie hätte man die Wette auch nachprüfen sollen?



Aber auch Prominenz fand sich ein: ein schwarzafrikanischer Militärgeneralvikar am ersten Tag, und der ungarische Militärbischof am letzten. Auch hier die Frage nach dem Unterschied zwischen dem Stand des Militärbischofs (im Messegelände, unter den deutschen Bistümern) und dem der GKS auf der Kirchenmeile. Auch hier also die Möglichkeit, die Spezifika des deutschen Verbandskatholizismus am konkreten Beispiel zu erläutern.

Der Saarländische Rundfunk sendete live vom Katholikentag. An einer Diskussionsrunde zum Thema „Europa“ waren auch Oberstleutnant Warner und Kapitänleutnant Müller von der GKS beteiligt, die von ihren Erfahrungen in Lourdes berichten konnten. Die Präsenz der GKS auf dem Katholikentag hat ihren Wert vielleicht auch darin, dass man einfach nur wegen der Uniform angesprochen wird. Nicht mehr, wie vor zehn oder zwanzig Jahren, überwiegend feindselig, sondern mit großer Nüchternheit. Es ist selbstverständlich, dass Uniformierte da sind.

Ein Stand steht – das ist seine hervorragende Eigenschaft. Es kommt aber darauf an, sich zu bewegen. Vor allem an den ersten beiden Tagen, als fast ständiger Regen wenig Laufpublikum in die Kirchenmeile kommen ließ, waren nur sporadisch Besucher am Stand. Vielleicht hätte die Standbesatzung statt dessen in die Großveranstaltungen gehen und mit den GKS-Flyern aktiv Informationen verteilen sollen? Wäre es besser gewesen, in Uniform in Diskussionen zu gehen und sich dort als Repräsentant der GKS zu outen? (Zum mindesten wäre es wärmer gewesen!) – Überlegungen für’s nächste Mal, Osnabrück 2008.

Ein Dank der GKS muss an die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung gehen, deren Stand gleich nebenan zu finden und deren Kletterturm („wir bringen euch dem Himmel näher!“) eine richtige Attraktion war. Die KAS hat in vorbildlicher Weise den GKS-Stand mit betreut, vor allem mit Kaffee und Keksen. Ein Grund, in Zukunft einen gemeinschaftlichen Stand beider, vielleicht sogar zusammen mit dem Militärbischof, zu betreiben? Gewiss, es würde Geld und Ressourcen sparen helfen. Aber es würde weniger deutlich hervortreten lassen, was das Engagement von Laien in der Kirche, auch in der Kirche unter Soldaten, ausmacht. Und das wäre nicht gut. □



Aus dem Leben der GKS

Bericht des Bundesgeschäftsführers

VON KLAUS ACHMANN

1. GKS-Erklärung: „50 Jahre Militärseelsorge – Die GKS im Spannungsfeld gewandelter Aufträge der Bundeswehr“

Bereits im Januar dieses Jahres hatte der Bundesvorstand die jüngste Erklärung der GKS verabschiedet. Diese Erklärung (*abgedruckt im AUFTRAG Nr. 161/März 2006, S. 98 ff.*) schildert die Entstehung der GKS aus dem Königsteiner Offizierkreis, ihre formelle Gründung 1970 und ihre weitere Entwicklung. Daran schließt sich ein Kapitel „Konstanten in der Arbeit der GKS“ an, in dem die Kernpunkte der inhaltlichen Arbeit der GKS ausgeführt werden. In dem zentralen dritten Abschnitt werden „Perspektiven und Forderungen zur Neuausrichtung der Bundeswehr“ formuliert, die in dieser Vollständigkeit und Klarheit so noch nirgends zu lesen waren. Den Abschluss der Erklärung bilden die Leitsätze der GKS, die dort eindeutig in den Rahmen der kirchlichen Friedenslehre gestellt werden.

Nachdem die beiden GKS-Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“ bereits die entscheidende inhaltliche Arbeit zur Erstellung dieser Erklärung geleistet hatten, erhielten sie im Anschluss an deren Veröffentlichung den weiteren Auftrag, die Kernpunkte der Erklärung in eine Kurzfassung zu bringen, die als Faltblatt eine größere Verbreitung finden soll. Dieser Flyer wurde im Mai fertig gestellt und kann nun als leicht lesbare Schnellinformation über die GKS, ihre Geschichte und ihre wichtigsten Anliegen verteilt werden. (*Zur Kurzfassung der GKS-Erklärung vom 28.01.2006 s.S. 6 in diesem AUFTRAG*)

2. Politikergespräch mit dem Wehrbeauftragten

Am 30. März 2006 fand das erste von drei in diesem Jahr geplanten Politikergesprächen statt. Gast war diesmal der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe. Generalleutnant Karl-Heinz Lather moderierte das Gespräch, an dem etwa 30 GKS-Mitglieder und Angehörige des KMBA teilnahmen. Nachdem wenige Tage zuvor der erste Bericht des Wehrbeauftragten, sein Jahresbericht 2005, erschienen war, stand dessen Inhalt im Mittelpunkt des Interesses. Das Thema des Abends lautete daher: „Der Jahresbericht 2005 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.“ Der Wehrbeauftragte stellte aus seiner Sicht Schwerpunkte des Berichts vor, er berichtete aber auch von seinen Erfahrungen bei Truppenbesuchen. Naturgemäß waren die Auslandseinsätze der Bundeswehr ein weiteres zentrales Thema der Diskussionen.

Die Politikergespräche werden von der GKS veranstaltet. Das Katholische Militärbischofsamt unterstützt diese Gespräche als Mitveranstalter. Gastgeber der Veranstaltung ist der Militärgeneralvikar, für die Einladung der Politiker und die Moderation ist die GKS zuständig.

Als weitere Politikergespräche sind ein Abend mit MdB Bernd Siebert (CDU) am 06.07.06 und ein Gespräch mit dem Verteidigungsminister am 09.11.06 geplant.

3. Gemeinsames Seminar von GKS, pax christi und Justitia et Pax

Vom 21. – 23. April 2006 fand im Kardinal-Schulte-Haus in BENSBERG das 2. gemeinsame Seminar mit pax christi statt, auch diesmal in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Unter dem Thema „Frieden braucht Fachleute“ ging es um den Austausch von Erfahrungen bei der Qualifizierung von Fachkräften für den Auslandseinsatz. Bundeswehr, Polizei und zivilgesellschaftliche Organisationen

trugen ihre Ausbildungskonzepte vor.

Ziele des Seminars waren die Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen im Einsatzgebiet, eine bessere Kenntnis über die Fähigkeiten und Möglichkeiten der je anderen Organisationen, die Identifizierung von Stärken und Mängeln der unterschiedlichen Ausbildungskonzepte sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der GKS und pax christi als katholischen Verbänden.

Dazu stellten die beteiligten Organisationen und Verbände ihre jeweiligen Vorbereitungen auf den Auslandseinsatz – und zwar speziell auf den Einsatz zur Friedenskonsolidierung in der Nach-Konfliktphase – vor. Dabei wurden insbesondere die eigenen Ziele und der eigene Auftrag, die Einstellung auf Land und Menschen sowie auf die anderen Akteure im Friedensprozess und die Qualifizierungskonzepte vorgestellt.

Die Texte der Vorträge sollen in einem Umdruck zusammengefasst werden und stehen dann zur Auswertung zur Verfügung.

4. Sitzung des Exekutivaus- schusses der GKS am 08. Mai 2006 in BONN

Der EA trat am 08. Mai 2006 in BONN zu seiner zweiten Sitzung in diesem Jahr zusammen.

Einleitend blickte der Bundesvorsitzende auf die wesentlichen Ereignisse des letzten Quartals zurück. Aus seinen Ausführungen ist seine positive Bewertung des letzten Politikergesprächs mit dem Wehrbeauftragten und des gemeinsam mit pax christi durchgeführten Seminars hervorzuheben. Weiterhin berichtete der Bundesvorsitzende von seinen Besuchen bei Bereichs- und Arbeitskonferenzen.

Die Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ berichteten von ihrer Arbeit an einer Kurzfassung der letzten GKS-Erklärung. Der Text dieser Kurzfassung soll in einem Faltblatt bis zum Ka-

tholikentag zur Verfügung stehen.

Der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ beobachtet fortlaufend die Entwicklung im IRAN und im KONGO. Der „Internationale Sachausschuss“ trug zur nächsten Generalversammlung des AMI vor.

Der Bundesgeschäftsführer berichtete über den Sachstand des Antrages, den Sitz des FGKS e.V. von BONN nach BERLIN zu verlegen. Obwohl der Antrag bereits im Januar dieses Jahres gestellt wurde, liegt noch keine Entscheidung vor.

Weiterhin besprach der EA die bevorstehenden wichtigen Veranstaltungen, darunter die Sitzung des BV in BAMBERG, den 96. Deutschen Katholikentag in SAARBRÜCKEN und die 46. Woche der Begegnung in LUDWIGSHAFEN.

Zum Seminar 3. Lebensphase wurde beschlossen, das Konzept für 2007 neu zu überdenken. Dazu wurde eine Projektgruppe unter Leitung von OSF Schacherl eingerichtet.

Mit Bezug auf den Haushalt mahnte der Bundesvorsitzende zu größter Sparsamkeit. Er wies darauf hin, dass im Veranstaltungskalender des KMBA Änderungen zur Frage der Fahrtkostenzuschüsse zu erwarten sind, denen sich die GKS anschließen wird. Einzelheiten dazu sollen rechtzeitig bekannt gegeben werden.

5. GKS auf dem Katholikentag

Am 96. Deutschen Katholikentag vom 24. bis 28. Mai in SAARBRÜCKEN hat die GKS mit einem Stand teilgenommen. Während der Öffnungszeiten standen durchgehend GKS-Mitglieder als Ansprechpartner zur Verfügung. Informations- und Werbematerial der GKS wurde bereitgestellt, die Stellwand der GKS wies deutlich sichtbar auf unseren Verband hin. Der Stand der GKS war unmittelbar neben dem Stand der KAS benachbart, sodass wie in den vergangenen Jahren eine enge Kooperation möglich wurde. Wegen der Drucklegung dieses Heftes wird über die Teilnahme im nächsten AUFTRAG berichtet.

6. Ausblick

Abschließend noch ein Blick auf die Schwerpunkte der kommenden Wochen und Monate:

– Vom 07.-11. Juni 2006 wird in

CLOPPENBURG das 2. Seminar „Vorbereitung auf die 3. Lebensphase“ stattfinden. Das Seminar ist (ebenso wie das Herbstseminar in NÜRNBERG) seit langem ausgebucht.

- Vom 22.- 25. Juni 2006 wird der Bundesvorstand in BAMBERG tagen. Dabei wird unserer früherer Geistlicher Beirat, der jetzige Generalvikar des Erzbistums Bamberg, MD a.D. Msgr. Kestel, aus der GKS verabschiedet werden.
- Das nächste Politikergespräch findet am 6. Juli 2006 mit MdB Bernd Siebert (CDU) in BERLIN

statt. Am 9. Nov. 2006 ist ein Politikergespräch mit Bundesminister Franz Josef Jung geplant.

- Höhepunkt des Jahres wird wie immer die Bundeskonferenz sein, die vom 20.-23. September 2006 im Rahmen der 46. Woche der Begegnung in LUDWIGSHAFEN stattfinden wird. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS (FGKS) während der Bundeskonferenz am 22.09.2006 stattfindet (s.u.). Es wird dazu nicht mehr besonders eingeladen. □

Einladung zur Mitgliederversammlung des FGKS e.V.

Förderkreis der Gemeinschaft



Katholischer Soldaten e.V.
Vorstand

48317 Drensteinfurt, im Juni 2006

Sehr geehrte Mitglieder,

im Namen des Vorstandes des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. lade ich Sie zur Mitgliederversammlung 2006 ein.

Termin: 22.09.2006
Zeit: 13:30 Uhr
Ort: Heinrich Pesch Haus
Frankenthaler Straße 229
67059 Ludwigshafen
Kosten: **sind selbst zu tragen, einschließlich Fahrtkosten.**

Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Sachstand:
 - a) Verlegung Vereinssitz von Bonn nach Berlin
 - b) Gemeinnützigkeit
5. Wahlen:
 - a) Kassenprüfer
6. Verschiedenes

Mitglieder des FGKS, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen, melden sich bitte

bis Montag, 28. August 2006

schriftlich, per Fax (030 – 206 199 91) oder per E-Mail (gks.berlin@t-online.de) bei der Geschäftsstelle der GKS, z.H. Bundesgeschäftsführer, Oberst a.D. Dr. Achmann, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

gez. der Vorstand des FGKS

Vorsitzender	Oberstleutnant Paul Brochhagen, Hermesdorfer Weg 6, 51580 Reichshof Tel.: 02296 - 8883, FAX: 02296 - 999421, E-Mail: Kardinal104@gmx.de
Stellv. Vorsitzender	Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen KLEIN, Poststraße 12, 52477 Alsdorf Tel.: 02404 - 6 67 76, Fax: 02404 - 6 47 62, E-Mail: KarlJuergenKlein@t-online.de
Schatzmeister	Oberstabsfeldwebel Hubert BERNERS, Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt Tel.: 02508 - 984639, mobil: 01791314301, E-Mail: gks@hmt-berners.de

GKS KÖLN UND K-WAHN: GKS tanzt, singt und lacht in Elkhausen



Bei Schneefall und Minusgraden hatten sich am 10. Februar 2006, in Elkhausen, etwa 70 Gleichgesinnte aus 21 Familien eingefunden. Der Vorsitzende des GKS-Kreises Köln, Oberstleutnant Franz Meierhöfer, hatte in das verschneite Katzwinkel-Elkhausen eingeladen.

Zusammen mit der GKS-Kreis Wahn, unter der Führung von Oberstleutnant Albert Hecht, veranstaltete Meierhöfer ein lustiges aber auch geistig forderndes Familienwochenende.

Für die Kinder stand natürlich das Schlittenfahren an den verschneiten Hängen im Vordergrund. Die Erwachsenen hingegen, setzten sich mit dem Mittelalter auseinander. Als Referenten konnte Franz Meierhöfer Gerd Schlüter gewinnen, der als Lehrer für katholische Theologie und Geschichte zum Thema „Faszination Mittelalter“ referierte. Die Reise durch das Mittelalter brachte die Zuhörer vom Frühmittelalter über das Hoch- bis zum Spätmittelalter. Dabei sorgten vor allem christliche Themen wie Missionierung, Hexenverbrennung und Inquisition für Diskussionsstoff.

Am Abend hieß das Thema dann: GKS tanzt, singt und lacht in Elkhausen. Hier wurden ernste Themen nur noch von den Büttensprechern aufgegriffen und humorvoll präsentiert. Entsprechend der Karnevalszeit waren der Saal geschmückt und die Gäste gekleidet. Selbst Prinz, Bauer und Jungfrau wurden auserkoren um gemeinsam mit dem Organisator den Abend zu gestalten.

Jung und Alt waren sowohl bei der musikalischen Gestaltung, bei den Büttensprecher und beim Tanzen sehr aktiv und zugleich kreativ.

Den Abschluß am Sonntag gestaltete Militärfarrer Gregor Ottersbach mit einem Gottesdienst in der haus-eigenen Kapelle. So sorgten ernste Themen und ein lustiges Beisammensein für einige abwechslungsreiche Tage.

Bei bester Stimmung sollen die letzten Gäste erst gegen vier Uhr den Saal verlassen haben.

(Walter Fröhler)



Bilder v.o.n.u.:

Referent Gerd Schlüter, Oberstleutnant Franz Meierhöfer (r.) führt in das folgende Referat von Gerd Schlüter (l.) zum Thema „Faszination Mittelalter“ ein.

Das Dreigestirn mit „Al Capone“ Franz Meierhöfer Die Herren beim Ententanz

Auch die Kinder waren mit dabei und hatten Ihren Spaß an Karneval und Schnee

GKS KÖLN-WAHN: Hecht im Amt bestätigt

Wiedergewählt als Vorsitzender des GKS-Kreises Köln-Wahn wurde Oberstleutnant Albert Hecht bei der Mitgliederversammlung am 27. April 2006. Er konnte alle dreizehn Stimmen der Wahlberechtigten auf sich vereinen.

Hauptfeldwebel Dirk Ponzel eröffnete die Versammlung mit einem Rückblick auf die letzten beiden, erfolgreichen Jahre des GKS-Kreises Wahn. Nach Ablegung eines Rechenschaftsberichtes über die Arbeit des Vorstandes, bat Ponzel den anwesenden Standortpfarrer Wahn, Michael Berning, die Versammlung zu leiten. Pfarrer Berning stellte zunächst fest, dass keiner der Anwesenden für den Vorsitz kandidieren wollte. Nachdem Oberstleutnant Hecht bereits im Vorfeld erklärt hatte, für eine Wiederwahl zur Verfügung zu stehen, konnte Hecht in Abwesenheit bei der folgenden Stimmabgabe, alle Wählerstimmen auf sich vereinen. Zu seinem Vertreter wurde, ebenfalls einstimmig, Hauptmann Gerhard Kollmann gewählt.

In einem Interview erklärt der aus der Oberpfalz, Bayern, stammende Hecht, „... über das mir entgegengebrachte Vertrauen möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich freue mich, auf die kommende Periode, wenngleich der dienstliche Rahmen mir weniger Zeit zugesteht. Dafür habe ich aber Helfer, die mir viele Aufgaben abnehmen.“

Weitere Themen bei der Mitgliederversammlung waren die noch im Jahr 2006 anstehenden Veranstaltungen, wie das Familienwochenende im Klaukenhof vom 1. bis 3. September. Hauptfeldwebel Ponzel bat zum Ende der Versammlung alle Anwesenden, sich rege an den bevorstehenden Aktivitäten zu beteiligen. (Walter J. Fröhler)



Eine runde Sache

Mit dem „Wagen vollgeladen“ machte sich der GKS-Kreis Wahn am sonnigen 6. Mai auf eine Buswallfahrt nach Maria Laach in der Eifel.

Der Vorsitzende, Oberstleutnant Albert Hecht, begrüßte zu Beginn der Busfahrt neben den Familien den neuen Militärpfarrer Michael Berning, der die Wallfahrt begleitete. Hecht ließ die GKS-Aktivitäten der vergangenen Monate Revue passieren und erläuterte auch den geplanten Tagesablauf. Die Geschichte der Abtei Maria Laach sowie des Ordensgründers St. Benedikt, brachte Pfarrer Berning anschließend den Familien näher.

Um das Jahr 480 im italienischen Nursia geboren, lebte St. Benedikt einige Zeit in einer Asketengemeinschaft. Nach drei Jahren als Einsiedler in der Höhle von Subiaco sammelte er Schüler um sich, siedelte mit seinen Mönchen schließlich nach Montecassino über, wo er seine berühmte, heute noch gültige Regel vollendete. Inmitten der Vulkaneifel wurde das Kloster Maria Laach im Jahre 1093 vom Pfalzgrafen Heinrich II. gegründet. Bis zum Anfang des 18. Jhs. lag das Gedeihen der Abtei in den Händen von Mönchen. Während der Französischen Revolution wurde das Kloster aufgehoben und ging dann in den Besitz des Jesuitenordens über. Im Jahre 1892 schließlich erwarben die Benediktiner die Abtei zurück. Ganz der Mönchsregel „ora et labora – bete und arbeite“ ihres Gründers Benedikt entsprechend ist bis heute ihr Leben von diesem Leitsatz geprägt.

Mit diesem Wissen erreichten die GKS-Familien die Abtei, die sich, umgeben vom frischen Grün der hochgewachsenen Bäume und einem strahlenden Himmel, von ihrer wohl fotogensten Seite zeigte. Die Benediktiner-Ab-



tei wird von einem gewählten Abt geleitet und umfasst heute rund 50 Mönche. Die Tage sind ausgefüllt mit Arbeiten in der Seelsorge, der Kunst und Wissenschaft, dem Gartenbau und in den Werkstätten.

Im Klostergarten liegt die Nikolaikapelle, die vom Klosterfriedhof umgeben ist. Hier finden die Mönche der Abtei ihre letzte Ruhe. In der Kapelle feierte Pfarrer Berning zusammen mit den Wallfahrern einen Gottesdienst, der von der Lesung und Predigt über den guten Hirten geprägt war.

Zum Abschluss ihrer Wallfahrt nahm die Gruppe an der Vesper in der Basilika teil. Hier konnte jeder zur Ruhe kommen, in sich gehen und dem Wechselgesang der Mönche zuhören oder die romanische Kirche auf sich wirken lassen.

Zu schnell ging dieser Tag dem Ende zu und der Bus brachte eine zufriedene und um schöne Eindrücke reicher gewordene GKS-Gruppe zurück nach Wahn. Hecht brachte es mit seinen Worten auf den Punkt „Eine runde Sache“. (Text: Bärbel Fröhler, Fotos: Walter Fröhler)

GKS-KREIS BAD NEUENHR-AHRWEILER:

GKS feiert Maiandacht auf der Landskrone

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Standort Bad Neuenahr-Ahrweiler hatte zur Maiandacht eingeladen. Am 13. Mai traf man sich in Gimmigen und wanderten



vom Bürgerhaus durch die blühende Landschaft hoch zur Landskrone. Schon von weitem ist die Kapelle „Maria Hilf“ unterhalb des Gipfels in leuchtendem Weiß sichtbar. Vom Platz vor der Kapelle hat man einen weiten Blick auf das Ahrtal und Bad Neuenahr. Nachdem der Vorsitzende des GKS-Kreises, Michael Wilke, den Standortpfarrer im Nebenamt für Bad Neuenahr-Ahrweiler Rudolf Schmitt begrüßt hatte, blickte er zurück auf die Geschichte der Kapelle, die bereits 1212 erwähnt und 1794 nur leicht verändert neu aufgebaut wurde.

Pfarrer Schmitt ging in der Andacht auf die vielfältige Natur und Pflanzen in Gottes Schöpfung ein. So wie jede Pflanze eine Aufgabe habe als Mosaikstein der Natur, seien auch wir Menschen unterschiedlich und einzigartig. Nach dem Abschlusslied feierte die GKS vor der Kapelle ein Teile-Fest. Jeder hatte etwas mitgebracht, alle teilten miteinander und konnten sich an der Tafel für den Rückweg stärken.

(Michael Wilke)

GKS LAGER HAMMELBURG:

„GuIG“ begleitet Gottesdienst der Kuratie

Mit einer Mischung aus traditionellen englischen Gospel-Songs und deutschsprachigen neuen geistlichen Liedern bereicherte die Hammelburger Gesangs- und Instrumentalgruppe „GuIG“ am 2. Fastensonntag den Gottesdienst der katholischen Militärkirchengemeinde des Standortes Hammelburg und der Kuratie Christkönig. Zudem enthält das Repertoire der 20 Musikerinnen und Musiker starken Gruppe Songs mit afrikanischen und orientalischen Einflüssen. Typischerweise werden Stücke für vierstimmigen Chor mit Bandbegleitung aufgeführt.

Der Auftritt der Gruppe kam auf Initiative des Vorsitzenden des GKS-Kreises am Standort Hammelburg, Oberstleut-

nant Franz Herrler, zustande. Und Militärpfarrer und Kuratus Pater Johannes Strobl OFM freute sich „GuIG“ erstmalig in der gut besuchten Christkönigkirche begrüßen zu können.

In der Freude am gemeinsamen Singen und Glauben sieht Stefan Ammersbach die Motivation für die regelmäßige Probenarbeit. Seit Oktober vergangenen Jahres ist er für die musikalische Leitung verantwortlich, während sich das Ehepaar Maria und Friedbert Heckmann um die Organisation der Veranstaltungen kümmert. Ihren besonderen Bezug zum Veranstaltungsort, der Christkönig-Kirche, erläuterte Marianne Heckmann in einer kurzen Einführung zu Beginn der Messfeier: Vor über 25 Jahren fand in der Lagerkirche ihre Trauung statt.

Dass die Musik bei den Gottesdienstbesuchern ankam, zeigten diese nicht nur mit ihrem abschließenden Applaus; während der rhythmischen Liedern konnte man eine Vielzahl im Takt mitwippender Füße beobachten. Neben den Liedern zum Mitsingen demonstrierte ein A-cappella-Quintett das gekonnte Einfühlungsvermögen in die Musik.

Über die musikalische Gestaltung von Gottesdiensten hinaus plant „GuIG“ im Herbst auch ein Konzert in der Hammelburger Stadtpfarrkirche St. Johannes.

(Text u. Bild: Constantin Deschner)



Die Gruppe „GuIG“: am Keyboard Stefan Ammersbach (musikalischer Leiter), am Saxophon Friedbert Heckmann (verantwortlich für die Organisation der Gruppe).

STANDORT VEITSHÖCHHEIM:

Unterschiedliche Wege zu Gott

Traditionelle Fußwallfahrt nach Retzbach

Strahlender Sonnenschein, ein schöner Weg durch die grüne und blühende Natur und viele gute Gedanken prägten die diesjährige Fußwallfahrt der katholischen Militärseelsorge. Der Einladung von Pfarrer Wolfgang Bier, sich gemeinsam auf den Weg von der Veitshöchheimer Balthasar-Neumann-Kaserne zu der Kirche „Maria im grünen Tal“ bei Retzbach zu machen, waren zahlreiche Soldaten und zivile Gläubige gefolgt.

An fünf verschiedenen Stationen machten kurze Lesungen deutlich, wie der Mensch sein Leben als Weg mit Gott verstehen kann. „Dabei ist entscheidend, dass es unterschiedliche Wege hin zu Gott gibt, weil jeder aufgrund seiner eigenen Lebenserfahrung auch eine eigene Gotteserfahrung, ein persönliches Gottesbild hat“, betonte Militärpfarrer Wolfgang Bier. Im Rahmen der Fußwallfahrt wollte der Geistliche Anregung dazu geben, über dieses Gottesbild nachzudenken, das sich in einem steten Wandel befindet. „Die Frage ist, in wie weit das aktuelle Gottesbild für den Einzelnen noch stimmig ist, ob er nicht mittlerweile durch seine Erfahrungen, sein Alter, sein Wissensstand schon ein Stück weiter ist“, so Wolfgang Bier. Sinnbildlich für die ständigen Wechsel im Leben wie im Glauben sei die Natur zu sehen, die sich derzeit im Aufbruch befindet. „Zudem ist der Mai der Marienmonat, der Mutter Gottes gewidmet, die „ja“ gesagt hat zu ihrem Kind und damit zu entscheidenden Veränderungen in ihrem Leben“, erklärte der Militärpfarrer.

Nach rund vier einhalb Stunden Fußmarsch kamen die Teilnehmer in der idyllisch gelegenen Kirche „Maria im grünen Tal“ bei Retzbach an. „Das Wetter optimal, die Strecke fantastisch, die Lesungen bedenkenswert und die Gespräche anregend“, war das einhellige Fazit der Soldaten und Zivilisten nach fast 20 Kilometer Fußwallfahrt. Den Abschluss bildete ein Gottesdienst, begleitet vom Blechbläser-Ensemble des Heeresmusikkorps 12, bevor alle Wallfahrer im Retzbacher Kolpinghaus beim Mittagessen ihre wohlverdiente Stärkung genossen.

(Katharina Demleitner)



Bei strahlendem Sonnenschein wallfahrten rund 120 Gläubige mit dem katholischen Standortpfarrer Veitshöchheim, Wolfgang Bier, zur Retzbacher Kirche „Maria im grünen Tal“



Fahnenabordnungen der Katholischen Militärseelsorge und der GKS aus dem Standort Dornstadt nahmen am 25. April 2005 am feierlichen Dankgottesdienst im Augsburger Dom teil.

Auch die Redaktion AUFTRAG entsendet S.E. Militärbischof Walter Mixa herzliche Grüße ins neue Lebensjahr und wünscht ihm für die weiteren zehn Jahre im Bischofsamt Gottes Segen sowie 3 Joh 2.

Feier des 65. Geburtstages von Militärbischof Dr. Walter Mixa in Augsburg am 25. April 2006



Militärbischof Dr. Walter Mixa nimmt beim Empfang die Glückwünsche der Soldaten entgegen; v.l.: Oberst Richard Schmitt, Vorsitzender der ZV, Mitte: Olt Stefan Nüßle, Vorsitzender GKS-Kreis Dornstadt gratuliert dem Bischof.

GKS-KREIS MÜNCHEN:

„Vollkommen sein“ – aber wie?

„Ihr sollt also vollkommen sein, wie es euer himmlischer Vater ist.“ (Mt 5,8). – Aber wie gehen wir mit unserer Zeit, mit unseren Talenten, mit uns selbst um, wenn wir vollkommen sein wollen?

Für den GKS-Kreis München stand seit langem fest, dass dieses allgemein interessierende Thema ein ganzes Wochenende füllen würde. Deshalb lud der GKS-Vorsitzenden Norbert Rödl zum Familienwochenende vom 22. bis 24. Februar dazu als kompetenten und vielseitigen Referenten Johann Bauer, OTL d. Res, ein. Dieser trug nicht nur durch sein umfangreiches Wissen auf vielen Gebieten, sondern auch mit seiner interessanten und gewitzten Art zu referieren zum Erfolg dieser Tage bei. Er begann sein Vortragswochenende mit einer kurzen, aber erheitenden Verabschiedung von Norbert Rödl als Vorsitzenden des GKS-Kreises München. Da dieser Ende November 2006 in den Ruhestand versetzt wird und deshalb laut



GKS-Satzung nicht länger den Vorsitz führen kann, war es wohl das letzte von ihm geleitete Wochenende.

Am Samstag dann jedoch starteten wir in das Vortragswochenende. Wir lernten in der „Lebens-Schule“ verschiedene Theorien kennen: von der Maslow'schen Bedürfnis-Pyramide, über das philosophische Menschenbild der Griechen und einige psychologische Schritte bis hin zu unserem Eins-Sein mit Gott: so, wie Christus es lehrte, ist die Liebe die Grundlage für die Vollkommenheit, auch und vor allem die Liebe zu uns selbst (Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!).

Am Nachmittag fand eine organisierte Führung durch die wunderschöne Wies-Kirche bei Steingaden statt. Sie ist eines unserer Kleinode, das als Weltkulturerbe jährlich zigtausende Besucher anzieht.

Samstagabend dann vergnügten sich alle bei einem bunten Faschingsfest. Die Kinder hatten unter der Leitung des Teams Christina, Steffi und Johann Jr. Bauer den Raum der Bierstube faschingsmäßig aufgeputzt. Die Meisten kamen lustig verkleidet und trugen zur Erheiterung der Allgemeinheit auch je einen passenden Sketch vor. Ehepaar Rödl war der Motor der guten Laune: Mit Gitarre und vielen witzigen Gedichten, Sketchen und Liedern brachten sie uns alle immer wieder zum Lachen.

Sonntag wurde beim Feedback nach dem Gottesdienst in der einmaligen Wieskirche das Thema des Wochenendes von den Teilnehmern und dem Referenten nochmals zusammengefasst; anschließend wurde Herr Rödl, da dieses sein letztes Wochenende sich dem Schluss näherte, von Herrn Merz stellvertretend für den GKS-Kreis München mit Lob und Dank verabschiedet. Ein gutes Mittagessen rundete alles ab und entließ die Teilnehmer zufrieden nach Hause.

(Text: Astrid Merz-Fronius
Bild: Otto Waldenmaier)

NEUER BAS-VORSITZENDER:

Staatssekretär a.D. Klaus-Günther Biederbick an der Spitze der Soldatenbetreuung



Der ehemalige Staatssekretär im BMVg, Klaus-Günther Biederbick, wurde vom Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (BAS) am 30. Mai zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Dr. jur. Lothar Weber an, der das Amt seit 1997 inne hatte.

Der neue Vorsitzende will die BAS als Dachverband der in der Soldatenbetreuung engagierten Institutionen zu einer Plattform für Familienarbeit in den Streitkräften ausbauen. Das Wohl der Familien kennzeichnete er im Zusammenhang mit der Fürsorge im Einsatz als die wesentlichen Herausforderungen für die Bundeswehr in Betreuungsfragen.

Der BAS gehören neben den beiden kirchlichen Organisationen, Evangelische und Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, der Reservistenverband, der Deutsche Bundeswehrverband sowie der Caritasverband Koblenz an. Ebenfalls am 30. Mai wurde durch den BAS-Vorstand die Aufnahme des Bundeswehrsozialwerkes als nunmehr sechste Mitgliedsorganisation beschlossen. (KAS)

Zeitgeschichte

Karl-Theodor Schleicher / Heinrich Walle (Hg.): „Aus Feldpostbriefen junger Christen 1939-1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Katholischen Jugend im Felde.“ Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft Band 60; Franz Steiner Verlag 2005. 413 S. mit zahlr. s/w Abb.



Diesem Buch mit mehr als 300 Korrespondenzen aus dem 2. Weltkrieg hat der Katholische Militärbischof für die Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, ein Vorwort vorangestellt, das die Zielsetzung dieser in ihrer Geschlossenheit bemerkenswerten

Briefsammlung herausstellt. Er schreibt: „Die hier vorgelegte Dokumentation von Feldpostbriefen katholischer Wehrmachtsoldaten – alles Angehörige damals verbotener Jugendverbände – legt ein erschütterndes Zeugnis darüber ab, wie sich diese jungen Männer nach einem Wort von Dr. Alfred Delp SJ geweigert haben, '... das Dogma von der Dreieinigkeit von NSDAP – Drittes Reich – Deutsches Volk' anzuerkennen.

All diese Briefe zeigen aber auch, dass diese Männer ihren Wehrdienst zutiefst aus christlicher Motivation geleistet haben. Auch hier ist der Widerstandskämpfer Alfred Delp ein unverdächtig Zeuge, wenn er 1940 in einem Aufsatz diese Pflicht für das Vaterland theologisch-naturrechtlich aus dem 4. Gebot ableitet, jedoch die Loyalität zu der geschichtlich gewachsenen Staatsführung hinterfragt.

Wie die Briefe immer wieder zeigen, haben ihre Schreiber sich bei allem Patriotismus in keiner Weise mit den verbrecherischen Zielen dieses Krieges identifiziert. Statt dessen wollten sie ihr Vaterland verteidigen. Damit setzten sie sich ganz in Gegensatz zur NS-Propaganda.

Aus diesen leidvollen Erfahrungen des Missbrauches soldatischer Tugenden durch das NS-Regime brachte die spätere „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ die Neubestimmung der Friedensethik durch das II. Vatikanische Konzil in die geistige Neuausrichtung der Bundeswehr ein. Auch wenn die Wehrmacht des nationalsozialistischen Staates zu Recht als nicht traditionswürdig für unsere Bundeswehr betrachtet wird, so zeigen die Zeugnisse gläubiger Soldaten der Kriegszeit doch, welche moralischen und charakterlichen Kräfte auch für die Bundeswehr unverzichtbar sind.

Den beiden Autoren, die diese Glaubenszeugnisse gesammelt und erläutert haben, gelten mein Dank und meine Anerkennung. Die in diesen Briefen bewiesenen religiösen Überzeugungen sind zeitlos gültig. Daraus haben die Briefschreiber in schwers-

ter Not geistige Kraft geschöpft und auch ein Vermächtnis für die Soldaten der Bundeswehr hinterlassen.“

Der in der Militärseelsorge durch seine Abhandlung „Katholische Christen in der Bundeswehr“ (Köln 1987) bekannte Historiker Fregattenkapitän a.D. Dr. Heinrich Walle hat der Sammlung eine umfangreiche Einführung vorangestellt und kommentiert die von Oberst a.D. Karl-Theodor Schleicher aus dem Bestand verschiedener Archive zusammengestellten Feldpostbriefe aus historisch-theologischer Sicht. Walle untersucht sowohl die Wehrmotivation katholischer Wehrmachtsoldaten als auch die Frage, ob diese Briefe als Dokumente eines Widerstandes gegen das NS-Regime zu werten sind. „Aus der gleichen geistigen Einstellung, wie sie in den Briefen deutlich wird,“ folgert Walle in der Einführung in die Dokumentation, „haben die Gründer von KOK/GKS aus der leidvollen Erfahrung eines Missbrauchs soldatischer Tugenden während ihres Einsatzes im Zweiten Weltkrieg zu einer geistigen Neubestimmung des Militärdienstes für deutsche Soldaten gefunden. Diese Neubestimmung und ihr Selbstverständnis hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) erst im Mai 2006 wieder in einem Faltblatt neu definiert, das in diesem AUFTRAG auf den Seiten 6-7 abgedruckt ist.

Nicht nur für Soldaten, die sich Gedanken um die ethische Fundierung ihres Berufes wie auch um ihre Verantwortung vor Gott und ihrem eigenen Gewissen machen, kann dieses Buch Mahnung und Verpflichtung sein. Es ist vor allem auch durch seine subtile wissenschaftliche Kommentierung eine wichtige Quelle zur Katholizismus-, aber auch zur Geistes- und Gesellschaftsgeschichte. (PS)

Jürgen Kleindienst (Hg.): „Der Traum ist aus. Jugend im Zusammenbruch 1944-1945“. Zeitgut Verlag 2005, Band 20, 343 Seiten, zahlr. s/w Abb.

In 31 Geschichten und Berichten kommen in dem Buch Zeitzeugen zu Wort, die diese Zeit miterlebt haben. So wird ein Alltags(geschichts)bild gezeichnet, wie es in herkömmlichen Geschichtsbüchern nicht zu finden ist. Es kommt das in den Blick, was angesichts riesiger Zahlen an Toten und eines ungeheuren Ausmaßes an Zerstörung sonst nicht fassbar wäre: Das Leben einfacher, am Krieg unschuldiger junger Menschen, die als letztes Aufgebot sinnlos verheizt wurden und dabei einen Teil ihrer schönsten Jahre verloren.

„Erlöst und vernichtet in einem“ seien die Deutschen 1945 gewesen, sagte Theodor Heuss einige Jahre später. Die meisten jungen Deutschen, zwischen 1926 und 1935 geboren, empfanden das Kriegsende eher als eine totale Niederlage, sich selbst als die Verlierer. Sie kannten kaum anderes als den Nationalsozialismus und seine Parolen. Verführt und gedrillt, glaubten die meisten von ihnen bis zuletzt an den „Führer“ und daran, dass er große Hoffnungen in sie setzte.

Für einen Gang durch das vom Krieg gezeichnete Deutschland bietet das Buch eine Menge an Details und damit eine neue Sicht auf den Alltag an der zusammenbre-

chenden Front und in der Heimat.

Vorangestellt sind den Berichten ein Ortsregister und eine Chronologie der Jahre 1943, als sich das Kriegsende schon ankündigte, bis 1945, als mit dem Beginn der „Nürnberger Prozesse“ die

Frage nach der Verantwortung führender Nationalsozialisten gestellt wurde. „Greifbare Geschichtserzählung von ihrer besten Seite“, schreibt dazu die Kölnische Rundschau, „wer einmal anfängt zu lesen, hört so schnell nicht mehr auf.“

Sonja Ackermann: „Christliche Frauen in der DDR. Alltagsdokumente einer Diktatur in Interviews“. Hrsg. vom Bund katholischer deutscher Akademikerinnen (BkdA). Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2005. Paperback, 376 S.

Wie sah der Alltag christlicher Frauen in der DDR aus? Welche Repressalien mussten sie erdulden? Wie schafften sie den Spagat zwischen innerer Überzeugung und den Anforderungen von Staat und Gesellschaft?

Die Studie der Historikerin

Sonja Ackermann, herausgegeben im Auftrag des Bundes katholischer deutscher Akademikerinnen (BkdA), beruht auf 97 Interviews mit christlichen Frauen der Jahrgängen 1909 bis 1973, die in der DDR gelebt haben.

Christinnen in der DDR mussten in verschiedenen Lebenssituationen abwägen, wie sie ihre religiöse Identität gegenüber dem sozialistischen Staat wahren konnten. Bereits in Kindheit und Jugend hatten die Familien weitreichende Entscheidungen zu treffen. Soll ein Mädchen in die Jungen Pioniere oder die FDJ eintreten? Soll es die Jugendweihe ablegen? Die Verweigerung dieser staatlichen Forderungen konnte leicht zu Nachteilen in der Schule führen. Schülerinnen wurden ausgegrenzt, ihre Chancen zum Besuch einer Oberschule oder Hochschule verschlechterten sich. Auch später im Berufsleben erwies sich ein christliches Bekenntnis oft als Karrierehindernis. Am Arbeitsplatz drohten darüber hinaus Bespitzelungen und Anfeindungen.

Die Studie umfasst nach einer Einleitung, in der die Methode und die Aussagekraft der Untersuchung erläutert werden, die Abschnitte mit den Themenkapiteln

Fortsetzung auf Seite 86



Fortsetzung von Seite 85

- Die Fundamente der eigenen Position
 - Politische Einstellung der Eltern im Nationalsozialismus
 - Politische Grundsätze im Elternhaus
 - Religiöse Erziehung im Elternhaus
 - Erfahrungen in der Gemeindekatechese
- Begegnungen mit dem Sozialismus in der Jugend
 - Christliche Mädchen an der POS (Polytechnische Oberschule)
 - Pionierorganisationen und FDJ
 - Jugendweihe
 - Christliche Mädchen an der Erweiterten Oberschule (EOS)
- Begegnung mit dem Sozialismus im Erwachsenenalter
 - Berufsleben
 - Elternperspektive
 - Wahlen und Wahlverweigerung
 - Begleitung von Wehrdienstverweigerern und Bausoldaten
- Schlussbetrachtung zum Selbstverständnis von Christinnen in der DDR

Jedes Kapitel enthält nach den wörtlichen Äußerungen der Interviewpartnerinnen eine Zusammenfassung und Auswertung. Bei aller Subjektivität der Erinnerungen ergibt sich so ein subtiles Bild vom Leben in der DDR. Auf teils beklemmende Weise kommt zum Ausdruck, mit welchen Belastungen man im Alltag zu kämpfen hatten. Gleichermäßen wird deutlich, wie mit Zivilcourage und Humor auch Freiräume erkämpft werden konnten.

Die Autorin Sonja Ackermann (Jg. 1966) ist promovierte Historikerin (Alte Geschichte).

Gesellschaft

Lioba Speer (Hg.): „Was ist Gerechtigkeit?“ Reihe: Hundert Worte im Verlag Neue Stadt, München 2006, kartoniert, 112 Seiten.

Was ist Gerechtigkeit? Ein abstraktes Prinzip oder etwas hautnah Erfahrbares? Ein subjektives Empfinden oder ein elementarer Grundwert in unserer Gesellschaft? Ein schöner Gedanke ohne jede Wirkung oder eine kraftvoll bewegende Vision?

Dieses Buch bietet einen repräsentativen Querschnitt aus vielfältigen Antworten:

- Was denkt man/frau über „Gerechtigkeit“?
- Welche Aspekte sind zu bedenken?
- Was bedeutet das für einen persönlich?

„100 Worte Gerechtigkeit“ ist eine Internetaktion zum Leitwort des 96. Dt. Katholikentags in Saarbrücken (24. bis 28. Mai) und hat viele Gedanken und Bemerkungen zum Gerechtigkeitsbegriff hervorgebracht. Einhundert dieser Forums-Einträge sind als Sammlung in diesem Buch erschienen.

Herausgeberin ist Lioba Speer, Programmreferentin im Generalsekretariat des ZdK. Darin äußern sich etwa Bischof Franz-Josef Bode, Jean-Claude Juncker, Altbischof Odilo Lechner, Angela Merkel, Michael Sommer, Pierre Stutz, Bischof Reinhard Marx und viele andere Prominente.

Auch weiterhin ist der Eintrag in das Internet-Forum möglich unter

www.katholikentag.de/100-worte-gerechtigkeitGerechtigkeitvorGottesAngesicht

Was ist Gerechtigkeit?



Hundert Worte

von Dieter Althaus, Basisgemeinde Hösbach, Norbert Blüm, Franz-Josef Bode, Ludwig Georg Braun, Gertrud Casel, Sabine Demel, Peter Frey, Gebhard Fürst, Katrin Göring-Eckardt, Peter Hahne, Peter Härtling, Andrea Hoffmeier, Josef Homeyer, Reinhard Höppner, Wolfgang Huber, Maria Jepsen, Jean-Claude Juncker, Franz-Xaver Kaufmann, Elisabeth Kludas, Oskar Lafontaine, Altbischof Odilo Lechner, Reinhard Marx, Angela Merkel, Klaus Mertes, Sr. M. Regitta Michel, Peter Müller, Nadine, Peter Neher, Gisela Notz, Realschule Öhringen/Klasse 7, Reinhold Robbe, Claudia Roth, Josef Sayer, Christine Scheel, Ulla Schmidt, Paul Schöbel, Alois Schröder, Horst Seehofer, Ingrid Seibrück, Michael Sommer, Pierre Stutz, Erwin Teufel, Wolfgang Thierse, Klaus Töpfer, Ute Vogt, Norbert Walter, Heidemarie Wiecek-Zeul, Christian Wulff, Brigitte Zypries u. v. a. m.

Herausgegeben von Lioba Speer
im Verlag Neue Stadt

Autoren

(soweit keine Angaben beim Beitrag)

Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

Böhler, Volker W.

Oberst a.D.; bis 1999 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung; von 1992-1995 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

Dorndorf, Heinrich

Hauptmann a.D., Geschäftsführer der GKS im Bereich Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland, Beauftragter der GKS für RENOVABIS.

Geldmacher, Frank

Jg. 1979 ist Student der Politischen Wissenschaften, der Neueren Germanistik und der Erziehungswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteurop. Gesellschaften.

Heinemann, Dr. Winfried

Oberst, Referatsleiter im Militärhisto-

rischen Forschungsamt der Bundeswehr Potsdam; Mitglied im Bundesvorstand und Pressesprecher der GKS.

Holzmüller, Ingrid

Leiterin eines Ehe- und Familienzentrums in der Diözese Voralberg/Österreich.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., ehem. Militärattaché in Islamabad/Pakistan und in Riyad/Saudi-Arabien.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Verden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

Nüßle, Stefan

Oberleutnant und Vorsitzender des GKS-Kreises Dornstadt.

Oberhem, Harald

LtdDiri.KirchenDst, Mitarbeiter im Stab des Beauftragten des Generalinspektors für Erziehung und Ausbildung in der Bundeswehr; freier Mitarbeiter des Instituts Theologie und Frieden (IThF) Hamburg.

Rauch, Dr. phil. Andreas Martin

Prof. eh. mit Lehrauftrag an der Universität Bonn.

Roth, Dr. Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Schnarrer, Prof. Dr. phil. et Dr. theol. Johannes Michael

freier Wissenschaftler, Wien, E-Mail: jmschnarrer@hotmail.com

Wassermann, Vera

Referentin für Familie und Umwelt und Technik im Generalsekretariat des ZdK. Beitrag aus: SALZkörner, 27. April 2006.

Foto-/Grafiknachweis:

Archiv (2), ak (1), Dorndorf (1), Demleitner (1), Deschner (1), Fröhler (7), GKMD (6), Internet (3), KAS (1), KMBA (7), Liebetanz (7), Maurer (2), Nüssle (10), Schulz (5), Verlage (7), Waldmaier (1), Wilke (1).

Termine • Termine • Termine

Allgemeine Termine

- 30.06.-09.07. Jakobuswallfahrt in Spanien
 06.07. Politikergespräch mit MdB Bernd Siebert, CDU im KMBA Berlin
 29.07.-05.08. Jugendfreizeit mit AKS in Österreich
 08.08. Weltfriedenstag, Augsburg
 12.-13.08. Internat. Gottesdienst zur Hanse-Sail in Rostock
 14.08.-01.09. Friedensethische Sommerakademie im IThF, Hamburg
 07.09. Sitzung Verwaltungsrat Soldatenseelsorge
 18.-23.09. 46. Woche der Begegnung, Ludwigshafen
 16.09. – 18.09. Vorkonferenz
 18.09. – 21.09. ZV
 20.09. – 23.09. BuKonf GKS
 25.-29.09. Generalversammlung AML in Kenia
 23.-27.10. 51. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorger, Freising
 25.-29.10. II. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 24.-25.11. Vollversammlung ZdK
 27.-28.10. Tagung Justitia et Pax in Berlin
 09.11. Politikergespräch mit BMVg Dr. Franz Josef Jung im KMBA Berlin
 27.11. Sitzung Verwaltungsrat Soldatenseelsorge

Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/ Familienwochenenden

GKS Nord/Küste

29.09.-01.10. AK 2/06, Parchim

GKS Niedersachsen-Bremen

03.-05.11. AK II/06, Cloppenburg-Stapelfeld

GKS Nordrhein-Westfalen

- 11.-13.08. BK in Kirchhundem-Rahrbach
 25.-27.08. AK II/06, Günne/Möhnesee
 08.-13.10. Familienwerkwochenende, Travemünde

GKS Rhld-Pfalz/Hessen/Saarland

24.-26.11. BK, Kloster Maria Engelport

GKS Bayern und Baden-Württemberg

- 28.-30.07. BK Kloster Weltenburg
 20.-22.10. AK 2/06, Beilngries

GKS Bereich Ost

03.-05.11. AK 2/06, Schmochtitz

BV/EA GKS und Vorst ZV

- 22.-25.06. BV in Bamberg mit Verabschiedung ehem. Geistlicher Beirat MD Georg Kestel
 21.08. EA-Sitzung in Bonn
 21.09. BS während der BuKonf, Ludwigshafen
 11.11. Vorstand ZV im KMBA Berlin
 13.11. EA-Sitzung in Bonn

GKS-Sachausschüsse

- SA „Innere Führung“ im Albertinum, Bonn:
 11.09., 27.11.
 SA „Sicherheit und Frieden“ im Albertinum, Bonn:
 17.11. in Bonn
 Internat. Sachausschuss
 18.-20.08., 01.-03.12 in Berlin

Vorschau 2007-2010

- 11.01.07 Int. Soldatengottesdienst in Köln
 26.01.07 J-Empfang MGv für Vorst ZV u. EA
 27.01.07 Vorstandssitzungen ZV und EA Berlin
 22.-24.02.07 Tagung Justitia et Pax, SA Mission-Entwicklung-Frieden in Speyer
 30.-31.03.07 Tagung Justitia et Pax in Bonn/Köln
 25.-29.04.07 Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 04.-05.05.07 Vollversammlung ZdK
 06.-10.06.07 Seminar 3. Lebensphase Cloppenburg
 06.-10.06.07 31. Dt. Ev. Kirchentag in Köln
 13.06.-19.06.07 49. Lourdes-Wallfahrt
 15.-17.06.07 AK NRW in Mühlheim
 15.-17.09.07 Vorkonferenz zur Woche der Begegnung in Augsburg-Leitershofen
 17.09.-22.09.07 Woche der Begegnung in Augsburg-Leitershofen
 30.09.-05.10.07 GKS-NRW: Familienwerkwoche, Kirchhundem-Rahrbach
 22.-26.10.07 52. Gesamtkonferenz
 24.-28.10.07 Seminar 3. Lebensphase Nürnberg
 26.-27.10.07 Herstattagung Justitia et Pax in Berlin
 10.11.07 Vorstandssitzung ZV in Berlin
 23.-24.11.07 Vollversammlung ZdK
 30.11.-02.12.07 Seminar für Funktionsträger der GKS in der Wolfsburg in Mühlheim
 21.05.-21.05.08 50. Lourdes-Wallfahrt
 21.-25.05 97. Dt. Katholikentag, Osnabrück
 13.05.-19.05.09 51. Lourdes-Wallfahrt
 15.-20.07.08 Weltjugendtag in Sydney
 12.-16.05.10 2. Ökumenischer Kirchentag, München

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFu** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur e.h.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Kaufhausstr. 1
21335 Lüneburg, Tel/Fax: 04131-.....,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an:
Förderkreis der GKS (FGKS e.V.),
Pax Bank eG Aachen,
BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.